



# Sächsischer Landtag

65. Sitzung

6. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Donnerstag, 14. Dezember 2017, Plenarsaal

Schluss: 19:58 Uhr

## Inhaltsverzeichnis

<p><b>0</b>    <b>Eröffnung</b>    <b>5929</b></p> <p>    Änderung der Tagesordnung    5929</p> <p><b>1</b>    <b>Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen Drucksache 6/11453, Wahlvorschlag der Staatsregierung (Ziffer 1)</b>    <b>5929</b></p> <p>    Thomas Colditz, CDU    5929</p> <p>    Geheime Wahl    5929</p> <p>    Wahlergebnis    5930</p> <p>    Simone Herberger    5930</p> <p><b>2</b>    <b>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen Drucksache 6/11453, Wahlvorschlag der Staatsregierung (Ziffer 2)</b>    <b>5930</b></p> <p>    Thomas Colditz, CDU    5930</p> <p>    Geheime Wahl    5930</p> <p>    Wahlergebnis    5930</p> <p>    Susanne Luderer    5931</p> <p>    Simone Herberger    5931</p> <p>    Susanne Luderer    5931</p>	<p><b>3</b>    <b>Wahl eines Mitglieds und zweier stellvertretender Mitglieder des 1. Untersuchungsausschusses gemäß § 4 des Untersuchungsausschussgesetzes „Untersuchung möglicher Versäumnisse und etwaigen Fehlverhaltens der Staatsregierung und der ihrer Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht unterliegenden Sicherheits-, Justiz-, Kommunal- und sonstigen Behörden im Freistaat Sachsen beim Umgang mit der neonazistischen Terrorgruppe, die sich selbst als ‚Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘ bezeichnet, deren personell-organisatorischem Umfeld und etwaigen Unterstützernetzwerken, insbesondere im Hinblick auf ihre Entstehung, Entwicklung und ihr Agieren in bzw. von Sachsen aus sowie bei der Aufklärung, Verfolgung und Verhinderung von Straftaten, die der Terrorgruppe ‚NSU‘ und ggf. den mit ihr verbundenen Netzwerken zurechenbar sind und den hieraus zu ziehenden Schlussfolgerungen (Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen)“ Drucksache 6/11468, Wahlvorschlag der Fraktion SPD</b>    <b>5932</b></p> <p>    Abstimmung und Zustimmung    5932</p>
---	---





**11 Für ein geburtenfreundliches Sachsen – Wohnortnahe Geburtshilfe sichern  
Drucksache 6/11423, Neufassung,  
Antrag der Fraktion AfD 6013**

André Wendt, AfD	6013
Oliver Wehner, CDU	6014
Kerstin Lauterbach, DIE LINKE	6015
André Wendt, AfD	6017
Simone Lang, SPD	6017
Volkmar Zschocke, GRÜNE	6018
André Wendt, AfD	6019
Volkmar Zschocke, GRÜNE	6019
Karin Wilke, AfD	6019
Volkmar Zschocke, GRÜNE	6019
Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz	6020
André Wendt, AfD	6021
Überweisung an den Ausschuss	6021

**12 Meisterbonus weiterentwickeln –  
Meistergründungsprämie einführen  
Drucksache 6/10017,  
Antrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6022**

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	6022
Ronald Pohle, CDU	6023
Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE	6024
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	6025
Jörg Vieweg, SPD	6025
Mario Beger, AfD	6026
Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	6027
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	6028
Änderungsantrag der Fraktion AfD, Drucksache 6/11509	6028
Mario Beger, AfD	6028
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	6029
Jörg Vieweg, SPD	6029
Abstimmung und Ablehnung	6029
Abstimmung und Ablehnung Drucksache 6/10017	6029

**13 Fragestunde  
Drucksache 6/11454 6029**

**Schriftliche Beantwortung  
der Fragen 6030**

– Suchtberatung in sächsischen Justizvollzugsanstalten (Frage Nr. 1) Katja Meier, GRÜNE	6030
Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz	6030
– Aktuelle Medienberichte über gemeinsame ganztägige Kontrollen von Tiertransporten an der Autobahn A 4 durch Verkehrspolizei und Veterinärämter (Frage Nr. 2) Volkmar Zschocke, GRÜNE	6030
Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz	6030

**Worte des Präsidenten  
zum Jahresausklang**

Präsident Dr. Matthias Rößler 6031

Nächste Landtagssitzung 6031

## Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 65. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags.

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Frau Klotzbücher, Herr Wurlitzer und Herr Horst Wehner.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat für die Tagesordnungspunkte 6 und 8 bis 12 folgende Redezeiten festgelegt: CDU 95 Minuten, DIE LINKE 66 Minuten, SPD 50 Minuten, AfD 35 Minuten, GRÜNE

35 Minuten, fraktionslose MdL je 4,5 Minuten, Staatsregierung 64 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können auf die Tagesordnungspunkte je nach Bedarf verteilt werden.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 14, Kleine Anfragen, ist zu streichen.

Ich sehe jetzt keine weiteren Änderungsvorschläge zur oder Widerspruch gegen die Tagesordnung. – Die Tagesordnung der 65. Sitzung ist damit bestätigt.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

## Tagesordnungspunkt 1

### Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen

#### Drucksache 6/11453, Wahlvorschlag der Staatsregierung (Ziffer 1)

Bei dieser Gelegenheit begrüße ich die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, ganz besonders natürlich Frau Präsidentin Munz.

Gestatten Sie mir aber noch einige Vorbemerkungen; diese betreffen auch den nachfolgenden Tagesordnungspunkt 2. Das Verfassungsgerichtshofgesetz sieht vor, dass die Amtszeit der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes neun Jahre beträgt. Die Amtszeit endet für berufsrichterliche Mitglieder außerdem, wenn diese aus dem Amt als Berufsrichter ausscheiden.

Das berufsrichterliche Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Herr Ulrich Hagenloch ist mit Ablauf des Monats November aus seinem Amt als Präsident des Oberlandesgerichts Dresden in den Ruhestand getreten. Wir haben daher nun auch über seine Nachfolge als berufsrichterliches Mitglied des Verfassungsgerichtshofs zu entscheiden.

Ulrich Hagenloch hat die sächsische Justiz mehr als 25 Jahre lang geprägt, darunter mehr als 10 Jahre in seinem Amt als Präsident des Oberlandesgerichts Dresden und mehr als 20 Jahre lang als berufsrichterliches Mitglied des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs. Für seine beeindruckenden Verdienste um die Justiz im Freistaat Sachsen danke ich ihm im Namen des Sächsischen Landtags ganz, ganz herzlich.

(Beifall)

In der Drucksache 6/11453 liegt Ihnen ein Vorschlag der Staatsregierung für die Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes – Ziffer 1 – und für die Wahl eines stellvertretenden Mitglieds – Ziffer 2 – vor. Da die Wahl des stellvertretenden Mitglieds in Abhängigkeit zur

zunächst anstehenden Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes steht, sind insgesamt zwei Wahlgänge notwendig, die wir in den Tagesordnungspunkten 1 und 2 nacheinander durchführen.

In Tagesordnungspunkt 1 rufe ich zunächst die Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes auf. Vorgeschlagen zur Wahl als berufsrichterliches Mitglied des Verfassungsgerichtshofes ist darin Frau Vorsitzende Richterin am Landgericht Simone Herberger.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 3 Abs. 3 des Sächsischen Verfassungsgerichtshofgesetzes in Verbindung mit § 67 der Geschäftsordnung wählt der Sächsische Landtag die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes ohne Aussprache in geheimer Wahl mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder; das sind 84 oder mehr Stimmen.

Zur Durchführung der Wahl berufe ich aus den Reihen der Schriftführer als Wahlkommission die Abgeordneten: Herrn Colditz, CDU, als Leiter, Herrn Sodann, DIE LINKE, Frau Raether-Lordieck, SPD, Herrn Wendt, AfD, und Frau Meier, GRÜNE. Ich bitte jetzt die Genannten nach vorn. Dann bitte ich Thomas Colditz, in bewährter Weise den Wahlauf Ruf vorzunehmen.

**Thomas Colditz, CDU:** Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten werden wiederum in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und erhalten einen Stimmschein, auf dem entsprechend der angegebenen Drucksache die Kandidatin als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes aufgeführt ist. Sie können sich zu der Kandidatin durch Ankreuzen in dem entsprechenden Feld für Ja, Nein oder Stimmenthaltung entscheiden. Wenn sie mindestens die

erforderliche Zweidrittelmehrheit – das sind, wie gesagt, 84 Jastimmen – erhält, ist sie gewählt.

Wir beginnen mit der Wahl, und ich beginne mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, befinden sich noch Abgeordnete im Raum, die ich noch nicht aufgerufen habe? –

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Meine Damen und Herren! Ist noch jemand von Ihnen im Saal, der nicht gewählt hat? – Ich schließe die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Ergebnis festzustellen. Dazu unterbreche ich die Sitzung für einige Minuten und bitte Sie, im Saal zu bleiben, damit wir anschließend rasch fortfahren können.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren! Inzwischen liegt das Ergebnis der geheimen Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes vor. Abgegeben wurden 122 Stimmen, ungültig war kein Stimmschein. Es ist wie folgt abgestimmt worden: Mit Ja stimmten 117 Abgeordnete.

(Beifall des ganzen Hauses)

Es gab drei Neinstimmen und zwei Stimmenthaltungen. Damit ist Frau Simone Herberger als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes durch den Sächsischen Landtag gewählt worden. Frau Herberger, nehmen Sie die Wahl an.

**Simone Herberger:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Vielen Dank.

(Beifall des ganzen Hauses)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen alles Gute bei Ihrer Arbeit.

Da wir im folgenden Tagesordnungspunkt noch eine weitere Wahl zum Verfassungsgerichtshof vorzunehmen haben, werde ich den Amtseid im Anschluss daran abnehmen.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt ist damit beendet.

Ich rufe auf

## Tagesordnungspunkt 2

### Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen

#### Drucksache 6/11453, Wahlvorschlag der Staatsregierung (Ziffer 2)

Nachdem wir Frau Herberger soeben zum berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofes gewählt haben, ist nunmehr ihr innegehaltenes Amt als Vertreterin des berufsrichterlichen Mitglieds Herr Prof. Dr. Berlit neu zu besetzen. Unter Punkt 2 der Drucksache 6/11453 liegt Ihnen auch dazu ein Wahlvorschlag der Staatsregierung vor. Vorgeschlagen als stellvertretendes berufsrichterliches Mitglied des Verfassungsgerichtshofes ist Frau Richterin am Oberlandesgericht Susanne Luderer.

Meine Damen und Herren! Auch diesmal ist gemäß § 3 Abs. 3 des Sächsischen Verfassungsgerichtshofgesetzes in Verbindung mit § 67 der Geschäftsordnung die Wahl ohne Aussprache in geheimer Wahl durchzuführen. Frau Luderer ist gewählt, wenn sie die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Sächsischen Landtags erhält. Das sind 84 oder mehr Stimmen.

Ich berufe zur Durchführung der Wahl wieder die bewährte folgende Wahlkommission aus Herrn Colditz als Leiter, Herrn Sodann, Frau Raether-Lordieck, Herrn Wendt und Frau Meier. Ich bitte Thomas Colditz, den Wahlauftrag vorzunehmen.

**Thomas Colditz, CDU:** Meine Damen und Herren! Sie werden wiederum in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen, erhalten einen Stimmschein, auf dem entsprechend der Drucksache 6/11453 die Kandidatin Susanne Luderer

als stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofes aufgeführt ist. Sie können sich zu der Kandidatin durch Ankreuzen in dem entsprechenden Feld für Ja, Nein oder Stimmenthaltung entscheiden. Wenn mindestens die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Landtags vorhanden ist, also 84 Stimmen, dann ist die Kandidatin gewählt. Wir beginnen mit der Wahl.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren! Befindet sich noch ein Abgeordneter im Saal, den ich nicht aufgerufen habe?

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ist noch jemand von Ihnen im Saal, der nicht gewählt hat? – Da dies nicht der Fall ist, schließe ich die Wahlhandlung und bitte unsere Wahlkommission, das Ergebnis festzustellen. Ich unterbreche die Sitzung für die Dauer der Auszählung. Bitte bleiben Sie aber im Saal.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren! Inzwischen liegt das Ergebnis der geheimen Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes vor. Abgegeben wurden 122 Stimm Scheine. Ungültig war keiner. Dem Wahlvorschlag haben 113 Abgeordnete zugestimmt. Vier Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Fünf Abgeordnete haben sich

der Stimme enthalten. Damit ist Frau Susanne Luderer als stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofes durch den Sächsischen Landtag gewählt.

(Beifall des gesamten Hauses)

Sehr geehrte Frau Luderer, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

**Susanne Luderer:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Vielen Dank. Ich gratuliere Ihnen herzlich

(Beifall des gesamten Hauses)

und wünsche Ihnen alles Gute bei Ihrer Arbeit.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 4 Abs. 1 des Verfassungsgerichtshofgesetzes leisten Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes vor Annahme ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtags einen Amtseid. Gleiches gilt nach § 2 Abs. 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes für die stellvertretenden Mitglieder.

Der Amtseid hat folgenden Wortlaut: „Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Freistaates Sachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu dienen.“ Der Eid kann mit der Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Ich bitte nun Frau Simone Herberger und Frau Susanne Luderer in das Rund des Plenarsaales, und ich bitte die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben.

(Frau Herberger und Frau Luderer betreten den Plenarsaal.)

Ich bitte dann also – das ist ja auch bei Ihnen schon geschehen – Frau Simone Herberger und Frau Susanne Luderer nacheinander vorzutreten und einzeln den Amts-

eid zu sprechen, und – wie gesagt – Sie können ihn mit der Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ bekräftigen.

Bitte, Frau Herberger.

**Simone Herberger:** Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Freistaates Sachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu dienen.

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen und der Staatsregierung)

Frau Luderer, bitte.

**Susanne Luderer:** Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Freistaates Sachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei allen Fraktionen und der Staatsregierung – Der Präsident, der Ministerpräsident, der Stellvertretende Ministerpräsident, Mitglieder der Staatsregierung, Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete gratulieren den Neugewählten.)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Frau Simone Herberger und Frau Susanne Luderer, noch einmal – ich denke in unser aller Namen – herzlichen Glückwunsch!. Wir wünschen Ihnen alles Gute bei Ihrer, bei unserer gemeinsamen Arbeit.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

### Tagesordnungspunkt 3

**Wahl eines Mitglieds und zweier stellvertretender Mitglieder des  
1. Untersuchungsausschusses gemäß § 4 des Untersuchungsausschussgesetzes  
„Untersuchung möglicher Versäumnisse und etwaigen Fehlverhaltens der  
Staatsregierung und der ihrer Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht  
unterliegenden Sicherheits-, Justiz-, Kommunal- und sonstigen Behörden im  
Freistaat Sachsen beim Umgang mit der neonazistischen Terrorgruppe, die  
sich selbst als 'Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)' bezeichnet, deren  
personell-organisatorischem Umfeld und etwaigen Unterstützernetzwerken,  
insbesondere im Hinblick auf ihre Entstehung, Entwicklung und ihr Agieren  
in bzw. von Sachsen aus sowie bei der Aufklärung, Verfolgung und  
Verhinderung von Straftaten, die der Terrorgruppe ‚NSU‘ und ggf. den mit  
ihr verbundenen Netzwerken zurechenbar sind und den hieraus zu ziehenden  
Schlussfolgerungen (Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen)“**

**Drucksache 6/11468, Wahlvorschlag der Fraktion SPD**

Infolge der Fraktionsaustritte von fünf Abgeordneten und des sich dadurch verändernden Stärkeverhältnisses der Fraktionen zueinander ändert sich die Zusammensetzung des 1. Untersuchungsausschusses. Um dem Rechnung zu tragen, haben bereits das bisherige Ausschussmitglied Herr Abg. Barth und das bisherige stellvertretende Ausschussmitglied Frau Abg. Dr. Muster ihre Ämter niedergelegt. Eine weitere Stellvertreterposition war bereits vakant.

Es liegt Ihnen nun in der Drucksache 6/11468 ein Wahlvorschlag der nach § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung vorschlagsberechtigten SPD-Fraktion vor. Zur Wahl als Mitglied des 1. Untersuchungsausschusses wird der Abg. Harald Baumann-Hasske vorgeschlagen. Zur Wahl als Stellvertretende Ausschussmitglieder werden die Abgeordneten Hanka Kliese sowie Mario Pecher vorgeschlagen.

Die Wahl findet nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung geheim statt. Allerdings kann stattdessen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Ich frage Sie daher, ob jemand widerspricht, dass durch Handzeichen abgestimmt

werden kann. – Das kann ich nicht feststellen. Das ist nicht der Fall. Wir haben keine Einwände gesehen. Wir können über alle Vorschläge gemeinsam abstimmen.

Wer dafür ist, die vorgeschlagenen Kandidaten als Mitglieder bzw. Stellvertretende Mitglieder in den 1. Untersuchungsausschuss zu wählen, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit sind Herr Harald Baumann-Hasske als Mitglied sowie Frau Hanka Kliese und Herr Mario Pecher als stellvertretende Mitglieder des Untersuchungsausschusses gewählt, und zwar einstimmig.

(Beifall bei allen Fraktionen  
und der Staatsregierung)

Ich frage die gewählten Abgeordneten – jetzt bitte ich um Aufmerksamkeit –, ob einer von Ihnen die Wahl nicht annimmt. – Das kann ich nicht feststellen. Ich beglückwünsche Sie alle drei zu Ihrer Wahl.

Der Tagesordnungspunkt ist damit beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

### Tagesordnungspunkt 4

#### Aktuelle Stunde

**Erste Aktuelle Debatte: Was denken die Sachsen? –  
Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors**

**Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

**Zweite Aktuelle Debatte: So viel Sicherheit in der Weihnachtszeit –  
Wie sicher sind Sachsens Straßen und Plätze?**

**Antrag der Fraktion AfD**

Die Verteilung der Gesamtredzeit der Fraktionen hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 33 Minuten, DIE LINKE 20 Minuten, SPD 18 Minuten, AfD 17 Minu-

ten, GRÜNE 12 Minuten, fraktionslose Mitglieder des Landtags je 1,5 Minuten; Staatsregierung zweimal 10 Minuten, wenn gewünscht.

Wir kommen zu

## Erste Aktuelle Debatte

### Was denken die Sachsen? – Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors

#### Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Als Antragsteller haben zunächst die Fraktionen CDU und SPD das Wort. Die weitere Rednerreihung: DIE LINKE, AfD, GRÜNE, Staatsregierung. Das Wort ergreift jetzt für die einbringende CDU-Fraktion Herr Kollege Sebastian Fischer.

**Sebastian Fischer, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die heute zu debattierende Befragung wurde in der Vergangenheit viel diskutiert. Öffentlich und medial stand dieses Thema im Zentrum der Berichterstattung. Deshalb möchte ich auch hier die meistdiskutierten Themen zuerst anfassen.

Die Befragungen über die Probleme in Sachsen sind, denke ich, für uns in der Politik am wichtigsten. 20 % der Sachsen halten Asyl und Überfremdung für ein zentrales Problem, 14 % die Arbeitslosigkeit und, meine Damen und Herren, 12 % machen sich Sorgen um den Anstieg von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Sie sehen also, das Thema ist erkannt. Die Wortmeldungen, die bisweilen durch die Lande geisterten – die Sachsen seien per se ausländerfeindlich und rechtsextremistisch –, sind nachweislich falsch. Das Problem ist erkannt, und es wird angegangen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Kommen wir zu den Zahlen. Nur knapp die Hälfte der Sachsen äußert Interesse für Politik, aber 68 % geben an, im Freundeskreis über Politik zu sprechen. Das zeigt uns deutlich: Das Interesse für Politik und politische Entscheidungen ist vorhanden, aber es gelingt der Öffentlichkeit nicht, es abzuholen.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Vielleicht ist auch das Image der Politik nicht ganz richtig: Die Parteien sind extrem unbeliebt; sie rangieren auf der Liste der Beliebtheit relativ weit hinten. Dazu passt auch die Aussage, Politiker seien nur an Wahlstimmen interessiert, nicht an den Ansichten der Wähler, was immerhin 77 % der Befragten angeben. 65 % der Befragten sind der Meinung, sie würden nicht in einer echten Demokratie leben; und danach gefragt, was sie denn tun würden, um sich für die Demokratie zu engagieren, geben 62 % an: „Wir haben eh nichts zu sagen; wir machen das nicht!“

Wir stehen hier vor einer allgemeinen Frustration, vor einem Desinteresse gegenüber der Demokratie. Dies ist sehr bedenklich. Für bedenklich halte ich auch die folgende Zahl: 58 % der Sachsen sind der Meinung, Deutschland sei gefährlich überfremdet. Meine Damen und Herren, wenn ich in meine Heimatregion schaue –

Gemeinde Priestewitz, 3 800 Einwohner –: Wir haben eine Ausländerin, eine Ungarin, die sehr gut integriert ist. Das hat doch nicht immer etwas mit der Realität zu tun!

(Einzelbeifall bei der SPD)

Mich als überzeugten Christen stimmt auch eine andere Aussage sehr nachdenklich: Die meisten Muslime akzeptierten unsere Werte nicht – diese Ansicht teilen immerhin 69 % der Befragten. Die Juden zögen Vorteile aus ihrer Opferrolle zur NS-Zeit – das geben immerhin 25 % an,

(Zuruf von der SPD: Sehr wenig!)

und das ist eine sehr erschreckende Zahl.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz deutlich: Diese Aussagen sind für uns inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN)

Für alle Vertreter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hier im Haus muss das aber auch ein Weckruf sein; denn die Verdammung der Befragten in Bausch und Bogen ist immer die falsche Reaktion. Wir haben sie in der Vergangenheit oft gehört. Die Religionsfreiheit, die Reisefreiheit, die Absage an den Antisemitismus – das sind die Grundlagen unserer Demokratie, und darüber darf und wird es mit uns keine Diskussion geben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Aber diese Grundlagen bleiben nicht automatisch. Sie müssen immer wieder neu gefestigt werden, und dazu brauchen wir Dialog, Dialog, Dialog und immer wieder neu den Dialog, auch mit denen, die anders denken, die andere Meinungen haben und manchmal die Form vermissen lassen. Mit Anstand sollte man mit allen, auch mit Andersdenkenden, ins Gespräch kommen und sie nicht pauschal verdammen.

Die Liste der Glaubwürdigkeit sieht die Parlamente im Landtag und im Bundestag relativ weit hinten. Das heißt, je weiter eine Institution von einem weg ist, desto weltfremder wird sie wahrgenommen. Es ist unsere Aufgabe, mit den Menschen in die Diskussion zu kommen und unsere Zeit dort zu investieren, auch am Wochenende, am Feiertag, abends und vor allem auch im Internet. Wer als Abgeordneter meint, online nicht verfügbar sein zu müssen, hat die Zeichen der Zeit nicht ganz erkannt; denn ich habe auch eine positive Rückmeldung bekommen: 83 % der Sachsen glauben, die Demokratie ist eine gute

Regierungsform. 51 % sind nur unzufrieden damit, wie sie funktioniert.

Wir brauchen also Sachlichkeit statt Ideologie, Mut zu Bescheidenheit und Kraft zum Widerspruch. Ich denke, dann können wir unsere Demokratie sehr gut gestalten. Gott schütze unsere sächsische Heimat und unser freies Vaterland!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Für die einbringende Fraktion war das Sebastian Fischer. Nun spricht für die einbringende SPD-Fraktion unser Kollege Homann. Bitte, Sie haben das Wort, Herr Homann. Nicht so zögerlich!

**Henning Homann, SPD:** Vielen Dank für die Ermahnung, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Botschaft des Sachsen-Monitors 2016 war: Die Sachsen sind unzufrieden mit ihrer Demokratie, und wir haben auch heute wieder gemerkt: Ja, es gibt in Sachsen ein Problem mit Ressentiments, mit Rassismus und Rechtsextremismus, und ohne hier ein pauschales Urteil über Sachsen zu fällen, ist es wichtig, dass dieses auch durch den Sachsen-Monitor beim Namen genannt wird.

Aber der Sachsen-Monitor 2017 zeigt für mich noch etwas anderes: Die Sachsen haben ein ganz feines Gespür für Gerechtigkeit. 83 % haben die Sorge, dass sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich zuspitzen. 71 % der Sachsen haben die Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht, und nur 20 % sagen, dass es der Demokratie gelungen sei, soziale Ungleichheit abzubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider haben die Sachsen nicht nur Sorgen, sondern sie attestieren uns geradezu ein Gerechtigkeitsproblem. Das ist die Botschaft des Sachsen-Monitors 2017: Sachsen hat ein Gerechtigkeitsproblem. Ich möchte das an zwei Themen konkret festmachen:

Erstens. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sagen, sie bekämen keinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand. Das ist keine Überraschung: Viele Ostdeutsche arbeiten länger – mit geringeren Löhnen als im Westen. Sie sehen ihre Leistung nicht gewürdigt, obwohl alle immer sagen, dass es wirtschaftlich doch so hervorragend laufe in diesem Land. Dies betrifft nicht nur den Mittelstand, sondern vor allem auch Menschen, die sich selbst als Arbeiterinnen und Arbeiter bezeichnen. Nur 22 % der Arbeiterinnen und Arbeiter in Sachsen sagen, sie bekämen einen gerechten oder mehr als gerechten Anteil. Nur 22 %!

Während die Sachsen mit Hochschulabschluss und Abitur dies ganz anders sehen – sie sehen, dass sie ihren Anteil bekommen –, ist das bei den Menschen, die die eigentlich so wichtigen und mindestens genauso ehrenhaften Berufe und Tätigkeiten in dieser Gesellschaft ausüben, nicht so. Das muss uns wirklich zu denken geben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der Staatsregierung)

Das darf uns aber nicht wundern. Wir hätten es schon bei der Mindestlohndebatte sehen müssen: In keinem anderen Bundesland haben so viele Arbeiterinnen und Arbeiter vom Mindestlohn profitiert; und das ist kein Kompliment, sondern das Ergebnis der Niedriglohnpolitik unserer Vorgängerinnen und Vorgänger. Außerdem hat kein anderes Bundesland eine so niedrige Tarifbindung. Natürlich heißt das, dass sich Arbeiterinnen und Arbeiter nicht beteiligt fühlen, wenn es eben keine Möglichkeit für sie gibt, sich an den Aushandlungsprozessen ihrer Arbeitsbedingungen zu beteiligen. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Das zweite Thema, das mich mindestens genauso beschäftigt, ist die Chancengleichheit. Es sind eben nicht nur die sogenannten Abgehängten, die sich selbst zur Unterschicht zählen, sondern es kritisiert eine ganze Unter- und Mittelschicht, dass sie keine bzw. weniger Zukunftschancen in diesem Land hätten. In der unteren Mittelschicht sagen 37 % – und damit noch einmal 10 % weniger als 2016 –, dass die Chancen, in Deutschland sozial aufzusteigen, sehr gut oder gut seien. 62 % der Arbeiterinnen und Arbeiter sagen, die Chancen, in Deutschland sozial aufzusteigen, seien eher schlecht oder sehr schlecht – 62 %!

Das sind die Signale, die wir hören müssen. Dabei bringt es auch nichts, sich hinter Studien zu verstecken, dass Schulbildung in Sachsen so gerecht sei. Fakt ist: Das untere Drittel unserer Gesellschaft fühlt sich abgehängt, und das muss ein Warnsignal für uns im Sächsischen Landtag sein. Das heißt, wir brauchen eine Gerechtigkeitsdebatte; dazu werden wir sicher noch in der zweiten Runde kommen.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einen positiven Abschluss wagen: Trotz des wachsenden Gefühls von Ungerechtigkeit schauen die Sachsen positiv in die Zukunft, und sie vertrauen auch den politischen Institutionen wieder mehr. Allein 9 % der Menschen in Sachsen haben mehr Vertrauen in die Praxis unserer Demokratie. Das ist kein Widerspruch. Mehr Vertrauen in Demokratie und ein wachsendes Ungerechtigkeitsgefühl sind kein Widerspruch, weil sie merken, dass in diesem Land die Frage der Gerechtigkeit wieder zum Thema gemacht wird. Dann fühlen sie sich in ihren Bedürfnissen ernstgenommen. Das muss unser Auftrag sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Kollege Henning Homann sprach für die einbringende SPD-Fraktion. Jetzt spricht für die Fraktion DIE LINKE Frau Kollegin Köditz.

**Kerstin Köditz, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ergebnisse dieses zweiten Sachsen-Monitors zeigen für uns drei Dinge auf: Erstens geht die soziale Schere auseinander. Es gibt ein verbreitetes Gefühl von Ungerechtigkeit. Die Zukunftserwartungen steigen zwar, aber die soziale Lage verbessert sich nicht. Stattdessen steigt die Sorge vor Billiglöhnen und Armut und vor dem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Zweitens greift politische Resignation um sich. Ein Interesse an Politik ist noch vorhanden, aber es geht zurück. Nach einer mehrjährigen Dauerschleife aus „Volksverräterparolen“ und „Lügenpresse“ sind Parteien schlecht angesehen. Die Demokratie – es wurde bereits erwähnt – genießt zwar insgesamt Vertrauen, aber die Bereitschaft, sich selbst einzubringen, schwindet.

Drittens haben wir es zu tun mit einem – ich zitiere – „extrem rechten Denken auf einem alarmierend hohen Niveau“. Dieses Zitat ist der Wortlaut des Beirats, dem wir uns als LINKE anschließen.

Diese drei Dinge lasten schwer und anhaltend auf der politischen Kultur im Freistaat Sachsen. Man kann einerseits fragen, was die Ergebnisse besagen. Sorgen um soziale Fragen sind im Niedriglohnland Sachsen nicht überraschend. Es wird bestimmt nicht zur Besserung beitragen, einen langjährigen Mindestlohngegner zum Ministerpräsidenten zu machen. Es wird auch nicht dazu führen, dass sich wieder mehr Menschen selbst in die Politik einbringen.

(Zuruf von der CDU)

Man kann andererseits fragen, was aus den Ergebnissen, egal, wie man sie sich zusammenreimt, folgen soll. Die Antwort auf die Frage, was mit diesen Ergebnissen aus den Sachsen-Monitoren passieren soll, steht praktischerweise im Koalitionsvertrag. Dort heißt es nämlich: „Der Sachsen-Monitor soll Grundlage einer viel genaueren Demokratiearbeit werden.“

Dieses Ziel wurde bisher offensichtlich verfehlt. Der Beirat warnt zwar ganz klar und völlig richtig vor extrem rechtem Denken, aber die Staatskanzlei sah bei der Vorstellung des Sachsen-Monitors lediglich irgendeinen Extremismus am Werk. Nach dem ersten Sachsen-Monitor versprach der Chef der Staatskanzlei, Herr Jaeckel, man würde jetzt jede Zahl auswerten. Diese Auswertung vermissen wir bis heute.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Die haben es intern gemacht!)

Wir als LINKE haben den Sachsen-Monitor schon vor Jahren gefordert. Ich möchte noch einmal an eine Debatte erinnern, die im Sächsischen Landtag über den Sachsen-Monitor im Jahr 2011 stattgefunden hat. Damals hat ein Staatsminister besonders leidenschaftlich gegen den Sachsen-Monitor gewettert. Es ist übrigens derselbe Minister, der bis heute kein Gesamtkonzept zur Zurück-

drängung der extremen Rechten vorweisen kann. – Oh, Herr Ulbig ist nicht anwesend.

(Zuruf von der CDU: Er kämpft gegen rechts! –  
Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

– Ich will ein Gesamtkonzept. – Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Der Sachsen-Monitor ist ein wichtiges Instrument, und Demokratiearbeit ist ein wichtiges Ziel. Aber das eine bleibt stumpf und das andere unerreicht, wenn sich die Verantwortlichen nicht endlich darum kümmern. Hier eine reine Zahlenanalyse zu machen ist einfach zu wenig, wir brauchen Konzepte. Alles weitere in der nächsten Runde.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Auf Frau Köditz, die für DIE LINKE sprach, folgt jetzt Herr Urban. Er spricht für die AfD-Fraktion.

**Jörg Urban, AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Was denken die Sachsen über die Ergebnisse des Sachsen-Monitors? Auf Antrag von CDU und SPD diskutieren wir heute die Umfrageergebnisse zur gesellschaftlichen Situation in Sachsen.

Ich möchte mich in der ersten Runde auf einen Bereich der Umfrage konzentrieren, der von den Sachsen als das größte Problem eingeschätzt wird und der insbesondere zu negativen Bewertungen der sächsischen Bürgerinnen und Bürger geführt hat. Es ist der Bereich Asyl und Zuwanderung. In diesem Bereich gab es folgende Umfrageergebnisse:

dimap sagt: Die meisten Muslime akzeptieren nicht unsere Werte – 62 % der Sachsen stimmen zu. dimap sagt: Muslimen soll die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden – 38 % der Sachsen stimmen zu. dimap sagt: Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer gefährlich überfremdet – 56 % der Sachsen stimmen zu.

Was sagen nun die Medien, und was sagt die Politik zu diesen Ergebnissen? Die „Sächsische Zeitung“ vom 29. November 2017 schrieb: „Die Zustimmung zu extrem rechtem, menschenfeindlichem und rassistischem Gedankengut ist weiter sehr hoch.“ Der „Deutschlandfunk“ vom 22. November 2017 sagte: „Sachsen hat ein Rassismusproblem.“ Auch Herr Staatsminister Dr. Jaeckel von der CDU wird am 28. November 2017 zitiert: „Denjenigen, die Hass und Zwietracht in der Gesellschaft säen, müssen Grenzen aufgezeigt werden.“

(Beifall des Abg. Sebastian Fischer,  
CDU, und vereinzelt bei der SPD)

Sind die Sachsen wirklich rechtsextrem? Sind die Sachsen rassistisch? Säen sie Zwietracht? Oder sind die Sachsen am Ende einfach nur realistisch? Wie sieht denn die Realität im Jahr 2017 aus? Was liest man allein in den

letzten zwei Monaten in den Zeitungen und Polizeiberichten?

16. November, Dessau: 15-jähriger Pakistani vor Gericht. Er hat wegen Telefonverbots seine Adoptivmutter erschlagen.

(Zuruf des Abg. Henning Homann, SPD)

17. November, Hamburg: Er übergoss seine damalige Frau mit kochendem Wasser, stach mindestens 18-mal auf sie ein. Nun muss Mustafa A. acht Jahre ins Gefängnis.

(Zurufe der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE, und Valentin Lippmann, GRÜNE)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören wollen.

24. November, Leipzig: Bei Einbruch ertappter Libyer geht mit Eisenstange auf Sicherheitsleute und mit Tritten auf Polizisten los.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

26. November, Dresden: Sozialarbeiterin besucht Syrer und wird von ihm brutal vergewaltigt.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

28. November, Hamburg: gefilmte K.o-Challenge; Jugendliche prügeln Rentner zum Spaß.

(Christian Piwarz, CDU:  
Wie die NPD, Herr Urban!)

8. Dezember, Chemnitz: 14-Jährige von zwei syrischen Zwillingen vergewaltigt und verletzt.

8. Dezember, Mannheim: Mindestens 70 Einbrüche in Einfamilienhäuser werden einem tunesischen Migrantenquartett zugeordnet.

(Zuruf der Abg. Kerstin Köditz, DIE LINKE)

12. Dezember, Berlin: Hilflosigkeit der Polizei bei „Tod den Juden!“-Rufen.

So sieht die Realität heute in einer völlig verkorksten Migrationspolitik aus.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Rechtsfreie Räume, wie wir sie bereits in Marxloh oder in Neukölln haben, in denen Familienclans das Sagen haben und nicht mehr der Staat, wollen die Sachsen nicht. Sachsen soll sicher bleiben. Aber, in Dresden wird Striezelmarktbesuchern bereits als großer Fortschritt verkauft,

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Falsche Debatte! –  
Zurufe der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

dass eine Spezialeinheit der Polizei jetzt für ihre Sicherheit sorgt – ganz zu schweigen von den Betonsperren in ganz Deutschland, die unsere Weihnachtsmärkte schützen.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE –  
Susanne Schaper, DIE LINKE: Lieber Beton  
auf dem Weihnachtsmarkt als im Kopf!)

Die Polizeidirektion Leipzig hat Frauen davon abgeraten, allein zu joggen. Die Pressesprecherin der Polizei meinte sogar, jeder solle sich selbst überlegen, ob er abends noch auf die Straße gehe.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Herr Kollege, Sie müssen jetzt den Bezug zum Thema wieder herstellen.

**Jörg Urban, AfD:** Das mache ich. – So sieht es im Jahr 2017 aus. Auch Sachsen ist aufgrund gestiegener Ausländerkriminalität nicht mehr sicher. Das wissen die sächsischen Bürger sehr genau, sie wissen, warum ihre Heimat nicht mehr sicher ist.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Sie wollen keine Politik, die Menschen mit völlig fremden Vorstellungen von Recht, Kultur und Moral in unser Land holt.

(Susanne Schaper, DIE LINKE: Das ist  
einfach nur Nazimist, rechte Scheiße!)

Die Sachsen sind weder fremdenfeindlich noch rechtsextremistisch, noch rassistisch. Sie sind realistisch, und nichts anderes spiegeln die Ergebnisse des Sachsen-Monitors wider.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Herr Kollege Urban, er sprach für die AfD-Fraktion. Am Ende der Rederunde haben wir noch zwei Redner; zunächst Frau Kollegin Meier für die GRÜNE-Fraktion und dann Frau Kersten für die fraktionslosen Abgeordneten.

**Katja Meier, GRÜNE:** Sehr geehrte Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sollten jetzt wieder zum Sachsen-Monitor zurückkommen. Über die Weihnachtsmärkte wird ja gleich noch gesprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN,  
den LINKEN und der SPD)

Was sagt denn der Sachsen-Monitor? Den Sachsen geht es quasi gut. Sie schätzen ihre wirtschaftliche Situation gut bis sehr gut ein und schauen positiv in die Zukunft. 92 % halten die Demokratie für eine gute Regierungsform.

Es wäre schön, wenn das jetzt das Ende der Debatte zum Sachsen-Monitor wäre und das Ende einer schönen Geschichte über die Situation über die Menschen hier im Freistaat. Aber leider, leider ist es das nicht, denn unter der Oberfläche dieser Zahlen gärt es gewaltig. Die Ergebnisse legen vor allem drei Schieflagen offen.

Die Sachsen fühlen sich in ihrer Identität als Ostdeutsche ungerecht behandelt. Trotz des positiven Blicks in die Zukunft – und das ist der zweite Punkt – haben sie Angst vor sozialem Abstieg und beziehen sich daraufhin wieder positiv auf die DDR. Nur noch 36 % der Befragten meinen, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, und das sind noch einmal 8 % weniger als bei der letzten Befragung. Das lässt bei mir als Mitglied von BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN die Alarmglocken ganz laut läuten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD  
und des Abg. Patrick Schreiber, CDU)

Ein weiterer Aspekt: Je weiter die Politik von den Menschen entfernt ist, desto weniger Vertrauen haben die Menschen in die Politik. So genießen Bürgermeister und Gemeinderäte noch zu 60 % das Vertrauen. Je weiter es weg geht, desto geringer wird es, vom Landtag über den Bundestag bis hin zum Europaparlament.

Aber welche Schlüsse ziehen wir denn aus diesen Fakten? Ja, man kann sich jetzt auf die Frage konzentrieren, wie man die angeknackste Identität der Ostdeutschen wieder aufrichten oder wie man sich besser um sie kümmern kann. Sie haben durchaus anklingen lassen, dass Sie das ähnlich sehen. Da ist auch viel Wahres dran, aber ich denke, das ist nur ein Aspekt des Ganzen. Die Lösungsvorschläge sind nur Kosmetik, da die Probleme in diesem Land tiefer liegen.

Die Ergebnisse zeigen ja: Es braucht mehr als ein bloßes Weiterverwalten mit einem Schuss paternalistischer Rhetorik. Was Sachsen braucht, ist ein politischer Neuanfang und eine neue politische Kultur. Das haben wir schon im letzten Plenum diskutiert. Und ich sehe vor allem drei Handlungsfelder.

Wer die Kommunen nahezu handlungsunfähig macht, der muss sich nicht wundern, dass in die Lücken, die sich hier auftun, undemokratische Kräfte hineinstoßen und diese Lücken füllen. Das erleben wir im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs oder, wie gestern, bei der unterbliebenen Demokratisierung der Kommunen.

Ein zweiter Punkt. Die schulische und außerschulische politische Bildung lässt Lücken aufklaffen. Eine Kommission hat viele konkrete Vorschläge gemacht. Ein zentraler Vorschlag war gewesen, den Gemeinschaftskundeunterricht wieder bei Klasse 7 beginnen zu lassen. Dieser Vorschlag ist außer Acht gelassen worden, und ich denke, das ist fatal.

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig, den wir hier auch schon oft diskutiert haben: Bürgerinnen und Bürger wollen mitbestimmen. Aber dafür ist es notwendig, dass Politik nachvollziehbar und transparent ist. In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie ein Informationsfreiheitsgesetz versprochen. Ich glaube, um ehrlich zu sein, nicht, dass dieses in dieser Legislaturperiode noch das Licht der Welt erblicken wird. Wir GRÜNE haben einen konkreten Vorschlag mit unserem Transparenzgesetz gemacht, das wir demnächst hier behandeln werden.

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen, zum Beispiel die jahrzehntelange Gängelung der Zivilgesellschaft durch die Extremismusklausel. Ja, Sie haben diese Extremismusklausel ad acta gelegt, aber vergangenes Wochenende

(Beifall des Abg. Henning Homann, SPD)

hat der CDU-Parteitag beschlossen, diese Extremismusklausel in diesem Land wieder einführen zu wollen.

(Zuruf des Abg. Sebastian Fischer, CDU)

Dazu sage ich ganz klar: Die CDU hat Zivilgesellschaft nicht verstanden. Sie haben es nicht verstanden, wenn sie ihr permanent Misstrauen aussprechen, anstatt sie zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN –  
Widerspruch von der CDU)

Sachsen wird Lösungen für die ungelösten Probleme nur dann finden, wenn Sie die Ergebnisse des Sachsen-Monitors ganzheitlich betrachten, anstatt sich einzelne Punkte, einzelne Aspekte, wie die erfahrene oder gefühlte Benachteiligung der Nachwendezeit, herauszugreifen. Was Sachsen braucht, ist ein Umdenken.

Nur, wenn Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe diskutieren können, wenn Hürden für Beteiligung gesenkt werden, wenn Verfahren und Prozesse transparenter sind, wenn die Entwicklung einer aktiven demokratischen Bürgergesellschaft zugelassen wird und vor allem, wenn die Bürgerinnen und Bürger mehr Eigenverantwortung erhalten und diese ihnen zugestanden wird, wenn ihnen auch vertraut wird, dann kann sich im Freistaat etwas zum Positiven verändern. Nur so kann es gelingen, dass es bei der Geschichte über die gesellschaftliche Einstellung eben kein Aber mehr gibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der  
Abg. Sarah Buddeberg, DIE LINKE)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Frau Kollegin Meier, Fraktion GRÜNE. Jetzt folgt Frau Kollegin Kersten.

**Andrea Kersten, fraktionslos:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Ja, was die Sachsen so denken, dazu haben meine Vorredner jetzt zur Genüge ausgeführt. Ich selbst glaube, dass der Sachsen-Monitor einfach ein wenig überbewertet wird.

(Zurufe von der SPD)

Zwei Punkte dazu. Sie entschuldigen, dass ich ein bisschen hetzen muss.

(Gelächter und Unruhe im Saal)

1 006 Personen wurden in Sachsen befragt. Bei 13 Landkreisen und kreisfreien Städten sind das gerade einmal 77 Einwohner je Verwaltungseinheit.

(Unruhe bei den LINKEN)

Auf meinen Landkreis Mittelsachsen heruntergerechnet – wir haben 54 Kommunen –, wurden gerade einmal 1,4 Einwohner je Kommune befragt. Ist das repräsentativ?

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Was ist für Sie repräsentativ? Sagen Sie uns das mal!)

Punkt 2: Die Interpretation der Ergebnisse des Sachsen-Monitors ist so unterschiedlich, dass sinnvolle Schlussfolgerungen überhaupt nicht erwartet werden können. Ein

Beispiel der Staatsregierung: In der Pressemitteilung der Sächsischen Staatskanzlei wird Herr Staatsminister Dr. Jaeckel zitiert: „Die teilweise hohe Zustimmung zu Ressentiments geben jedoch keinen Grund zur Entwarnung.“ Auf der Webseite der Staatsregierung ist dagegen zu lesen: „Die Mehrheit der Sachsen weist jedoch nur einen niedrigen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf. Sie stimmt also den überwiegenden Aussagen zur Messung von Ressentiments nicht zu.“

Meine Damen und Herren! Sie sehen, es ist ganz nett, dass wir hier einmal darüber gesprochen haben, aber dabei sollten wir es dann auch belassen. Eine gute Politik, die sich am Bürger orientiert und die den Bürger einbezieht, ist viel, viel wichtiger.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Frau Kollegin Kersten. Wir sind jetzt am Ende der ersten Runde und wir eröffnen eine zweite. Die einbringende CDU-Fraktion kommt jetzt zu Wort durch Herrn Kollegen Schreiber.

**Patrick Schreiber, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die Debatte macht es deshalb schwierig, Herr Urban – Ach, dort ist er.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Sitzt in der ersten Reihe!)

– Ja, daran muss ich mich erst mal gewöhnen. – Herr Urban, genau das passiert, was Sie hier gerade gemacht haben. Eine Litanei hier vorzutragen über das, was an Verbrechen, an Kriminalität, an inakzeptablen Dingen in unserem Land passiert, aber was eben nicht erst seit 2015, sondern schon wesentlich länger passiert, bringt uns in dieser Frage kein Stück weiter.

(Beifall bei der CDU und der SPD –  
Jörg Urban, AfD: Typisch CDU!)

Das hat auch nichts damit zu tun, dass Sie daraus den Schluss ziehen, dass hier irgendwer Realist und nicht rechtsextrem oder rechtsgesinnt sei, sondern einfach nur realistisch. Herr Urban, Sie wissen ganz genau, dass ein Verbrechen an sich erst einmal ein Verbrechen ist. Es ist völlig egal, ob ein Verbrechen an einem Deutschen, an einem Ausländer oder an sonst jemandem begangen wird. Ein Verbrechen ist ein Verbrechen, und diejenigen, die Verbrechen begehen, gehören mit aller Härte des Gesetzes bestraft.

(Zuruf des Abg. Carsten Hütter, AfD)

Ich denke, es ist auch ein Konsens, den wir alle miteinander tragen sollten, dass wir einen Rechtsstaat brauchen, der genau diesem Prinzip folgt, und dass es an den Stellen, wo der Rechtsstaat Probleme hat, dies umzusetzen – aus welchen Gründen auch immer –, einer Nachjustierung bedarf.

Aber was machen Sie? Sie tun so, als würde es in dieser Gesellschaft – egal, ob es um sexuelle Belästigung, um Raub oder um Drogendelikte geht – das alles ohne die Flüchtlingsfrage seit 2015 in diesem Land nicht geben, und das ist einfach schoflig. Herr Urban, da stellen Sie sich, ehrlich gesagt, hier ganz schön in die Reihe derer, die vorher genau dort gesessen haben, wo Sie jetzt sitzen, nämlich die NPD. Wir können gottlob froh sein, dass diese Truppenteile seit 2014 nicht mehr hier im Landtag sind.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den LINKEN)

Sie müssen nicht versuchen, Herr Urban, in deren Fußstapfen zu treten.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Kollege Schreiber?

**Patrick Schreiber, CDU:** Ja.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Bitte, Kollege Urban.

**Jörg Urban, AfD:** Herr Schreiber, haben Sie die letzten Auskünfte der Kriminalitätsstatistik zur Kenntnis genommen, die darauf hinweisen, dass die Ausländerkriminalität gerade in den letzten zwei Jahren extrem zugenommen hat und wesentlich höher über dem deutschen Durchschnitt liegt.

(Zurufe von den LINKEN)

**Patrick Schreiber, CDU:** Herr Urban, ich habe das sehr wohl zur Kenntnis genommen, aber ich sage Ihnen jetzt mal einen Satz, den ich auch den Schulklassen sage, die uns hier im Landtag besuchen. Ich sage dann immer: Leute, man muss das natürlich kritisieren, wenn sich hier Menschen – erst recht Menschen, die hierhergekommen sind, um Schutz zu suchen, die hier einen Gaststatus genießen – danebenbenehmen. Das muss man kritisieren, das muss man ahnden.

Ihr müsst euch aber auch alle immer fragen: Was lebt ihr denen denn eigentlich selber vor? Deshalb gehört zur Wahrheit einfach dazu, dass sich in einer Gemeinschaft, in einem Rechtsstaat, in dem wir leben, alle – egal, ob mit Flüchtlingsstatus, Dazugezogene oder hier beheimatete Menschen, Jugendliche, ältere Personen – an Recht und Gesetz zu halten und zu benehmen haben.

(Jörg Urban, AfD, steht erneut am Mikrofon.)

Damit komme ich – ich lasse jetzt keine weitere Zwischenfrage zu, Herr Urban – genau zu meinem nächsten Punkt. Jetzt sind wir doch mal ehrlich: Wo beginnt denn die Verrohung in dieser Gesellschaft? Die beginnt doch nicht nur dadurch, dass irgendwer irgendwie irgendwen sexuell belästigt; sondern sie beginnt dadurch, wie ich mich in der Öffentlichkeit gebärde, wie ich mich in der Öffentlichkeit benehme, was ich draußen auf der Straße bei einer Demonstration – ich sage es mal wirklich direkt – aus mir rauskotze. Dort beginnt die Verrohung in dieser Gesellschaft und da ist hier niemand ohne Schuld.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU und der SPD)

Liebe Frau Schaper – weil du dich so aufgeregt hast –, da ist auch DIE LINKE nicht ohne Schuld. Wenn sich jemand bei einer Innenministerkonferenz – ich meine jetzt nicht dich persönlich – hinter einer LINKEN-Demo versteckt, die vorn das große Plakat trägt „Kampf der inneren Sicherheit“ –,

(Beifall bei der CDU)

dann frage ich mich ganz ehrlich: In welchem Land bin ich denn hier angekommen? Das kann doch nicht normal sein, dass in unserem Land Menschen dafür kritisiert oder politisch an den Galgen gehangen werden, dass sie sich um innere Sicherheit in unserem Land kümmern! Die Menschen da draußen möchten in Sicherheit leben!

(Zurufe von den LINKEN)

Und da gehören Ihre Truppenteile dazu, das sage ich Ihnen ganz offen, wie es ist. So ein Banner gehört Ihnen eigentlich weggenommen, und es ist schlimm, dass sich keiner mehr getraut, Ihnen so ein Banner wegzunehmen, Frau Nagel.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Carsten Hütter, AfD – Rico Gebhardt, DIE LINKE: Es hatte so gut angefangen, jetzt wird es wieder ...!)

– Nein, Herr Gebhardt, ich bin dann gut, wenn die mich kritisieren und Sie mich kritisieren, dann bin ich gut, dann rede ich nämlich für die Mitte in diesem Land, und das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zu meiner eigentlichen Rede, die ich mir vorgenommen hatte, nämlich zu einem Aspekt in diesem Bericht, in dem es um die 18- bis 29-Jährigen geht. Wenn Sie sich diese Ergebnisse einmal anschauen – ich möchte drei Punkte nennen: 17 % dieser Personengruppe denken, dass die Verbrechen der NS-Zeit in der heutigen Geschichtsschreibung übertrieben werden; 24 % von ihnen können nicht die Frage beantworten, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist, und dieser Personenkreis ist zu 31 % der Meinung, die Ostdeutschen seien Bürger zweiter Klasse. Außerdem zählen die 18- bis 29-Jährigen zu den Sachsen, die um den gesellschaftlichen Zusammenhalt fürchten. Dann stellt man sich schon die Frage: Wo liegt das Problem?

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Na, vielleicht in Ihrer 27-jährigen Politik?!)

Ich sage Ihnen offen und ehrlich: Das Problem liegt aus meiner Sicht insbesondere darin, dass Kitas, Schulen – und das werfe ich niemandem vor –

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Ihre Redezeit geht zu Ende, Herr Kollege, wir haben uns hier etwas in der Zeiterfassung geirrt. Ich gebe Ihnen noch 20 Sekunden.

**Patrick Schreiber, CDU:** Das werfe ich hier niemandem vor, aber ich glaube, ein großer Fehler ist, dass Kitas,

Schulen und teilweise auch Jugendhilfeeinrichtungen zu unpolitischen Räumen geworden sind;

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

zu Räumen, wo man nicht mehr politisch diskutiert – und das meine ich jetzt nicht ideologisch. Ich brauche keinen Jugendverein „Roter Baum“, der Jugendliche irgendwie links indoktriniert.

(Beifall bei der CDU)

Es muss aber möglich sein, dass in Schulen, in Kitas jeweils auf einer bestimmten Ebene, auf einem bestimmten Niveau –

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Die Redezeit ist zu Ende.

**Patrick Schreiber, CDU:** – ich komme zum Ende – politische Diskussion und Streit stattfinden kann, ohne dass vorn jemand steht, der sagt, was richtig und was falsch ist.

Das ist ein zentraler Punkt, und dort müssen wir mehr tun. – Mein Kollege Fischer geht gleich auf das eine oder andere noch näher ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Es gibt jetzt eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Urban; bitte.

**Jörg Urban, AfD:** Vielen Dank, Herr Dr. Röbner. Herr Schreiber, ich möchte noch einmal auf Ihren Debattenbeitrag eingehen; Sie haben mir die Zwischenfrage nicht gestattet.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Ich hatte darauf hingewiesen, dass die Ablehnung von Fremden und Migranten in Deutschland durchaus viel mit der Kriminalität, die sehr stark angestiegen ist, zu tun hat. Sie haben in Ihrem Redebeitrag zweimal gesagt, dass die deutschen Bürger an der Kriminalität der Migranten schuld seien. In den Schulen sagen Sie den Schülern: Schaut euch selbst an, was ihr denen vorlebt. Das haben Sie gesagt.

(Christian Piwarz, CDU: Wieder diese typische NPD-Rhetorik!)

Sie versuchen wiederholt die Probleme, die die Sachsen mit den Migranten haben, kleinzureden und so zu tun, als gäbe es Kriminalität schon immer. Sie können jetzt gern versuchen, das wieder zu verbiegen. Sie haben gesagt, die Sachsen leben den Ausländern die Kriminalität vor.

(Christian Piwarz, CDU: So ein Blödsinn! – Weitere empörte Zurufe von der CDU und den LINKEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das war eine Kurzintervention. Jetzt erfolgt die Reaktion durch Herrn Kollegen

Schreiber; auf dessen Redebeitrag sich die Kurzintervention bezogen hat.

**Patrick Schreiber, CDU:** Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Urban, wenn ich mir überlege, wo Sie politisch herkommen – also, Entschuldigung, so wenden kann man sich überhaupt nicht im Leben.

(Jörg Urban, AfD: Wovon reden Sie denn?)

– Sie kommen vom Naturschutzbund.

(Jörg Urban, AfD: Und was hat das mit Kriminalität zu tun?)

Wenn ich mir überlege, was Sie hier vom Stapel lassen – Entschuldigung, jetzt nehme ich das Wort zum ersten Mal in den Mund, aber das ist reine Nazi-Rhetorik!

(Beifall bei der CDU, den LINKEN und der SPD)

Ich haben Ihnen das noch nie unterstellt, das wissen Sie. Wenn Sie nicht in der Lage sind, intellektuell zu verstehen, was ich hier vorn sage, dann tut mir das herzlich leid. Fakt ist nur eines, Herr Urban: Ich habe ganz deutlich gesagt, dass jeder, der in irgendeiner Weise kriminell wird, kriminell ist, Verbrechen begeht, zu ahnden und zu bestrafen ist,

(Jörg Urban, AfD: Das habe ich auch gesagt!)

und dass es erst einmal völlig egal ist, woher er kommt und wohin er geht.

Das Zweite ist, Herr Urban: Wenn Sie den Sachsen-Monitor richtig lesen würden, dann wüssten Sie auch, dass die Sachsen zu über 90 % sagen – sofern man diese 1 006 Sachsen tatsächlich als repräsentativ ansehen kann –, dass sie selbst noch keinerlei Erfahrung mit „dem Anderen“ gemacht haben und erst recht noch keinerlei Erfahrung oder alltägliches Erleben mit Kriminalität durch Ausländer selbst erlebt haben. – Ich sage damit nicht, dass das nicht stattfinden würde, oder marginalisiere es. Fakt ist doch aber, dass das, was die Menschen heutzutage wahrnehmen, insbesondere durch soziale Medien stattfindet, durch Nachrichten, durch Zeitung – sofern Zeitungen noch gelesen werden –, aber insbesondere durch soziale Medien.

(Sebastian Fischer, CDU: Sehr richtig!)

Da sollten Sie sich, Herr Urban, mit Ihren Truppenteilen einmal fragen, was Sie an Verschwörungstheorien, an Herumgehetze im Netz – was dann durch Ihren eigenen Abgeordneten Herrn Hütter teilweise relativiert wird – betreiben. Sie sind die Hetzer, die diese Gesellschaft spalten – neben denen, die etwas gegen innere Sicherheit haben.

(Beifall bei der CDU – Jörg Urban, AfD:  
Die Kriminalität ist trotzdem real!)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Wir haben jetzt eine weitere Kurzintervention von Herrn Kollegen Stange; bitte.

**Enrico Stange, DIE LINKE:** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich kann Sie, Herr Schreiber, in Ihrer Argumentation an folgendem Punkt ausdrücklich nur unterstützen und will das hier einmal mit Zahlen untersetzen; weil das wichtig ist, um einzuordnen – dazu hat Ihnen jetzt die Zeit gefehlt –, dass seitens der AfD hier postfaktisch argumentiert wird – um einmal dieses Wort des Jahres zu nutzen.

Fakt ist nämlich, dass wir im Jahr 2012 83 Tötungsdelikte in Sachsen hatten und im Jahr 2016 98; sexuelle Nötigungen und Vergewaltigungen: 2012 113 und 2016 108; Raub: 2012 1 983 und im Jahr 2016 2 047 – leichte Schwankungen, wie immer –; gefährliche Körperverletzungen: 4 731, im letzten Jahr: 5 955 – ausweislich der PKS.

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:  
Merken Sie etwas, Herr Urban? –  
Jörg Urban, AfD: 600 % Anstieg!)

– Also, entweder liest man die PKS, oder man lässt es bleiben.

Dann schauen Sie sich den Ausländeranteil an! Zuwanderer: Tötungsdelikte im Jahr 2015: 28, vollendet: 5; im Jahr 2016: 16, vollendet: 1.

Stellen Sie bitte alles in Relation! Dann wird die Welt klarer. Suchen Sie sich nicht ein Ereignis heraus, um es so aufzublasen, dass Sie am Ende selbst an das glauben, was Sie hier erzählen.

(Beifall bei den LINKEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das bezog sich alles auf den Redebeitrag von Herrn Schreiber. – Er könnte jetzt am Mikrofon 5 reagieren, so er denn will.

**Patrick Schreiber, CDU:** Er will und wird. Herr Präsident, vielen Dank! – Herr Stange, Danke noch einmal für die Klarstellung! Ich will dazu nur eines sagen: Den Menschen auf der Straße – ich habe das mit meiner Mutter selbst erlebt – interessieren keine Statistiken. Der Mensch auf der Straße nimmt das wahr, was er selbst erlebt. Leider glaubt er heute sehr, sehr viel, was so erzählt wird. Deshalb ist es unsere Aufgabe – unser aller Aufgabe –, die Menschen mit diesen Äußerungen, Sorgen, Gefühlen ernst zu nehmen und nicht gleich in die rechte Ecke zu stellen, sondern, wie mein Kollege Fischer gesagt hat, zu versuchen, sehr, sehr viel über den Dialog zu klären. Es sollte aber nicht ein Dialog im Sinne eines Belehrens darüber sein, was alles in der Polizeilichen Kriminalstatistik steht, sondern es sollte eine Diskussion sein – mit Fakten; das ist ganz klar. Ich glaube, wir machen etwas falsch, wenn wir meinen, wir müssten den Menschen immer irgendetwas erklären, weil sie alle ein bisschen dumm seien. Wenn wir das weiter so machen, dann hat der da drüben

(Patrick Schreiber, CDU, bezieht  
sich auf Jörg Urban, AfD)

noch mehr Zulauf. Und das will ich nicht!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Wir fahren in der Rednerreihe fort. Als Nächster spricht Kollege Homann für die SPD-Fraktion, die ja Einbringerin ist.

**Henning Homann, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde die Debatte, wie sie bisher von rechter Seite geführt wird, mit folgender Bemerkung kommentieren wollen: Frau Muster, Sie haben Ihre Rede begonnen mit: „Entschuldigen Sie bitte, wenn ich hetze!“ Ich antworte Ihnen: Nein, das tun wir nicht!

(Zurufe von der AfD: Frau Kersten!)

– Frau Kersten? – Entschuldigung!

(Carsten Hütter, AfD: So etwas passiert hier öfter!)

Ich wiederhole: Frau Kersten, Sie haben gesagt, Sie wollen, dass wir es entschuldigen, wenn Sie hetzen. – Meine Antwort ist: Nein, wir tun das nicht. Wir entschuldigen es nicht, wenn Leute hetzen; denn Hetzen ist keine politische Kultur und diesem Hohen Haus nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Henning Homann, SPD:** Bitte.

**Andrea Kersten, fraktionslos:** Herr Homann, aber Sie wissen schon, wie das gemeint war?

(Zurufe von den LINKEN: Oh ja!)

Wenn ich gesagt habe, dass ich hetzen muss, dann war das auf den Zeitfaktor bezogen, weil wir hier nur anderthalb Minuten Zeit haben, um in einer Debatte zu sprechen.

(Christian Piwarz, CDU: Frage!)

Das hatte nichts damit zu tun. Das ist unverschämt, was Sie hier machen!

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Sie müssen jetzt eine Frage stellen.

**Andrea Kersten, fraktionslos:** Sorry, ja. – Wissen Sie, wie es gemeint war?

**Henning Homann, SPD:** Sie haben es so gemeint, wie Sie es gesagt haben.

(Carsten Hütter, AfD: Man kann es so schön ausschlichten, nicht wahr? – Dr. Frauke Petry, fraktionslos: Antworten Sie doch einfach mit Ja oder Nein! Man kann sich auch entschuldigen!)

Ich glaube, Sie werden gerade Opfer Ihrer eigenen Methoden. Ihre eigene Vieldeutigkeit müssen Sie dann auch selbst mal im Griff haben.

(Dr. Frauke Petry, fraktionslos: „Ich habe einen Fehler gemacht“ – geht das?)

Ich wollte diesen Punkt sehr kurz machen und stattdessen noch einmal sagen, dass es das eigentliche Ziel des Sachsen-Monitors ist, die politische Debatte über die Einstellungen in Sachsen zu versachlichen, weil wir es über viele, viele Jahre erlebt haben, dass die einen gesagt haben: „Hey, bitte, passt auf! Es gibt hier ein Problem mit Rechtsextremismus!“, während die anderen gesagt haben: „Nein, das stimmt nicht!“

Deshalb bin ich an dieser Stelle auch der Staatskanzlei – Herr Dr. Jaeckel, ich will das durchaus als Kompliment formulieren – sehr dankbar, mit welcher Sorgfalt und wissenschaftlichen Akribie Sie diesen Sachsen-Monitor in Auftrag gegeben und ausgewertet haben; denn es ist dringend notwendig – auch das merken wir heute –, dass wir die Debatte über Einstellungen in Sachsen sehr sachlich führen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Damit sind wir bei der Frage, was die Konsequenzen aus diesem Sachsen-Monitor sind. Natürlich hat Frau Köditz recht, wenn sie sagt: Wir stehen in der Verantwortung, diesen Sachsen-Monitor zu nutzen, um unsere Demokratieförderung zu verbessern. – Das ist richtig. Frau Köditz, wir tun das auch im Beirat. Vielleicht entscheiden wir nicht alles so, wie Sie es machen würden.

Ich will aber eigentlich auf einen anderen Aspekt hinweisen. Der Sachsen-Monitor leistet wesentlich mehr, als nur die Demokratieförderung voranzubringen. Der Sachsen-Monitor 2016 ist eine Grundlage dafür, dass sich diese Staatsregierung dazu entschieden hat, ein Papier wie „W wie Werte“ in Auftrag zu geben, in dem es um politische Bildung in der Schule geht. Daran zeigt sich, dass dieser Sachsen-Monitor sehr, sehr sinnvoll ist – und dass er Konsequenzen hat.

Aber – jetzt komme ich zu einem weiteren Aber – nur die Demokratieförderung und die politische Bildung zu verbessern reicht auch mir nicht aus.

(Zuruf der Abg. Kerstin Köditz, DIE LINKE)

– Frau Köditz, ab jetzt meine ich Sie nicht mehr.

Allein die politische Bildung und die Demokratieförderung zu verbessern reicht nicht aus. Denn: Es gibt Probleme in diesem Land. Es gibt Missstände in diesem Land. Wir dürfen nicht den Eindruck vermitteln, als wollten wir diese Missstände durch mehr politische Bildung überkleistern. Nein, dieser Sachsen-Monitor beauftragt uns sehr klar, die Probleme in diesem Land auch klar beim Namen zu nennen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich glaube, dass wir zu dem Thema Gerechtigkeit tatsächlich eine Debatte in Sachsen brauchen. Ich möchte zwei Punkte in diese Richtung nennen.

Das Erste ist:

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:  
Soziale Ungerechtigkeit!)

Wir müssen in Sachsen noch einmal über die Stärkung der Sozialpartnerschaft sprechen. Es kann nicht sein, dass ein großer sächsischer Wirtschaftsverband sich jeder Debatte verweigert. Wenn wir wollen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Land bekommen – und nichts Geringeres darf unser Anspruch sein in diesem Landtag! –, dann ist die Stärkung der Sozialpartnerschaft, die sich unter anderem darin zeigt, dass in Unternehmen Tarifverträge ausgehandelt werden, ein ganz entscheidender Punkt.

Das Zweite ist: Wenn wir Chancengleichheit stärken wollen, dann müssen wir insbesondere die Oberschulen und das System der Ausbildung in diesem Land stärken. Ich finde, auf diesem Weg hat diese Koalition einen ersten wichtigen Schritt gemacht. Wir stellen nämlich sicher, dass an den Oberschulen die Lehrer – alle Lehrer! – zukünftig genauso gut bezahlt werden wie die an den Gymnasien. Und wir stellen sicher, dass speziell die Oberschulen einen Rechtsanspruch auf einen Schulsozialarbeiter haben.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Die Redezeit ist zu Ende.

**Henning Homann, SPD:** Auch damit senden wir ein klares Signal: Nicht nur die Menschen in diesem Land, die das Abitur machen und studieren, erhalten allergrößte Anerkennung und volle Unterstützung, sondern alle Menschen, auch diejenigen, die eine Ausbildung machen, haben unseren allerhöchsten Respekt verdient.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Die Redezeit ist zu Ende.

**Henning Homann, SPD:** So schaffen wir das eigentliche Ziel, nämlich die Überwindung der sozialen Spaltung in dieser Gesellschaft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Kollege Henning Homann sprach für die SPD-Fraktion. – Jetzt geht es weiter mit der Fraktion DIE LINKE. Erneut spricht Frau Köditz.

**Kerstin Köditz, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zurück zum Sachsen-Monitor: Mein Dank geht an Frau Meier für ihre Rede. Ich habe mich auch gefreut, dass zu jenem Zeitpunkt Herr Dr. Jaekel im Saal war. Viele der Punkte, die Frau Meier aufgezählt hat, gehören in ein Gesamtkonzept, wenn wir hier in Sachsen etwas verändern wollen.

(Beifall bei den LINKEN)

Damit bin ich wieder bei dem Problem, das wir in Sachsen haben: Wir haben die Ergebnisse des Sachsen-Monitors vorliegen und diskutieren über die Zahlen. Aber wie gehen wir wirklich mit dem Sachsen-Monitor um? Es

gibt eigentlich nur zwei Wege. Der erste Weg wäre: Wir halten fest, dass uns die Ergebnisse bedenklich stimmen. Falls es einen dritten Sachsen-Monitor geben sollte, werden wir in etwa einem Jahr zu demselben oder einem ähnlichen Ergebnis kommen. Ernsthafte Konsequenzen werden bis dahin nicht gezogen, sondern wir werden in der Zwischenzeit einmal mehr erleben, dass sogenannte Befunde im Zweifel einfach als „Sachsen-Bashing“ beschimpft werden.

Der zweite Weg ist, wir nehmen die Ergebnisse ernst. Das heißt, wir begreifen sie als einen Spiegel sozialer Verhältnisse, die wirklich ungerecht sind, und wir diskutieren offen darüber, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung, die Politik übrigens eingeschlossen, daraus mitunter ungerechte Schlüsse zieht; nämlich die Schuld bei den anderen, bei den Fremden, bei Minderheiten sucht.

Der erste Weg bedeutet, dass wir hier alljährlich ein ziemlich bedeutungsloses Empörungsritual durchführen. Dafür brauche ich allerdings keinen aufwendigen Sachsen-Monitor. Der zweite Weg dagegen bedeutet, dass wir die Ergebnisse als wichtige Problemanzeiger verstehen. Dafür müssen wir aber das Instrument schärfen und den Sachsen-Monitor verbessern. Herr Homann, ich bin da nicht ganz Ihrer Meinung. Verbessern heißt nämlich an dieser Stelle für uns, dass dieses Instrument nicht in die Hände der Staatskanzlei und nicht in die Hände eines kommerziellen Instituts gehört.

Wir brauchen an dieser Stelle sozialwissenschaftliche Arbeit. Es geht um die Entwicklung der Fragen bis hin zur Einordnung der Resultate. Zum Beispiel ist es doch schlicht Unfug, dass die Erhebung vor der Bundestagswahl stattfand und dass die soziale Lage nur auf Selbsteinschätzung beruht. Laut dieser Studie denkt nämlich fast jeder Sachse, er gehört zur Mittelschicht. Die Meinungsforscher – –

(Patrick Schreiber, CDU: Weil ihr euch arm fühlt, muss doch nicht jeder arm sein! –  
Weitere Zwischenrufe von CDU und SPD)

– Also das ist doch jetzt nicht ernst gemeint, diese Zwischenrufe. Die Meinungsforschung kennt das Problem der sozialen Erwünschtheit. Befragte geben gern konforme Antworten. Man muss kritisch mit Fragen umgehen, über die die Befragten vorher noch nie reflektiert haben. Von dieser selbstkritischen Haltung ist im Ergebnisbericht des Sachsen-Monitors zu wenig zu lesen. Da sehen wir noch eine Menge Luft nach oben und wir würden uns wünschen, dass es einen Erfahrungsaustausch mit den Thüringerinnen und den Thüringern gibt, die eine jahrelange Erfahrung mit einem Monitor haben.

Noch in anderer Hinsicht gibt es viel zu lernen. Teile der Koalition sind nicht davor zurückgeschreckt, den Rechtspopulisten nachzuäffen. Man redet Gefährdungen herbei, um effektiv auf den starken Staat zu setzen und dabei Grundrechte, wie zum Beispiel das Asylrecht, zu kassieren. Man redet von sogenanntem Patriotismus zu Leuten, die sich vom Fremdenhass sowieso nicht abgren-

zen, und man führt eine zutiefst antiliberalen Kampagne gegen die Ehe für alle. Im Anschluss sind – oh Wunder – autoritäre, nationalistische und homophobe Einstellungen viel populärer als vorher. Das sind die Geister, die gerufen wurden, gerufen von Teilen der CDU.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN –  
Sebastian Fischer, CDU: Völliger Unsinn!)

**Präsident Dr. Matthias Röblier:** Auf Frau Köditz folgt in dieser zweiten Rederunde Herr Urban für die AfD-Fraktion.

**Jörg Urban, AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Schreiber, Sie hatten die NPD angesprochen. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass es die CDU war, die nach dem Krieg NSDAP-Mitglieder aufgenommen hat, und dass es die CDU in Sachsen war, die NPD-Mitglieder aufgenommen hat. Die AfD war das nicht.

(Interne Wortwechsel zwischen  
Abgeordneten der CDU und der AfD)

Wenn Sie Angst haben, dass die AfD mehr Zulauf bekommt, dann müssen Sie diese Angst haben, weil Sie weiterhin die Probleme ignorieren, die Ihre Partei selbst angerichtet hat.

Der Sachsen-Monitor hat auch etwas sehr Positives zutage gefördert. Über 90 % der Menschen in Sachsen halten freie Wahlen, unabhängige Gerichte und eine gute Opposition für sehr wichtig. 77 % der Sachsen sind mit der Demokratie zufrieden. Der dimap-Geschäftsführer Reinhard Schlinkert sagt dazu: „Ich persönlich finde es interessant, dass die Menschen hier gesagt haben, welches große Vertrauen sie in die Demokratie haben, und dass auch die Frage des Funktionierens der Opposition deutlich zugenommen hat. Ein Grund liegt sicherlich darin, dass die Diskussion um die AfD gerade hier in Sachsen extrem stark war.“ Das sehen wir genauso. Mit der AfD gibt es endlich wieder eine echte Alternative zum Einheitsbrei der Altparteien. Es lohnt sich wieder zur Wahl zu gehen. Das wird auch in der gewachsenen Wahlbeteiligung deutlich.

(Patrick Schreiber, CDU: Warum  
sind Sie dann nur die Hälfte hier?)

Sicherlich trägt auch die gute Arbeit der AfD in den Parlamenten zu der Hoffnung bei, dass man positive Veränderungen in Deutschland auch auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie herbeiführen kann.

(Patrick Schreiber, CDU: Sie sind so gut,  
dass Sie sich gleich mal teilen mussten!)

Die positive Einstellung der Sachsen zu den demokratischen Institutionen führt allerdings auch zu fragwürdigen Reaktionen. Verschiedene Vertreter der Altparteien, wie Herr Kretschmer von der CDU oder Frau Falken von den

LINKEN, aber auch die Landeszentrale für politische Bildung fordern jetzt noch mehr politische Bildung.

(Zwischenrufe von den LINKEN  
und den GRÜNEN: Richtig!)

Vor allem in den Schulen will man eher und intensiver damit beginnen. Da kann ich nur sagen, Hände weg von unseren Kindern. Wir mussten schon einmal erleben, wie eine Regierung versucht hat, in den Schulen ihr verschobenes Weltbild mittels politischer Bildung in die Köpfe unserer Kinder zu pressen. In der DDR nannte sich diese politische Bildung Staatsbürgerkunde.

(Sebastian Fischer, CDU, meldet  
sich zu einer Zwischenfrage.)

Gegen dieses undemokratische Regime, das die Bürger mittels Lügenpresse und schulischer Indoktrination lenken wollte, begann hier in Sachsen die friedliche Revolution.

**Präsident Dr. Matthias Röblier:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Jörg Urban, AfD:** Die Sachsen brauchen keine Nachhilfe in Sachen Demokratie. Im Gegenteil – vom politischen Verstand und vom Demokratiewillen der Sachsen können viele Bundesbürger noch etwas lernen. Mut zu Deutschland!

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CDU: Wow!)

**Präsident Dr. Matthias Röblier:** Jetzt kommt eine Kurzintervention von Herrn Fischer.

**Sebastian Fischer, CDU:** Vielen Dank, Herr Präsident. Dass die AfD sich immer weiter radikalisiert, ist heute wieder ganz deutlich geworden. Herr Urban, von Ihnen brauchen wir keine Belehrung. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Sie sind die Gruppe, die am 3. Oktober 2016 vor der Frauenkirche gegen das freie und geeinte Vaterland demonstriert hat.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ist ekelhaft und abstoßend. Aber wir können alle noch lernen, deswegen möchte ich Ihnen noch einmal kurz den Beutelsbacher Konsens zu Gehör bringen. Der Beutelsbacher Konsens ist die gesetzliche Grundlage, dass eine Meinungsbeeinflussung der Schüler in der Schule nicht stattfindet, sondern dass jede politische Bildung parteipolitisch und von der Ansicht her neutral zu erfolgen hat. Das ist im Beutelsbacher Konsens festgelegt und wird in unseren sächsischen Schulen ganz streng gehandhabt.

(Carsten Hütter, AfD: Erfolgen soll!)

Ich empfehle dringend, bevor Sie solche Halbwahrheiten aufstellen, in einer Unterrichtsstunde zu hospitieren. Da können Sie sehen, dass unsere sächsischen Lehrer diese rechtlichen Grundlagen sehr genau beherzigen.

(Beifall bei der CDU – Jörg Urban,  
AfD, steht am Mikrophon.)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war die Kurzintervention von Sebastian Fischer. Und jetzt reagiert Herr Kollege Urban darauf. Bitte.

**Jörg Urban, AfD:** Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Fischer, ich möchte wieder einmal mit der Unwahrheit aufräumen, die Sie hier schon zum zweiten Mal verbreiten. Die AfD und auch andere Demonstranten in Dresden haben zum Tag der Deutschen Einheit nicht gegen die deutsche Einheit demonstriert, sie haben gegen Ihre CDU-Spitze und gegen die Regierungsspitze, die hier in Dresden zu Besuch war, demonstriert. Das ist ihr Recht. Wir leben in einer Demokratie und das Demonstrationsrecht gehört zur Demokratie.

(Patrick Schreiber, CDU: Auf welche Art und Weise! – Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, steht am Mikrofon.)

Noch etwas, Herr Fischer, weil Sie wieder darauf hinweisen, die AfD würde sich radikalieren. Ich glaube, gerade Sie sind ein Abgeordneter, der damit etwas zurückhaltend sein sollte. Sie haben Facebook-Einträge von sich gegeben, die sich auf kriminelle Ausländer bezogen und die zu Ende gingen mit „Raus, raus, raus!“. Wer so auf Facebook hetzt, muss nicht mit dem Finger auf andere zeigen.

(Lachen und Beifall bei der AfD – Carsten Hütter, AfD: Genau zuhören, Herr Fischer. So sieht es nämlich aus!)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Als Nächstes eine weitere Kurzintervention. Herr Dr. Lippold, bitte.

**Dr. Gerd Lippold, GRÜNE:** Herr Kollege Urban, ich verbitte mir, dass Sie hier über „unsere Kinder“ sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Ihre Kinder in Pimpf-Uniformen marschieren lassen wollen, dann können Sie das tun. Meine Kinder jedenfalls bekommen eine demokratische politische Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Wir gehen jetzt weiter in der Rednerreihe und kommen in der zweiten Runde zur Fraktion GRÜNE. Frau Meier noch einmal? – Kein Redebedarf. Wir könnten jetzt eine dritte Runde eröffnen. – Das wird gewünscht. Die einbringende Fraktion ergreift erneut das Wort. Das Wort hat jetzt Herr Kollege Fischer.

**Sebastian Fischer, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte es noch einmal kurz zusammenbinden. Ich denke, wir sollten die ideologische Brille hier beiseitelassen, und zwar alle gemeinsam. Es muss uns um die politische Kultur hier in Sachsen gehen. Ich würde mir wünschen, dass sich jeder auch einmal an die eigene Nase fasst.

(Beifall des Abg. Carsten Hütter, AfD)

Wir haben darüber schon debattiert: Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist für 72 % der Sachsen das Thema. 51 % der Sächsinen und Sachsen sind aber der Meinung, dass deutsche Kultur verloren geht. Man kann nonchalant darüber hinweggehen

(Kathrin Kagelmann, DIE LINKE:  
Nonchalant! – Unruhe bei den LINKEN)

und sagen, es interessiert mich nicht, ein Statistikfehler, wir wollen es nicht sehen. Wir müssen es doch aber ernst nehmen, meine Damen und Herren von der Linksfraktion. Deswegen ist die Debatte darüber, wie wir mit der deutschen Leitkultur weitermachen, unbedingt notwendig und die Alternative dazu nicht gangbar.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:  
Knödel mit Sauerkraut!)

Weiterhin: Sie sprachen hier die Gegensätze von Arm und Reich an. Für 84 % der Sachsen ist das in der Tat ein Thema. Ich möchte aber darum bitten, diese Statistiken auch zu Ende zu lesen: 46 % der Befragten sind nämlich der Meinung – ich zitiere –: „Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf unsere Kosten ein schönes Leben.“ Das stimmt in dieser Absolutheit natürlich nicht, aber es zeigt auf, dass die Problemlagen, die wir haben, nicht nur sozial zu betrachten sind, sondern dass wir vielleicht auch einmal dahinterschauen sollten.

Diese Stimmen sind ernst zu nehmen. Sie mögen uns nicht gefallen. Wir sollten sie aber ernst nehmen und diejenigen, die so denken, auf alle Fälle in den Dialog einbeziehen und nicht ständig in eine Beschwörungs- und Opferrhetorik verfallen.

Zum Thema Wiedervereinigung hat leider niemand etwas gesagt. 61 % der Sächsinen und Sachsen sind der Meinung, dass die Vorteile überwiegen. Bei den über 70-Jährigen liegt dieser Anteil bei 73 %, und das sind Leute, welche die Diktatur am eigenen Leib erlebt haben.

Ich habe einmal geblättert. Werner Schulz, der bekannte ehemalige grüne Abgeordnete, hat dazu gesagt – ich zitiere –: „Offenbar strahlt das Bild der DDR umso heller, je weiter sie zurückliegt, paradoxerweise auch bei jenen, die sie nicht aus eigenem Erleben kennen.“ Deswegen, Stichwort Gedenkstätten, Stichwort geschichtliche Aufarbeitung, sind wir auch hierbei auf gutem Wege.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Na ja!)

Mich hat berührt, dass die Chance zum sozialen Aufstieg eher von Menschen mit Abitur und Hochschulabschluss gesehen wird. Ich selbst habe kein Abitur. Ich bin stolzer Handwerksmeister. Ich würde mich darüber freuen, wenn auch wir Handwerker und wir, die wir Oberschulabschluss haben, etwas positiver in die Zukunft blicken. Gerade angesichts des Fachkräftemangels ist das doch ohne Probleme machbar.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Gestern ist Michael Kretschmer als unser neuer Ministerpräsident gewählt worden.

(Zuruf von den LINKEN: Ihr! –  
Unruhe bei der CDU)

Er hat am vergangenen Wochenende einen wichtigen Satz gesagt, den jeder von uns vielleicht verinnerlichen sollte: „Politik muss zuhören und nicht belehren und dann aber auch einpacken.“ Ich denke, hierin besteht der richtige Weg, den wir gehen sollten. Die Rezepte wurden schon von meinen Vorrednern benannt: politische Bildungsarbeit, weiterhin die Beobachtung von politischen Extremisten, aber auch Werbung für Engagement in demokratischen Parteien.

Meine Damen und Herren, ich schließe mit einem optimistischen Blick in die Zukunft: Nur 11 % der Sachsen halten die Diktatur für die bessere Staatsform und nur 5 % sind für Selbstjustiz.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:  
5 % für Selbstjustiz!)

Dagegen stehen Mehrheiten für positive Aussagen. 77 % sagen, wir Sachsen brauchen den Vergleich mit dem Westen nicht zu scheuen. 85 % der Sachsen sind der Meinung, wir Sachsen können stolz auf das Erreichte sein. Mehr als ein Drittel der Sachsen sagt, uns geht es gut in Sachsen, hier im Freistaat Sachsen.

Ich bitte uns alle also, suchen wir nicht nach Fehlern, sondern suchen wir nach Lösungen, auch wir hier im Hohen Haus.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Meine Damen und Herren! Wer möchte noch gern zur Aktuellen Debatte sprechen? – Ich denke, es gibt keinen Bedarf mehr. Dann frage ich die Staatsregierung. Herr Minister Jaeckel, bitte.

**Dr. Fritz Jaeckel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Sachsen ist ein modernes, weltoffenes, innovatives Land im Herzen Europas.“ So hat gestern Herr Landtagspräsident Dr. Röbber die Plenarsitzung eröffnet. Wir finden das auch im Sachsen-Monitor wieder; denn im Ergebnis muss man sagen, dass die Menschen zuversichtlich in ihre eigene Zukunft schauen, sowohl was die wirtschaftliche als auch die persönliche Lage angeht. Auch das Wohnumfeld und die sozialen Verhältnisse werden eher positiv als negativ eingeschätzt.

Wir kommen nun zu einem methodischen Problem aller Umfragen, die es gibt. Es ist schon darauf hingewiesen worden. Vielen Dank, Herr Homann, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass wir uns in der Staatskanzlei sehr viel Mühe geben, um die Wissenschaftlichkeit dieser Untersuchung zu gewährleisten.

Ich möchte erstens darauf hinweisen, Frau Köditz, dass dimap und auch die jeweilige Befassung im Beirat der Landeszentrale für politische Bildung für Objektivität und

Wertneutralität stehen. Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, dass Sie eine andere Form der Erhebung für notwendig halten.

Zweitens möchte ich ankündigen, dass wir auf der wissenschaftlichen Seite auch auf das Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit noch einmal besonders achtgeben werden. Das Konzept, nach dem dieser Abschnitt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bearbeitet wird, stammt aus dem Jahr 2002 und ist in Bielefeld erarbeitet worden. Wir werden für den nächsten Sachsen-Monitor die Fragestellung in etwas anderer Form zusammenstellen. Wir sind sowohl von den Vertretern der Öffentlichkeit wie auch von Wissenschaftlern darauf hingewiesen worden.

Wir dürfen nicht nachlassen in unserem Bemühen, gegen Extremismus in unserem Land aufzustehen und klare Worte zu finden, ihn auch zurückzudrängen und die Menschen immer wieder für die plurale, freiheitliche und demokratische Grundordnung zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz erläutern, warum wir in der Staatskanzlei von Extremismus sprechen. Frau Köditz, das hat Ihnen ja nicht gefallen. Wir sprechen deshalb von Extremismus

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Das  
brauchen Sie mir nicht erklären!)

weil sich die Fragen zum Teil auch auf Gewalt gegen Andersdenkende beziehen, undifferenziert. Es gibt allerdings – das gestehe ich zu – einen großen Teil, der sich auch mit rechtsextremistischen Einstellungen beschäftigt. Er wird in dieser Studie auch entsprechend abgearbeitet.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen – das ist vielleicht auch insbesondere für unsere jungen Zuhörer auf der Tribüne wichtig –, dass die Institutionen in Sachsen, also die Parteien, die Parlamente, die Verwaltungen, die Gerichte, die die Rahmenbedingungen für unsere Freiheit und für unseren Wohlstand schaffen, große Zustimmung genießen. Das sollten wir nicht vergessen.

Die jüngeren Befragten haben uns in der Interpretation schon Sorgen bereitet. Das sind die 18- bis 29-Jährigen. Bemerkenswert ist nämlich, dass sich die negativen Werte aus der Vorjahresbefragung durchaus relativiert haben. Wir haben in der Altersgruppe jetzt meist keine deutlich höhere Zustimmung zu Ressentiments. Dieser Umstand ist erst einmal positiv, aber natürlich auch nicht einfach zu interpretieren.

Zu dem Thema Bildung und politische Bildung im Land: Ich kann nur darauf verweisen, dass wir nach dem Sachsen-Monitor 2016 unmittelbar ein Referat im Kultusministerium eingerichtet haben, das sich mit dieser politischen Bildung beschäftigen muss. Dort ist ein Papier mit einem Expertengremium erarbeitet worden, das die Menschen, unsere jungen Menschen in den Schulen, zu „Zivilität und Humanität“ – ich zitiere aus dem Papier – „und zu einem reflektierten historisch-politischen Bewusstsein und zu einer positiven Lebenswelt“ unterstützend begleiten soll. Ich halte es auch für wichtig, damit

wir politischen Märchenerzählern und Verschwörungstheoretikern aus eigener Wahrnehmung und aus eigenem Nachdenken unserer jungen Menschen etwas entgegenzusetzen können.

Wir werden es auch fortsetzen. Wenn Sie das Papier der Koalitionsparteien CDU und SPD aufmerksam gelesen haben, das am Montagnachmittag der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist, dann finden Sie darin einen Abschnitt, dass wir die Landeszentrale für politische Bildung personell und sachlich, aber auch das Zentrum für Demokratie unterstützen wollen, und zwar genau mit dem Ziel, dass wir eben auch im nächsten Jahr deutlich machen können, dass uns die politische Bildung im Land, und zwar in der Breite, auch in der Dezentralität ein wichtiges Anliegen ist.

Meine letzte Bemerkung betrifft das Thema Bürgerdialog. Wir werden die Bürgerdialoge, die im letzten Jahr begonnen wurden – Herr Fischer hat ja die Bemerkung gemacht, wir müssen zuhören, zuhören, zuhören, um daraus auch die Schlüsse für die politische Arbeit zu ziehen –, in der weiteren Arbeit dieser Legislatur fortsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die erste Aktuelle Debatte ist abgearbeitet und damit abgeschlossen.

Wir kommen zu

## Zweite Aktuelle Debatte

### So viel Sicherheit in der Weihnachtszeit – Wie sicher sind Sachsens Straßen und Plätze?

#### Antrag der Fraktion AfD

Es beginnt die einreichende Fraktion, Herr Abg. Wippel. Danach folgen CDU, DIE LINKE, SPD, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn sie es wünscht. Frau Dr. Petry ist noch mit erwähnt. – Herr Wippel, bitte.

**Sebastian Wippel, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! So viel Sicherheit in der Weihnachtszeit, frei nach einem Weihnachtslied, aber ich habe nicht vor, hier mit Ihnen gemeinsam zu singen. Doch schauen wir einmal, welcher Kanon am Ende entsteht.

Was ist passiert? Es geht natürlich nicht nur um die Weihnachtszeit, sondern generell um Sicherheit. Eigentlich wollen wir über Straßenkriminalität und deren Entwicklung in Sachsen reden.

4. November 2017: Mehrere Ausländer umzingeln einen 28-Jährigen, verwenden Reizgas und rauben ihn aus.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

15. November 2017: Drei Syrer greifen einen Libanesen mit Fäusten und einem 20 Zentimeter langen Messer an. –

16. November: Geistig Behinderter wird von drei Ausländern ausgeraubt, Beute: ein Handy im Wert von 700 Euro.

Bis jetzt waren die Fälle aus Dresden, Freiberg und Meißen. Jetzt kommt Chemnitz dazu: 18. November 2017: Ein Ausländer hält einem 18-Jährigen ein Messer an die Kehle, fordert Geld und ein Handy. – Frankenberg, 1. Dezember 2017: Drei bis vier Ausländer versuchen einen 38-Jährigen auszurauben, fordern die Herausgabe von Geld; der Angegriffene kann sich wehren, woraufhin die Täter fliehen.

Das sind Auszüge aus Pressemitteilungen der Polizei. Man könnte Etliches von solchen Sachen weiter anschlie-

ßen. Das sind die Dinge, die die Menschen prägen, das sind die Dinge, die ins Gedächtnis der Menschen eingehen, wenn sie hinaus auf die Straße gehen; denn sie nehmen es wahr, sie nehmen es in der Zeitung wahr. Das ist das, was man sich natürlich untereinander erzählt, und man hat nicht immer nur das Einzelne vor Augen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Wippel?

**Sebastian Wippel, AfD:** Sehr gern, Frau Präsidentin.

**Sabine Friedel, SPD:** Vielen Dank, Herr Kollege. Könnten Sie, damit wir das besser einordnen können, uns für die Zeiträume, die Sie benannt haben, auch alle anderen Straftaten, die sich ereignet haben, hier kurz vorstellen? – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

**Sebastian Wippel, AfD:** Sehr geehrte Frau Kollegin Friedel! Sie können sehr gern meine Kleinen Anfragen, die ich zu diesem Thema stelle, studieren, nachher auch vertiefend. Ich hätte gedacht, dass Sie das vielleicht vor der Debatte machen; jetzt halte ich das nicht für notwendig. Ich habe Ihnen einfach einmal exemplarisch Beispiele herausgesucht, die sich in einem Monat hier abgespielt haben – das sind bei Weitem nicht alle, sondern nur Auszüge –, um Ihnen das ganze Thema auch zu verdeutlichen.

(Sabine Friedel, SPD: Selektive Wahrnehmung der Wirklichkeit?)

Ich denke, Sie haben das schon verstanden, Frau Friedel. – Aber damit Sie sich auch sicher hinaustrauen können, sei Folgendes gesagt: Natürlich ist es generell in Sachsen

immer noch so, dass die Wahrscheinlichkeit, den Tag zu überleben, größer ist als diejenige, an einem Tag ausgeraubt zu werden oder ihn nicht zu überleben. Das ist natürlich richtig.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann –  
Zuruf von der CDU: Oh Jesses!)

Trotz alledem: Die Straßenkriminalität hat in Sachsen zugenommen, und die Statistik bestätigt das Ganze.

Wenn wir uns einmal die Entwicklung in Chemnitz zwischen den Jahren 2013 und 2016 anschauen, so ist bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen ein Anstieg um 45 % zu verzeichnen. Ähnlich ist die Entwicklung in den Landkreisen Vogtland, in der Stadt Dresden, im Landkreis Bautzen, im Landkreis Görlitz, im Landkreis Meißen, in der Stadt Leipzig, in Nordsachsen, im Landkreis Leipzig und im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge.

Kommen wir zu einem anderen Bereich, zu Raubstraf-taten. Auch hierbei haben wir einen Anstieg zu verzeichnen, ebenfalls in diesem Zeitraum, und zwar im Vogtland, in Dresden, in Leipzig, in Chemnitz, im Landkreis Meißen und im Landkreis Leipzig. Alles das ist in der Kleinen Anfrage nachzulesen, die ich zum Thema Straßenkriminalität gestellt habe.

Besonders nachdenklich macht mich an dieser Stelle der hohe Ausländeranteil bei der Gewaltkriminalität. Bei 8 252 Taten, die im abgefragten Zeitraum stattgefunden haben, waren in 44 % der Fälle die Tatverdächtigen Ausländer, und dies bei einem Bevölkerungsanteil von deutlich unter 10 %. Das gehört eben zur Wahrheit dazu, und da muss man einmal seine rosarote Brille absetzen, um das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der AfD –  
Widerspruch bei den LINKEN)

Meine Damen und Herren! Rückgänge der Straßenkriminalität in Gänze sind zu verzeichnen, ja, auch in dem abgefragten Zeitraum, in diesen drei Jahren, nämlich um 700 Fälle. Aber darin sind eben auch Dinge wie Sachbeschädigung oder Diebstahl aus Kfz enthalten. Das ist geringfügig weniger geworden. Aber Delikte wie beispielsweise Fahrraddiebstähle haben zugenommen.

In einer anderen Anfrage von mir ging es um Straftaten, die zwischen 2015 und 2017 unter Verwendung von Waffen erfolgten. Ich habe jetzt hier einmal nur Straftaten gegen das Leben und gegen die sexuelle Selbstbestimmung zusammengestellt, die große Masse,

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

die Rohheitsdelikte, und habe mir angeschaut, wer da Waffen verwendet hat. Ich war wirklich schockiert, weil damit selbst ich nicht gerechnet habe, und ich bin wirklich kein Optimist, was das Ganze angeht. Es gab bei den Tätern, die Waffen verwendet haben, einen Ausländeranteil von 79 %.

Meine Damen und Herren, wir wären ja nicht die AfD, wenn wir keine Vorschläge hätten, wie man das ganze Thema auch angehen könnte.

(Henning Homann, SPD: Ein  
Vorschlag allein reicht nicht aus!)

Ein Punkt ist schon einmal, dass wir keine Gewöhnung an dieses Phänomen, an diese Kriminalität aufkommen lassen dürfen. Hier passen sich nämlich die Leute an: Sie meiden die Plätze. Die Frauen gehen abends eben nicht mehr allein von der Arbeit nach Hause, sondern lassen sich von ihren Ehemännern oder von Freunden abholen. Die Telefonnummer 110 ist in vielen Handys bereits vorgewählt. Das gehört auch mit dazu. Es kann ja wohl nicht angehen, dass wir Straßen, Wege und Plätze oder bestimmte Stadtteile meiden, weil wir uns dort einfach nicht mehr hintrauen, weil sich eben die Kriminalität in diesen Bereichen so entwickelt hat, wie sie sich entwickelt hat.

Wir brauchen natürlich auch mehr Polizisten, nicht nur die 1 000, die immer angesprochen sind; wir brauchen eben 2 000. Der neue sächsische Chefpolizist, Michael Kretschmer, möchte diese 1 000 Polizisten allesamt auf die Straße schicken. Ich weiß gar nicht, woher er sie nehmen will und wer die ganze restliche andere Arbeit machen soll.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte zum Ende kommen.

**Sebastian Wippel, AfD:** Im Übrigen müssen Straftäter, insbesondere Ausländer, konsequent abgeschoben werden. Auch die Abschiebehaftplätze brauchen wir alle für diejenigen, –

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Wippel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Sebastian Wippel, AfD:** – die hier straffällig geworden sind, selber in Sachsen, und wir haben keine Kapazitäten, –

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Wippel!

**Sebastian Wippel, AfD:** – um sie an andere Bundesländer zu vermieten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Für die CDU Herr Hartmann, bitte.

**Christian Hartmann, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das versteht die AfD nun unter einer Weihnachtsüberraschung, eine Aktuelle Debatte zehn Tage vor dem Heiligen Abend mit einem recht verhunzten Titel eines Weihnachtsliedes, die so gar nicht für die Intention des Weihnachtsfestes spricht und den Geist der Weihnacht in sich trägt. Soweit ich mich erinnern kann, ist die Weihnachtsgeschichte doch

eine Botschaft des Friedens und gegen die Angst. Sie vermittelt im Übrigen auch die fundamentalen Werte unserer Kultur: Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft für Menschen in Not. Mit Ihrem Debattenthema versuchen Sie jedoch das Gegenteil zu erreichen. Sie wollen bewusst mit Ängsten, mit Einzeldarstellungen und Übertreibungen Angst und Sorge schüren und Zwietracht säen.

(Sebastian Wippel, AfD: Fakten! Fakten! Fakten!)

Ich kann Sie nur vor solchen Spielchen warnen, gerade zu Weihnachten, da die Menschen besonders sensibel auf solche Themen reagieren. Aber vielleicht müssen Sie ja auch erst wie Ebenezer Scrooge Besuch von Geistern in der Weihnacht bekommen, damit Sie wirklich die Weihnachtsbotschaft verstehen. Ich kann Ihnen zumindest die Lektüre von Charles Dickens nur herzlichst empfehlen.

(Lachen bei der AfD)

Aber jetzt im Ernst: Was ist eigentlich das Ziel Ihrer Debatte? Ein bisschen erinnert es ja an Cato den Älteren, der jede seiner Reden mit den Worten beendet hat, im Übrigen müsse Karthago zerstört werden. Die Windungen, die Sie nehmen, erscheinen abenteuerlich, um jedes Mal, egal, ob zu einem passenden oder unpassenden Anlass, wieder über Ausländerkriminalität und Ausreisephilosophien und Ausweisungen zu philosophieren, Ängste zu schüren und Zahlen zu addieren. Manchmal sind es sächsische Zahlen; aber wenn sie Ihnen zu unscheinbar vorkommen, so wie gerade in Ihrem Redebeitrag,

(Sebastian Wippel, AfD: Das waren nur sächsische Zahlen!)

dann verwenden Sie die Bundeszahlen, um sie im Kontext noch etwas bedeutender erscheinen zu lassen.

Ich will Ihnen Folgendes deutlich sagen: Ja, das Thema ist ein ernstes, und die Sorge der Menschen, Sicherheit zu erwarten und zu bekommen, ist ein großes und berechtigtes Interesse.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Christian Hartmann, CDU:** Selbstverständlich, Frau Präsidentin.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Wippel, bitte.

**Sebastian Wippel, AfD:** Sehr geehrter Herr Kollege Hartmann, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Zahlen, die ich verwendet habe, sächsische Zahlen sind und dass diese Zahlen auf den Ergebnissen einer Kleinen Anfrage beruhen, wobei die Sächsische Staatsregierung üblicherweise nur für den eigenen Geschäftsbereich antwortet?

**Christian Hartmann, CDU:** Herr Wippel, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie zu jedem möglichen und unmöglichen Zeitpunkt versuchen, alle Themen miteinander zu verquicken, und sich im Grunde genommen nur an

einer Substanz festhalten. Ich habe durchaus zur Kenntnis genommen, dass Sie sich dabei nie auf eigene Recherchen beziehen, sondern immer auf Ergebnisse aus Anfragen an die Staatsregierung, und ich bleibe dabei, dass Sie die Zahlen in ein relatives Verhältnis setzen, um es besonders bedeutend und mächtig erscheinen zu lassen.

(Sebastian Wippel, AfD: Aha!)

Ich komme zurück: Sie erinnern mich durchaus ein bisschen an Cato den Älteren, der jede Rede so beendet: Im Übrigen muss Karthago zerstört werden.

(Sebastian Wippel, AfD: Hat ja funktioniert!  
Karthago ist ja zerstört worden!)

– Wenn das Ihr Ziel ist, Herr Wippel, dann ist das an dieser Stelle ja auch eine Feststellung. Ich sage Ihnen aber: So einfach werden wir es Ihnen damit nicht machen.

Jetzt komme ich zu meiner Rede zurück: Die Leute erwarten zu Recht Sicherheit, und wir reagieren auf Veränderungen in der Lebenswirklichkeit. Dabei geht es nicht nur um die Frage, dass jetzt ausländische Mitbürger nach Deutschland gekommen sind. Es ist auch eine Frage einer globalisierten Welt, veränderter Rahmenbedingungen, einer zunehmenden Struktur des internationalen Terrorismus. Es hat auch etwas mit offenen Grenzen, mit einer tatsächlich globalisierten Welt zu tun, und zweifelsohne ist es auch so, dass nicht jeder, der zu uns kommt, sich an Regeln und Normative hält.

Da spricht die Kriminalitätsstatistik eine klare Sprache. Mit der müssen wir uns beschäftigen. Wer – das hat mein Kollege vorhin schon deutlich gesagt – sich nicht an unsere Regeln und Normative hält – das gilt übrigens für Deutsche gleichermaßen –, ist zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. Natürlich – und dafür steht die Union – ist er im Zweifel in die Heimat zurückzuschieben, wenn er sich nicht an diese Regeln hält und das rechtsstaatliche Verfahren zu dieser Erkenntnis kommt.

Aber Sie versuchen an jeder Stelle Ängste zu schüren, Bilder zu malen, die nun wirklich mit der Realität nichts zu tun haben. Wir stehen dafür, dass wir beide Seiten der Medaille bearbeiten, nämlich die Frage der Gewährleistung von Sicherheit. Dazu gehört – das ist ein Bild, das wir in den letzten Jahren, spätestens seit dem Fall Amri haben –, dass wir mehr Sicherheit auf Weihnachtsmärkten geschaffen haben, auch mit entsprechenden Sperren.

(Carsten Hütter, AfD, steht am Mikrofon.)

Die Leute können sich nach wie vor auf den Weihnachtsmärkten sicher fühlen. An der Stelle möchte ich denen danken, die dafür sorgen, nämlich den sächsischen Polizeibeamten,

(Beifall bei der CDU, der SPD,  
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

den Ordnungskräften der Städte und Gemeinden, aber eben auch den Hilfsorganisationen mit Rettungsdienst, dem DRK und allen, die dazugehören, die dafür sorgen,

dass die Leute in unserem Land sicher sind und sicher auf Weihnachtsmärkten sein können.

Wir ziehen die Rückschlüsse aus den Ereignissen, so schrecklich sie waren und die wahrlich nicht dafür taugen, sie politisch zu instrumentalisieren.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten sie eine Zwischenfrage?

**Christian Hartmann, CDU:** Selbstverständlich.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Hütter, bitte.

**Carsten Hütter, AfD:** Sehr geehrter Herr Hartmann, ist Ihnen bewusst, dass Sie versuchen, eine gewisse Normalität herbeizureden?

**Christian Hartmann, CDU:** Herr Hütter, Ich bin mir dessen sehr bewusst, dass ich die Realität zur Kenntnis nehme, ohne dass ich die Herausforderungen und Schwierigkeiten negiere. Was Sie machen, ist aber – und das war in dem ersten aktuellen Redebeitrag so, und es war im zweiten so –, dass Sie die Straftatbestände durchaus selektiv auflisten – das muss an der Stelle auch gesagt werden –,

(Beifall des Abg. Enrico Stange, DIE LINKE)

die Sie unmittelbar besonders im Rahmen der Schwere der Tat und mit Bezug auf ausländische Straftäter aneinanderaddieren. Insoweit war die Frage der Frau Kollegin Friedel nicht unberechtigt. Für eine Objektivität müssten Sie eigentlich auch die Frage stellen, welche sonstigen Straftaten von deutschen Straftätern begangen wurden. Ich will nichts verniedlichen und verheimlichen.

(Carsten Hütter, AfD: Doch!)

Ich will auch die notwendige Transparenz. Es gehört zur Wahrheit dazu, ausländische Straftäter sind zur Verantwortung zu ziehen. Dort, wo wir höhere Kriminalitätsaufkommen haben, ist das zu benennen. Das haben wir, insbesondere bei Straftaten von Ausländern gegenüber Ausländern. Damit muss man sich beschäftigen.

Aber ich finde, es ist weder der Zeitpunkt noch der Anlass, zu versuchen, einen Zusammenhang zwischen dem Weihnachtsfest und der Sicherheitsrhetorik herbeizuführen. Es ist an dieser Stelle einfach unpassend.

Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung – Carsten Hütter, AfD:  
Wann ist denn der richtige Zeitpunkt?)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Fraktion DIE LINKE; Herr Stange, bitte.

**Enrico Stange, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die AfD hat in der ersten Aktuellen Debatte und auch in der zweiten Aktuellen Debatte ganz hervorragend unter Beweis gestellt, dass

die bei der jüngsten Tagung des interdisziplinären Arbeitskreises „Innere Sicherheit“ am vergangenen Montag und Dienstag in Münster erörterten Fragen postfaktischer Sicherheitspolitik drängende Fragen sind, die die sicherheitspolitische Diskussion unter Verzicht auf die richtige Einordnung von Fakten oder gar unter Verzicht auf Fakten in die Richtung verschieben, die von denen gewollt ist, die Angst schüren und die sicherheitspolitische Debatte für ganz andere Zwecke missbrauchen wollen.

(Zuruf der Abg. Petra Zais, GRÜNE)

Deshalb kann man nur eines konstatieren: Das wilde, unsystematische Herausgreifen von Einzelzahlen und Einzelfakten – –

(Sebastian Wippel, AfD: 2 293!)

– Auch das ist wieder ein Einzelfakt, den Sie nicht gewillt sind einzuordnen.

(Sebastian Wippel, AfD: Doch, kann ich!)

Das ist der Fakt.

(Sebastian Wippel, AfD: 2 300 Opfer!)

Dieses willkürliche Herausgreifen schürt Ängste. Wenn Ihre Frage ernst gemeint gewesen wäre,

(Carsten Hütter, AfD: Ist sie!)

hätten Sie mehr als eine eindimensionale Antwort auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung geben müssen. Sie können aber nur eindimensionale Antworten geben, weil das bewusst Ihr Ziel ist.

(Beifall bei den LINKEN)

Um es einmal einzuordnen: Ich habe den sächsischen Innenminister bei dieser Tagung tatsächlich einmal gelobt, aber nur einmal,

(Heiterkeit – Staatsminister Markus Ulbig: Nicht zu viel! – Karin Wilke, AfD, steht am Mikrofon.)

weil er – –

(Zurufe von den LINKEN)

Ich werde mich beim Landesvorstand entschuldigen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Enrico Stange, DIE LINKE:** Nach dem Satz. –, weil er genau das getan hat, was man zur Einordnung braucht. Er hat bei der Präsentation der sächsischen PKS-Zahlen die sogenannten Mehrfachintensivstraftäter unter den Zuwanderern ausgewiesen. Darin wird ganz klar eines deutlich: Von den mehr als 63 000 Zuwanderern bis 2016 fallen unter die MITAS 685. Das sind 1,1 %.

(Sebastian Wippel, AfD:  
Die Masse läuft frei herum!)

Das zur Einordnung. Wenn Sie diese Einordnung nicht hinbekommen, werden Ihre Zahlen immer nur eines machen:

(Sebastian Wippel, AfD: Die Frage ist, wie wird es beleuchtet?!)

die eindimensionale Lösung herbeiführen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Zwischenfrage jetzt. Bitte.

**Karin Wilke, AfD:** Herr Stange, Sie sagten, dass wir Einzelfälle benutzen würden, um der Debatte eine andere Richtung zu verleihen.

(Unruhe)

Sind Sie nicht der Auffassung, dass sich der Fall Amri ganz genau gegen unser Weihnachtsfest gerichtet hat?

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Das heißt, dass ein Weihnachtsmarkt bewusst in den Fokus genommen wurde?

**Enrico Stange, DIE LINKE:** Bei dem Fall Amri hat sich der Täter nicht bewusst gegen das Weihnachtsfest gewandt, sondern er hat das Weihnachtsfest benutzt, um mit dieser Tat besonders viel Öffentlichkeit zu erreichen

(Zurufe von der AfD)

und möglichst viele – Wenn Sie zuhören und nicht immer dazwischenplappern würden, könnten Sie auch einmal etwas verstehen.

(Susanne Schaper, DIE LINKE: Genau!)

Es war also das Ziel, viel Öffentlichkeit zu erreichen, und es war das Ziel, möglichst viele Menschen – wie das bei Terroranschlägen leider nun einmal so ist – mit in den Tod zu reißen.

(Carsten Hütter, AfD: Das ist genauso eine Behauptung! – André Barth, AfD: Das war eine pure Tatsache!)

Wer aber der Auffassung ist, dass – und jetzt müssen wir wieder einmal vom Postfaktizismus herunter, jetzt kommt der Fakt – die Chance, bei einem Terroranschlag in Deutschland ums Leben zu kommen, die zentrale Herausforderung sicherheitspolitischer Fragestellung in Deutschland ist, der ist deutlich schief gewickelt.

(Zuruf des Abg. Sebastian Wippel, AfD)

Ich bin immer noch bei der Beantwortung der Zwischenfrage.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Das ist aber eine lange Antwort!)

Frau Präsidentin, mir wird gerade Zeit gestohlen. Ich bitte das zu berücksichtigen. – Fakt ist, dass die Chance, in Deutschland durch einen Sturz von der Treppe oder durch einen Unfall im Haushalt zu Tode zu kommen, 2 045-mal höher ist als bei einem Terroranschlag. Ich will einen Terroranschlag nicht relativieren,

(André Barth, AfD: Das machen Sie gerade!)

aber wir müssen sicherheitspolitische Debatten einordnen, bevor wir uns versteigen. Die wichtigere Zahl dabei ist aber, wie viele Menschen in Deutschland im Straßenverkehr – auch das ist eine Frage der öffentlichen Sicherheit – ums Leben kommen,

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

weil wir keine – oder in viel zu geringem Maße – entsprechenden Gegenmaßnahmen durchführen.

(Zuruf des Abg. Sebastian Wippel, AfD)

Das ist für mich eine Frage, wie sicher Sachsens Straßen und Plätze sind. Das ist die Frage. Sie benutzen ausgewählte Zahlen aus der PKS, um tatsächlich eine eindimensionale Sicherheitsdebatte zu führen, beantworten aber nicht im Ansatz die Frage, was wirklich zu tun wäre, um die Sicherheit der Menschen, die öffentliche Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Stange, ich habe Ihnen jetzt eine Dreiviertelminute zusätzlich gegeben. Die Zeit ist jetzt zu Ende.

**Enrico Stange, DIE LINKE:** Frau Präsidentin, wir sind doch in der Vorweihnachtszeit.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Nein, da müsste ich ja allen eine Vorweihnachtszeit geben. Da werden wir heute nicht fertig.

**Enrico Stange, DIE LINKE:** Ich bedanke mich.

(Beifall bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Pallas.

**Albrecht Pallas, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den Titel der Aktuellen Debatte kann man einiges hineinpacken. Geht es um die Weihnachtszeit nur als Zeitraum? Ist es nur ein albernes Wortspiel? Sind wirklich alle Straßen und Plätze gemeint oder nur die Weihnachtsmärkte? So viel Unklarheit in der Weihnachtszeit.

Ich bleibe einmal bei den Weihnachtsmärkten. Es drängt sich auf, dass die AfD versucht, an das Unsicherheitsgefühl und die Ängste in der Bevölkerung zu appellieren und diese zu verstärken. Dann hätten Sie den Titel vielleicht „So viel Ängstlichkeit in der Weihnachtszeit“ nennen müssen.

(André Barth, AfD: Das wäre auch eine Idee!)

Wie sehen das eigentlich die Leute? Das ist natürlich nicht genau zu bestimmen. Man kann sich dem nur annähern.

So hat beispielsweise der Mitteldeutsche Rundfunk am 6. Dezember in Leipzig Passanten gefragt, wie sicher sie sich auf dem Leipziger Weihnachtsmarkt fühlen. Die Antworten waren unterschiedlich. So kamen grundsätzliche Antworten, dass es gut ist, dass die Polizei präsent ist,

aber es auch gut ist, dass sie sich im Hintergrund aufhält. Es kamen Bekundungen, dass die Betonsperren sinnvoll sind, aber man sich trotzdem grundsätzlich auch ohne diese sicher fühle, dass man darüber nicht nachdenke oder dass es eben hundertprozentige Sicherheit nicht gibt.

Ein genaueres Bild wird durch eine Online-Analyse des Unternehmens VICO Research & Consulting erzeugt. Das findet man in diversen Online-Artikeln etwa zur selben Zeit, also Anfang Dezember. Das Unternehmen hat im November dieses Jahres 250 000 deutschsprachige Social-Media-Beiträge nach dem Stichwort Weihnachtsmarkt untersucht. Das Ergebnis ist ziemlich interessant. So haben nur etwa 44 000, also 17 %, das Thema überhaupt aufgegriffen.

(Sebastian Wippel, AfD, steht am Saalmikrofon.)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Albrecht Pallas, SPD:** Nach diesem inhaltlichen Punkt gestatte ich sie. Aber den möchte ich gern noch ausführen.

Davon war ungefähr ein Viertel positiv, also 11 000, und ein Fünftel hat sich bezüglich der Sicherheit bedenklich gezeigt.

Unmittelbar nach dem Bombenfund in Potsdam hatte das seinen Höhepunkt. Da waren es ungefähr 16 000 Einträge, die das thematisierten, davon drei Viertel neutral. Etwa 1 700 thematisierten die fehlende Sicherheit und sogar möglichen Terror. Nach der Aufklärung, dass die Bombe nicht zündfähig und der Weihnachtsmarkt nicht das Ziel war, wandten sich 15 % dieser Gruppe gegen diese Argumentation. Das ist eine ganz spannende Entwicklung.

Was lernen wir daraus? Wir lernen daraus, dass wir keine Panikmache betreiben sollten. Das betrifft Politik und Medien. Wir lernen daraus, dass Ängste bei einem Teil der Bevölkerung vorhanden sind, dass aber Informationen helfen. So viel Unwissenheit in der Weihnachtszeit.

Jetzt gestatte ich die Zwischenfrage.

**Sebastian Wippel, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Kollege Pallas, Sie haben gesagt, die Passanten hätten angegeben, die Betonblöcke, das „Merkel-Lego“, seien sinnvoll. Können Sie mir erklären, warum das sinnvoll ist und wie sich die Entwicklung dahin vollzogen hat, dass man so etwas überhaupt haben muss? Ist das besonders dekorativ oder was ist der Zweck dieser Sache?

**Albrecht Pallas, SPD:** Man kann das fragen, man kann es aber auch lassen.

Zunächst einmal habe ich wiedergegeben, was der Mitteldeutsche Rundfunk von den Passanten gehört hat. Das habe ich zur Kenntnis genommen und habe es hier in die Debatte einfließen lassen. Zum anderen ist es natürlich so, dass sich weltweit, vor allem in den westlichen Ländern,

aber bei Weitem nicht nur, die Sicherheitsbehörden damit auseinandersetzen müssen.

(André Barth, AfD: Nein, wir müssen das bekämpfen!)

– Das geschieht doch in Deutschland. Wir hatten die Ereignisse in den letzten Monaten. Das ist doch normal,

(André Barth, AfD: Das passiert eben mal, das ist doch normal!)

dass sich die Kommunen, die Marktbetreiber und die örtlichen Polizeikräfte Sicherheitskonzepte erarbeiten und dass man zum Beispiel versucht, auch aus den Erfahrungen durch die Ereignisse vor einem Jahr in Berlin die richtigen Lehren zu ziehen.

Was sollen sie denn sonst machen, Herr Wippel? Wenn es das ist, was Sie wissen wollten, dann hoffe ich, Ihre etwas merkwürdige Frage beantwortet zu haben. Sollten Sie mehr wissen wollen, dürfen Sie gern noch einmal ans Mikrofon treten, Herr Wippel.

Ich würde gern versuchen, mich der Lage objektiv zu nähern. Sie fragen: Wie sicher sind Sachsens Straßen und Plätze? Da kann man nur sagen: auf der einen so, auf dem anderen so. Die polizeiliche Kriminalstatistik bietet Anhaltspunkte für die objektive Lage. Es sind unterschiedliche Schwerpunkte der Kriminalität in den sächsischen Regionen festzustellen. Dazu zählen Themen wie Gewaltkriminalität, im Übrigen zwischen ganz unterschiedlichen Gruppen. Es zählen aber auch Diebstahl und Einbruchskriminalität dazu, mit den Hochburgen in den großen Städten und – im Übrigen rückgängig – im grenznahen Raum.

Um in Ihrem Bild zu bleiben: Natürlich sind aktuell die Weihnachtsmärkte überall ein Anziehungspunkt, beispielsweise für Taschendiebe. Das ist auch nicht neu. Die Polizei hat Erfahrung und trifft Vorsorge durch entsprechende Präsenzkräfte überall auf den Märkten. Aber es gibt auch Beamte, die zivil unterwegs sind, um Diebe zu stellen. Natürlich – wir hatten das eben in Ihrer Zwischenfrage – gibt es umfassende Sicherheitskonzepte, um mit den unterschiedlichsten abstrakten Gefahren durch gewalttätige oder gar terroristische Absichten umzugehen. Das ist aus meiner Sicht sinnvoll. So viel Gründlichkeit in der Weihnachtszeit.

Ein bisschen wundert es mich aber, Herr Wippel, dass gerade Sie eine so ungenaue und missverständliche Debatte anzetteln, Sie, der Sie keine Gelegenheit auslassen, auf Lücken oder Schwierigkeiten im Umgang mit der polizeilichen Kriminalstatistik hinzuweisen und diese zu kritisieren. So viel Ungenauigkeit in der Weihnachtszeit.

(Sebastian Wippel, AfD: Punktgenau!)

Sie sind jetzt so lange im Parlament, Herr Wippel, dass Sie sich nicht mit einem Versehen herausreden können. Man muss Ihnen pure Absicht unterstellen.

(Beifall der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Damit betreiben Sie ein gefährliches Spiel; denn dadurch werden Ängste geschürt. Damit entstehen erst selbst oder von außen auferlegte Unfreiheiten, wie Sie diese selbst benannt haben. Das ist eine gefährliche Angstspirale. Sie wissen das ganz genau, Herr Wippel. Sie bezwecken das, weil Sie im Augenblick davon profitieren.

Ich schließe mit der Empfehlung für den Debattentitel „So viel Unverfrorenheit in der Weihnachtszeit“.

In der zweiten Runde dann mehr.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Abg. Lippmann für die GRÜNEN, bitte.

**Valentin Lippmann, GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wäre das hier und heute keine Aktuelle Debatte der AfD, hätte man meinen können, wir sprächen beispielsweise über Verkehrspolitik und die Zahl der Verkehrstoten. Immerhin sterben im deutschen Straßenverkehr pro Jahr mehr Menschen als durch Terror und Gewalttaten. Da es aber nun einmal eine Aktuelle Debatte der AfD ist, ist klar, worum es geht. Es ist vor allem durchschaubar und klar, was Ihr Ziel ist.

Sie möchten Verunsicherung in der Bevölkerung stiften, ob nicht vielleicht doch zu wenig für die Sicherheit getan wird, und damit Ängste schüren. Sie wollen wieder einmal hetzen, was das Zeug hält, und zwar gegen diejenigen, die daran angeblich schuld sind. Das zeigt sich an dem, was Herr Urban in der vorherigen Debatte beigetragen hat, und an dem, was Sie hier gesagt haben.

Herr Wippel, bei dem Bild, das Sie hier von Sachsen zeichnen, habe ich das Gefühl, wir seien in den Fasted States von Somalia, wo man sich nicht mehr auf die Straße trauen kann, ohne befürchten zu müssen, demnächst erschossen zu werden. Bei aller Liebe, so ist der Zustand in Sachsen wirklich nicht. Das Gegenteil ist der Fall.

(Carsten Hütter, AfD: Alles ist gut, Herr Lippmann!)

Dabei lässt sich die Frage im Titel der Aktuellen Debatte allein mit gesundem Menschenverstand beantworten. Wir sind so sicher, wie das eben in einer freien Gesellschaft sein kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD)

Was ist also Sinn dieser Aktuellen Debatte? Es ist das übliche durchschaubare Spiel. Sie agieren wie katastrophengeile Geier,

(Lachen bei der AfD)

die in populistischer Manier behaupten, die Sorgen der Bevölkerung auf- und ernst zu nehmen. Derweil reiben sich dann Ihre Parteigänger, Vasallen und Vorfeldtruppen

heimlich die Hände und hoffen auf das nächste schlimme Ereignis,

(André Barth, AfD: Das ist eine Unterstellung, und zwar eine böswillige!)

um dann mit einer generalstabsmäßig orchestrierten Kakophonie von Anprangerung und Anschuldigung Ihre Hetze abzusondern.

– Das ist keine Unterstellung, sondern die Realität, wie sie bei der AfD immer stattfindet, Herr Barth. Vielleicht sollten Sie da mal nachschauen.

Zu beobachten war das unlängst bei der in Potsdam gefundenen Bombe, wo viele AfDler eine Menge Tweets über einen mutmaßlich neuen islamistischen Anschlag in Deutschland veröffentlichten, unter anderem einer Ihrer Bundestagsabgeordneten aus Sachsen. Spätestens nach dem Bekanntwerden der Tatsache, dass die Bombe eine Erpressung gegen einen großen deutschen Konzern, nämlich die DHL, war, hätte es der Anstand geboten, von dieser Aktuellen Debatte hier und heute Abstand zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD)

Zu beobachten ist das bei Herrn Wippel mit seinem unvergessenen unverhohlenen Wunsch, den er in diesem Hohen Hause äußerte, dass es doch endlich einmal Politiker bei Anschlägen treffen müsse.

Sie, verehrte Damen und Herren von der AfD, wollen hier mal wieder die Cassandra geben; wir waren ja bereits im Bereich der Antike. Der Unterschied zwischen Ihnen und der antiken Seherin ist aber: Sie hätten beim Eintritt der Prophezeiung der Eroberung der Griechen wahrscheinlich klatschend auf den Mauern Trojas gestanden und noch zum Umsturz aufgerufen.

(Heiterkeit des Abg. Carsten Hütter, AfD)

Die AfD A. D. ist mal wieder astrein kopiert aus dem Handbuch des billigen Populismus, aber irgendwie dadurch auch langsam langweilig durchschaubar.

Selbst wenn man Ihrem wirren Gedanken folgen würde: Sie haben doch keine einzige Lösung angeboten, auch heute wieder nicht. Mal eben reichlich Verunsicherung stiften und mit dem Finger auf andere zu zeigen ist eben keine Politik. Aber das beweisen Sie hier seit drei Jahren.

Wenn es Ihnen tatsächlich um die Sicherheit auf Sachsens Straßen und Plätzen ginge, dann einige Vorschläge: Sie könnten Ihren Vorfeldorganisationen und AfD-Truppen, die so reichlich Hetze und Hass in diesem Land verbreiten, in den Arm fallen, dann gäbe es wahrscheinlich auch weniger Aufstachelung zur Gewalt. Sie müssen nämlich zur Kenntnis nehmen, dass es in diesem Land Menschen gibt, die dieser Tage mehr Angst haben, auf die Straße zu gehen, weil sie sich mehr von Gewalt durch Neonazis bedroht fühlen als durch islamistischen Terror.

(André Barth: Das ist eine sehr einseitige Sicht!)

Sie könnten beispielsweise – Herr Wippel hat das Thema Waffen vorhin angesprochen – eine Verschärfung im Waffenrecht fordern, und wir müssten uns die Frage stellen, wie man beispielsweise mit den kleinen Waffenscheinen umgeht.

(Zuruf des Abg. André Barth, AfD)

Stattdessen ist Ihre Partei dafür, das Waffenrecht weitgehend zu liberalisieren.

Man könnte auch etwas im Bereich der Alkoholprävention tun; denn Alkohol und Enthemmung ist bekanntermaßen auch bei Weihnachtsmärkten die größte Quelle von Übergriffen und Gewalt. Tatverdächtig sind nicht selten deutsche Staatsbürger nach dem Genuss des einen oder anderen Glühweins zu viel.

(Zuruf des Abg. André Barth, AfD)

Wenn Sie sich dafür interessieren würden, dann können Sie jeden Polizisten fragen, der dort gerade im Einsatz ist.

Das wären wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Sachsen, statt nur plump wieder einmal die Lunte zu legen und abzuwarten, bis etwas passiert, und dann in infamer Manier zu rufen, man hätte es schon immer gewusst.

Schlussendlich bleibt: Deutschland ist ein sicheres Land. In den letzten Jahren ist viel getan worden, um die Sicherheit zu erhöhen. Das zeigen übrigens auch alle Befragungen.

(André Barth, AfD: Das war aber schon mal ...!)

Natürlich sind Nizzasperren und Co. nicht schön. Dass sich die AfD jetzt darüber beschwert, ist bigott. Sie wären die Ersten, die rufen würden, wenn sie nicht dagewesen wären und etwas passiert wäre, warum sie nicht dagewesen sind.

Zu guter Letzt bleibt: 100-prozentige Sicherheit kann es nicht geben, damit müssen wir uns in einer freien Gesellschaft arrangieren.

(Albrecht Pallas, SPD: In jeder Gesellschaft!)

Das haben Sie deshalb nicht verstanden, weil Ihr Verhältnis zur Freiheit schlicht instrumentell ist: Freiheit immer nur dann, wenn es um die AfD geht. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN,  
den LINKEN und der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Eine Kurzintervention? – Bitte, Herr Wippel.

**Sebastian Wippel, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Lippmann! Sie haben versucht – wie auch die anderen Vorredner –, dieses Thema wegzulamentieren und wegzuschläfern. Dazu muss ich sagen: Das ist aus meiner Sicht furchtbar, dass Sie es machen,

jetzt einfach zu sagen, Deutschland ist sicherer geworden und es ist so unheimlich viel gemacht worden.

Ist es aus Ihrer Sicht tatsächlich so, dass ein Anstieg der gefährlichen und schweren Körperverletzungen auf Straßen, Wegen und Plätzen binnen drei Jahren um fast die Hälfte, nämlich um 45 %, eine Verbesserung der Sicherheitslage darstellt? Ist es aus Ihrer Sicht tatsächlich so illegitim, dass ich darauf hinweise, wie die Täter strukturiert sind? Wer sind die Straftäter?

Jetzt noch einmal zu Ihrem Punkt mit den Waffen. Auch dazu hatte ich eine Anfrage gestellt. In erster Linie geht es hier um Messer und andere Waffen. Das sind Dinge, die mit Ihren Vorstellungen – wenn wir über das Waffenrecht sprechen – überhaupt nicht zusammengehen. Wenn wir an der Stelle über das Waffenrecht sprechen würden, dann müsste man wahrscheinlich feststellen, dass legale Waffen überhaupt keine relevante Rolle in dieser Kriminalität spielen. Tatsächlich ist es so, dass diejenigen, die kriminell sind, sich mit Waffen und behelfsmäßigen Gegenständen behelfen, diese Dinge einsetzen und damit ihre Straftaten begehen. Denen ist es völlig egal, was Sie in Ihr Waffengesetz hineinschreiben würden.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD –  
Karin Wilke, AfD: Vor allem Autos!)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Als nächste Rednerin Frau Dr. Petry, bitte. – Entschuldigung, vorher die Reaktion darauf.

**Valentin Lippmann, GRÜNE:** Danke, Frau Präsidentin! Sie hatten Frau Dr. Petry aufgerufen, deshalb war ich nicht davon ausgegangen, dass das der nächste Redebeitrag in der Runde war, also würde ich gern von meinem Reaktionsrecht Gebrauch machen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Ja, bitte.

**Valentin Lippmann, GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wippel, ich habe jetzt echt nicht verstanden, was Sie von mir wollen.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es bezweifelt keiner, dass die Zahlen durchaus problematisch sind. Kollege Hartmann hat darauf hingewiesen. Aber Sie schütten alles wieder in einen großen Topf, rühren einmal kräftig um und sagen dann: Es ist alles schlimm und schlimmer geworden. Dabei ist – diese Statistiken können Sie nachlesen, Sie brauchen sie auch nicht bestreiten und der Innenminister kann es Ihnen auch noch mal erzählen – die Wahrscheinlichkeit, in Deutschland Opfer einer Straftat zu werden, in den letzten Jahren gesunken.

(Sebastian Wippel, AfD:  
Das Gegenteil ist der Fall!)

Das heißt nicht, dass es in Einzelbereichen, in Phänomenbereichen nicht umgekehrt ist. Dass man dort etwas tun muss, ist vollkommen klar. Dass man es beispielsweise

durch eine bessere Polizeiausstattung und -präsenz tun und auch überlegen muss, wie man im Bereich der Gewaltprävention vorgeht, ist doch klar. Das bestreitet keiner. Aber darum geht es Ihnen doch gar nicht. Ihnen geht es doch nur darum, hier das nächste Vehikel aufzufahren, um Ihre abstrusen politischen Ansichten vorzutragen.

(Carsten Hütter, AfD: Sie reden wirres Zeug, Herr Lippmann!)

Ja, sicherlich gibt es momentan wenige Anhaltspunkte dafür, dass die Großzahl der Straftaten mit legalen Waffen begangen wird. Das ist richtig. Aber Sie setzen sich für eine weitgehende Liberalisierung des Waffenrechts ein. Dann ist durchaus die Frage zu stellen, ob das sinnvoll ist nach dem Motto: Es wird schon reichen, wenn wir quasi jedem seine Waffe geben. Ich spreche nicht von Sportschützen und dergleichen – weil Herr Kupfer gerade wieder böse schaut –, ganz und gar nicht, sondern von solchen Dingen, bei denen Sie dann sagen: Im Zweifel wird das auf der Straße ausgetragen, und diese Position haben Sie doch. Schauen Sie doch auf das, was Ihre Kolleginnen und Kollegen erzählen. Von daher spielen Sie wieder einmal das Spielchen, dass sie so tun, als gebe es die AfD doch gar nicht – na ja gut, deswegen haben Sie sich vielleicht gespalten, das kann ja sein –, sondern immer so tun, als könne das, was gerade Kollege A erzählt hat, gar nicht stimmen, weil Kollege B anderer Meinung ist.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte zum Ende kommen.

**Valentin Lippmann, GRÜNE:** Nehmen Sie zur Kenntnis, dass man als Partei in irgendeiner Weise eine kohärente Linie betreiben sollte, wenn man in der Politik irgendwie glaubwürdig sein will.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Carsten Hütter, AfD:  
Das kommt von den GRÜNEN! Wunderbar!)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Jetzt erhält Frau Dr. Petry das Wort; bitte.

**Dr. Frauke Petry, fraktionslos:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schade, dass die Debatte über das Sicherheitsgefühl der Sachsen wieder einmal dazu ausgeartet ist, dass Sie nicht zum Thema Stellung nehmen – und zwar fast allesamt –,

(Zuruf von der SPD: Oooh!)

sondern vor allem darüber spekulieren, wie die Motivation der einzelnen Redner eigentlich ist. Das ist schade; denn Sie alle können die PKS lesen. Wir haben immer wieder Besucher in diesem Landtag, die Antworten auf ihre Fragen haben wollen. Diese haben sie von Ihnen allesamt nicht bekommen.

(Zuruf der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Deshalb ist die Frage legitim, warum heute Poller und Betonbarrieren am Rande öffentlicher Veranstaltungen und auf Weihnachtsmärkten stehen müssen, wenn sie dort vor Jahren nicht gestanden haben. Herr Pallas, ja, es ist normal, dass sich Kommunalpolitiker dazu Gedanken machen, nur mussten sie sich diese vor zehn, 15 Jahren genau dazu nicht machen.

(Albrecht Pallas, SPD: Weil die Welt sich weiter dreht, Frau Dr. Petry! Sie entwickelt sich weiter! Sie schaffen das nicht, Frau Dr. Petry!)

Herr Hartmann war der Einzige, der dazu in einem Nebensatz Stellung genommen hat – Gott sei Dank –, dass wir in der Tat Probleme haben, und es ist kein Automatismus, Herr Pallas, dass wir heute mehr Sicherheitsprobleme haben. Es sind die Folgen einer verfehlten Sicherheitspolitik. Das weiß die SPD längst. Geben Sie es doch endlich zu. Sie würden so viel Kredit bei den Bürgern dadurch erlangen, dass Sie einfach zugestehen, dass Sie Fehler gemacht haben und dass wir deswegen die Sicherheitspolitik endlich wieder ins rechte Maß rücken müssen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Frauke Petry, fraktionslos:** Dass Sicherheit und Freiheit nicht gegeneinander austauschbar sind, wissen wir alle. Aber die Qualität in der Debatte – insbesondere von Ihnen – hat sich im Verhältnis zu vor der Bundestagswahl kein bisschen gebessert. Das sollte bis 2019 aber passieren.

Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei den  
fraktionslosen Abgeordneten)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Eine Kurzintervention, bitte.

**Valentin Lippmann, GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für das Protokoll deutlich feststellen: Erstens, Frau Dr. Petry wirft dem Hohen Haus und nahezu allen Fraktionen vor – bis auf ihren ehemaligen abgespaltenen Teil –, dass keine Lösung angeboten wird. Sie hat die 90 Sekunden, die sie hatte, nur dazu verwandt, zu erzählen, dass niemand Lösungen angeboten hat. Sie selbst hat keine einzige Lösung für das Problem präsentiert. Vielleicht sollte sie bei sich selbst anfangen.

Zweitens. Ich stelle fest, Frau Dr. Petry, die Welt hat sich nun einmal gedreht. Natürlich muss man auf aktuelle Bedrohungslagen reagieren. Das tut man überall. Das hat nichts mit der Frage zu tun, warum wir jetzt nur bei größeren Veranstaltungen diese Blöcke und diese Nizzasperren aufstellen. Wenn Sie vor 25 Jahren mit dem Flugzeug geflogen sind, konnten Sie auch noch ins Cockpit gehen. Irgendwann wurde entschieden – im Lichte der Terroranschläge 2001 –, dass es vielleicht nicht das Günstigste ist, dass die Pilotentür permanent offensteht und möglicherweise Leute hineingehen können, die

anschließend das Flugzeug kapern. Sie streiten doch auch nicht ab, dass das eine sinnvolle Maßnahme war.

So gibt es nun einmal in dem ganzen Bereich ein Prinzip, das darauf beruht, auf Erfahrungen einzugehen, wo man gesehen hat, dass es ein Problem gibt. Wenn man das Problem erkannt hat – in dem Fall, dass es möglicherweise gelingen kann, in größere Menschenansammlungen mittels eines Kfzs zu fahren –, muss überlegt werden, wie man das stoppen kann.

Das ist eine nicht so recht funktionierende Lösung, Herr Innenminister. Wir sind uns nicht einig, ob diese Nizza-sperren funktionieren. Ich muss aber zur Kenntnis nehmen, dass Sie sich Gedanken darüber gemacht haben. Es ist falsch, jetzt so zu tun und sich hinzustellen, dass das sehr schlimm ist. Man muss eben auf Bedrohungslagen reagieren. Wenn Sie es nicht wollen --

(Carsten Hütter, AfD: Warum ist das denn so?)

– Ja, warum ist es so? Es ist nun mal so. Ich will, dass die Bevölkerung sicher ist, also muss ich darauf eingehen, das Problem zu beheben, indem ich verhindere, dass man mit einem Lkw auf einen Weihnachtsmarkt fährt. Das will doch die Bevölkerung und nicht immer die Frage: Wer ist daran schuld? Das sind sie nämlich leid.

(Vereinzelt Beifall)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Dr. Petry, bitte.

**Dr. Frauke Petry, fraktionslos:** Herr Lippmann, ich möchte gern auf Ihre wortreichen Ausführungen reagieren. Wir sind uns offenbar einig, dass wir ein Problem haben. Hätten Sie das doch in der Debatte genauso klar und deutlich gesagt, denn dann hätten die Bürger auch einmal das Gefühl, dass ihre Sorgen ernst genommen werden. Nein, wir werden es mit Betonpoller nicht lösen. Dafür sind Sie zu klug, um das nicht zu wissen. Insofern können wir nicht dieses Problem auf die Kommunen, auf den Freistaat verlagern, sondern wir müssen es dort klären, wo es hingehört.

Ich zitiere als letzte Anmerkung, was unlängst der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz gesagt hat: Selbst bei bester Überwachung sind die Sicherheitsdienste, mit denen Sie durchaus auch nicht unkritisch umgehen, nicht in der Lage, alle Gefährder zu erkennen. Deswegen gilt es, an der Grenze Europas und Deutschlands die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit dieses Gefahrenpotenzial nicht weiter ansteigt. Über den Justizapparat sind viele Möglichkeiten vorhanden, die Bestrafung inländisch und ausländisch vorzunehmen, damit die Zahl der Gefährder in Deutschland wieder sinkt. Das wissen wir alle. Tun Sie es einfach!

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Was ist mit dem Schießbefehl, Frau Dr. Petry? – Unruhe bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Meine Damen und Herren! Wir gehen jetzt in die zweite Runde. Ich erteile der AfD-Fraktion, Herrn Hütter, das Wort.

**Carsten Hütter, AfD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meines Erachtens haben die Regierungsparteien viel zu lange durch eine rosarote Brille geschaut. Die AfD hatte leider – ich sage ganz deutlich leider – mit vielen Warnungen und Prognosen recht.

Nun haben wir eine messbare Abnahme der Sicherheit auf Straßen und Plätzen. Betonpoller, Polizei mit MG und Selbstschutz mit Pfefferspray sind leider die traurige Realität. Geschenkpapier um Betonklötze machen die Sache nicht wirklich besser. Das Sicherheitsgefühl der Menschen ist nachhaltig gestört. Die Zahl der islamistischen Gefährder und Salafisten steigt stetig an.

Speziell für Frau Schaper, sie ist leider gerade nicht im Raum: Die Herkunft dieser Islamisten und Gefährder dürfte auch Ihnen bekannt und bewusst sein. Die Bürger erwarten nachhaltige Maßnahmen und die Regierung ist verpflichtet zur Aufklärung und nicht nur zur Symptombekämpfung. Ein Staat, der keine Grenzkontrollen dauerhaft durchführt, dafür aber Betonklötze um seine Märkte legt, macht hier gehörig etwas falsch. Wir werden weiterhin diese Missstände thematisieren, bis hoffentlich bald eine Besserung eintritt.

Vielen Dank.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Hartmann, CDU-Fraktion bitte.

**Christian Hartmann, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann nehmen wir doch noch einmal etwas Fahrt auf.

(Carsten Hütter, AfD: Schön!)

Es ist ja nicht so, dass wir diese Debatte nicht regelmäßig führen. Ich habe Ihnen ja nur vorgeworfen – und das mit Recht –, dass Sie versuchen, mit einem sehr missglückten Titel eines Weihnachtsliedes wieder einen Kontext für eine Sicherheitsdebatte herbeizuführen, worüber Sie sonst im Regelfall auch sprechen. Ich versuche, dies in den mir verbleibenden vier Minuten und 36 Sekunden zusammenzufassen.

Erstens. Die Rahmenbedingungen haben sich ursächlich geändert, wenn wir die Entwicklung seit 1989/1990 zur Kenntnis nehmen, dass zwei Blöcke auseinandergefallen sind, wenn wir die Globalisierung der Welt zur Kenntnis genommen haben, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass die Entfernungsstrukturen in der Welt sich verändern, die Bewegung der Menschen sich verändert, die Destabilität von Systemen zugenommen hat, im Nahen Osten, in Asien und in anderen Bereichen auf dem Balkan, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass es eine mittlerweile veränderte Rahmensituation durch die Europäische Union, das Schengenabkommen gibt, durch die aktuelle Flüchtlingssituation und viele, viele andere Faktoren.

Einige davon können wir beeinflussen. Einigen anderen Herausforderungen müssen wir uns stellen und an Lösungen arbeiten. Insoweit ist die Welt der Jahre 1989/1990 nicht die Welt des Jahres 2000 und auch nicht des Jahres 2010. Wir sind im Jahr 2017 und müssen uns mit den Herausforderungen beschäftigen.

Zweifelsohne sind wir in der Beurteilung der Sicherheitsarchitektur in den letzten Jahren an vielen Stellen zu falschen Beurteilungen und Annahmen gekommen. Beispielsweise haben wir die Entscheidung mit Blick auf eine sinkende Bevölkerung auf eine sinkende Kriminalitätsentwicklung mit der Folge bedacht, in ganz Deutschland zu meinen, wir könnten in der Sicherheitsarchitektur Personalressourcen freisetzen oder anders gesagt, die Zahl der Polizeibeamten absenken.

Wir nehmen derzeit traurig und schmerzhaft wahr, dass diese Entscheidung in der Vergangenheit nicht richtig war. Deswegen müssen wir, auch in Sachsen, wieder mehr Polizei aufbauen. Wir haben auch mit der Flüchtlingssituation – sicherlich ist das ein Thema, es ist eine Teilmenge vom Gesamten – Herausforderungen zu bestreiten. Nicht alle Flüchtlinge, die zu uns kommen, verhalten sich rechtskonform. Natürlich ist es auch so, dass wir uns dort mit Herausforderungen auseinandersetzen, übrigens auch, wie wir es mit Deutschen haben. Wenn wir einmal gruppenbezogen die Analysen durchführen, dann kommen wir auf ein deutlich differenzierteres Bild.

Wir müssen uns mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen. Jetzt kommen Sie mit dem gesamten Potpourri und versuchen es wieder zusammenzubringen. Ich klamüsiere es aus. Sie müssen sich schon mal entscheiden, reden Sie über Terrorgefahr, wie die Frau Kollegin da hinten, wenn sie mit dem Fall Amri und Weihnachtsmärkten kommt? Ja, Weihnachtsmärkte sind ein Anschlagziel und sind gefährdet. Das ist so. Das haben wir schmerzlich und traurig auch mit Defiziten im Fall Amri in Berlin zur Kenntnis nehmen müssen. Unsere Sicherheitsbehörden reagieren auch darauf.

Sicherlich ist es nicht schön, wenn ich Sperren vor einem Weihnachtsmarkt stehen habe. Es ist ein Beitrag, entsprechend zu verhindern, dass irgendein Quartalsirrer mit dem Auto einfach mal auf einen Markt rauscht. Es ist auch richtig, dass wir Polizeikräfte zur Verfügung stellen, um für die Sicherheit zu sorgen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Ja!)

Ja, Sie müssen das doch nicht sagen. Ist es denn so schlimm, dass da Polizei steht? Gott sei Dank steht sie doch dann da.

Sicherlich ist das nicht mit den Maßstäben der Vergangenheit betrachtet normal. Wenn wir aber den gesamteuropäischen Kontext und nähere Herausforderungen betrachten, dann heißt es, wir müssen uns denen stellen. Als Erstes hat diese Bevölkerung einen Anspruch auf Sicherheit. Diese Sicherheit müssen wir in dem Rahmen, den wir leisten können, auch mit der Ansage ermöglichen – und dafür können Sie uns schelten, das ist ein Beitrag

der Ehrlichkeit –, dass eine absolute Sicherheit nie zu gewährleisten ist, aber das größtmögliche Maß an Sicherheit organisiert werden kann. Deswegen haben wir die Maßnahmen ergriffen. Der Staatsminister kann sicherlich noch etwas zu den Investitionen und Entscheidungen im Terrorpaket sagen, worauf wir uns entsprechend eingestellt haben.

Das Zweite ist die Kriminalitätsentwicklung im Allgemeinen. Wir haben neben einer Verrohung in unserer Gesellschaft selbst eine Radikalisierung von Rändern, die eine Polizei spürbar und schmerzhaft jeden Tag erfährt, da wir mittlerweile eine Aggressivität in der Bevölkerung haben, die bestimmte Spannung mit sich bringt. Auch eine Zunahme von Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung spüren wir, und es gibt verschiedene Kriminalitätsformen unabhängig von Ausländern, wo wir eine Spannung haben.

Es gibt auch ein Segment derer, die zuwanderungsbedingt kriminell werden, meistens und vor allem auch untereinander und gegeneinander. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Wir sollten, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch darüber reden. Ich denke, dass diese Staatsregierung, die sie tragenden Fraktionen, die Maßnahmen in den letzten Monaten deutlich ergriffen hat, um sich diesen Herausforderungen zu stellen, ob es die Ausstattung der sächsischen Polizei ist, die Frage der Investition in IT und Infrastruktur, der Personalaufbau oder die Frage, wie wir mit rechtlichen Rahmenbedingungen auf diese Situation reagieren. Dass wir hierbei noch auf einem Weg sind, ist selbstverständlich. Da können Sie jetzt den ganzen Tag Wind machen, aber wir werden an der Lösung arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Für die Linksfraktion Herr Stange, bitte.

**Enrico Stange, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nur noch kurz eine Reaktion auf das viel Gesagte. Erstens. Frau Dr. Petry, Sie haben angedeutet, es gäbe Defizite. Sie unterlassen es zu sagen, welche Defizite es gibt. Ein einziges Defizit, welches aus Ihrer Sicht besteht, sind die Außengrenzen für die Sicherheit. Was die Qualität der Debatte ausmacht: Andeutungen, Vermutungen, aber keine Fakten. Wilde Zahlen, die genutzt werden, diese Vermutungen zu untermauern.

Kollege Hartmann, Sie haben vollkommen recht: Die Welt globalisiert. Die Globalisierung bringt auch den Bereich mit sich, was die Migration und die Freizügigkeit in Europa angeht. Wer davon ausgeht, dass geschlossene Grenzen das Reich der Sicherheit eröffnen würden, irrt sich.

Man erinnere sich an den 11. September 2001. Es waren keine Geflüchteten. Es waren legal Eingereiste, die sich dieser Flugzeuge bemächtigt haben.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Alle registriert!)

– Alle registriert. Sie haben auch fleißig ihre Flugscheine gemacht. Es ist ein Irrglaube, auf diesem Teppich der Unwahrheiten fliegend im Grunde das Unsicherheitsgefühl – wie Sie es immer zu bezeichnen versuchen – zu verstärken. Das wird nicht funktionieren. Es kann funktionieren, wenn Sie so weitermachen, wenn wir als demokratische Parteien dem nicht entsprechend entgegenhalten und auch für die Verbreitung der Wahrheit und der Fakten sorgen. Darauf kommt es mir wirklich an, meine Damen und Herren.

Deshalb noch einmal: Kollege Hartmann hat bei gefährlichen Körperverletzungen und Ähnlichem darauf hingewiesen, dass auch Geflüchtete untereinander aufeinander losgehen. Hierzu müssen wir sagen: Wer dort mehr Sicherheit organisieren will, muss diese Umstände lösen, unter denen die Geflüchteten dort untergebracht und auf engstem Raum aufeinandergewürfelt waren. Das ist ebenso ein Problem. Das haben auch die Polizistinnen und Polizisten vor Ort feststellen müssen.

Meine Damen und Herren, wir werden einer sicherheitspolitischen Debatte nur auf der Grundlage von Fakten beikommen können. Wir werden dieser Debatte nur dort dienen können, wenn wir einsehen, dass die Sicherheitsbehörden in Reaktion auch auf – gestatten Sie mir den Ausdruck – die Kreativität derer, die die Sicherheit unter der Bevölkerung oder in unserer Gesellschaft intervenieren wollen; dass wir immer wieder nur in Reaktion auf diese Kreativität agieren. Das sind nicht nur die sogenannten Nizzasperren, sondern auch das Panzerglas bei Juweliergeschäften gewesen, das ja flächendeckend eingeführt wurde, weil die Scheiben eingeschmissen wurden, um die Juweliergeschäfte auszurauben. Die Sicherheitstechnik, die zu Hause eingebaut werden soll, ist eine Folge der Wohnungseinbrüche über die Jahre hinweg, und dagegen wollen sich Bürger schützen.

Es geht nicht darum, zu dramatisieren und zu skandalisieren, sondern es geht darum, für die unterschiedlichen Phänomene sachgerechte Lösungen zu finden. Darüber können wir uns hier im Hause unterhalten. Wir haben mitunter – wie auch gestern in Bezug auf die Umsetzung im GKDZ – unterschiedliche Auffassungen. Aber es kann nicht sein, und es wird auch nicht hilfreich sein, diesen Skandalisierungsweg der AfD in postfaktischen Zeiten fortzusetzen. Wir plädieren hierbei für eine sachliche Diskussion.

Noch einmal kurz zu den Terroranschlägen: Lassen Sie mich das auch sagen. Seit 1970 gab es weltweit rund 165 000 Terroranschläge, global terrorism database die Quelle, davon 340 in Europa. Das sei zur Einordnung gesagt, um klarzumachen, dass wir uns an dieser Stelle zwar den Einzelfall sicherlich sehr genau zu Gemüte führen und reagieren müssen, aber dass das Dramatisieren nur dazu dienen kann, die eindimensionalen Lösungswege, die Sie anbieten, nämlich über den Weg Ausländer raus, Grenzen dicht, aber nicht zu einer sachlichen Lösung sicherheitspolitischer Fragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wünscht noch das Wort. Herr Pallas.

**Albrecht Pallas, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der zweiten Runde möchte ich noch ein paar Dinge einordnen. Zunächst möchte ich feststellen, dass es im Rahmen der letzten zehn, 15 oder auch 20 Jahre eine Veränderung der weltweit agierenden terroristischen Organisationen gegeben hat, und zwar in ihrem Aufbau, in ihrer Vorgehensweise innerhalb der Organisation und in ihrer Vorgehensweise mit Blick auf Ziele für terroristische Anschläge.

Inzwischen stellen wir fest, dass es nicht mehr in dem Maße, wie es noch im Umfeld des 11. September der Fall war, in den Zielländern feste Strukturen, Zellen gibt, sondern dass zunehmend mit den Mitteln moderner internetbasierter Kommunikation vereinzelt Menschen in den Zielländern angesprochen und motiviert werden, beispielsweise im Namen des IS Anschläge zu verüben. Das können auch recht unterschiedliche Menschen sein, Herr Wippel. Es kann nicht schaden, wenn Sie sich dem auch mal stellen.

Es waren in der Vergangenheit deutsche Staatsbürger, es waren aber auch ausländische Menschen und Menschen, die als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind. Diese Menschen einte, dass sie persönlich in einer psychisch und sozial extrem schwierigen Situation und dadurch sehr leicht vom IS oder vom anderen Gruppen zu instrumentalisieren waren. Das ist eine Entwicklung, die man auch im Blick behalten muss und noch einmal unterstreicht, wie wichtig es ist, dass Sicherheitsbehörden und auch die Wissenschaft sich damit auseinandersetzen, damit wir uns als gesamte Gesellschaft dem insgesamt stellen können.

Zweitens. Zur Situation in Sachsen. Wir haben ja die paradoxe Situation, dass wir ein schlechtes subjektives Sicherheitsgefühl an manchen Orten haben und auch eine schwierige objektive Sicherheitslage an anderen Orten. Das passt aber meistens nicht zusammen. Nach meiner Erfahrung sind die Orte, in denen es durchaus Probleme gibt, die Orte, an denen sich Menschen am sichersten fühlen oder andersherum. Dem müssen wir aber trotzdem gerecht werden.

Mit Blick auf das am Montag Veröffentlichte und in der letzten Plenarsitzung zum Revierantrag der GRÜNEN Besprochene handelt doch dann die Koalition. Sicherlich geht es darum, mit welchen Prioritäten man die zusätzlichen 1 000 Stellen verteilt, dass dort die Polizeipräsenz eine große Priorität bekommt, ohne dass man andere Aufgabenbereiche wie Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, verkehrspolizeiliche Aufgaben oder Prävention ins Hintertreffen geraten lässt. Es gehört aber auch dazu, Herr Wippel, anzuerkennen, dass die Entscheidung,

1 000 Stellen mehr zu benötigen, zu einem Zeitpunkt getroffen wurde, als die Entwicklung der letzten zwei Jahre noch nicht geschehen ist. Deswegen ist –

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Albrecht Pallas, SPD:** Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Deshalb ist es wichtig, die Ergebnisse, den Abschlussbericht der Fachkommission fortzuschreiben, an die neue Situation anzupassen und möglicherweise Mehrbedarfe durch eine Veränderung der Aufgaben auch zu beschreiben.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Pallas, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Albrecht Pallas, SPD:** Ich komme zum Schluss und wünsche allen viel Heimlichkeit in der Weihnachtszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD –  
Sebastian Wippel, AfD, steht am Mikrofon.)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Eine Kurzintervention? – Nein, jetzt haben wir keine mehr. Wir führen ja eine Liste. Jetzt ist aber erst einmal Herr Lippmann an der Reihe. – Genau, weil es nach der Rederunde geht und dann sind Sie an der Reihe. – Herr Lippmann, bitte.

**Valentin Lippmann, GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich halte noch einmal fest: Das Einzige, was die AfD geboten hat, um eine vermeintlich große Sicherheitskrise in einem halben Fasted State in Sachsen zu lösen, indem man sich nicht mehr auf die Straße trauen kann, ist: Grenzen dicht und mehr Polizei auf die Straße! Bei mehr Polizei auf der Straße kann man sich ja nicht mehr so sicher sein, da Ihr Kollege gerade gerügt hat, dass zu viel Polizei bei einem Weihnachtsmarkt auch wiederum falsch ist.

Vielleicht sollten Sie vorher mal die Linie absprechen. Ich sehe endgültig nicht mehr durch, was Sie überhaupt mit dieser Aktuellen Debatte machen wollen. So viel Denkfaulheit und Stuss, was Sie erzählt haben, ist irgendwann auch einer parlamentarischen Debatte unwürdig.

Es bleibt noch einmal die Feststellung: Die Welt dreht sich nun mal weiter. Vor 30 Jahren hatten wir andere Bedrohungslagen. Vor 30 Jahren gab es Straftaten, wovon wir heute reden, beispielsweise im Internet, überhaupt nicht. Es gab ganz andere Szenarien, über die man bei der polizeilichen Gefahrenabwehr nachgedacht hat. Sicherlich muss man mit jeder eintretenden neuen Lage überlegen, wie man das verhindern kann.

Wenn Sie sich dem vollkommen entziehen, indem Sie sagen, man müsste auch nichts bei der Lagebewältigung tun, sondern immer nur allgemein erzählen: Grenzen dicht, mehr Polizisten, dann würde es problemlos gehen,

löst das überhaupt kein Problem. Sie würden es weiterhin haben. Sie sind dann nach meinem Dafürhalten auf einem völligen Irrweg, denn es war immer so, dass in der Vergangenheit auch die Polizei in Deutschland auf eine Lage reagiert hat.

Wenn Sie das nicht haben wollen und wenn Sie das mit der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung nicht haben wollen, dann seien Sie wenigstens ehrlich. Sagen Sie doch, sie wollen die guten alten Zeiten der Kaiserzeit zurück, wo alles schön geordnet war, keine Globalisierung und möglicherweise keiner von außen ins Land gekommen ist, der Probleme verursacht hat.

(Zuruf des Abg. Albrecht Pallas, SPD –  
André Wendt, AfD: Ein bisschen  
Sachlichkeit wäre gut!)

Dann sagen Sie es bitte und selbst das wäre falsch. Dann geben Sie aber bitte im Anschluss an die Sitzung alle elektronischen Geräte ab. Die gab es auch noch nicht, und stellen Sie Ihr Auto irgendwohin, wo es keiner mehr fährt. Das sind nämlich die Sachen des Fortschrittes, die irgendwann mal erreicht wurden und nun einmal auf einer Globalisierung basieren, die Sie nicht haben wollen. Das wäre ehrlicher, als diesen Schund hier zu verbreiten.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Wippel, bitte.

**Sebastian Wippel, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Ich muss auch auf den einen oder anderen Punkt eingehen. Ich habe immer wieder gehört, die Welt dreht sich weiter, und das ist ja auch richtig. Aber es ist kein Naturgesetz, dass das, was passiert ist, passiert ist.

Es ist auch nicht so, dass man es vorher nicht hätte wissen können, dass bei unkontrollierter Masseneinwanderung Tausende Gefährder nach Deutschland hereinkommen. Man hätte auch wissen können, dass es zu Problematiken kommt. Dazu müssen Sie nur mal die Papiere der EU-Kommission lesen, in denen es um das Thema Resettlement und Relocation geht. Selbst dort ist es ja erwähnt, obwohl wir wirklich keine Fans davon sind. Sie haben ja schon die Probleme an die Wand geschrieben, und das völlig zu Recht.

Im Übrigen sind die Unsicherheit, die wir haben, und das „Merkel-Lego“ auf unseren Weihnachtsmärkten auch kein Naturgesetz. Gehen Sie mal nach Polen und nach Tschechien auf den Weihnachtsmarkt, dann werden Sie das nicht haben. Und in Budapest werden Sie sich auch sicherer fühlen als in Leipzig in der Eisenbahnstraße.

(Unruhe im Saal)

Meine Damen und Herren! Warum sind die Menschen hierhergekommen? Ja, sie sind hierhergekommen. Sicherlich sind sie vor dem Krieg geflohen. Wie werden Kriege gemacht? Kriege sind gemacht worden, und als Deutsch-

land sind wir nun mal mit daran beteiligt. Ich habe es immer wieder gesagt, und ich werde auch nicht müde, zu betonen, dass wir auch dabei unsere Rolle spielen.

Der Bundestag hat nun leider diese Kriegseinsätze in Syrien wieder verlängert. In der Vergangenheit war es auch mit der Stimme unseres neuen Ministerpräsidenten, Herrn Kretschmer, der auch bei den Kriegseinsätzen immer fleißig mitgestimmt hat. Sie haben alles Mögliche unternommen, um Artikel 16 a Abs. 2 nicht durchzusetzen. Dazu wäre es notwendig gewesen, die Grenzen zu kontrollieren. Das haben sie nicht gemacht. Wir haben es eingefordert, und jetzt tun sie so, als wäre die Folge ein Naturgesetz, das man nicht hätte verhindern können. Doch, wir haben in der Vergangenheit die Vorschläge gemacht. Wir haben im Übrigen auch genügend Vorschläge gemacht, wie wir die Sicherheitslage in Sachsen verbessern können. Das allein ist auch einer der Gründe, warum die Regierung immer schön bei uns abschreibt. Das freut mich.

Jetzt zum Abschluss zwei Zitate: Frau Merkel 2011 „Wir müssen akzeptieren, dass die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist.“ Herr de Maizière 2016 „Wir werden uns an erhöhte Sicherheitsmaßnahmen gewöhnen müssen.“ Ganz klare Ansage von der AfD: Wir werden es nicht akzeptieren und wir wollen uns nicht daran gewöhnen. Deswegen werden wir weiter Politik machen, auch wenn es Ihnen nicht passt.

(Beifall bei der AfD –  
Zuruf des Abg. Albrecht Pallas, SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wird noch einmal das Wort gewünscht? – Herr Hartmann, bitte.

**Christian Hartmann, CDU:** Frau Präsidentin! Herr Wippel, Politik beginnt mit der Anerkennung der Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit ja, und ich möchte zwei Dinge trennen: objektive Sicherheitssituation und subjektive Sicherheitssituation. Zu der objektiven Sicherheitssituation habe ich vorhin schon einiges gesagt, auch zu der Frage der Belastung, die die Sicherheitskräfte damit haben. Die subjektive Sicherheitssituation ist etwas, was sich aus der Wahrnehmung durch den Menschen prägt und noch lange nichts mit objektiven Kriterien zu tun hat. Sie sind der Kohlen-schaufler ins Heizkraftwerk der Angstmacherei im subjektiven Sicherheitsgefühl. Das können Sie gern tun. Ich habe auch kein Problem damit, dass Sie Politik machen, dann kann man wenigstens Qualitätsunterschiede erkennen.

Letzter Punkt. Ich bin sehr stolz, dass wir einen Ministerpräsidenten haben, der im Deutschen Bundestag Verantwortung übernommen und mit Entscheidungen darüber getroffen hat, wie eine deutsche Beteiligung, eine deutsche Verantwortung auch im gesamteuropäischen und weltweiten Kontext aussieht. Das können Sie jetzt hinstellen, das Ganze beklagen und vor sich hinjammern, dass

Sie alles nicht gut finden. Politik beginnt mit der Anerkennung der Wirklichkeit. Wenn Sie sich auf der einen Seite hinstellen und sagen, ja, ich weiß, die Deutschen haben eine Mitverantwortung insgesamt, ich werde mal darauf hinweisen, aber gleichzeitig kritisieren, dort Verantwortung zu übernehmen, worum es geht, und Sie nicht bereit sind, diese zu tragen, dann machen Sie weiter so.

(Zuruf des Abg. Sebastian Wippel, AfD)

Ich bin der Auffassung, wenn man das Thema komplex angehen will und es komplex beurteilt, dann kann man nur zu komplexen Lösungen kommen und sich nicht hinstellen und den einfachen schlichten Tanz der Heimat feiern, sondern man muss sich auch anschauen, wie die europäischen und weltweiten Strukturen und Rahmenbedingungen sind. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis und lassen Sie mich ausreden. Ich höre Ihnen ja auch geduldig zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD,  
des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE –  
Beifall bei der Staatsregierung)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Redezeiten sind abgearbeitet. Ich übergebe jetzt dem Minister das Wort. Herr Minister Ulbig, bitte.

**Markus Ulbig, Staatsminister des Innern:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nunmehr ein Jahr her, seitdem der Attentäter Anis Amri mit dem Lkw auf den Weihnachtsmarkt in Berlin gefahren ist und zwölf Menschen getötet hat. Was damals passiert ist, hat uns alle betroffen gemacht und es hat uns vor Augen geführt, wozu Terroristen in der Lage sind.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es richtig gewesen, in die Polizei und in die Ausrüstung zu investieren, damit dem Terrorismus entsprechend der Kampf angesagt werden kann. 21,5 Millionen Euro haben wir in die Ausstattung der Polizei in diesem Bereich investiert – sondergeschützte Fahrzeuge, ballistische Helme, Mitteldistanzwaffen. Wir werden in der nächsten Zeit auch noch zwei gepanzerte Spezialfahrzeuge vom Typ „Survivor“ in den Dienst nehmen.

Damit sind die Voraussetzungen, um in solchen Situationen reagieren zu können, gegeben. Auf der anderen Seite ist es richtig, Herr Wippel, dass man aufgrund einer solchen Erfahrung entsprechend reagiert und an neuralgischen Punkten – wie es Weihnachtsmärkte nun einmal sind – auch mit angemessenem Kräfteinsatz und mit mobilen Polizeiwachen unterwegs ist. Selbstverständlich ist es richtig, dass man dann mit Veranstaltern auch Sicherheitskonzepte entwickelt und Sicherheitskräfte dort postiert, wo gegebenenfalls eine Gefährdung erwartet wird.

Trotz alledem, meine sehr verehrten Damen und Herren – es ist ein deutliches Signal, welches von dieser Debatte

ausgegangen ist –, sollten wir uns die Freude an Weihnachten nicht nehmen lassen. Den Sicherheitsbehörden im Freistaat Sachsen liegen aktuell keine Erkenntnisse vor, aus denen sich eine konkrete Gefährdung speziell für Weihnachtsmärkte ableiten lässt.

Nun sind es noch zehn Tage bis Heiligabend und hinter uns liegen friedliche Tage mit gut besuchten Weihnachtsmärkten. Die Leute, mit denen ich gesprochen habe, haben mir gesagt: Ja, sicherlich macht man sich Gedanken, aber wir sehen auch, dass viel für die Sicherheit getan wird. Deshalb gehen wir auch bewusst auf die Weihnachtsmärkte. Die Zahl derer, die dort hingegangen sind, hat es auch dokumentiert. Deshalb hilft hierbei weder Panikmache noch Angst zu schüren.

Es ist auch richtig: Im Moment – und das ist kein sächsisches Phänomen – fällt objektive und subjektive Wahrnehmung zum Thema Sicherheit auseinander. Deshalb ist es richtig, dass wir mit Fakten argumentieren.

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Ausblick auf das Thema polizeiliche Kriminalstatistik geben. Die endgültigen Zahlen werden erst im März des nächsten Jahres präsentiert. Wenn man sich die ersten zehn Monate dieses Jahres anschaut, könnte man auf den ersten Blick sagen: Ja, wir haben einen leichten Anstieg. Wenn man genauer hinschaut, wird deutlich, dass es einen Grund hat. Das Landeskriminalamt hat im Oktober 2014 nach mehrjähriger intensiver Ermittlungsarbeit das Großverfahren wegen Anlagebetrugs gegen die Betreiber von Infinus statistisch abschließen können: 23 500 Fälle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn man das herausrechnet, kann man die Prognose abgeben, dann wird die Kriminalität im Jahr 2017 rückläufig sein.

Wenn wir das von Ihnen angesprochene Thema Straßenkriminalität hernehmen, dann kenne ich folgende Zahlen: Von 2012 bis 2016 sind die Zahlen von über 68 000 Fällen auf über 65 000 Fälle zurückgegangen.

(Sebastian Wippel, AfD: Ja, Sachbeschädigung!)

Außerdem lag der Anteil der Straßenkriminalität bei der Gesamtkriminalität in Sachsen leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Auf der anderen Seite – es ist sehr erfreulich – konnte die Aufklärungsquote von 18,4 auf 19,2 % gesteigert werden. Dort will ich ein deutliches Dankeschön an die Beamtinnen und Beamten sagen, denn das ist eine gute Arbeit, weil es sich bei der Straßenkriminalität meistens um

ganze Tätergruppen handelt. Deshalb ist wichtig, dass, wenn Sie das Thema Anzahl der Nichtdeutschen ansprechen, der MITA-Ansatz, den wir bei uns im Freistaat Sachsen schon länger fahren, weiter kontinuierlich gestärkt wird. Diejenigen, die identifiziert sind, sollen durch die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft einerseits und in Kombination mit den Ausländerbehörden andererseits so behandelt werden, dass sie zügig einer schnellen Strafe zugeführt werden und auf der anderen Seite, wenn es möglich ist, auch abgeschoben werden.

Kurz zur Gewaltkriminalität, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zwar liegen wir dabei noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, aber auch hier hat es von 2013 bis 2016 einen Anstieg gegeben; das ist richtig. Im ersten Halbjahr 2017, kann ich jedoch sagen, hat es einen Rückgang gegeben: circa 300 Fälle gegenüber dem Vergleichszeitraum 2016. Deshalb ist es richtig, gerade bei der Gewaltkriminalität die Schwerpunkte zu identifizieren und dort mit Kontrollen und deutlicher Präsenz aktiv zu werden.

Auch dort, sage ich deutlich, sind die Aufklärungsquoten für das Jahr 2017 ermutigend. 78,5 % im ersten Halbjahr zeigen, dass wir gerade in diesem Bereich sehr konsequent arbeiten und erfolgreich ermitteln. Nun gilt es, dass die Beweise gegen jene, die identifiziert sind, ordentlich gesichert und die Täter hart bestraft werden. Deshalb kann ich an dieser Stelle nur wiederholen: Sei es der Terrorismus oder die allgemeine Sicherheitslage – unsere Sicherheitskräfte stellen sich den Herausforderungen.

Wir haben die Notwendigkeit bezüglich der Aufstockung im Personal einerseits und der Verbesserung der Ausstattung andererseits erkannt und arbeiten konsequent daran. Die Polizistinnen und Polizisten leisten jeden Tag eine hervorragende Arbeit für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen, aber auch auf den Weihnachtsmärkten. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal allen herzlich danken und deutlich sagen: Wir werden konsequent weiterarbeiten, aber Panikmache ist nicht angesagt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Staatsministers Martin Dulig)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Aktuelle Debatte ist abgearbeitet. Ich kann den Tagesordnungspunkt schließen. Wir kommen zu

## Tagesordnungspunkt 5

### Befragung der Staatsminister

Für die Staatsregierung berichtet zunächst der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herr Martin Dulig, zum Thema „Außenwirtschaft auf dem Wachstumspfad – China als Markt für Unternehmen aus Sachsen“. Hierzu stehen ihm nach § 54 bis zu 10 Minuten zur

Verfügung. Anschließend wird es 35 Minuten die Möglichkeit der Nachfrage geben, in der ersten Runde zum Berichtstext, und in der zweiten Runde kommt das Thema der SPD-Fraktion dazu: „Vernetzt, autonom und elek-

trisch – das Auto der Zukunft kommt aus Sachsen“. – Herr Staatsminister, Sie haben nun das Wort.

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Internationalisierung und Weltoffenheit unverzichtbar für unseren wirtschaftlichen Erfolg sind, versteht sich fast von selbst. Wenn man sich die Zahlen anschaut, so unterstreichen diese es noch; denn ein Drittel unserer Wirtschaftsleistungen erbringen wir im Export. Im vergangenen Jahr gingen sächsische Waren im Wert von circa 37 Milliarden Euro in die Welt. Das ist der zweithöchste Wert nach dem Rekordjahr 2015. Gleichzeitig wurden Erzeugnisse im Wert von circa 22 Milliarden Euro importiert.

Fast die Hälfte unserer Exporte geht in den europäischen Markt. Dennoch ist und bleibt das bedeutendste Zielland der sächsischen Unternehmen China. Der chinesische Markt gewinnt aufgrund des Wirtschaftswachstums mit jährlich rund 6,5 % und steigender Kaufkraft weiter an Bedeutung. Allein 2016 wurden Waren im Wert von mehr als 5,5 Milliarden Euro nach China exportiert. Im ersten Halbjahr 2017 stiegen die Exporte nach China um 5 %. Dabei ist mit deutlichem Abstand der Kraftfahrzeugbau der wichtigste Bereich. Dies macht deutlich, welchen Stellenwert auch das Automobilland Sachsen auf der Welt hat. Aber auch als Importmarkt nimmt China für Sachsen einen wichtigen Platz ein: immerhin Platz drei der wichtigsten Importländer.

Der Handel mit China ist aber kein Selbstläufer, denn hier müssen Kontakte aufgebaut und vor allem verstetigt werden. Kontinuität ist wichtig. Wir konnten in diesem Jahr zehn Jahre Partnerschaft der Partnerprovinz Hubei mit dem Freistaat Sachsen begehen und haben auch mit unseren Delegationsreisen in den letzten Jahren neue Kontakte geknüpft, damit deutlich wird, dass sich Sachsen nicht nur in einer Partnerprovinz etabliert, sondern wir Partner überall dort in den Regionen Chinas finden, wo sächsische Unternehmen gefragt sind.

Im Übrigen nimmt auch der Bereich Tourismus inzwischen bei unseren Delegationsreisen einen wichtigen Platz ein. Wir haben in China für Sachsen als Reiseland geworben, und immer mehr Chinesen kommen nach Sachsen – mit steigender Tendenz. Unsere Aktivitäten sind auch notwendig; denn die Rolle des Staates geht dort sehr weit, das muss ich Ihnen, denke ich, nicht sagen. Dementsprechend ist gerade auch die politische Begleitung von Delegationsreisen in diesem Fall sehr wichtig und notwendig, weil dort diese berühmte Türöffnerfunktion tatsächlich funktioniert.

Während unserer Reisen hatten sowohl sächsische als auch chinesische Unternehmen Gelegenheit, ihre Aktivitäten auszubauen; diverse Unterzeichnungen von Kooperationsvereinbarungen haben dies belegt. Wenn ich mir einmal die Bedeutung chinesischer Investitionen in Sachsen anschau, dann sehe ich dort ein hohes Potenzial. Bisher wurden vor allem Unternehmen übernommen. Es fanden keine Investitionen auf der „grünen Wiese“ statt.

Wenn es mit der Investition von WKW Beijing in Rothenburg in die Elektroautofabrik funktioniert, dann wäre dies die erste Investition in dieser Größenordnung. In Sachsen haben wir 26 chinesische Unternehmensbeteiligungen und damit circa 5 000 Arbeitsplätze, die direkt durch diese Investitionen gesichert sind. Ich vermute einmal, wenn man die Zulieferindustrie dazunimmt, ist diese Zahl sogar höher.

Es geht aber auch umgekehrt: Sächsische Unternehmen sind in China aktiv. Beispiele: XENON Automatisierungstechnik aus Dresden, von Ardenne oder DAS Environmental Experts haben in China investiert. Wenn man sich mit ihnen unterhält, sagen sie: Das Erfolgsrezept ist Geduld und Kontinuität. In China muss man langfristig denken, da dort die Geschäftspraxis komplett anders abläuft.

Für uns wichtig und immer wichtiger werdend ist auch der Bereich Umwelt und erneuerbare Energien, aber auch das Thema Bildung, gerade die duale Ausbildung. Dazu werden wir immer wieder gefragt. Die Bergmann AG aus Penig oder das Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft sind hierfür erfolgreiche Beispiele.

Nun, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind dabei, in China gerade eine gewisse Zeitenwende in einem globalen Zusammenhang zu erleben. Man muss mit dem Wort „Zeitenwende“ sehr vorsichtig sein, aber ich benutze es im Zusammenhang damit, was gerade in China passiert, ganz bewusst: China vollzieht gerade einen beeindruckenden Wandel von der „Werkbank der Welt“ zu einer Hochtechnologie- und Dienstleistungsgesellschaft. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht auf unserem hohen Ross sitzenbleiben und glauben, dass wir ewig Technologieführer sein werden und in China lediglich billig gebaut wird. Vorsicht! Diese Arroganz können wir uns nicht leisten.

Mit der „Made in China 2025“-Initiative hat sich das Land das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 in mindestens zehn Schlüsseltechnologien aufzuholen. Dabei nutzt man dort natürlich das Know-how aus Deutschland, gerade weil wir einen sehr guten Ruf haben. Der Begriff Industrie 4.0 wird dort auch als Schlagwort benutzt, und zwar für „Made in Germany“ als Maßstab, was Hochtechnologie heißt. Mit dem damit verbundenen Label sollen Kooperationen und Auftragspotenziale erschlossen werden. Das heißt, wir haben dort ein großes Potenzial; denn:

Erstens sollte das schnelle Wachstum des chinesischen Marktes für Elektromobilität genutzt werden. Wer schon einmal in China war, sieht, dass dieses Land gerade beim Thema Elektromobilität in bestimmten Bereichen inzwischen auch an uns vorbeigefahren ist.

Zweitens: Thema Seidenstraße – „One Belt, One Road“-Initiative. Das bedeutet auch, dass wir Wirtschaftskreisläufe organisieren und diese mit Logistik verbinden. Auch hierin besteht wieder eine sehr große Chance für uns. Ich habe immer gesagt: Lasst uns schauen, dass wir gerade in

Sachsen als Brückenkopf dieser Seidenstraße für Europa fungieren können!

Drittens. Im Bereich Umwelt und erneuerbare Energien gibt es gute Kooperationsmöglichkeiten für sächsische Unternehmen, denn China hat Umweltprobleme, die sie auch mit Propaganda nicht mehr wegbekommen. Dort gibt es einen riesengroßen Nachholbedarf. Sie brauchen konkrete Lösungen.

Viertens, Bildung und Fachkräftegewinnung. Mit 3 200 Studierenden aus China haben wir den höchsten Anteil ausländischer Studierender in Sachsen. Jeder fünfte ausländische Student kommt aus China. Das sind für uns wichtige Multiplikatoren, die wir nutzen sollten.

Nur, wenn ich von Zeitenwende spreche, heißt das auch, dass wir uns bewusst machen müssen, dass wir es mit einem Partner zu tun haben, der mit unseren demokratischen Maßstäben und unseren Gedanken von einer freiheitlichen Gesellschaft nicht viel am Hut hat. Deshalb müssen wir auch die Rolle des Staates in China kritisch bewerten. Die Kommunistische Partei Chinas steht über allem nach dem Motto „Ihr lasst uns machen, wir machen euch reich!“

Von 2010 bis 2021 soll das BIP in China verdoppelt werden. Dadurch soll eine Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands entstehen. Sie haben bis zum Jahr 2050 das Ziel, die Weltmacht Nummer 1 im wirtschaftlichen und militärischen Sinn zu werden. Inzwischen bekommt man auch mit, dass selbst in ausländischen Unternehmen Parteikader Einfluss auf die Unternehmensentscheidungen nehmen sollen.

Die zweite große Herausforderung und zugleich Risiko ist die zunehmende Restriktion gegen ausländische Unternehmen, denn so frei ist der Marktzugang dann auch nicht. Es gibt einen Joint-Venture-Zwang, der manchmal auch dazu führt, dass sich der chinesische Partner relativ zeitig mit dem dann gewonnenen Know-how herauslöst.

Die dritte große Herausforderung ist das Thema Big Data. Der chinesische Staat sammelt so viele Daten wie möglich über seine Bürgerinnen und Bürger. Es geht um Zahlungsmoral, Strafregister, Einkaufsgewohnheiten etc. Mit dem sogenannten Sozialkreditsystem will China seine Bürgerinnen und Bürger digital umfassend durchleuchten und abweichendes Verhalten sanktionieren. Damit befindet sich China durchaus auf einem Weg in die totalitäre Internetgesellschaft. Das sollten wir durchaus wissen und dementsprechend schauen, wie wir Deutschland und Europa stärken, um dort ein Gegengewicht zu schaffen.

Es ist eine große Herausforderung und auch eine große Chance für unsere sächsischen Unternehmen. Ich werbe sehr dafür, dass wir Plattformlösungen organisieren und die Nischen finden, mit denen wir mit sächsischem Know-how Lösungen präsentieren. „Nischen“ klingt so niedriglich. Das meine ich aber nicht, sondern ich meine, genau dort hinzustoßen, wo wir ein Alleinstellungsmerkmal in Sachsen haben, wo wir die Forschungseinrichtungen und Unternehmen haben, die dafür die passenden

Antworten haben. Wir werden auch bei den Investitionen nicht mit den großen Unternehmen aus Bayern und Baden-Württemberg konkurrieren können.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte auf die Zeit achten!

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Also müssen wir schon darauf achten, wie wir das sächsische Know-how zielgenau in China einsetzen, aber immer im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung. Dafür brauchen wir vor allem ein starkes Europa sowie Selbstbewusstsein bei unseren Themen und den Standards, die uns wichtig sind. Es ist aber eine große Chance für Sachsen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Minister, vielen Dank für die Einführung ins Thema. – Wir kommen jetzt zu den Fragen. Es beginnt die CDU-Fraktion, Herr Hippold, bitte.

**Jan Hippold, CDU:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Staatsminister, ich hatte die Freude, Sie auf dieser Reise nach China im November dieses Jahres begleiten zu dürfen. Es war eine sehr spannende und beeindruckende Reise zugleich. Mich würde mit Blick auf diese Reise interessieren, welche Aufgaben und angepassten Strategien, speziell mit Bezug auf die Außenwirtschaftsstrategie, aus Ihrer Sicht im SMWA in den nächsten Wochen und Monaten in Auswertung dieser Reise anstehen.

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Aufgrund Ihrer eigenen Erfahrungen, die Sie bei der Reise gesammelt haben, können Sie sicherlich das Verständnis dafür aufbringen, dass in China gerade ein Wandel stattfindet. Wir dürfen aus sächsischer Sicht nicht nur den Markt sehen, sondern wir müssen schauen, wo wir Kooperationsbeziehungen organisieren können. Ich glaube, dass es nicht allein nur um eine Partnerprovinz gehen kann, mit der wir exklusiv zusammenarbeiten, sondern wir müssen viel stärker schauen, in welchen Regionen das sächsische Know-how gefragt ist.

Dabei setze ich vor allem auf unsere Unternehmensnetzwerke. Wenn ich Plattformen organisieren will, dann sollte ich die Netzwerke, die ich in Sachsen habe, nutzen, um – weil dort Unternehmensforschungseinrichtungen schon dabei sind – diese stärker mit nach China zu nehmen, um Lösungsplattformen anzubieten.

Wir sollten die Kooperationsbeziehungen, die es jetzt schon gibt, unterstützen und weiterführen. Dabei sollten wir auch auf die Netzwerke in China selbst achten. Ich erinnere zum Beispiel an den Besuch im letzten Jahr in der Region Suzhou, in der viele deutsche Unternehmen bereits angesiedelt sind. Wir haben dort auf der einen Seite ein Netzwerk deutscher Unternehmen, die wiederum sächsischen Unternehmen helfen können, einen Markteintritt zu organisieren. Auf der anderen Seite haben wir eine

sehr deutschfreundliche Verwaltung, die sächsische Unternehmen beim Zugang unterstützen kann.

Wir sollten bei den Schlüsselthemen, die ich schon angedeutet habe, das Know-how einbringen. Gerade beim Thema Elektromobilität kann man es konkret machen und sagen, was unser Netzwerk AMZ dann mitbringen kann. Wir haben die Gespräche in Nangshing genutzt, um zum Beispiel in dem dortigen Gewerbegebiet Partnerschaften zu organisieren.

Es gibt auch aufgrund des Interesses Deutschlands von chinesischer Seite immer wieder Anfragen, in welche Regionen wir mit unserem Know-how gehen sollten. Auch das schauen wir uns konkret an. Wir freuen uns über die Unterstützung von Netzwerken. Dabei denke ich zum Beispiel an die vor Kurzem gegründete Deutsch-Chinesische Wirtschaftsvereinigung Mitteldeutschland; denn wir brauchen eine andere Art von Vernetzung an dieser Stelle.

Ich will auch das Thema Tourismus in diese Strategie einbringen. Dabei rede ich jetzt nicht vom Pauschal-tourismus, sondern ich spreche vom wachsenden Individual-tourismus; denn Tourismus ist wiederum Standortwerbung. Wir müssen uns klarmachen: Sachsen ist viel zu klein, um in China als Land wahrgenommen zu werden. Also müssen wir schauen, dass wir uns dort entsprechend präsentieren können mit der Vielfalt, die wir haben, und dabei spielt Tourismus durchaus eine große Rolle.

Ich hatte in meiner Einleitung schon auf die Umwelt- und Energietechnik hingewiesen. Das ist zum Beispiel eine konkrete Nische – wie schon gesagt, nicht verniedlichend gemeint, sondern es ist eine ganz konkrete Sache –, wo wir mit unserem Know-how schon Dinge anbieten können. Das unterstreicht noch einmal die fortführende Strategie, Plattformlösungen zu organisieren.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich muss jetzt immer die Fraktionen abarbeiten. – Herr Brünler, bitte.

**Nico Brünler, DIE LINKE:** Herr Staatsminister, Sie haben selbst die hohe Anzahl von chinesischen Studenten in Sachsen angesprochen. Mich würde in dem Zusammenhang noch einmal interessieren, welchen konkreten Einfluss diese hohe Anzahl von chinesischen Studenten letztlich auf unsere Wirtschaft hat. Langfristige Wirtschaftsbeziehungen haben auch immer etwas mit kulturellem Verständnis, aber auch mit Verstehen im wahrsten Sinne des Wortes zu tun.

Ich möchte wissen, inwieweit es Teil einer sächsischen Wirtschaftsstrategie ist, das Erlernen der chinesischen Sprache in Sachsen zu fördern, bzw. inwieweit durch die Staatsregierung gefördert wird, dass sächsische Studenten nach China gehen. Wenn es diese Programme gibt: Welchen Umfang haben diese derzeit?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Ich kann Ihnen jetzt nicht empirisch nachweisen, wie genau die Aufteilung ist. Zu der Motiva-

tion der Studierenden aus China, ob diese hier bleiben und investieren wollen oder ob sie Teil von Unternehmen sein wollen oder ob sie mit dem Know-how, das sie sich hier angeeignet haben, in China arbeiten wollen, kann ich nichts sagen. Es wird eine sehr unterschiedliche Themenpalette geben.

Wir haben in den letzten Jahren gemerkt, dass das Bewusstsein für das Thema Wachstum in China oder durch China bei den sächsischen Unternehmen angekommen ist. Dementsprechend werden auch zunehmend Arbeitsplätze in sächsischen Unternehmen gezielt für chinesische Studierende angeboten, um deren Know-how zu nutzen. Es geht um das kulturelle Verständnis, das man auch von sächsischen Unternehmen benötigt, wenn man mit China zusammenarbeiten will. Von daher haben wir eine Reihe von Unternehmen, die gezielt Arbeitsplätze für chinesische Studierende oder Absolventen schaffen, weil sie damit den Markteintritt oder Kooperationen befördern wollen.

Wir haben chinesische Absolventen, die inzwischen wieder in China arbeiten und bei denen wir schauen, dass wir Stück für Stück – also dort, wo wir Daten haben, ich will jetzt mal ganz vorsichtig sein – auch dieses Potenzial nutzen; denn das sind wiederum gute Botschafter für Sachsen und Ansprechpartner für uns. Wir haben mit der Wirtschaftsförderung Sachsen zwei Büros in China, in denen diese Art von Vernetzung passiert.

Ich glaube tatsächlich, dass wir uns in Sachsen viel mehr Mühe geben müssen, uns auf die Zusammenarbeit mit China ganz anders – auch mit Sprache und kulturellen Angeboten – einzustellen. Es ist nicht allein die Aufgabe des Staates, sondern es ist auch die Frage, inwieweit das Bewusstsein der unterschiedlichen Unternehmen dazu beiträgt, dass dafür ein Markt entsteht – auch ein Weiterbildungsmarkt, zum Beispiel beim Thema Sprache. Aber das ist eine Sache, die Stück für Stück ankommt. Damit bin ich wieder beim Thema Tourismus. Das heißt, dass sich der sächsische Tourismus dann auch darauf einstellen muss, und das ist eben nicht nur die chinesische Speisekarte, sondern das hat auch etwas mit dem konkreten Angebot zu tun.

Von daher ist das, was Sie ansprechen, ein sehr wichtiges Thema. Aber damit sind wir am Anfang. Stück für Stück hat sich bei sächsischen Unternehmen erst einmal das Bewusstsein breitgemacht, wie wichtig die Zusammenarbeit, die Kooperation mit China ist und dass man auch selbst etwas dazu beitragen muss.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die SPD-Fraktion; Herr Baum, bitte.

**Thomas Baum, SPD:** Herr Minister, Sie hatten vorhin das Thema Seidenstraße angesprochen. Welche Chancen sehen Sie denn durch den Ausbau der neuen Seidenstraße für die sächsische Wirtschaft, auch mit Blick auf den grenzüberschreitenden Bahnverkehr?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Hintergrund der gesamten Diskussion um die Seidenstraße ist, einen großen Wirtschaftsraum zu schaffen, von Russland bis ganz China. Es ist gar nicht selbstverständlich, dass Deutschland – ich rede jetzt nicht von Sachsen – Teil dieser Seidenstraße ist. Natürlich ist die Erkenntnis vorhanden, dass Europa mit 500 Millionen Einwohnern ein riesengroßer Markt ist. Wenn ich schon „Markt“ sage, dann zeigt das auch, wie sich das Bewusstsein in China verändert hat.

China baut seine logistischen Zentren in alle Richtungen aus. One Belt – one Road, die Seidenstraßen-Initiative ist die Wirtschafts- und Logistiker nach Europa. Sie bauen auf der anderen Seite durch die transpazifischen Abkommen die Handelsbeziehungen weiter aus. Auch wenn das durch Trump gerade gekündigt ist, war es das Ziel Chinas, in die Mitte der Wirtschaftsbeziehungen zu rücken. Wir dürfen nämlich nicht davon ausgehen, dass aus ihrer Sicht Europa die Mitte ist, sondern China als Reich der Mitte.

Wir haben bereits mit den Bahnverbindungen von Europa aus, auch aus Deutschland heraus, bis China einen Anschluss. Auch die Flugverbindungen – Stichwort Leipzig, DHL – haben massiv zugenommen. Inzwischen interessieren sich auch chinesische Logistiker für den Standort Leipzig. Von daher ist eine große Chance vorhanden, aber – wir müssen auch hier ehrlich sein – wir konkurrieren innerhalb Europas mit anderen Logistikzentren. Wir konkurrieren mit den großen Häfen, mit Belgien und den Niederlanden. Es ist kein Selbstläufer, dass wir mit unserem guten Angebot – vor allem, wenn man an Leipzig denkt – dort selbstverständlich zum Zuge kommen. Wir haben ein gutes Angebot, und es ist eine große Chance. Aber wir müssen noch viel tun, damit sie auch ergriffen werden kann.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die AfD-Fraktion; Herr Beger, bitte.

**Mario Beger, AfD:** Herr Minister! Vielen Dank für Ihre Ausführungen zu Ihrer Chinareise. Haben Sie konkrete Vereinbarungen auf der Chinareise getroffen, die den Export sächsischer Waren fördern? Wenn ja, mit wem und worüber?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Wir werden im Ausschuss einen Bericht abgeben, in dem die unterschiedlichen Ergebnisse der Reise nachvollzogen werden können. Wie Sie wissen, haben wir eine Art Sternreise unternommen. Anlass war das Jubiläum der zehnjährigen Partnerschaft Sachsen – Hubei. Mein Kollege Schmidt ist mit der Wirtschaftsdelegation nach Chongqing weitergereist, wo auch Abschlüsse erreicht wurden. Diese werden wir in dem Bericht zusammenführen, sodass Sie von den konkreten Abschlüssen Kenntnis erhalten.

Wir wiederum haben auf der Reise nach Nanjing der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung der Bergmann AG beiwohnen können. Es handelt sich um eine Investition der Bergmann AG in Nanjing mit einem

Volumen von immerhin 60 Millionen Euro. Das ist für sächsische Verhältnisse eine richtig große Investition. Wir haben die politischen Gespräche der Ministerpräsidenten in Peking genutzt, um die Investoren – WKW – weiterhin zu betreuen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Fraktion GRÜNE ist an der Reihe; Herr Dr. Lippold.

**Dr. Gerd Lippold, GRÜNE:** Herr Staatsminister! Das Thema heißt „China als Markt für sächsische Unternehmen“. Die Chinesen sehen das sicherlich etwas anders. Sie sehen Sachsen als Ort, von wo man sich Technologie und Know-how holen kann, und Europa als große Wirtschaftsregion mit liberalen Handelsregeln, in die man exportieren kann.

Meine Frage im Zusammenhang mit diesem Wirtschaftsthema lautet: Ist in Ihrem Ministerium analysiert worden, warum nach jahrelanger Forschungs-, Technologie- und Weltmarktführerschaft heute nicht eine ostdeutsche Solarindustrie China beliefert, sondern die Chinesen den Rest der Welt und uns beliefern? Was muss man tun, damit das nicht in einer anderen Branche, in einer anderen Industrie wieder passiert?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Wenn es sich um die Frage dreht, ob wir das gutachterlich haben untersuchen lassen, dann lautet die Antwort: Das haben wir nicht. Auf die Frage, warum das so ist, könnte man jetzt ganz leicht antworten: weil das EEG zu spät reformiert wurde. Aufgrund des EEG, das damals eine der innovativsten Gesetzesinitiativen war – deshalb spreche ich vom „Zeitpunkt der Reformation“, ich möchte aber nicht falsch verstanden werden –, haben wir natürlich dazu beigetragen, dass die billigere Produktion in China subventioniert wurde und die deutsche Produktion nicht mehr konkurrenzfähig war.

Die Antwort auf die konkrete Frage, ob wir das untersucht haben, lautet Nein. Das ist keine kurzfristige Entscheidung, denn das haben wir auch mitbekommen, als es um das Thema SolarWorld ging. Zu diesem Thema hatten wir auch die Außenhandelsstreitigkeiten zwischen Europa und China, wo Handelszölle aufgebaut wurden, die beispielsweise wiederum zum Schaden der Siliziumindustrie geführt haben. Von daher ist es ein schwieriges Unterfangen.

Sie haben ein zweites Thema indirekt angesprochen: Forschung und Entwicklung. Wir haben durchaus chinesische Unternehmen, die gezielt in Forschung und Entwicklung einsteigen und Kooperationsbeziehungen aufbauen. Das erleben wir aktuell bei Fraunhofer. Wir erleben das in der Universität Leipzig. Wir erleben das vor allem bei den Technologien, bei denen es tatsächlich zum beiderseitigen Nutzen sein kann. Beim Thema Brennstoffzelle schauen wir zwar nach Deutschland und manchmal nach Japan, aber es lohnt sich, bei der Brennstoffzelle auch den Blick nach China zu richten. Es gibt zum Beispiel aktuelle Kooperationsprojekte zwischen China und Sachsen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wir gehen jetzt in die zweite Runde. Das Thema „Vernetzt, autonom und elektrisch – das Auto der Zukunft kommt aus Sachsen“ kann jetzt hinzugezogen werden. Es beginnt die SPD-Fraktion; Herr Abg. Baum.

**Thomas Baum, SPD:** Herr Staatsminister! Können Sie zu diesem Thema ausführen, welche Teststrecken für vernetztes und telematisches Fahren es in Sachsen bereits gibt? Inwiefern sind dabei die sächsische Straßenbauverwaltung bzw. die LASuV-Niederlassungen eingebunden?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Tatsächlich feststehende Teststrecken haben wir im Living Lab, dem Testfeld Dresden, mit insgesamt 20 Kilometern Strecke in der Landeshauptstadt Dresden, die aufgeteilt ist in fünf Teilstrecken. Das betrifft zum einen die B 170, den Bereich des Flughafens Dresden, die Dohnaer Straße, die Coventrystraße sowie die Meißner Landstraße. Es ist so angelegt, dass es auch erweiterbar, also eher dynamisch ist.

Natürlich arbeiten wir mit dem Straßen- und Tiefbauamt Dresden zusammen. Aber auch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr – das LASuV –, vor allem die Niederlassung Meißen, ist involviert, zum Teil auch als Genehmigungsbehörde. Auch die LISt, die Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen, hilft bei straßentechnischen Fragestellungen.

Ich springe noch einmal zurück zum LASuV, Niederlassung Meißen. Das ist für uns wichtig und interessant, denn durch die behördliche Begleitung werden auch Fragen aufgerufen, die bisher eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Denn auch das Thema autonomes Fahren bedeutet, über Standards zu diskutieren, Rechtsprechung anzupassen, Richtlinien anzupassen. Dafür gibt es bisher einen nur sehr eingeschränkten Rechtsrahmen. Von daher ist es auch unheimlich wichtig, tatsächlich mit dem LASuV einen Partner zu haben, der sich dieser Fragen annimmt.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die CDU-Fraktion, bitte. Herr Nowak.

**Andreas Nowak, CDU:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Staatsminister, vernetzt, autonom, elektrisch – das Auto der Zukunft kommt aus Sachsen. Wie sehen Sie als Staatsregierung denn in diesem Kontext die Vermischung von Individualverkehr, motorisiertem Individualverkehr und dem ÖPNV?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Das ist für uns ein sehr entscheidendes Thema, weil wir glauben, dass diese Vernetzung zwischen Individualverkehr und ÖPNV zeigt, dass es in Zukunft gar nicht mehr um den Verkehrsträger als solchen geht, sondern darum, wie wir Mobilität organisieren.

Genau deshalb sind wir das Thema synchrone Mobilität so angegangen, dass wir die SAENA beauftragt haben,

sich für diese Verbindung zwischen Individualverkehr und ÖPNV den Hut aufzusetzen.

Es geht zum Beispiel auch um das ganze Thema intelligente Verkehrsführung in den Städten – smart City –, es geht um das intermodale Zusammenspiel der Verkehrsträger und vor allem auch zwischen Individualverkehr und ÖPNV. Wir müssen wirklich das Verkehrssystem an dieser Stelle ganzheitlich denken.

Die SAENA hat von uns den Auftrag, das mit zu organisieren, und mit der Landesinitiative Synchrone Mobilität haben wir dafür den konzeptionellen Rahmen gesetzt.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Nun die Fraktion LINKE.

**Marco Böhme, DIE LINKE:** Herr Minister, ich möchte gern zum ersten Themenkomplex zurückkommen: China. Im Wirtschaftsausschuss haben Sie uns darüber berichtet und waren begeistert, wie schnell und effizient in China gebaut werden kann. Jetzt die Frage, ob Sie auch kritische Punkte sehen bzw. kennengelernt haben, was die Auswirkungen einer solchen Politik betrifft?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Ja, bitte Vorsicht mit dem Wort „begeistert“! Man kann zwar beeindruckt sein und damit aber nicht unkritisch; denn der Preis für die Schnelligkeit ist einer, den ich nicht zahlen möchte. Es ist auf der einen Seite faszinierend zu sehen, dass man bei dem Schnellbahnprojekt am Tag drei Kilometer baut – am Tag –, oder dass sie beim Hausbau ein Modulsystem entwickelt haben, wo sie in kurzer Zeit Stockwerke innerhalb von 20 Stunden aufbauen können.

Das funktioniert natürlich nicht nach unseren rechtsstaatlichen Prinzipien. Dementsprechend kann man sich das zwar technisch anschauen – und vielleicht können wir auch technologisch etwas davon lernen –, aber der Preis, der dafür gezahlt wird, ist mit unseren rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die AfD-Fraktion, Herr Beger, bitte.

**Mario Beger, AfD:** Herr Minister, ich habe noch eine Frage zu dem autonomen und elektrischen Auto der Zukunft: Mit welchen Mitteln unterstützt der Freistaat die Vernetzung und Autonomisierung des Fahrens?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Wenn es um das Thema autonomes Fahren geht, ist es ja in allererster Linie die Aufgabe der Automobilbauer, die technischen Lösungen zu schaffen. Da wir aber ein Interesse haben, als Automobilland diese Entwicklung mit Sachsen zu verbinden, stellen wir bestimmte Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung – Stichwort: Testfelder. Das von mir beschriebene Testfeld Dresden soll ja nicht das einzige sein. Ich hatte hier auch schon einmal berichtet, dass es zum Beispiel vonseiten

des tschechischen Verkehrsministeriums ein Interesse gibt, auch grenzüberschreitend Teststrecken zu etablieren.

Wir arbeiten zum Zweiten mit unseren Netzwerken zusammen, mit denen zum Beispiel bei AMZ auch die Zulieferindustrie und die Forschungseinrichtungen verbunden sind. Mit dem zweiten Netzwerk, dem ACOD, in dem die Automobilisten vernetzt sind, versuchen wir Kooperationsbeziehungen herzustellen.

Zum Dritten haben wir in Sachsen ein sehr ausgeprägtes wissenschaftliches Know-how für das Thema autonomes Fahren. Das sind nicht nur unsere Universitäten, sondern weltweit führend ist zum Beispiel das Büro IAV, die auch unsere Infrastruktur mit nutzen – was wir auch wollen –, um beim Thema autonomes Fahren mit ihrem wissenschaftlichen Know-how beizutragen. Das IAV ist inzwischen bei fast allen OEMs in Kooperation.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Dr. Lippold, bitte.

**Dr. Gerd Lippold, GRÜNE:** Danke. Herr Minister, China als Markt für sächsische Unternehmen zu entdecken, das heißt ja nicht nur, dass man die Produkte exportieren kann, sondern dass man sächsische Verfahren, Technologien und Produkte in diesem riesigen Markt lizenzieren kann. Sind Ihnen bei Ihrer Reise irgendwelche Probleme mit gewerblichen Schutzrechten oder gegenseitiger Anerkennung zu Ohren gekommen oder haben sich die beteiligten Unternehmen dort beklagt? Welche Lösungen sehen Sie dort?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Auf der Reise selbst sind keine konkreten Unternehmen auf uns zugekommen, die uns darüber berichtet haben. Wir hatten aber in Schanghai ein Treffen mit der Wirtschaftsdelegation Schanghai, wo Vertreter der Botschaft, der AHK und anderer Wirtschaftsvereinigungen auf verschiedene Problemlagen hingewiesen haben. Dort sind Problemfelder angesprochen worden – einige habe ich genannt, Stichwort Big Data zum Beispiel –, also auch die Frage, wie man in Zukunft mit dem ganzen Thema Internet umgeht und mit der Begrenzung des Internets, oder der Einfluss des chinesischen Staates auf unternehmerische Entscheidungen durch die Gründung von Parteizellen in Unternehmen.

Es gibt Erfahrungen von Joint Ventures, dass der chinesische Partner vorzeitig aus dem Vertrag herausgeht und das Know-how herauslöst. Dort wurde aber auch angemerkt, dass das nicht nur Bösartigkeit des chinesischen Partners ist, sondern manchmal auch die Hochnäsigkeit des deutschen Partners. Von daher kann man das jetzt nicht allein als chinesisches Problem beschreiben. Die Probleme sind schon ziemlich handfest.

Es wurde uns aber auch berichtet – und so viel zur Einordnung, wie wichtig der chinesische Markt für deutsche Unternehmen ist –: Wenn bei Spitzengesprächen, bei Reisen der Bundeskanzlerin oder der Bundesregierung nach China in Vorgesprächen deutsche Unternehmen

Probleme anmelden, im direkten Gespräch dann aber der Meinung sind, dass doch alles in Ordnung ist, dann zeigt dies, dass zurzeit die Sicht deutscher Unternehmen, wie groß der Markt ist, größer ist als die Risiken, die damit verbunden sind.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Baum, bitte.

**Thomas Baum, SPD:** Herr Staatsminister, noch einmal zurück zum Thema autonomes Fahren. Welche anwendungsorientierten Forschungen und Produkte gibt es in Sachsen in den Bereichen Car-to-Car- und Car-to-X-Kommunikation und wie wird diese Entwicklung durch den Freistaat auch zukünftig unterstützt?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Wir haben in dem Living LAT innerhalb des Testfeldes Dresden insgesamt neun Projekte laufen. Dazu gehören selbstverständlich auch Projekte der Car-to-Car- und Car-to-X-Kommunikation, und das ist wirklich wesentlich für die Entwicklung autonomer Fahrfunktionen. Diese Projekte werden durch unterschiedliche Fördertöpfe des Bundes und des Freistaates gespeist. Es fließen dort insgesamt 15,6 Millionen Euro an Fördervolumen hinein, davon immerhin 8 Millionen Euro aus dem Freistaat Sachsen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die CDU-Fraktion; Herr Heidan, bitte.

**Frank Heidan, CDU:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Staatsminister, wir hatten vor geraumer Zeit die Gelegenheit, im Fraktionsvorstand mit Prof. Dr. Fiebig von VW Sachsen zu sprechen. Dort wurde uns mitgeteilt, dass ab 2019 die Produktion auf Elektrofahrzeuge umgestellt wird.

Liegen denn der Staatsregierung schon Zahlen und Fakten vor, welche Struktureffekte die ausschließliche Produktion von Elektro-Kfz in Sachsen haben wird? Welche Folgen wird das für die Produktionsbranchen, aber auch für die Logistikbranche haben?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Konkrete Zahlen liegen uns noch nicht vor. Wir haben aber die wirklich erfreuliche Ankündigung von Volkswagen erhalten, die gesamte Palette der Elektromobilität mit dem Standort Sachsen zu verbinden. Allein damit sind schon ehrgeizige Ziele von Volkswagen selbst verbunden. Über 1 Milliarde Euro werden investiert. Es wird zum Umbau der gesamten Produktionslinie kommen. Es wird ein spannender Prozess sein, das im laufenden Geschäft abzuwickeln.

Parallel wird es zu einer großen Qualifizierungsmaßnahme kommen. Das Thema Elektromobilität bedeutet ja für Volkswagen nicht nur, dass die Produktpalette sich verändert; das Anforderungsprofil an die Beschäftigten ändert sich dadurch natürlich auch noch einmal komplett.

Wir haben aktuell in den Fahrzeugen einen hohen Zulieferanteil. Dieser wird sich mit der Elektromobilität

noch einmal verändern. Auch hier haben wir in unseren Netzwerken – Stichwort: AMZ – einen Partner. Wir versuchen, unsere sächsische Unternehmen in diesen Transformationsprozess bei Volkswagen zu integrieren. Wir dürfen bei der Beantwortung der Frage, die Sie gestellt haben, nicht nur Volkswagen selbst sehen, sondern müssen natürlich die gesamte Kette betrachten.

Wir haben dazu bei dem Chemnitzer Institut CATI eine eigene Studie in Auftrag gegeben. Im Ergebnis wird deutlich, dass sich durch die Transformation der Zulieferanteil auf 70 % erhöhen wird. Es ist also entscheidend, dass wir bei diesem Thema nicht nur Volkswagen an sich, sondern auch die Zulieferkette betrachten. Wir haben eine große Chance, dass wir von der Transformation bei Volkswagen profitieren. Es geht übrigens nicht nur um Volkswagen. Ich erinnere auch an BMW, die mit dem i3 und dem i8 bereits das Thema Elektromobilität in Sachsen verankert haben. Ich denke auch an die Investition von Daimler in die Batteriefertigung in Kamenz. All das bietet eine große Chance für sächsische Unternehmen.

Die Veränderung durch die Elektromobilität wird dazu führen, dass Unternehmen, die bisher zum Beispiel Teil der Zulieferkette waren, vielleicht keine Chance mehr haben. Andere werden mit ihrem Know-how weiterhin Teil dieser Wertschöpfungskette sein. Wir gehen aber davon aus, dass auch neue Geschäftsmodelle entstehen – nicht nur durch die Elektromobilität, sondern generell durch Smart-Mobility. Ich sehe die Ankündigung von Volkswagen also als riesengroßen Schritt für Sachsen, insbesondere für den Mobilitätsstandort.

Ganz konkrete Zahlen kennen wir noch nicht. Aber wir sind in Gesprächen mit Volkswagen und werden uns dazu in den nächsten Monaten auch öffentlich gemeinsam äußern. Wir schauen, wie wir die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Veränderung hin zur Elektromobilität in Sachsen unterstützen können.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Brünler, bitte.

**Nico Brünler, DIE LINKE:** Vernetzt, autonom, elektrisch – wenn wir über Elektromobilität reden, dann sollten wir uns nicht auf den individuellen Automobilverkehr beschränken. Gerade wenn man schienengebundene Technologien denkt, kommt man zu dem Ergebnis, dass man dort in einigen Punkten schon ein ganzes Stück weitergekommen ist. Man könnte jetzt sogar noch den Bogen zum ersten Punkt schließen und hinzufügen: Die U-Bahn in Schanghai fährt schon weitestgehend autonom.

Vor rund einem Jahr gab es Presseberichte, dass die Deutsche Bahn auf Teilstrecken der Erzgebirgsbahn testet, inwieweit autonome schienengebundene Technologien auch hier in Sachsen machbar, das heißt praxistauglich sind. Können Sie etwas dazu sagen, welchen Stand die Untersuchung dieser Projekte hat, ob dort irgendetwas passiert ist und was daraus perspektivisch für den Schienenverkehr in Sachsen folgt? Oder ist insoweit gar nichts weiter passiert?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Der Freistaat Sachsen hat den sogenannten EcoTrain unterstützt. Genauer: die Hybridisierung dieses Zuges, weil es für uns schon ein wichtiges Testfeld war, auch im Schienenverkehr Hybridlösungen zu unterstützen. Wir als Freistaat Sachsen waren sehr aktiv in der Begleitung, damit dieses Projekt eine Chance hat. Wir hoffen, dass es sich etabliert.

Was die Frage nach autonomen Teststrecken angeht, so kann ich Ihnen jetzt keinen aktuellen Stand mitteilen; mir ist kein aktueller Stand bekannt. Sollte sich insoweit etwas ergeben, werde ich Sie selbstverständlich informieren. Ich weiß es aktuell nicht.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Beger, AfD-Fraktion.

**Mario Beger, AfD:** Herr Minister, ich habe noch eine Frage zur Elektromobilität: Wie viele Elektroautos wurden 2017 in Sachsen produziert und für welche Märkte?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Ich kann Ihnen jetzt die Zahl, wie viele hier produziert wurden, nicht genau nennen; das können wir Ihnen aber gern nachliefern, wenn wir die Zahlen von BMW und Volkswagen bekommen.

Wir haben uns sehr gefreut, dass in der Gläsernen Manufaktur die E-Golf-Produktion mit täglich mindestens 30 Fahrzeugen verankert wurde.

Der i3 und der i8 laufen auch sehr gut, insbesondere der i3. Die Elektromobilität wird aber nicht allein durch den sächsischen oder den deutschen Markt angetrieben, sondern die Absatzmärkte sind auch woanders zu finden, insbesondere in Norwegen. Wir können die Zahlen gern nachliefern.

Ich kann Ihnen aber sagen, wie viele Elektro- bzw. Hybridfahrzeuge hier in Sachsen fahren, das heißt, wie viele hier angemeldet wurden. Das ist jetzt ein Wert von Mitte des Jahres 2017: Demnach haben wir in Sachsen knapp tausend Elektrofahrzeuge – exakt sind es 984 – und 8 309 Hybridfahrzeuge.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das war Herr Beger. – Jetzt hätten wir noch Frau Meier mit einer Frage; das schaffen wir wahrscheinlich noch.

**Katja Meier, GRÜNE:** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich versuche mich zu beeilen. – Herr Staatsminister, Sie haben vorhin schon einige Ausführungen zur Intermodalität gemacht. In welcher Art und Weise will denn der Freistaat hier intermodale Mobilitätspunkte oder -stationen fördern? Dort geht es ja um die Vernetzung von ÖPNV, Rad-Sharing und Car-Sharing, aber eben auch um Elektroladesäulen. Wenn Sie das nicht vorhaben, dann würde ich mich freuen, wenn Sie mir sagen könnten, warum dem so ist.

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Wir haben zum einen, wie ich schon gesagt

habe, die SAENA beauftragt, dies konzeptionell zu unterstützen. Sie werden uns Vorschläge machen, mit welchen Maßnahmen wir die Vernetzung unterschiedlichster Verkehrsträger und die Gestaltung der Übergänge zwischen Individualverkehr und ÖPNV im Bereich Elektromobilität unterstützen können.

Wir haben bereits in unserer Richtlinie Möglichkeiten der Förderung geschaffen, zum Beispiel in Bezug auf die Gestaltung der Übergänge zwischen Fahrrad und ÖPNV. Wir unterstützen Fahrradstationen und Ähnliches. Das machen wir – wenn sie nicht kommerziell genutzt werden. Wir müssen immer noch im Blick behalten, was Aufgabe des Staates und was ein kommerzielles Angebot ist.

Von daher sind wir schon beim letzten Mal, bei der Öffnung der Richtlinie, einen Schritt weitergegangen. Wir werden das weiterhin tun. Ich habe es in meiner Fachregierungserklärung schon ausgeführt: Es ergibt keinen Sinn, dass wir Verkehrspolitik nur noch über Verkehrsträger definieren, sondern wir brauchen Mobilitätskonzepte. Dementsprechend müssen sich auch Richtlinien anpassen, damit dies ermöglicht wird.

Es bleibt aber dabei, dass wir aufpassen müssen, was Aufgabe des Staates ist – Stichwort: Infrastruktur – und was zum Bereich der gewerblichen Nutzung gehört. Dementsprechend ist es auch eine Frage von Investitionen. Die Ausgestaltung der Ladeinfrastruktur können wir anreizen, aber am Schluss brauchen wir Investoren, die die Ladeinfrastruktur schaffen.

Vor Kurzem fand der sogenannte Diesel-Gipfel statt. Dort sind Beschlüsse gefasst worden, auf deren Umsetzung wir jetzt warten. Dort wurde zum Beispiel der Weg freigegeben, die Schaffung von Ladeinfrastruktur in Wohneigentum zu unterstützen bzw. überhaupt erst einmal rechtlich zu ermöglichen.

Es wurde vereinbart, Förderprogramme für Kommunen aufzulegen, damit diese Elektrobusse finanzieren können. Wir brauchen in Europa aber auch Hersteller von Elektrobussen. Insoweit haben wir Nachholbedarf.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Meine Damen und Herren! Die Zeitdauer der Befragung der Staatsminister ist abgelaufen. Ich danke Herrn Staatsminister Dulig. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

## Tagesordnungspunkt 6

### Fahrradwegebau beschleunigen, Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten stärken

#### Drucksache 6/11417, Prioritätenantrag der Fraktionen CDU und SPD

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge: CDU, SPD, DIE LINKE, AfD, GRÜNE, Staatsregierung, wenn gewünscht.

Für die CDU-Fraktion eilt jetzt Herr Kollege Colditz zum Rednerpult.

**Thomas Colditz, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Anliegen unseres Antrags ist es, die aktuelle Entwicklung des Fahrradwegebaus in Sachsen einmal zu analysieren und Rahmenbedingungen zu befördern, die diesen Prozess weiter beschleunigen.

Ich will mich zunächst in meinen Ausführungen auf die Entwicklungen im ländlichen Raum, auch unter Beachtung der touristischen Relevanz des Vorhabens konzentrieren. Dabei kann ich mich auf Sichtweisen und auf Aufgabenstellungen, die von kommunalen Aufgabenträgern immer wieder benannt werden, beziehen.

Meine Damen und Herren! In der Analyse der bisherigen Entwicklung müssen wir schon vorab selbstkritisch feststellen, dass eine selbstgefällige Nabelschau für dieses Thema wohl ausfällt. Fakt ist, dass es auf der regionalen Ebene oft ein sehr ausgeprägtes Engagement gibt, derartige Vorhaben auf der Grundlage von existierenden konzeptionellen Vorstellungen auf Landesebene auch praktisch umzusetzen. Im konkreten Vollzug ergeben sich aber

offensichtlich Hemmschwellen, die es zu überwinden gilt. Kommunal tätige Akteure haben das bislang auch getan, stoßen jedoch bei allem vorhandenen Idealismus an Grenzen und es bleibt ganz einfach zu befürchten, dass das damit bereits vorhandene Engagement zunehmend abebbt.

Handlungsbedarf ist also gegeben, denn, meine Damen und Herren, der schrittweise Ausbau eines möglichst flächendeckenden Radwegenetzes befördert zum einen eine nachhaltige Verkehrspolitik und trägt zum anderen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und schließlich auch zur Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur bei. Im Jahr 2014 wurde seitens der Staatsregierung eine novellierte Fassung der Radwegekonzzeption vorgelegt. Sie stellt die Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Fahrradverkehrs im Land dar. Dabei wurden Maßnahmen und Ziele benannt, wie die Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen diese gemeinsame Aufgabe umsetzen sollen und können.

Die Radwegekonzzeption formuliert in ihren Leitsätzen unter anderem, dass die Angebote zum Radfahren in der Freizeit und besonders im Fahrradtourismus auf allen Ebenen, also auf der Ebene des Freistaates, auf der regionalen Ebene und auf der Grundlage von Zusammenschlüssen von Einzelkommunen, zu verbessern sind und

das enge Zusammenwirken aller jeweiligen Beteiligten zu optimieren ist. Laut der Konzeption sind die Vorausschau des Bedarfs, die Flexibilität bei der Entwicklung touristischer Radverkehrsangebote, die Bekanntheit und die Attraktivität der Ziele bzw. auch die Routen und ihre Erreichbarkeit auch in Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln weiterzuentwickeln.

Ebenso wie der systematische Ausbau der Wanderwegekonzeption hat damit auch die Qualifizierung des Radwegenetzes eine hohe tourismuspolitische Bedeutung für den Freistaat. Ich denke, die touristische Wettbewerbsfähigkeit Sachsens macht sich schon aktuell am Vorhandensein qualitativ hochwertiger Radverkehrsstrecken fest. Mittlerweile gibt es gute Beispiele, wie auf regionaler Ebene konkrete Projekte entwickelt und umgesetzt wurden. Im Erzgebirge waren es zum Beispiel der Muldentalradweg oder auch der grenzüberschreitende Fernradweg Karlsroute. Beide Projekte haben meines Erachtens exemplarisch deutlich gemacht, wo Chancen, aber auch Risiken und Probleme beim Ausbau des Radwegenetzes liegen.

Im ländlichen Raum hängt der Erfolg zunächst erst einmal von einem gemeinsamen Miteinander kommunal abgestimmten Handelns ab. Radwege sind Linienprojekte und damit gemeindeübergreifend. Sobald Radwege über Gemeindegrenzen hinweggehen, trifft deren Entwicklung auf unterschiedliche Interessenlagen, aber auch auf unterschiedliche fachliche Kompetenzen in den jeweiligen Kommunen. Deshalb ist es sinnvoll, die Kommunikation und die Organisation, aber auch den Informationsaustausch zwischen den Akteuren zu befördern.

Gute Beispiele kommunalen Zusammenwirkens gibt es dabei mittlerweile und diese guten Erfahrungen gilt es zu verallgemeinern. Auf diesem Weg können auch finanzielle Probleme einzelner Gemeinden sowie Eigentums- und Genehmigungsprobleme gelöst werden. Aber dieses Zusammenwirken bedarf in der Folge eines unbürokratischen Zusammenwirkens mit den staatlichen Stellen, insbesondere mit der Straßenbauverwaltung. Auch die fand zum Beispiel beim Bau des Muldentalradweges statt, bedenklich muss dennoch im Nachgang stimmen, dass für den Bau eines 10 Kilometer langen Radweges von der Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens bis zur Übergabe dieses Radweges ganze vier Jahre vergangen sind. Hier muss unseres Erachtens gefragt werden, wie durch die schnellere Ausreichung von Fördermitteln oder auch durch den Abbau von bürokratischen Hemmnissen eine Beschleunigung dieses Prozesses erreicht werden kann.

Was am konkreten Beispiel verdeutlicht wurde, trifft sicherlich landesweit generell zu. Trotz der zur Verfügung stehenden Mittel wurden laut einer Mitteilung des ADFC von 1992 bis 2005 circa 50 Kilometer Radweg pro Jahr fertiggestellt. Im Zeitraum 2006 bis 2015 waren es noch 30 Kilometer pro Jahr und im Jahr 2014 nur noch 14 Kilometer. Das ist eine Bestandsaufnahme, die die rasche und engagierte Umsetzung der Radwegekonzepti-

on und des Radwegenetzes konterkariert, meine Damen und Herren. Staatsminister Dulig hat im September dieses Jahres völlig zu Recht festgestellt: „Die notwendigen Planungen werden immer komplexer und langwieriger. Einen Radweg zu bauen ist weder einfacher von der Planungszeit her noch schneller zu bewältigen als der Bau einer Straße.“

Lassen Sie mich diese völlig zutreffende Aussage anhand von konkreten Problemlagen noch ein Stück weiter untersetzen. Derartige Probleme werden von sehr engagierten Kommunalpolitikern wie folgt benannt:

Erstens. Die Umweltverträglichkeitsprüfung als Bestandteil der Planung führt dazu, dass die Kommunen Ausgleichsflächen vorhalten müssen, die aber nur begrenzt oder oftmals gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Es stellt sich also die zu prüfende Frage, wie die Umweltverträglichkeitsausgleichspflicht gegebenenfalls entfallen kann. Wenn man sich die umweltverträgliche Infrastruktur beispielsweise in Bayern oder in Südtirol anschaut, dann wird deutlich, dass es dort sehr wohl Gestaltungsmöglichkeiten gibt.

Zweitens. Der touristische Charakter von Radwegen bringt es mit sich, dass auch Forstflächen bzw. Flächen der Landestalsperrenverwaltung mitgenutzt werden müssen. Der Erwerb solcher Flächen überfordert die Kommunen zunehmend. Eine vernünftige Alternativlösung könnten deshalb unbegrenzte und unkomplizierte Gestattungsverträge sein. Mittlerweile kommen die zwar zustande, aber oft nach sehr zeitraubenden Gesprächen und nach intensiven Interventionen auf unterschiedlichen Ebenen. Wir brauchen hier meines Erachtens eine verbindliche und vereinfachte Abstimmung zwischen den Ressorts sowie die Nutzbarmachung von Kompetenz. Warum sollen Radwege, die im Wald verlaufen, nicht zukünftig auch von der Forstverwaltung gegebenenfalls mit Mitteln des SMWA gebaut werden können?

Damit könnten drittens langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren durch die Auseinandersetzung mit der Forst- oder Wasserbehörde entfallen. Ich denke hier an die Verständigung auf interministerieller Ebene, die wieder ganz neu ins Blickfeld gerückt werden muss. Wir haben auch bei der Überarbeitung der Wismut-Strategie herausgestellt, dass gerade der Aspekt der interministeriellen Abstimmung in solchen Fragen zu intensivieren ist.

Viertens schließlich bleibt bei allem vorhandenen kommunalen Engagement die Frage zu bedenken, wie es gelingen kann, dass überregionale Radwege, also die Radwege der Kategorie 1, möglicherweise durch das Land selbst realisiert werden können, so wie das in Bayern schon längst der Fall ist. Natürlich kenne ich den schnell zitierten Einwand staatlicher Verwaltung, dass das nicht zu leisten sei, aber eine genauere Analyse dieser Vorstellungen bleibt bislang aus. Fakt ist zudem, dass kommunales Engagement bei aller Bereitschaft zur interkommunalen Zusammenarbeit bei dieser Frage an Grenzen stößt oder an Grenzen stoßen muss. Hier ist also wesentlich mehr Kreativität und Ideenreichtum, auch von

der Straßenbauverwaltung, zu erwarten. Wenn dies nicht passiert, wäre die ehrliche Alternative, solche überregionalen Radwege aus der Konzeption zu streichen, meine Damen und Herren. Ich denke, das kann nicht gewollt sein.

Fünftens. Radwege müssen attraktiv sein. Dies muss sich unter anderem in der landschaftlichen Einbindung und in der Durchgängigkeit dieser Radwege niederschlagen. Insofern ist die Kopplung von Radverkehrsangeboten mit dem regionalen ÖPNV zwar sicherlich eine sinnvolle und wünschenswerte Lösung, die es weiter zu befördern gilt, aber diese Lösung darf den Vorrang von Lückenschlüssen in vorhandenen Radwegenetzen nicht ausblenden.

Oft lassen sich solche Lückenschlüsse schon durch kleine Unterführungen oder auch durch Radbrücken realisieren. Die Ermöglichung solcher Sonderbauwerke setzt das Verständnis der Genehmigungsbehörden in der Planungsphase voraus, wirkt sich aber auch attraktiv auf die Angebote selbst aus.

Attraktivitätssteigernd sind zudem natürlich auch durchgängig einheitliche Beschilderungen. Wir haben diesem Anliegen schon im aktuellen Haushaltsplan Rechnung getragen. Mit Blick auf den Prozesscharakter dieses Anliegens erwarten wir auch künftig eine Verstärkung dieser Mittel. Das ist schon ein Blick auf die vor uns liegende Haushaltsdiskussion.

Meine Damen und Herren! Die Vision vom Fahrradland Sachsen lebt. Wie in kaum einem anderen Bereich treffen sich dabei die Interessen verschiedener Ebenen. Das mag insbesondere auch daran liegen, dass Entscheidungsträger, auf welcher Ebene sie auch tätig sind, selbst mit dem Fahrradfahren verbunden sind.

Ich denke, das kann eine gute Grundlage dafür sein, vorhandene Umsetzungsprobleme in der Radwegekonzeption mit noch mehr Kreativität, mit noch mehr Ideenreichtum und mit viel weniger Bürokratie, aber mit viel mehr Herzblut umzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des  
Staatsministers Martin Dulig)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Kollege Colditz. Jetzt kommt Kollege Baum für die SPD-Fraktion zu Wort.

**Thomas Baum, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, eigentlich warten wir in diesen Tagen, zumindest die verkehrspolitisch Interessierten, auf den Abschlussbericht der ÖPNV-Strategiekommision. Dieser wird morgen vorgestellt. Das ist das Ergebnis von mehr als zwei Jahren intensiver Arbeit.

Gleichzeitig sind wir dabei, die Erhaltungsstrategie für unsere Staatsstraßen zu implementieren und umzusetzen. Genauso gilt unsere Aufmerksamkeit dem kommunalen Straßenbau. Auch dabei steht der Erhalt im Mittelpunkt.

Als ein weiteres wichtiges Glied in der Mobilitätskette soll nun auch der Radverkehr in Sachsen noch mehr in den Fokus unserer Aufmerksamkeit rücken. Dafür stellen wir heute unseren Antrag zur Abstimmung, denn wir wollen, dass der Radverkehr in Zukunft in der Priorität weiter nach vorn rückt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Fahrrad gibt es mittlerweile seit 200 Jahren, länger also als das Auto oder die Eisenbahn. Trotzdem ist das Radfahren viel zu lange nur ein Randthema gewesen. Dabei zeigen die aktuellen Verkehrszählungen, dass immer mehr Menschen mit dem Fahrrad unterwegs sind. Der Boom der sogenannten Pedelecs, also Fahrräder mit elektrischer Unterstützung, hat dazu sicher nicht unwesentlich beigetragen. Mittlerweile sind in Deutschland mehr als eine Million solcher Fahrräder verkauft worden.

Um den Radverkehr noch weiter voranzubringen und die Menschen, die auf das Rad um- und aufsteigen wollen, zu unterstützen, braucht es vor allem zwei Dinge, die wir auch in unserem Antrag deutlich machen: Wir brauchen eine gut ausgebaute Infrastruktur sowohl für den touristischen Verkehr, vor allem aber für den Alltagsradverkehr.

Für eine gut ausgebaute Infrastruktur braucht es allerdings auch den entsprechenden Vorlauf. Es braucht konzeptionelle Vorarbeiten. Diese liegen seit dem Jahr 2014 mit der sächsischen Radverkehrskonzeption vor. Auch wenn darin keine abrechenbaren Ziele hinterlegt sind, zum Beispiel den Radverkehrsanteil auf sagen wir 20 % bis zum Jahr 2025 zu erhöhen, so wurde zumindest eine Priorisierung der Baumaßnahmen vorgenommen. Über die Einteilung in die drei Klassen A, B und C hat das SMWA festgelegt, welche Radverkehrsanlagen an Bundes- und Staatsstraßen und in welcher Reihenfolge realisiert werden sollen.

Neben den konzeptionellen Vorarbeiten braucht es natürlich auch die entsprechenden Finanzmittel. Auch hierbei hat die Koalition ihre Hausaufgaben gemacht. Es ist nicht zuletzt meiner Fraktion zu verdanken, dass die Mittel für den Bau von Radwegen seit dem Doppelhaushalt 2015/2016 verdoppelt worden sind. Diese Summe haben wir dann bei den Verhandlungen über den aktuellen Doppelhaushalt 2017/2018 verstetigen können.

Wir haben also ein Konzept und die Mittel in der Koalition zur Verfügung gestellt. Jetzt brauchen wir noch die Planung und den Bau. Genau daran hapert es in den letzten Jahren. Dieses Problem wird nicht nur von der Opposition gesehen, auch von uns.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, ich weiß, wie unattraktiv die Planungen von Radwegen für Ingenieurbüros sind: in Streckenlängsrichtung so aufwendig wie für eine Bundesstraße und mit Blick auf das Planungshonorar eigentlich total unwirtschaftlich. Im Grunde müssen wir für eine Radverkehrsanlage die gleichen planerischen Instrumente ansetzen wie für den Bau von Straßen. Allerdings werden die Kosten für die Ingenieurbüros, die bei diesem Aufwand entstehen, nur unzureichend abgegolten. Dies liegt vor allem an der anzuwendenden HOAI, der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure.

Demnach sind Planungen für Radverkehrsanlagen nur pauschal abzurechnen. Für kleine, private Planungsbüros ist das fast immer ein Verlustgeschäft. Ich weiß, wovon ich rede.

Deshalb ist es umso wichtiger zu prüfen, inwiefern Planungsprozesse beim Thema Radverkehr vereinfacht werden könnten, um sie dadurch zu beschleunigen.

Wir brauchen natürlich auch mehr fachkundiges Personal in der Landesverwaltung. Auch hierzu haben wir gemeinsam erste Schritte unternommen, als wir mit dem letzten Doppelhaushalt eine ganze Reihe von Stellen für das Landesamt für Straßenbau und Verkehr neu geschaffen haben. Laut dem Ministerium ist geplant, dass bis Ende dieses Jahres die Stellenbesetzungen abgeschlossen sein werden.

Wir werden genau beobachten, ob die Stellen ausreichen, damit der zugegebenermaßen etwas zögerliche Mittelabfluss im Bereich Radverkehr im nächsten Jahr signifikant gesteigert werden kann. Sollte das nicht der Fall sein, dann werden wir nachsteuern müssen. – So weit in der ersten Runde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des  
Staatsministers Martin Dulig)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Auf Herrn Kollegen Baum folgt jetzt Herr Böhme für die Fraktion DIE LINKE.

**Marco Böhme, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Förderung des Radverkehrs ist ein wichtiges Instrument, wenn es darum geht, Klimaschutzmaßnahmen endlich auch im Verkehrsbereich umzusetzen; denn dort ist eben noch nicht viel passiert.

Die Förderung von Radverkehr hat nicht nur etwas mit Klimaschutz zu tun, sondern vor allem auch mit Lebensqualität in den Städten, aber auch auf dem Land. Herr Colditz, es geht eben nicht nur hauptsächlich um Tourismus, sondern um den Alltag von sehr vielen Menschen hier im Freistaat; denn will man weniger Lärm, weniger Feinstaub, weniger Stickoxide und letztlich auch weniger Fahrverbote für Autos oder mehr Freiräume oder schlicht mehr Platz erreichen, dann kommt man um eine fahrradfreundliche Kommune nicht herum.

Ich selbst fahre so gut wie jeden Tag mit dem Rad, meist von mir zu Hause in Leipzig-Plagwitz zum Hauptbahnhof. Nicht nur ich fahre viel Rad. Es tun auch immer mehr Menschen in diesem Freistaat, und das auch auf dem Land und nicht nur in der Stadt; denn man ist oft schneller als der ÖPNV, vor allem flexibler, man bleibt gesund, es macht Spaß und man nimmt seine Umwelt aktiv wahr.

Radfahren kann man mit dem Kind, mit dem Einkauf, in der Gruppe, aber auch allein. Gerade in großen Städten sind Fahrräder damit eine echte Alternative, wenn es darum geht, eine autoarme Stadt zu erreichen.

Zur Wahrheit gehört aber eben auch, dass viele Radlerinnen und Radler und Fußgängerinnen und Fußgänger mit zu den gefährdetsten bzw. schwächsten Gliedern im Straßenverkehr gehören. Schaut man in die Beantwortung unserer Großen Anfrage Mobilität in Sachsen, dann sieht man deutlich, dass die Zahl der Unfälle mit getöteten Personen, die Rad gefahren sind, in den letzten zehn Jahren eben nicht gesunken ist. Auch die Zahlen der Schwer- und Leichtverletzten sind stabil hoch geblieben. Das ist erschreckend. Daran muss sich dringend etwas ändern.

Um das zu ändern, braucht der Radverkehr auch mehr Raum und damit zum Beispiel eigene Wege und vor allem sichere Wege, die nicht zugeparkt sind. Sie müssen von Schnee geräumt sein. Sie müssen beleuchtet sein und sie müssen eben auch einen Untergrund haben, auf dem man sicher fahren kann.

Ja, vorwiegend sind dafür die Kommunen zuständig. Das heißt aber nicht, dass der Freistaat nicht auch ein Interesse daran haben sollte, die Kommunen dabei zu unterstützen und dadurch den Radverkehr in Sachsen zu unterstützen.

Nun zu Ihrem konkreten Antrag. Auf die Punkte I und II, also auf die Berichts- und Prüfaufträge, möchte ich eigentlich nicht weiter eingehen, außer vielleicht darauf, dass es nach drei Jahren Regierungszeit eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste, dass Zahlen für den Ausbaustand beim Radverkehr vorliegen oder auch geprüft wurde, wie man die Landesmittel für die Kommunen besser abfließen lassen kann.

Ich habe aber noch einen Hinweis an die Koalition. In dem Antrag sprechen Sie unter Punkt I Unterpunkt b von einem Radwegekonzept. Es gibt in Sachsen kein Radwegekonzept, sondern eine Radverkehrskonzeption aus dem Jahr 2014. Sie ist in einem FDP-Ministerium entstanden. Natürlich ist es da eine Selbstverständlichkeit, dass dies nun, nach drei Jahren neuer Regierung, überprüft und evaluiert wird und endlich auch einmal abrechenbare Ziele – Herr Baum ist gerade darauf eingegangen – vorgelegt werden.

Doch nun zum Wesentlichen. Zum einen haben wir ein Personalproblem; auch das haben wir gerade gehört. Dieses Problem haben wir generell in Sachsen, in vielen Bereichen, aber eben auch im Bereich Radverkehrsförderung, und zwar sowohl im LASuV, also im Landesamt für Straßenbau und Verkehr, als auch bei vielen Kommunen.

Der Freistaat fördert zwar Radverkehrsanlagen zu 90 % für die Kommunen, aber das Geld fließt, wie wir ja nun wissen und in den Haushaltsverhandlungen in den letzten Jahren auch gesehen haben, zu wenig an die Kommunen ab. Woran liegt es? Es könnte eben auch daran liegen, dass es für viele Kommunen keine Planungskapazitäten gibt; sie fördern wir wiederum auch nur zu 20 %. Wir sollten also bei der Aufstellung des nächsten Haushalts darüber nachdenken, daran etwas zu ändern. Deswegen ist es auch gut, wenn in dem vorliegenden Antrag steht, dass zu prüfen sei, wie der Mittelabfluss besser laufen könne. Aber eigentlich sollte schon ein Konzept vorhanden sein.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie nur in die Begründung schreiben, dass die Empfehlung für Radverkehrsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswege als verbindliche Grundlage eingeführt werden könnte – zum Beispiel, sagen Sie in der Begründung. Warum schreiben Sie das nicht als eigenen Antragspunkt hinein und fordern das ganz konkret vom Ministerium? Es könnte morgen umgesetzt werden, von Herrn Dulig zur verbindlichen Grundlage erklärt werden. So machen es auch andere Bundesländer. Also, das ist mir noch zu zaghaft.

(Beifall bei den LINKEN)

Volle Unterstützung haben Sie aber bei Punkt III, in dem es um die Verkehrssicherheit geht. Ich habe vorhin schon ein paar Unfallzahlen angedeutet. Ich kann es auch noch einmal deutlicher machen. Im letzten Jahr, im Jahr 2016, wurden 27 Radler und Radlerinnen in Sachsen getötet. Knapp 8 000 wurden verletzt, davon fast 1 000 schwer. Das lag mehrheitlich an hohen Geschwindigkeiten der Konfliktpartner und natürlich auch, unabhängig von der Geschwindigkeit, an Lkws im Allgemeinen. Es braucht daher eher eine Verkehrsberuhigung in den Kommunen und in den Zentren unserer Regionen. Ich hoffe, das ist mit Punkt III.1 gemeint.

Zur geforderten Gründung einer AG Radfahrfreundlichkeit in Punkt III.2 habe ich die Frage, warum sie erst im Sommer 2018 initiiert werden soll. Viele Kommunen unterstützen diese Forderung bereits jetzt. Warum soll man das erst initiieren? Initiieren kann man das doch nächste Woche. Wann beginnt denn diese AG zu arbeiten, wenn sie erst im Sommer initiiert werden soll? Das könnte meines Erachtens schneller gehen, und es könnte in Sachsen einiges schneller und vor allem erfolgreicher gehen. Dennoch finden wir diesen Antrag im Grunde genommen einen Fortschritt und stimmen ihm natürlich zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN und  
vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Nach Herrn Böhme, Fraktion DIE LINKE, spricht jetzt Frau Grimm, AfD-Fraktion, zu uns.

**Silke Grimm, AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die CDU- und die SPD-Fraktion setzen heute das Thema Fahrradwegebau auf die Tagesordnung. Warum auch nicht, denn bisher hat das Thema weder in den Ausschüssen noch in der Öffentlichkeitsarbeit des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr einen besonderen Platz eingenommen. Wir können diesmal wohl davon ausgehen, dass Herr Nowak der Berichtsteil nicht zu einseitig ist, obwohl er die Verkehrsthemen ja gerne etwas breiter mag, wie wir den Ausführungen in der 59. Plenarsitzung zum Thema Fußverkehr entnehmen konnten; dort kritisierte er diese Sache. Aber heute als Mitglied einer einbringenden

Fraktion nimmt er das wahrscheinlich nicht so genau. Herr Colditz hat ja einige Kritik geübt, wie es im ländlichen Raum mit dem Radverkehr aussieht.

Meine Damen und Herren, eine lange Zeit war es bei den einbringenden Fraktionen üblich, Berichtsanträge zu stellen, sodass die Staatsregierung ihre Erfolge noch einmal im Plenum dokumentieren durfte. Beim vorletzten Mal wurde dann eine Kleine Anfrage zum Berichtsantrag gekürt. Das war der Antrag mit der Drucksachennummer 6/10754, Antrag zur Stärkung der Industrieforschung. Heute gibt es immerhin einen mehrstufigen Antrag; das ist ein echter methodischer Fortschritt.

Dass Sie zum vorliegenden Antrag nicht vorab die Stellungnahme der Staatsregierung einholen, ist verständlich. Andernfalls hätten Sie Punkt I für erledigt erklären müssen. Oder gab es Anzeichen der Staatsregierung, dass diese zu Ihrem Antrag nicht Stellung nehmen möchte? Das glaube ich nicht.

Zurück zum Antragsinhalt: Ein Bericht über den Ausbaustand des sächsischen Radwegenetzes ist durchaus sinnvoll. Die vom SMWA bereitgestellte Karte des Radwegenetzes ist mit ihrem Stand von April 2014 nicht wirklich aktuell. Folgerichtig sind Informationen zum Umsetzungsvollzug des Radwegekonzeptes, zum Planungsvorlauf und -ablauf angezeigt. Gegen den Berichtsteil ist insoweit inhaltlich nichts einzuwenden.

Beim Prüfungsteil wird es dann schon etwas interessanter. Geprüft werden soll, wie der Mittelabfluss beschleunigt werden kann, ob Notwendigkeiten bestehen, Förderrichtlinien zu vereinfachen, und ob in den dafür zuständigen Behörden ausreichend Fachpersonal für die Angelegenheiten des Radverkehrs vorhanden ist. Anknüpfungspunkt an den Mittelteil sind die Empfehlungen für die Radverkehrsanlagen 2010, die die Empfehlungen von 1995 ersetzt haben. Interessant sind die Forderungen deshalb, weil wir jetzt das Ende des Jahres 2017 einläuten.

Meine Damen und Herren, nach sieben Jahren wollen Sie prüfen lassen, ob entsprechende Förderrichtlinien für Radwege zu komplex sind und diese über die Anwendung der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen 2010 vereinfacht werden können. Sie wollen prüfen lassen, ob es genügend Fachpersonal gibt. Ich glaube, der Joghurt ist hier über dem Verfallsdatum. Wenn die Staatsregierung diese Informationen bis heute nicht hat, sondern erst ermitteln muss, was hat sie dann in den letzten Jahren getan?

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Das heißt Mindesthaltbarkeitsdatum!)

Meine Damen und Herren von den einbringenden Fraktionen, ersetzen Sie das Wort „prüfen“ durch das Wort „berichten“. Dann ist die Forderung nicht ganz so peinlich.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Silke Grimm, AfD:** Ja, Herr Heidan.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Bitte, Herr Heidan.

**Frank Heidan, CDU:** Frau Kollegin Grimm, ist Ihnen bekannt, dass wir in Bezug auf die Haushaltsaufstellung für 2017/2018 uns im Doppelhaushalt jetzt mit Ende des Jahres in der Mitte befinden und dass wir in der Haushaltsaufstellung einen hohen zweistelligen Millionenbetrag genau für den Fahrradwegeausbau eingestellt haben und dass es da natürlich deutlich andere Veränderungen als in den Jahren zuvor gibt, als die Mittel noch nicht in diesem Umfang vorhanden waren? Von Verfallsdatum können Sie da sicherlich nicht sprechen. Ist Ihnen das bekannt?

**Silke Grimm, AfD:** Ja, Herr Heidan. Aber es ist natürlich auch erstaunlich, dass Sie jetzt ein Jahr nach dem Beschluss der Haushaltsmittel gebraucht haben, bis die Stellen im LASuV besetzt werden konnten. Wenn dies, wie Herr Baum vorhin gesagt hat, Ende dieses Jahres passieren wird, dann ist das schon erstaunlich, und die Kommunen werden in vielen Sachen alleingelassen.

(Peter Wilhelm Patt, CDU: Das können wir hier doch gar nicht abstimmen!)

Mit der Einholung einer Stellungnahme der Staatsregierung hätte sich Ihr Antrag in den Punkten I und II allerdings komplett erledigt gehabt. Was bliebe von dem Antrag dann übrig? Das ist der Punkt III, ein schmaler Achtzeiler mit den Forderungen, den Radverkehr voranzutreiben und die Verkehrssicherheit zu stärken sowie die Kommunen bei der Förderung des Radverkehrs zu unterstützen.

Wenn ich mich an die letzten Debatten zu den Verkehrsthemen richtig erinnere, dann sind die Forderungen nicht neu. Sie sind aber auch nicht falsch. Leider sind die pauschalen Forderungen, den Bau von Radverkehrsanlagen voranzutreiben oder Arbeitsgruppen zu gründen, wenig ergiebig. Sagen Sie uns konkret, wie die Staatsregierung vorgehen will, und definieren Sie vor allem Umsetzungszeiträume. Herr Colditz hat ja selbst gesagt, direkte Ziele stünden nicht darin.

Ich weiß jetzt, dass im Landkreis Görlitz zurzeit eine Radwegekonzeption erstellt wird. Sie soll im Sommer nächsten Jahres fertig sein. Da bin ich einmal gespannt, inwieweit das Land die Landkreise und Kommunen bei der Umsetzung dieser Konzeptionen unterstützt; denn die Landkreise haben nicht genügend Geld. Es reicht gerade aus, um die existierenden Radwege erhalten zu können. Wenn hier Neubau für den Alltags- und Tourismusverkehr passieren soll, müssen die Landkreise und Kommunen dabei auf alle Fälle unterstützt werden.

(Staatsminister Martin Dulig: Machen wir!)

Hätten Sie das Ergebnis des Berichtsteils Ihres Antrages abgewartet, wäre hier und heute ein sinnvoller Änderungsantrag Ihrerseits gut gewesen, der den Fahrradwegbau in Sachsen wirklich voranbringt. Das haben Sie

verpatzt. Deshalb und aufgrund der mageren Antragsqualität werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Als Letzte in dieser ersten Rederunde spricht jetzt Frau Kollegin Meier für die Fraktion GRÜNE.

**Katja Meier, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits 2014 hat die Koalition aus CDU und SPD die AGFS, die „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte“, in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Ein Jahr später, 2015, gab es einen Antrag mit der Forderung der Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte“. Jetzt, zwei Jahre später, gibt es erneut einen Antrag, der hier im Plenum zum Beschluss vorliegt, zur Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte“. Wie muss ich es denn verstehen, wenn es drei Anläufe braucht, um diese AGFS zu gründen?

Für mich ist das ein Misstrauensvotum, das die Koalition gegenüber dem geschäftsführenden Verkehrsminister ausspricht. Es ist doch ein Zeichen, dass er offensichtlich das Haus nicht im Griff hat, wenn es dieses Antrages bedarf. Warum braucht der Minister drei Jahre, um dieses Anliegen aus dem Koalitionsvertrag endlich gegen den Abteilungsleiter im SMWA umzusetzen? Offensichtlich sind die Hinterlassenschaften der FDP viel größer, als wir zu glauben wagen.

(Staatsminister Martin Dulig: Haben Sie vielleicht auch noch eine andere Erklärung?)

– Herr Dulig, natürlich komme ich noch zum Antrag.

(Staatsminister Martin Dulig: Kommen Sie vielleicht noch zu einer anderen Erklärung?)

Ich habe wirklich einen großen Optimismus, dass Ihnen der Radverkehr durchaus am Herzen liegt. Aber ich glaube, in Ihrem Ministerium ist das keine Chefsache. Vielmehr wird der Radwegbau im SMWA mit großer Kreativität blockiert, obwohl – und das ist uns, glaube ich, allen klar – es einen Riesennachholbedarf in den Kommunen gibt, was den Radwegbau angeht. Gerade die kleinen Kommunen, in denen die Verwaltungen überlastet sind und das Personal ausgedünnt ist, ist es zwingend notwendig, dass es hier Unterstützung braucht.

Deshalb haben viele andere Bundesländer, unter anderem Bayern, das für Sachsen an der Stelle unverdächtig ist, AGFS, „Arbeitsgemeinschaften Fahrradfreundliche Städte“ oder „Arbeitsgemeinschaften Nahmobilität“ gegründet, aber eben nicht als 17. Kaffeerunde, bei der Kommunalvertreter zusammenkommen, sondern als Unterstützung mit Personal, mit einer Geschäftsstelle, in der die Kommunen konkret unterstützt werden mit Weiterbildungen, mit konkreten Förderfibern, mit Best-Practice-Beispielen, wie man Radverkehrsplanungen,

wenn sie kompliziert sind, besser anlegen kann, wirklich eine Dienstleistung, ein Mehrwert für die Kommunen vor Ort.

Tatsächlich stehen seit 2015 Mittel für die Gründung einer AGFS im Haushalt bereit. Allein ist bis heute davon kein Euro abgeflossen. Aber was ist konkret passiert?

Ich habe dazu schon 2016 eine Kleine Anfrage an den Minister gestellt und gefragt, wie es mit der AGFS aussieht. Daraufhin hat mir der Minister geantwortet. Ich darf zitieren: „Der SSG“, also der Städte- und Gemeindetag, „hat die Aufgabe übernommen, herauszufinden, welche Städte und Gemeinden Interesse an einer Mitarbeit in einer AGFS haben. Zwölf Kommunen haben ihr Interesse auf die interne Anfrage des SSG bekundet. Die Namen der zwölf Kommunen liegen der Staatsregierung nicht vor. Sie wurden aufgrund der Vertraulichkeit der Abfrage vom SSG nicht benannt.“ Da frage ich mich wirklich ernsthaft, was in diesem Ministerium vorgeht.

Uns GRÜNEN liegt der Datenschutz selbstverständlich am Herzen, aber das ist doch völlig absurd. Das Ministerium beauftragt den SSG, die Kommunen zu fragen, wer Interesse an einer AGFS hat. Die machen das dann, verraten ihnen aber nicht, welche Kommunen tatsächlich Interesse haben. Radio Eriwan lässt grüßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin dieses Jahr durch viele Kommunen gereist und habe dort Veranstaltungen zum Radverkehr gemacht. Ich habe mit Bürgermeistern, mit Baudezernentinnen und Baudezernenten gesprochen. Neun von zehn haben noch nie irgendetwas von einer AGFS gehört. Nur einer konnte sich an dieses Schreiben vom SSG erinnern. Er hat mir tatsächlich diesen Brief gezeigt. Das war wirklich kein Werbeschreiben. Darin wurde lediglich aus dem Koalitionsvertrag zitiert und dann der lapidare Satz angefügt – ich zitiere: „Es ist zu prüfen, ob über die bestehende LAG Radverkehr im SMWA hinaus überhaupt Bedarf an einer landesweiten AGFS besteht.“ – Keine Erklärung, was der Mehrwert einer solchen AGFS ist. Die Vorteile wurden nicht genannt. Es wurde überhaupt nicht dafür geworben, keine Erläuterung, nichts.

Ich habe also im April dieses Jahres wieder nachgefragt, wie es denn jetzt mit der AGFS aussieht. Ich lasse mich da ja nicht unterkriegen. Da antworteten Sie, lieber Minister – ich darf zitieren: „Eine erste Umfrage bei den sächsischen Städten und Gemeinden hat ein geringes Interesse ergeben. Nur wenige Kommunen sind gegenwärtig bereit, in einer AGFS mitzuarbeiten und gegebenenfalls Beiträge zu entrichten.“ Das ist natürlich eine super Werbestrategie. Statt die Vorteile zu benennen, wird erst einmal klargemacht, dass es Geld kosten kann.

Ich darf Ihnen aber sagen, bei meiner Reise durch die Kommunen haben alle Vertreterinnen und Vertreter, mit denen ich gesprochen habe, ein großes Interesse an einer Mitarbeit oder an den Vorteilen, die eine AGFS hat, gezeigt, nachdem ich ihnen nämlich erklärt habe, was der

Mehrwert einer solchen AGFS ist. Das haben sowohl Sie als auch der SSG bisher versäumt.

Aber wir sehen natürlich, dass dieser Antrag ein Schritt nach vorn ist und dass es nicht falsch, sondern im Gegenteil richtig ist, dass wir endlich einmal nach vorn kommen und im Sommer diese AGFS gegründet werden soll. Deshalb werden wir GRÜNE diesem Antrag zustimmen. Der Rest des Antrags sind die üblichen Prüfaufträge – dazu hat der Kollege schon etwas gesagt. Herr Colditz sagte vorhin, wir wollen die Radvision leben. Da sage ich: Ich will keine Vision leben, ich will, dass es konkret wird. Deshalb haben wir GRÜNE gestern einen wirklich umfangreichen Radverkehrsantrag eingebracht. Ich freue mich darauf, dass wir den demnächst hier diskutieren dürfen. Dann wird es nämlich konkret. Wenn Sie den auch beschließen, dann geht es mit dem Radverkehr wirklich voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Wir sind am Ende der ersten Rederunde angekommen. Wir kommen zur nächsten. Das Rededuell wird wieder durch die CDU-Fraktion, durch Herrn Kollegen Nowak, eröffnet.

**Andreas Nowak, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Grimm, wenn Sie im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr aufgepasst hätten, dann wüssten Sie, dass zum 01.01. 29 Vollzeitäquivalente im LASuV ankommen werden. Das hat der Minister dort mehrfach vorgetragen und den Sachstand erläutert. Es kann also keine Rede davon sein, dass an der Stelle nichts passiert sei oder dass man immer noch warten müsse. Den Unterschied zwischen Antrag und Großer Anfrage kennen Sie sicherlich auch. Insofern darf man sich, denke ich, bei Anträgen durchaus auch einmal mit Einzelthemen befassen.

Meine Damen und Herren! Beim Radwegebau haben wir vor allem ein Problem mit dem Mittelabfluss. Das liegt an den planungsrechtlichen Vorgaben. Die ergänzenden Umweltverträglichkeitsprüfungen verlängern hier unnötig Planung und Bau, vor allem bei straßenbegleitenden Radwegen. Dort wird im Rahmen des Straßenbaus geprüft bis zum Umfallen. Das ist in meinen Augen einer der Hauptgründe, warum die 11 Millionen Euro aus dem Doppelhaushalt im Sachsenradnetz und dem Radwegebau entlang der Staatsstraßen so langsam abfließen.

Ich habe mir das einmal exemplarisch vor Ort angeschaut, und zwar im Wahlkreis des Kollegen Fischer. Zwischen Großenhain und Kleinthiemig haben die Leute seit Jahren auf einen Radweg gewartet. Die Verkehrssituation war nicht ganz ungefährlich, vor allem wenn die Radfahrer auf Lkws getroffen sind. Dieser Radweg wurde gebaut. Die Situation ist entschärft, aber wir haben noch viel zu tun. Es gibt noch diverse Lückenschlüsse, auch bis an die Grenze zu Brandenburg, wo schon einiges fertig ist. Ich denke, jeder Wahlkreisabgeordnete kann aus seinem Beritt einige Strecken nennen. Die Leute warten zum Teil jahrelang. Ich denke, hier müssen wir tatsächlich heran.

Das Ziel ist klar. Wir brauchen beschleunigte Planungsverfahren. Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und LASuV verbessern. Es geht um einen kontinuierlichen Mittelabfluss. Wir brauchen also wieder den Planungsvorlauf, den wir in den Neunzigerjahren schon einmal hatten. Was damals beim Straßen- und beim Eisenbahnbau galt, müssen wir wieder erreichen: volle Schubladen mit Baurecht, damit es sofort losgehen kann. Das gilt nicht nur für das LASuV, sondern auch für die Kommunen.

Radfahren ist kostengünstiger Individualverkehr und das in jedem Alter. Das Rad ist vor allem in der Stadt ein ideales Verkehrsmittel. Es spart Platz, ist flexibel nutzbar, sichert schnelle Haus-zu-Haus-Verkehre, ist leise, umweltfreundlich und verbraucht keine fossilen Brennstoffe. Hinzu kommt, dass die Investitionen in die Radinfrastruktur günstiger zu haben sind. Die Fußwege – wenn sie breit genug sind – können zum Radfahren mitgenutzt und Radfahrstreifen auf Straßen günstig eingebaut werden. Auch bei den Parkplätzen geht es kostengünstiger und platzsparender. Auf einem Pkw-Stellplatz bekommt man bis zu acht Fahrräder unter, wenn man die üblichen Rechnungen anstellt. Radfahren entlastet auch die Straßenkapazität.

Die Unterhaltskosten für Fahrräder sind gering. In Kombination mit dem ÖPNV und vor allem mit dem SPNV ist es eine sehr umweltfreundliche und kostengünstige Angelegenheit, auch für Pendler interessant. Um diese Stärke auszuspielen, müssen wir allerdings auch da streckenweise Kapazitäten erhöhen. Das sehen wir vor allem im mitteldeutschen S-Bahn-Netz. Allerdings ist es sinnvoll, im ÖSPV, also beim Busverkehr und da vor allem im ländlichen Raum, mehr zu machen, zum Beispiel durch Fahrradanhänger oder Fahrradträger an Bussen.

Nicht zuletzt belebt die Fahrradnutzung einzelne Stadtteile und Regionen, weil Besorgungen mit dem Rad vor allen Dingen im Nahbereich gemacht werden. Es trägt also auch zur Standorttreue bei und unterstützt so die lokale Wirtschaft.

Um all diese Vorteile auszuspielen, müssen wir bei Planung und Bau der Radverkehrsanlagen aber nachsteuern. Eine effiziente Radverkehrsförderung braucht unbürokratische und leicht nachvollziehbare Förderrichtlinien.

Wir müssen das auch einheitlich anwenden. Wir wollen eine Vereinfachung, wir wollen Klarstellung und wir wollen Vereinheitlichung. Zum Beispiel könnte man sich auch einmal die Technische Richtlinienempfehlung für Radverkehrsanlagen ERA 2010 vornehmen. Sie ist die Grundlage jeder Straßenbauförderung und spielt deshalb in unseren Augen eine zentrale Rolle.

Der Radverkehr im urbanen Umfeld ist vor allem immer wichtiger im Berufsverkehr. Das führt aber auch in der Stadt dazu, dass es bisweilen durch Waldwege geht. Das Beispiel hier in Dresden ist der Norden, aus der Neustadt zu den Chipfabriken rund um Infineon. Diese Wege sind unbefestigt. Das bedeutet, dass bei schlechtem Wetter dort

eigentlich nur unter Vollschutz gefahren werden kann. Dabei gäbe es eine einfache Lösung. Diese Teile des Radwegenetzes könnte man asphaltieren. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass dabei sogar Waldboden geschont wird, weil es weniger Verdichtung gibt. Es gibt übrigens auch weniger Flächenverbrauch, weil sich der Weg dann eben nicht durch das Umfahren von Matsch und Pfützen immer weiter ausdehnt. Auch da sollten wir einmal ernsthaft prüfen, ob ein wetterfester Ausbau möglich ist.

Dann gibt es noch die Umweltverträglichkeitsprüfung. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso das für Radwege extra noch einmal gemacht werden muss, wenn es schon für die Staatsstraßen erfolgt ist. Es handelt sich zwar um Bundesrecht, aber auch hier könnte man unter Umständen einmal überlegen, eine Bundesratsinitiative zu starten, vielleicht auch mit anderen Bundesländern. Ich glaube, da finden wir Verbündete.

Meine Damen und Herren! Durch die technischen Entwicklungen gewinnt der Radverkehr immer mehr an Bedeutung. E-Bikes und moderne Funktionsbekleidung machen das Rad immer mehr zum vollwertigen Verkehrsmittel. Der Radverkehr wächst, die Räder werden schneller. Damit ist auch das Anforderungsprofil im Straßenquerschnitt zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Zusammenfassend: Genehmigungsabläufe vereinfachen, Vorschriften entschlacken, Kommunen und Freistaat enger verzahnen, Planungsvorlauf schaffen, Radwege wetterfest machen und unnötige Doppelprüfungen abschaffen – dann klappt es auch mit der schnelleren Umsetzung eines geschlossenen Radwegenetzes in Sachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD  
und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Kollege Nowak. Jetzt spricht Kollege Baum für die einbringende SPD-Fraktion zu uns.

**Thomas Baum, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut gebrüllt, Frau Meier, möchte man – wie immer – an dieser Stelle sagen.

(Zuruf von der CDU: Schlecht!)

Ich habe vorhin versucht zu erläutern, was wir zuletzt gemeinsam mit dem SMWA in der Koalition angeschoben haben. Wir haben, gemessen an den drei Jahren, viel erreicht: mit Blick auf die ÖPNV-Strategiekommision, die Erhaltungsstrategie Staatsstraßen, den kommunalen Straßenbau usw.

Da geht Qualität vor Schnelligkeit.

Ich sprach eingangs von zwei Dingen, die wir machen müssen, um den Radverkehr endlich auf die Überholspur zu bekommen. Erstens ist das der Ausbau der Infrastruktur. Zweitens – und mindestens genauso wichtig – ist das

eine bessere Zusammenarbeit derjenigen Personen, die sich in Sachsen für den Radverkehr einsetzen.

Deshalb haben wir bereits in unserem Koalitionsvertrag die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden angeregt. Viele Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen, dass solche Landesarbeitsgemeinschaften ein erfolgreiches Instrument zur Förderung des Radverkehrs sein können. Eine Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen verschafft dem Radverkehr zusätzlich politisches Gewicht. Eine solche Arbeitsgemeinschaft fördert zudem den Erfahrungsaustausch, erleichtert das bürokratische Handeln und motiviert Gemeinden, sich noch mehr für den Radverkehr zu engagieren.

Wir als Freistaat können aber eine solche Arbeitsgemeinschaft nicht allein ins Leben rufen. Es soll ja in erster Linie ein Zusammenschluss von Städten, Gemeinden und möglicherweise auch Landkreisen sein. Die Vorteile liegen auf der Hand, angefangen von der gemeinsamen Erstellung von Materialien über eine gemeinsame Kommunikations- und Marketingstrategie bis hin zu einer besseren Vernetzung der Entscheidungsträger und damit verbunden einer Optimierung der Abstimmungsprozesse.

Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine Arbeitsgemeinschaft eine eigene Geschäftsstelle braucht, die als zentraler Ansprechpartner fungiert. Nur so kann eine professionelle und kontinuierliche Arbeit gewährleistet werden. Diese Geschäftsstelle soll im Endeffekt zur zentralen Anlaufstelle für die Mitgliedskommunen für alle Fragen des Radverkehrs entwickelt werden. Denkbar ist auch, dass dort zum Beispiel Informationen über Fördermöglichkeiten, praktische Fragen der Antragstellung und aktuelle Änderungen bei Verwaltungsvorschriften oder Richtlinien gebündelt und als Serviceleistung den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden können.

Insgesamt könnte eine solche Arbeitsgemeinschaft schnell und effektiv arbeiten und für einen neuen Schub in der Radverkehrsförderung in Sachsen sorgen. Wir als Freistaat wollen deshalb eine solche Gründung unterstützen. Dafür haben wir seit der Übernahme der Regierungsmitverantwortung Gelder in den Haushalt eingestellt, um einer solchen Arbeitsgemeinschaft eine sichere finanzielle Grundlage zu geben. Wir werden, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2018 konstituiert, natürlich dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft die Mittel für diesen wichtigen Teil der Radverkehrsförderung zur Verfügung stehen.

Ich möchte noch ein Zitat einbringen: „Bei keiner anderen Erfindung ist das Nützliche mit dem Angenehmen so innig verbunden wie beim Fahrrad.“ Das sagte kein Geringerer als Adam Opel, der Gründer der gleichnamigen Firma, die nicht nur gute Autos baut, sondern lange Zeit erfolgreich im Fahrradgeschäft tätig war.

Sie sehen, Rad- und Autofahren schließen sich nicht aus. Sie stehen auch nicht gegeneinander, wie so oft behauptet wird. Nein, Radfahren ist genauso ein Teil unserer Mobilitätskultur wie zu Fuß gehen bzw. mit dem Bus, mit der

Bahn oder mit dem eigenen Auto unterwegs sein. Genau in diesem Sinne wollen wir den Radverkehr in Sachsen weiter stärken. Deshalb bitte ich im Namen meiner Fraktion um Zustimmung zu unserem Antrag. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass noch mehr Menschen in Sachsen sicher und gern aufs Fahrrad steigen und sich den Fahrtwind um die Nase wehen lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU  
und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das war Kollege Baum. Als Nächste könnte jetzt die Fraktion DIE LINKE das Wort ergreifen. – Kein Redebedarf. AfD? – GRÜNE? – Gibt es überhaupt noch Redebedarf aus den Fraktionen? – Das kann ich nicht feststellen. Damit kommt jetzt die Staatsregierung zu Wort. Bitte, Herr Staatsminister Dulig.

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Fahrrad ist für mich ein gleichwertiger Verkehrsträger. Es ist gleichrangig und hat eine Bedeutung bekommen, die dazu führt, dass wir infrastrukturell nacharbeiten müssen.

Es ist für mich ein Herzensanliegen, dass wir das Thema Radverkehr in der Staatsregierung mit einer anderen Priorität versehen, weil wir hier Nachholbedarf haben. Unser erklärtes Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr nennenswert zu erhöhen und das dafür notwendige Netz für den Alltags- und touristischen Radverkehr weiter auszubauen. Dafür haben wir uns auf den Weg gemacht.

Bis Mitte 2018 sollen alle 543 Kilometer Radwegemaßnahmen an Bundes- und Staatsstraßen mit der höchsten Priorität beauftragt, das heißt in Planung oder Bau bzw. fertiggestellt sein. Das dient dem Ausbau des Netzes und der Verbesserung der Qualität für den Alltagsradverkehr.

Wir haben die Förderung des kommunalen Radwegebaus vereinheitlicht und auf 90 % der Kosten erhöht. Wir werden die Rahmenbedingungen weiter vereinfachen. Das touristische Landesradwegenetz „Sachsenetz“ wird sachsenweit mit einer aktuellen durchgängigen Wegweisung ausgestattet. Das Konzept für die Pilotregion Leipzig wurde fertiggestellt. Damit wird insbesondere die touristische Attraktivität des Freistaates Sachsen weiter gesteigert.

Eine landesweite Potenzialanalyse zur Ermittlung geeigneter Korridore für Radschnellverbindungen wurde gestartet. Mit diesen qualitativ hochwertigen Verbindungen soll eine Stärkung des Alltagsradverkehrs erreicht werden.

Zur Planungsvereinfachung und erleichterten Nutzung von stillgelegten Bahntrassen hinsichtlich naturschutzrechtlicher Eingriffsregelungen wurde ein Gutachten erarbeitet und den Naturschutzbehörden zur Anwendung empfohlen.

Eine Landesarbeitsgemeinschaft Radverkehr und fünf regionale Arbeitsgemeinschaften wurden zur Unterstützung und Koordinierung der Radverkehrsaktivitäten im Freistaat Sachsen etabliert. Zudem streben wir weiter die Gründung einer eigenständigen Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte an und werden dazu in Kürze die regionalen Vertreter ansprechen. Wir werden mit ihnen das konkrete Anliegen diskutieren. Dazu gleich mehr. Hier wäre es wichtig, dass sich aus der kommunalen Ebene heraus ein federführender Ansprechpartner findet.

Unterstützt werden die Radverkehrsaktivitäten durch die Ansprechpartner für den Radverkehr im SMWA und im LASuV einschließlich aller Niederlassungen. Wir haben somit bereits einiges erreicht und wollen mit weiteren Aktivitäten den Radverkehr voranbringen. Dazu sollen der Umsetzungsstand der Radverkehrskonzeption des Freistaates Sachsen evaluiert und die Aufgaben aktualisiert werden. Kernpunkt ist die Fortschreibung des Radwegebedarfs an Bundes- und Staatsstraßen mit einer Bewertung und Neuaufnahme von Abschnitten.

Der Planungs- und Genehmigungsprozess für ein Radwegbauvorhaben ist oft ähnlich aufwendig wie im Straßenbau; Kollege Colditz hatte bereits darauf hingewiesen. Aufgrund der vielfältigen Betroffenheiten ist zur rechtssicheren Gestaltung zumeist ein Planfeststellungsverfahren notwendig. Gesetzlich erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Berücksichtigung der europäischen Umweltgesetzgebung verhindern teilweise eine zügige Realisierung von Radwegen. Die Regelungen ermöglichen jedoch wenig Spielraum. Flächen zur notwendigen Eingriffskompensation und zum Gebiets- und Artenschutz sind von Dritten auf freiwilliger Basis nur schwer zu beschaffen.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen vollzieht sich der jährliche Fortschritt der fertiggestellten Radwege ungleichmäßig. Die Stärkung des Radverkehrs bleibt eine vordringliche Zielstellung der Staatsregierung. Die Radverkehrskonzeption bildet dafür eine gute Grundlage. Die Umsetzung der Aufgaben und Maßnahmen bleibt eine spannende Aufgabe, und zwar für alle Akteure.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal auf einige Punkte der Debatte eingehen; denn man hat natürlich erst einmal reflexartig – das bin ich auch gewohnt – darauf eingeschlagen und etwas undifferenziert Argumente gebracht, ohne einmal dahinterzuschauen. Wer nun fordert, wir müssten die Kommunen mehr unterstützen: 90 % Förderung, so viel wie noch nie, bekommen die Kommunen an Unterstützung.

(Katja Meier, GRÜNE: Es geht doch nicht nur ums Geld!)

Zum Problem, das Sie haben, Herr Böhme: Es ist nicht so, dass 20 % der Planungsleistungen finanziert werden. Das stimmt nicht, sondern Planungskosten werden mit 20 % der Baukosten gefördert. Vorher waren es 15 %. Wir haben die Förderung erhöht, damit sie auskömmlich ist.

Noch einmal: Sie müssen sich wirklich einmal mit Fachleuten unterhalten, was es heißt, 20 % der Baukosten als Planungskosten anerkannt zu bekommen. Das ist auskömmlich. Das Problem hatte Herr Baum beschrieben: Die Sätze, die es dort gibt, haben nichts mit der Förderung zu tun, sondern mit der Höhe der Abrechnung durch die HOI. Aber das, was wir finanzieren, sind 20 % der Planungskosten, gerechnet auf Baukosten. Darüber müssten Sie sich noch einmal verständigen.

Nun noch einmal zu dem großen Thema der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden. Frau Meier, inzwischen bin ich mir bei Ihnen nicht mehr sicher, was Polemik und was sachliche Auseinandersetzung ist. Was Sie vergessen haben, ist, einmal den Koalitionsvertrag zu zitieren; denn dann würde Ihre Debatte noch einmal relativiert. Wissen Sie, was im Koalitionsvertrag steht? „Wir unterstützen die Kommunen bei der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden. Die Arbeitsgemeinschaft wird durch einen konkreten Ansprechpartner Radverkehr im zuständigen Staatsministerium fachlich unterstützt.“

(Zuruf der Abg. Katja Meier, GRÜNE)

Ich kann es noch einmal laut und deutlich sagen: Wir haben gesagt, wir unterstützen die Kommunen bei der Gründung. Das haben Sie leider vergessen in die Debatte einzuführen, denn Sie brauchten ja einen Schuldigen.

(Zuruf der Abg. Katja Meier, GRÜNE)

Es ist viel einfacher, ein Ministerium als Schuldigen zu finden, anstatt den Adressaten zu benennen. Wissen Sie, warum wir dreimal initiativ wurden? Weil von der kommunalen Seite keine Aktivitäten in diese Richtung ausgeführt wurden, die zu einem Ergebnis geführt hätten.

Wir haben selbstverständlich den SSG gebeten, diese Initiative zu starten, mit der Antwort: Es lohnt sich nicht, es haben sich nur zwölf gemeldet. Das war die Antwort des SSG. Wir haben weitergemacht. Sie werfen uns jetzt vor, dass wir das dritte Mal initiativ werden, anstatt zu sehen, dass wir den Koalitionsvertrag umsetzen wollen, weil wir die Kommunen an dieser Stelle brauchen. Damit machen Sie es sich wirklich zu einfach.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Darf Frau Kollegin Meier eine Zwischenfrage stellen, Herr Staatsminister?

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Ja.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Bitte.

**Katja Meier, GRÜNE:** Herr Staatsminister Dulig, haben Sie Ihren Koalitionsvertrag allen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen in diesem Land geschickt, damit auch alle wissen, dass darin steht, dass sie sich an Sie wenden müssen? Also, wie haben Sie den Kommunen verdeutlicht, dass sie auf Sie zukommen sollen?

Ich habe vorhin aus der Anfrage an den SSG zitiert. Woran merken Sie, dass die Staatsregierung oder der SSG wirklich an die Kommunen herangehen und deutlich machen, dass die Gründung einer AGFS sinnvoll ist?

(Mario Pecher, SPD: Wer braucht denn Radwege? Die Kommunen!)

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Frau Meier, ich finde Ihre Simplifizierung von Politik langsam schwierig.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Jetzt, am Schluss, fragen Sie, warum ich nicht jeden Bürgermeister angerufen und ihm persönlich den Koalitionsvertrag vorgelesen habe, oder was? Stellen Sie doch bitte die Kommunalpolitik nicht als doof dar, und als ob sie nicht wisse, was im Koalitionsvertrag steht. Und was mache ich? Ich wende mich an den Spitzenverband der Kommunalpolitik, denn das ist mein Ansprechpartner. Er ist professionell und hat natürlich seine Leute informiert, und diese haben sie angeschrieben.

(Zuruf der Abg. Katja Meier, GRÜNE)

Nur, damit Ihr Bild stimmt und der Schuldige dort sitzt, alles so zu organisieren, finde ich nicht fair. Es geht darum: Wir haben Vorschläge dazu gemacht –, ob man innerhalb unserer Landesarbeitsgemeinschaft eine Untergruppe bildet oder ob es eine Initiative aus den Kommunen gibt: Bitte macht es, wir wollen es doch unterstützen! Genau deshalb hat die Koalition in ihrem Antrag zum dritten Mal diese Initiative gestartet. Es ist ein Armutszeugnis für die Kommunen und nicht für uns, dass das notwendig ist. Das sollten Sie bitte zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Oder geht es darum, dass Sie von Ihrer eigenen kommunalpolitischen Verantwortung ablenken wollen? Sie zeigen mit dem Finger immer auf unsere Seite. Wo sind denn Ihre grünen Baubürgermeister, die vorangehen und diese Chance nutzen, die wir ihnen, zumindest finanziell, geben? Oder wollen Sie davon ablenken?

Frau Meier, vielleicht können wir zur Redlichkeit zurückkommen. Wir haben als Koalition mit dem Antrag zum dritten Mal den Versuch gestartet, den Kommunen eine Ebene zu geben; denn wir wollen und brauchen sie als Partner, weil Radverkehr vor allem kommunalpolitisch zu realisieren ist. Es scheitert nicht an der Förderung oder an unserem Willen, sondern wir müssen einen Gang hochschalten. Dabei müssen alle Akteure – das war mein letzter Satz – ran. Aber ich bitte wirklich um Redlichkeit. Man kann nicht die Verantwortung von den Kommunen wegnehmen, nur damit Ihr Feindbild stimmt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das war Herr Staatsminister Dulig. Sie stehen auf dem Sprung, Herr Kollege Baum – wegen des Schlussworts? – Nach Herrn Staatsminister kommen wir nun zum Schlusswort für die einbringenden Fraktionen. Herr Kollege Baum für die SPD-Fraktion.

**Thomas Baum, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, auch Radverkehr schürt die Emotionen. Am Ende der Debatte möchte ich nochmals um Zustimmung zu unserem Antrag bitten und dafür werben. Gleichzeitig möchte ich appellieren – dies gilt vor allem den Kolleginnen und Kollegen der Opposition –, den Sinn für die Realität und das Machbare, Frau Meier, nicht zu verlieren. Denn vor allem der Ausbau der Infrastruktur, das heißt, der Bau und die Realisierung von Radverkehrsanlagen, wird sich eben nicht so schnell umsetzen lassen, wie wir uns das wahrscheinlich alle, allen voran die vielen Radfahrerinnen und Radfahrer in Sachsen, wünschen.

Was aber nun einmal viel schneller geht, ist das Zusammenbringen derjenigen, die schon heute voranschreiten und sich vernetzen wollen. Deshalb möchten wir die Städte und Gemeinden, die beim Radverkehr Vorreiter sein wollen, möglichst schnell an einen Tisch bringen und gemeinsam mit dem SMWA im nächsten Jahr die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte bewerkstelligen. Ich bin mir sicher, das hilft nicht nur dem Radverkehr in Sachsen, sondern es kann auch dafür sorgen, dass die Kommunen untereinander und vor allem auch mit der Landesebene noch besser und effektiver zusammenarbeiten und bestimmte Reibungsverluste, die heute noch entstehen, in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU  
und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Meine Damen und Herren, nach dem Schlusswort stelle ich nun die Drucksache 6/11417 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Einige Stimmenthaltungen, damit ist die Drucksache 6/11417 beschlossen und der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

## Tagesordnungspunkt 7

### Erste Beratung des Entwurfs Gesetz zur Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum

#### Drucksache 6/11443, Gesetzentwurf der Fraktion AfD

Eingebracht wird der Gesetzentwurf von der AfD-Fraktion. Es liegt keine Empfehlung des Präsidiums vor, eine allgemeine Aussprache durchzuführen. Daher spricht nur die Einreicherin, die AfD-Fraktion. Rededauer 8 Minuten. Bitte, Herr Kollege Barth, Sie haben das Wort.

(Christian Piwarz, CDU:  
Herr Barth, ich freue mich!)

**André Barth, AfD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es geht um den Entwurf „Gesetz zur Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum“.

Ziel unseres Gesetzentwurfs ist es, den ländlichen Raum zu stärken und die Gemeinden und Landkreise finanziell besser auszustatten. Wir wollen sie nämlich in die Lage versetzen, mehr und bessere Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erbringen und attraktiver für Unternehmensansiedlungen zu werden. Auf diese Weise, meine Damen und Herren, wollen wir die Landflucht verhindern.

(Zuruf des Abg. Peter Wilhelm Patt, CDU)

– Herr Patt und auch die anderen Herrschaften: Stellen Sie sich einmal vor, Sie haben einen Notfall in Ihrer Familie.

(Zuruf von der CDU)

Als Beispiel: Ihre Mutter hat einen Verdacht auf einen Herzinfarkt. Sie wählen die 112. Was passiert? – Erst einmal nichts.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

Sie warten und warten, die Minuten vergehen; erst 8 Minuten, dann 10 Minuten, dann 12 Minuten. Doch der Rettungswagen lässt mitunter immer noch auf sich warten. Nach Auskunft der Staatsregierung geschieht dies nämlich in einem Viertel aller Fälle im ländlichen Raum.

(Zuruf des Abg. Jan Löffler, CDU)

Leider ist das nicht das einzige Problem, das die Sachsen haben, die auf dem Lande wohnen. In vielen Dörfern – ob nun im Erzgebirge, im Vogtland oder in der Oberlausitz – haben Gemeindeämter und Schulen schon vor langer Zeit geschlossen. Um die Bibliotheken und die Jugendklubs steht es auch nicht besser. Auch die letzten Läden und Sparkassenfilialen schließen. Die Hausärzte vor Ort sind teilweise älter als ihre sich im wohlverdienten Ruhestand befindlichen Patienten.

In der Oberlausitz türmen sich derweil dunkle Wolken auf. Verantwortungslose Schließungspläne für das Bom-

bardier-Werk, für das Siemens-Turbinenwerk stehen wie ein Fallbeil über der Region Görlitz. Am Horizont zieht noch größeres Unheil herauf. Der Kohleausstieg droht, und er bedroht mindestens 20 000 Arbeitsplätze. Fallen diese Arbeitsplätze weg, wandern vor allem die jungen Menschen aus dieser Region ab. Stattdessen dringen womöglich junge Wölfe aus Polen über die offene Grenze ein.

(Zuruf der Abg. Luise  
Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE)

Aber am Wohlergehen des Wolfes – so scheint es – haben Staatsregierung und GRÜNE-Naturfreunde mehr Interesse als am Erhalt unserer ländlichen Regionen und ihrer Gemeinden.

(Luise Neuhaus-Wartenberg,  
DIE LINKE: Wo kommt Herr Urban her?)

Von Woche zu Woche werden die Klagen sächsischer Kommunalpolitiker lauter. Ein Beispiel: Der Oberbürgermeister von Annaberg-Buchholz, Rolf Schmidt, klagte am 17. November 2017 in der „Freien Presse“: Wir haben Rekordsteuereinnahmen und an der Basis ist kein Geld da. Dies zwingt Kommunen, im ländlichen Raum den Mangel zu verwalten, statt die Zukunft zu gestalten. Für Feuerwehren, Bibliotheken und Jugendklubs bleibt leider zu wenig Geld übrig.

(Jan Löffler, CDU, steht am Mikrofon.)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**André Barth, AfD:** Ja.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Bitte.

**Jan Löffler, CDU:** Vielen Dank, Herr Kollege Barth. Geben Sie mir recht, dass Ihr Kollege Urban sich gestern für die Schließungspläne von Siemens in der Lausitz ausgesprochen hat?

(Luise Neuhaus-Wartenberg,  
DIE LINKE: Genau! – Zuruf von der CDU)

**André Barth, AfD:** Da kann ich Ihnen nicht recht geben. Ich habe die Rede verfolgt, das habe ich so nicht gehört.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Dann gehen Sie mal zum Ohrenarzt! –  
Peter Wilhelm Patt, CDU: Genau das hat er gesagt,  
und er hat es mehrfach wiederholt, Herr Barth! –  
Weitere Zurufe von der CDU)

Ich würde gern weitermachen. Es geht um das Gesetz zur Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum.

(Zurufe von der CDU)

Der Hauptgrund liegt auf der Hand. Mit den zurückgehenden Einwohnerzahlen gehen auch die Finanzausweisungen zurück. Nach Prognosen des Statistischen Landesamtes – das wissen Sie alles – werden bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2014 die Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum um etwa 10 % zurückgehen. Erste Folgen davon verspüren wir bereits heute. Marienberg klagt über wenig Geld für die Ausstattung der freiwilligen Feuerwehren, in Wilthen fehlt das Geld für den Betrieb der Städtischen Bibliothek. Boxberg schafft es nicht, vom Geld für den Straßenlastenausgleich die 104 Kilometer Gemeindestraße zu bewirtschaften. Ich könnte noch mehr Beispiele bringen.

Nur noch ein Beispiel: In Görlitz gehen die hohen Sozialausgaben zulasten des Personennahverkehrs.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Dem wollen wir als AfD-Fraktion mit diesem Gesetzentwurf entschieden entgegentreten. Wir beabsichtigen, insgesamt 3 Millionen Euro in die Stärkung der sächsischen Kommunen zu investieren,

(Valentin Lippmann, GRÜNE: 3 Millionen Euro!?)

und zwar über einen Zeitraum von zwölf Jahren,

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Das ist aber großzügig! – Zurufe von der CDU)

was einem jährlichen Betrag von 250 Millionen Euro entspricht.

(Zuruf von der CDU: Hä?)

Dieses Geld soll nicht anhand der Einwohnerzahlen,

(Lothar Bienst, CDU: Sie müssten mal nachrechnen! –  
Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

sondern nach dem Flächenanteil verteilt werden. Davon profitieren vor allem dünn besiedelte Gebiete, denn auch dort muss die Daseinsvorsorge aufrechterhalten werden.

Ich erahne schon Ihre Frage, wie wir dies alles finanzieren wollen. Das werden wir Ihnen im Ausschuss ausführlich erklären.

(Lothar Bienst, CDU: Die Beträge stimmen nicht!  
– Zuruf von der SPD: Es ist nicht schlüssig!)

Nur noch eines: Im Jahr 2016 erbrachte der Freistaat Sachsen für die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen 915 Millionen Euro.

(Zuruf von der CDU: Ah, daher weht der Wind!)

Da dürfte es recht und billig sein, 250 Millionen Euro pro Jahr für 1,8 Millionen Sachsen, die auf dem Land leben, bereitzustellen. Wofür soll nun das Geld konkret ausgegeben werden? Über die Finanzierung von Beton hinaus, wie im Programm der Staatsregierung „Brücken in die Zukunft“ beschrieben, beabsichtigen wir auch, Maßnahmen des Betriebs und der Unterhaltung bestehender Einrichtungen zu fördern. Über die Förderung von Gewerbeinfrastruktur, die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten sollen die Voraussetzungen für Gewerbeansiedlungen geschaffen werden.

Auch der Breitbandausbau – dazu muss ich nicht viel erzählen – soll durch dieses Programm gefördert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ihre verfehlte Leuchtpolitik kam überwiegend unseren großen sächsischen Städten zugute. Darüber vernachlässigten Sie in sträflicher Weise jahrzehntlang den ländlichen Raum.

Uns ist es klar, dass Ihre Versäumnisse der letzten Jahrzehnte auch nicht von heute auf morgen beseitigt werden können. Aber es muss endlich einmal ein Anfang gemacht werden.

Wir hatten in der Novembersitzung eine Enquete-Kommission unter Beteiligung aller Fraktionen beantragt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, waren jedoch nicht willens, sich an dieser Einrichtung zu beteiligen. Wir sind nunmehr gezwungen,

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

im Alleingang Lösungen zur Stärkung des ländlichen Raums zu erarbeiten; denn das, Herr Lippmann, erwarten unsere Wählerinnen und Wähler.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist hierbei ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Zur weiteren Beratung beantragen wir die Überweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und zusätzlich an den Innenausschuss.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Meine Damen und Herren! Das Präsidium schlägt Ihnen vor, den Entwurf „Gesetz zur Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum“ an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Innenausschuss zu überweisen. Wer dem Vorschlag der Überweisung an diese Ausschüsse zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Eine. Damit sind die Überweisungen beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Wir kommen zu

## Tagesordnungspunkt 8

### Zweieinhalb Jahre Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

#### Drucksache 6/9555, Große Anfrage der Fraktion AfD, und die Antwort der Staatsregierung

Als Einbringerin spricht zuerst die Fraktion der AfD. Herr Kollege Spangenberg, Sie haben das Wort.

**Detlev Spangenberg, AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier eine Große Anfrage gestellt und darauf will ich kurz eingehen.

Sie war sehr umfangreich, und deswegen ergeht zunächst einmal ein Dank an die Staatsregierung. Wie Sie alle wissen, stehen wir dem Ministerium für Gleichstellung und Integration ja sehr kritisch und ablehnend gegenüber, und wenn die AfD Regierungsverantwortung in Sachsen übernehmen wird,

(Daniela Kuge, CDU: Wird sie nicht! –  
André Barth, AfD: Schauen wir erst mal!)

meine Damen und Herren, dann wird es in dieser Form nicht weitergeführt werden.

Es sind im Wesentlichen drei Punkte: erstens Steuerverwendung, zweitens eine unberechtigte Frauenförderung und drittens Mittelausreichung an Organisationen, die sich auch gegen staatliches Handeln richten. Ich gehe im Einzelnen auf einige Fragen ein und dann können wir ja darüber reden.

Die erste Frage: Warum ein eigener Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration? Die Antwort: Koalitionsvertrag, Koalitionsverhandlung. Antwort von mir: also keine Notwendigkeit, ein Geschenk an die SPD. Das ist der einzige Grund für die Einrichtung.

(André Barth, AfD: Genau!)

Zweite Frage: Entwicklung des Geschäftsbereiches Personal und der Allgemeinkosten? Antwort: 2015/2016 1,54 Millionen Euro und 2017 sind wir schon bei 2,423 Millionen allein für Personal und im Gesamtbereich 15,56 Millionen 2015/2016 und 2018 und 2017 jeweils 62,227 Millionen. Meine Damen und Herren, wir haben Altersarmut in Deutschland. Das Geld wäre dort vielleicht besser untergebracht und dabei – –

(Zuruf der Abg. Sarah Buddeberg, DIE LINKE)

– Hören Sie mal zu, Frau Buddeberg. Allein die Gebühren der Sächsischen Aufbaubank in der Gesamtlegislaturperiode betragen 4,5 Millionen. Das sind allein nur Gebühren für die Ausreichung von irgendwelchen sehr merkwürdigen Programmen teilweise. So sieht es im Moment aus.

Nächste Frage: Welche Veranstaltungen wurden durch den Geschäftsbereich SMGI initiiert? Sehr viele. Ich zähle ein paar kurz auf: Festveranstaltung „Frauen und Recht“.

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE: Ja!)

Also für Frauen muss man scheinbar ein eigenes Rechtsgebiet schaffen, dass man eine eigene Unterweisung macht. 14 000 Euro! Als Nächstes: Preisverleihung „Gründerin des Jahres 2016“: 11 500.

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE:  
Frau Petry hat den Preis bekommen! –  
André Barth, AfD: Da hatten wir noch keine Gleichstellungsministerin und es ging auch!)

Frauentag 2016: 8 100, Festveranstaltung Frauentag: 15 000 2017, Preisverleihung Gründerinnen 2017: 28 000.

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:  
Diesen Preis hat Ihre ehemalige Fraktionsvorsitzende bekommen!)

Jetzt habe ich noch etwas Schönes: als Beispiel die Bierdeckelsprüche, eine Publikation von 120 000 Bierdeckeln – haben Sie sich mal einen angeschaut? – von 12 000 Euro. Wenn ich dazu komme, lese ich Ihnen mal ein paar dieser herrlichen Sprüche vor, die darauf stehen. Da kann man wirklich Zweifel bekommen an demjenigen, der so etwas entwickelt hat.

(Zurufe der Abg. Rico Gebhardt und  
Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE –  
Weitere Zurufe von den LINKEN)

– Frau Neuhaus, hören Sie erst mal zu! Die nächste Frage: Welche Zielsetzung verfolgt moderne Gleichstellungspolitik? Herrlich! Der Begriff „modern“ steckt hier neu drin, und die Antwort war: Modern bedeutet Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt, bezieht auch Männer mit ein. Das steht in der Antwort. Wir sind ja heilfroh, denn wir sind auch einbezogen. Die Männer, auch Sie hier drüben, die das alles mit initiiert haben, sind einbezogen.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE –  
Zurufe von den LINKEN und der CDU)

Herr Hartmann, Sie sind dabei. Freuen Sie sich mal darüber.

(Christian Hartmann, CDU: Sind Sie auch dabei, oder nur ich?)

– Also ich brauche das noch nicht! So weit bin ich noch nicht.

Es geht weiter: Gleichbewertung beruflicher Kompetenzen, gleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

(Zurufe von den LINKEN)

Ich weiß nicht, aber das wird vielleicht von hier drüben kommen. Ich nehme an, dass Sie damit die Hausarbeit meinen oder so etwas.

(Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange:  
Kennen Sie doch gar nicht!)

Das ist Privatangelegenheit. Das organisiert jeder in seinem Haushalt allein, und dafür brauchen wir keine Hilfe. Es geht weiter: Überwindung veralteter und starrer Rollenbilder. Das ist auch Privatangelegenheit und macht jeder, wie er will. Demokratieverständnis? Fehlanzeige hierbei.

Nächste Frage: Unterschied Gleichberechtigung und Gleichstellung?

(Christian Hartmann, CDU: So, jetzt!)

Antwort: Angleichung von Lebenssituationen von Frauen und Männern. Das ist die Antwort. Man geht also davon aus, dass die Lebensumstände geschlechtsbezogen sind. Was machen wir jetzt mit der Angleichung? Sollen sich die reichen Frauen den armen Männern angleichen oder die armen Männer den reichen Frauen? Es ist absurd, was Sie hier verlangen.

(Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange: Nein!)

Eine Lebenssituation vom Geschlecht abhängig zu machen ist absurd. Das ist die eigene Persönlichkeit. Jeder ist individuell und jeder bestimmt selbst, wie er leben will und was er schafft.

Die nächste Frage: Mit welchen Indikatoren wird gemessen, ob Gleichstellung erreicht ist? Da kommt als Antwort das Sächsische Frauenförderungsgesetz. Ich habe es mir kurz angesehen. Interessant sind die §§ 4, 5 und 6. Ich glaube, es steht in § 6; ich weiß es jetzt nicht aus dem Kopf. Wenn eine Stellenausschreibung in der Zeitung oder irgendwo steht, dann soll darunter stehen, dass sich Frauen ausdrücklich bewerben sollen. Sie kriegen es wohl allein nicht auf die Reihe, oder was? Da muss einer noch sagen: Bewirbt euch mal ausdrücklich. Ich verstehe nicht, dass das eine Ausschreibung ist. Da muss ich einen Hinweis bekommen.

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Das ist der Wahnsinn, Herr Spangenberg!)

Also ich würde mich als Frau darüber aufregen, wenn ich so etwas hören würde. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

Dann geht es weiter: Gleichstellungspolitik, auch Teile im Frauenförderungsgesetz. Jetzt hören Sie mal genau zu! Besonders Quotenregelungen verstoßen nämlich gegen das Grundgesetz, Artikel 3 Abs. 3. Ich lese Ihnen vor: Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat, seiner Herkunft, seines Glaubens usw. usf. benachteiligt oder bevorzugt werden. Das Frauenförderungsgesetz ist ein Vorzugsgesetz. Das ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz, und darüber können Sie mal nachdenken!

(Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange: Na super!  
– Zuruf der Abg.

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE)

Die Sächsische Verfassung sagt das Gleiche in Artikel 18. Niemand darf bevorzugt werden. So steht es drin, und das können Sie sich mal durchlesen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE, steht am Mikrofon.)

Die nächste Frage ist auch sehr interessant: Sind der Staatsregierung Fälle von tatsächlicher Benachteiligung von Männern und Frauen bekannt?

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Detlev Spangenberg, AfD:** Selbstverständlich. Herr Lippmann, von Ihnen immer; das wissen Sie doch.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Bitte.

**Valentin Lippmann, GRÜNE:** Danke, Herr Präsident. Herr Spangenberg, können Sie mir nach Ihren mäßigen Ausführungen zur Verfassungsmäßigkeit von Gleichstellungsgesetzen erklären, warum das Bundesverfassungsgericht bisher kein einziges Gleichstellungsgesetz in Deutschland beanstandet hat, dass es im Kern und dem Grunde nach verfassungswidrig ist, und wie Sie dann trotz dieser Entscheidungspraxis herleiten, dass das Ganze verfassungswidrig sein könnte? Es sei denn, Sie sind hier neuerdings Spitzen-Verfassungsjurist. Aber das ist mir bei Ihren Ausführungen bisher entgangen.

**Detlev Spangenberg, AfD:** Herr Lippmann, da haben Sie Pech gehabt. Ich habe es vorgelesen, wie es drinsteht, und so wird es interpretiert. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Lesen Sie es sich genau durch. So steht es drin.

(Petra Zais, GRÜNE:

Dann schweigen Sie doch lieber! –

Lachen des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Es geht weiter: Sind der Staatsregierung Fälle von tatsächlicher Benachteiligung bekannt? Wie könnte die Antwort ausfallen? Fälle von tatsächlicher Benachteiligung von Männern und Frauen? Die Antwort der Staatsregierung: Dem Staatsministerium sind keine Fälle bekannt. Für was brauchen wir dann dieses ganze Gesetzeswerk? Ich verstehe es nicht.

(Beifall bei der AfD –

Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Die nächste Frage: die Wirksamkeit des Programms „Weltoffenes Sachsen“ in Bezug auf politisch motivierte Kriminalität. Hat sich dort etwas geändert? Ist es besser geworden? Die Antwort der Staatsregierung – keine inhaltliche Antwort –: Die Staatsregierung will keine Bewertung abgeben.

(Zurufe von den LINKEN)

Nächste Frage: Ist es geregelt, dass keine Zuwendungen an extremistische Organisationen gehen? Die Antwort der Staatsregierung: Es gibt eine Richtlinie des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“, wonach die Förderung verbindlich geregelt sein soll. Wir

hatten ja einmal die Extremismusklausel oder auch Demokratieerklärung. Frau Meier hat es ja heute begrüßt, dass es das nicht mehr gibt.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Da hat sie ja recht!)

Das ist ja auch klar, denn sonst wären ja einige von Ihrem Verein – vor allem von Ihrem Verein, Frau Zais – nicht mehr drin.

(Petra Zais, GRÜNE: Ja, ja!)

Ihr Verein wäre schon lange nicht mehr drin. Sie kennen ja den Fall, wie Sie Lügen und Falschbehauptungen in die Welt setzen.

(Zuruf der Abg. Petra Zais, GRÜNE)

Sie würden überhaupt kein Geld mehr bekommen, wenn es diese Erklärung noch gäbe. Sie ist natürlich abgelehnt worden. Wenn Sie nicht mal in der Lage sind, sich beim Empfang von Fördermitteln zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen, dann ist das ein Armutzeugnis. Stellen Sie sich mal vor, die drei Richterinnen hätten es heute abgelehnt, den Eid abzulegen. Etwas anderes ist das nicht. Sie wollen Geld vom Staat, und dann können Sie auch einmal für den Staat eine Erklärung abgeben. Das schaffen Sie nicht aus gutem Grund: weil Sie nämlich in vielen Fällen nicht hinter dem Grundgesetz stehen.

(Zuruf der Abg. Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE)

Recht vielen Dank und einen schönen Tag!

(Beifall bei der AfD –  
Valentin Lippmann, GRÜNE:  
An Ihrer Verfassungstreue würde  
ich aber erheblich zweifeln!)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Für die Einbringerin, die AfD-Fraktion, sprach Herr Spangenberg. Jetzt geht es in die erste Runde: CDU, DIE LINKE, SPD, GRÜNE und die Staatsregierung. Für die CDU spricht Kollege Kiesewetter.

**Jörg Kiesewetter, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich erst einmal sammeln und sortieren. Wir diskutieren ja heute hier über die Große Anfrage der AfD zu zweieinhalb Jahren Geschäftsbereich SMGI beim Sozialministerium. Die Beantwortung auf 136 Seiten widmet sich dem umfangreichen Fragenkatalog zu den drei Themenfeldern Gleichstellung, Integration und Demokratieförderung.

An dieser Stelle gilt zunächst mein herzlicher Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Geschäftsbereich für das umfangreiche Material. Das Ergebnis kann sich sehen lassen und bildet eine gute Grundlage zur weiteren Diskussion und zur inhaltlichen Fortentwicklung.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD,  
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Ich möchte mich schwerpunktmäßig bei meinen Ausführungen auf den Bereich der Integration konzentrieren, der in der Einbringungsrede noch nicht angesprochen wurde, aber gleichwohl wesentlicher Bestandteil der Großen Anfrage ist. Zu den Bereichen Gleichstellung und Demokratieförderung werden meine Kolleginnen aus der Koalitionsfraktion noch entsprechend ausführen.

Die Anfrage sieht ja bereits die Organisationsstruktur des Geschäftsbereiches beim Sozialministerium kritisch und widmet sich zuerst fiskalischen und organisatorischen Fragestellungen vor dem fachlichen Inhalt und das verbunden mit dem Ziel, sodann im auch vorliegenden Entschließungsantrag, der hier noch folgt, kurzerhand die komplette Abschaffung des Geschäftsbereiches zu fordern.

Warum diese Organisationsform so besteht, ist bereits in der Beantwortung ausführlich dargelegt und erläutert. Trotzdem ist aus meiner Sicht nochmals eine Standortbestimmung nötig.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, und das seit Langem. Immer wieder hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland durch Einwanderung, Flucht und Arbeitsmigration verändert. Die deutsche Gesellschaft ist heute so vielfältig wie wohl niemals zuvor. Die Haltung der Bevölkerung dazu ist höchst unterschiedlich. Während die einen Potenziale erkennen und für die Gestaltung von Gesellschaft und Demokratie nutzen, fürchten andere den Verlust von Identität und vertrauten Werten.

Auf der Grundlage der Erkenntnis, dass Migration globale europäische und deutsche Realität ist und bleiben wird, sind wir der Ansicht, dass Politik, Wirtschaft und gesellschaftliche Institutionen Migrations- und Integrationsprozesse gestalten müssen. Die Lebenswirklichkeit kann nicht ignoriert werden und gerade deshalb war und ist es so wichtig, eine eigene und besondere Struktur für diese Aufgabe zu schaffen. Im Übrigen geht das einher mit allen anderen Bundesländern, die ähnliche Strukturen auf Landesebene jeweils vorhalten.

Die bislang auf den Weg gebrachten Maßnahmen und Aktivitäten sind in der Beantwortung der Großen Anfrage bereits ausführlich dargelegt. Wir fördern beispielsweise Spracherwerb. Wir unterstützen die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung. Wir bieten Erstorientierung in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Zur Ressort- und Verwaltungsebene übergreifenden Koordination, Abstimmung und Bearbeitung von verschiedenen Fragestellungen wurden Formate wie das Verbändegespräch und der Lenkungsausschuss Integration Asyl etabliert und vieles mehr.

Was ist in diesem Zusammenhang wichtig? Grundsätzlich bleibt für mich festzustellen: Die Arbeitsaufnahme in diesem Bereich erfolgte in einer sehr turbulenten Zeit. Die Flüchtlingskrise begann zu dieser Zeit, setzte sich dann sehr schnell fort. Viele Maßnahmen sind auf den Weg gebracht worden. Es musste teils ad hoc auf die Bedarfsentwicklung reagiert werden. Hinzu kommt eine sehr

dynamische Rechtsentwicklung im Bereich des Aufenthalts- und Asylrechts auf Bundesebene in den letzten zweieinhalb Jahren. Hier waren immer wieder auch auf Landesebene Anpassungen bei Fördermaßnahmen nötig. Im Ergebnis steht heute ein doch recht bunter Strauß an Fördermaßnahmen und Integrationsangeboten, die flächendeckend sehr gut angenommen werden.

Die Richtlinien sind zum Teil überzeichnet. Das zeigt, dass es richtig war, wie wir die Aufgaben angegangen sind. Die Integrationsaufgabe bleibt auch zukünftig ein zentrales Thema, welches es konsequent zu bearbeiten und zu steuern gilt.

Insoweit ist für mich der Ausblick an dieser Stelle auch interessanter als der Rückblick. Wie könnte es also in den kommenden Jahren weitergehen?

Der Bund hat zwischenzeitlich viele neue Regelungen auf den Weg gebracht – das Integrationsgesetz beispielsweise –; weitere Regelungen werden folgen, das ist sicher. Es ist nunmehr wichtig, unsere landesrechtlichen Integrationsangebote, welche sich immer subsidiär zu denen des Bundes ausrichten müssen, zu evaluieren und am aktuellen Bedarf orientiert fortzuschreiben. Bislang lag der Fokus aus nachvollziehbaren Gründen natürlich auf dem Personenkreis der humanitär Zugewanderten. Ich wünsche mir, dass wir zukünftig das Thema Integration noch mehr vom Arbeitsmarkt her denken. Unser Fokus muss also verstärkt auf gesteuerte Zuwanderung ausgerichtet werden.

Dazu sollten zielgerichtet Bedarfe am Arbeitsmarkt in Abstimmung mit anderen Ressorts der Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit identifiziert und Fördermaßnahmen darauf ausgerichtet werden. Mich erfreut in diesem Zusammenhang besonders das neue Instrument der berufsbezogenen Sprachförderung, welches als neues Angebot in der Richtlinie Integrative Maßnahmen Eingang gefunden hat.

Maßstab für die Weiterentwicklung von Landesintegrationsangeboten soll die Frage sein, inwieweit diese im konkreten Einzelfall zur Überwindung migrationsspezifischer Vermittlungshemmnisse am Arbeitsmarkt dienen können. Das neue ZIK wird hierfür sicherlich gute Ansätze bieten.

(André Wendt, AfD, steht am Mikrophon.)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Jörg Kiesewetter, CDU:** Ich würde gern weiter ausführen; so spektakulär ist es nicht.

(Heiterkeit des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Lassen Sie mich noch kurz auf die in der Anfrage und im vorliegenden Entschließungsantrag aufgegriffene und zu Unrecht gescholtene Einbürgerungskampagne eingehen. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gehört zu einem erfolgreichen Integrationsprozess. Er ist Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland und der wechselseiti-

gen Verantwortung zwischen Bürger und Staat. Er drückt das Bekenntnis zu unserem Land und zu den Werten des Grundgesetzes aus. Daher setzt die Einbürgerung auch den Erfolg bei Sprache und Einbürgerungstest voraus. Wir stehen für eine klare Einbürgerungsperspektive von Anfang an. Deshalb ist es auch so wichtig, Menschen, die die jeweiligen Voraussetzungen dafür erfüllen, aktiv anzusprechen und für die deutsche Staatsbürgerschaft zu werben.

Was bleibt als Fazit? Für die Koalition steht ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt im Zentrum unseres politischen Handelns. Dabei bleibt die Integration derjenigen Menschen, die zu uns kommen und zu uns gekommen sind, eine Daueraufgabe, der wir uns stellen müssen. Wir wollen eine gerechte Teilhabe für alle Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ermöglichen. Mit klaren Regelungen und dem Grundsatz des Forderns und Förderns ist Deutschland und Sachsen auch im internationalen Vergleich sehr gut aufgestellt. Der Geschäftsbereich SMI leistet hier eine wertvolle Arbeit. Das soll auch so bleiben und in diesem Sinne lehnen wir auch den kommenden Entschließungsantrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD  
und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Herr Kollege Kiesewetter. Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt Frau Nagel.

**Juliane Nagel, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende Große Anfrage zur Halbzeitbilanz der Ministerin für Gleichstellung und Integration und vor allem der beiliegende Entschließungsantrag machen in plumper Weise klar, was klar war: Die AfD will das Ministerium abschaffen. Mit Gleichstellung, Integration und Demokratieförderung will man bei der AfD nichts zu tun haben. Die sollen entweder getilgt oder bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt werden.

Wir aber sind der Meinung: Das kleine Ministerium hat in den vergangenen drei Jahren mit einer überaus prekären Besetzung und Ausstattung zahlreiche wichtige und richtige Projekte auf den Weg gebracht; es hat an vielen Stellen vor allem im Bereich der Integrations- und Migrationspolitik Pionierarbeit geleistet und dieses Land damit etwas lebenswerter gemacht.

Ich muss es Ihnen nicht erzählen – das zeigt auch die Kleine Anfrage und vielleicht haben Sie es selbst erlebt –: Die Ministerin war bei zahlreichen Terminen vor Ort, hat Menschen Mut gegeben, hat Engagement für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander in Sachsen symbolisch unterstützt und viele Brücken gebaut. Dafür gebührt ihr und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großer Dank auch seitens der Linksfraktion.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD,  
den GRÜNEN und ganz vereinzelt bei der CDU –  
Beifall bei der Staatsregierung)

Ich will es noch einmal deutlich machen: Wir sprechen hier nicht über gesellschaftliche Randfragen, über „Orchideenthemen“ oder sonstiges Gedöns; wir sprechen hier auch nicht über ideologisch ausgerichtete Arbeit, wie es die AfD-Fraktion in ihrem Entschließungsantrag behauptet. Nein, wir sprechen im Hinblick auf die Arbeitsbereiche des SMGI über existenzielle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des sozialen Friedens – ein Frieden, den insbesondere die AfD und ihre Helfershelfer immer wieder betonen.

Lassen Sie mich am Anfang, bevor ich mich der Großen Anfrage widme, ein konkretes Beispiel in Bezug auf den Entschließungsantrag und die Große Anfrage herausgreifen, die berühmten Bierdeckel. Wenn Sie als Antragsteller die Antworten auf Ihre Anfragen gelesen hätten, dann würden Sie auch nicht derart abstruse Konsequenzen ziehen, wie man es im Entschließungsantrag lesen kann. Die AfD schreibt: „Beispielsweise wurde auf den Bierdeckeln des SMGI behauptet, dass Ausländer nicht krimineller als Deutsche seien.“ Wer mit Fakten kommen will, der sollte sich selbst an Fakten halten, würde ich meinen.

Auf dem Bierdeckel wird nämlich eine Behauptung mit Fakten widerlegt. Zitat: „Die Statistik zeigt: Zuwanderer sind nicht krimineller als Deutsche.“ Diese Aussage stammt eben nicht vom SMGI, sondern – man höre und staune – vom Bundeskriminalamt vom Juni 2016. Das steht übrigens auf dem Bierdeckel. Wenn man sich diesen angeschaut hätte, dann hätte man das wissen können. Vielleicht wäre man dann auch zu der Konsequenz gekommen, das BKA abzuschaffen; ich weiß es nicht. Sei's drum! Das BKA hatte damals gerade den Lagebericht „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ herausgegeben und erklärt, dass und warum Zuwanderer nicht krimineller als Deutsche sind.

Sie versuchen nun also – ich beziehe mich wieder auf den Entschließungsantrag –, diese Aussagen des BKA aus dem Jahr 2016 zu widerlegen, und das mit sächsischen Teilstatistiken, die vollkommen falsch interpretiert werden. Aber das ist an dieser Stelle nicht mein Business. Ich empfehle die eigene Analyse von Statistiken oder die regelmäßige Lektüre des Projektes „AfD-Watch Sachsen“.

An dieser Stelle soll es mir um etwas wirklich Wichtiges gehen, nämlich die Arbeit des SMGI. Spätestens die zweite Ausgabe des Sachsen-Monitors – wir haben heute Morgen ausführlich darüber debattiert – führt uns vor Augen, wie wichtig eine aktive und moderne Gleichstellungspolitik und wie wichtig Integrations- und Demokratieförderung in diesem Lande sind. Die weite Verbreitung rassistischer, homofeindlicher und demokratieskeptischer Einstellungen in Sachsen zeigt, dass es in den Arbeitsbereichen des SMGI tatsächlich noch Luft nach oben gibt und dass es das Ministerium zu stärken gilt, anstatt es abzuschaffen.

Für den Bereich der Migrations- und Integrationspolitik lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass hier Pionierarbeit geleistet wurde; das habe ich schon gesagt. Von 300 000 Euro im Jahr 2014 ist der Etat für diese Aufgaben auf circa 10 Millionen Euro jährlich gewachsen. Das finden wir richtig.

Die verlässliche Förderung der Flüchtlingssozialarbeit, von Vereinen und Organisationen, aber auch von kommunalen Angeboten, von Sprachkursen und Koordinationsstellen – diese Elemente einer aktiven Teilhabeförderung sind mit Petra Köpping und ihrem Geschäftsbereich Realität geworden. Das gab es vorher schlicht und einfach nicht. Dass es das nicht gab, war auch fahrlässig.

An das SMGI sei an dieser Stelle gerichtet, dass all die in den letzten drei Jahren angebauten und unterstützten zarten Pflänzchen Pflege und Stabilisierung brauchen: zum einen durch eine stabile, verlässliche Förderung, und zum anderen sind wir der Meinung, dass wir über das SIK II hinaus eigentlich ein Integrationsgesetz für Sachsen brauchen, ein Gesetz, das Integration als gesamtgesellschaftlichen Prozess denkt, interkulturelle Öffnung verbindlich gestaltet, institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten schafft und so weit wie möglich auch Rechtsansprüche für Teilhabe an dieser Gesellschaft.

Kommen wir zur Gleichstellung! Die Fragen der Großen Anfrage sind so banal, dass sich wohl empfehlen ließe – Herr Spangenberg hat es hier noch einmal vorgeführt –, dass die AfD sich endlich ein Lexikon zulegt, um den Unterschied zwischen Gleichberechtigung und Gleichstellung herauszufinden, anstatt das Ministerium mit solchen Fragen zu behelligen.

(Beifall bei den LINKEN und des  
Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Aber es geht der AfD nicht um Erkenntnisgewinn, sondern – das kann man im Entschließungsantrag wieder schön sehen – um dumpfe Brüllerei und Realitätsverfälschung.

Werfen wir einen Blick auf die abgefragte Statistik! Das haben Sie wahrscheinlich nicht gemacht. Sie haben sich Zahlenwerke zuarbeiten lassen, lassen diese aber dann liegen. Schauen wir uns also die Verteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Staatsverwaltung an: Sie leiten daraus ab, dass der Frauenanteil – ich zitiere – „aller sächsischen Behörden den Männeranteil übersteigt und es daher keinen sachlichen Grund zur Frauenförderung in sächsischen Behörden gibt“.

Schauen wir uns die Zahlen an! Es kommt in der gesamten Staatsverwaltung, also in allen Ministerien und nachgeordneten Behörden, nur einmal vor, dass mehr Frauen als Männer die erste Führungsebene besetzen. Das ist – wenig überraschend – im Sozialministerium der Fall. Es kommt ebenfalls nur einmal vor, dass die erste Führungsebene paritätisch besetzt ist, nämlich im Kultusministerium. Insgesamt ist noch nicht einmal jede fünfte Position in der ersten Führungsebene mit einer Frau besetzt. In

fünf Ministerien ist in dieser Ebene keine einzige Frau zu finden.

Der einzige Bereich, in dem der Anteil der Frauen in der Behörde insgesamt im Frauenanteil der ersten Führungsebene widerspiegelt ist, sind die Grund- und Förder-schulen. Das derzeit stark diskutierte Thema der Verbe-amtung von Lehrkräften sieht unter gleichstellungspoliti-schen Gesichtspunkten denn auch düster aus. Obwohl insgesamt deutlich mehr Frauen als Männer in Schulen unterrichten, sind durchweg weniger Frauen im Beamten-verhältnis als Männer. Hier sehen wir doch eine gewisse geschlechtermäßige Diskrepanz.

Das Verhältnis, das ich hier kurz angetippt habe, zeigt sehr deutlich, dass noch erheblicher Bedarf besteht, sehr aktiv für die Gleichstellung der Geschlechter zu arbeiten und zu kämpfen. Man muss sagen: Die Verwaltung ist hier vielleicht das geringste Problem.

Noch kurz zu dem von der AfD am heftigsten bekämpften Thema, nämlich der Queer-Politik. Ja, wir stehen zum Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Le-bensentwürfen, auch wenn er hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist. Entscheidend wird die Umsetzung sein. Dafür muss sich der Beirat mehr als einmal im Jahr treffen und müssen Evaluationen und Fortschreibungen garantiert sein.

Zu dem Last-but-not-least-Thema Demokratieförderung hat die AfD in ihrem Antragspamphlet nicht ganz so viel zu sagen. Aber dies hat sicher nichts mit der Erkenntnis zu tun, dass es hierzulande tatsächlich ein Rassismus-, ein Naziproblem gibt, das sich dieser Tage wieder in Gewalt gegen Linke und Migrantinnen und Migranten Ausdruck verleiht. Ich verweise auf einen – wiederholt – erfolgten Anschlag auf eine Wohnung von Geflüchteten in Wurzen vor wenigen Stunden und auf das, was in Bautzen am vergangenen Wochenende passiert ist, als Linke von Nazis geschlagen wurden.

Nein, das Problem wird – nicht nur von der AfD – als „Extremismus“ gelabelt und damit vernebelt.

Ich will es noch einmal ganz pädagogisch versuchen: Während rechte Ideologien die Gleichheit der Menschen im Grunde antasten und sich damit gegen die Menschen-rechte wenden, basiert linke Weltanschauung – und so ist es – auf der Verteidigung von Menschenrechten. Die grundsätzliche Differenz, über die man viel philosophieren und die man intensiv analysieren kann, kann man sich gerade in Sachsen an dem Beispiel vor Augen führen, dass es Menschen gibt, die Geflüchteten-Unterkünfte und Geflüchtete angreifen, und dass es Menschen gibt, die sich vor diese Unterkünfte stellen, Menschen schützen und Solidarität organisieren.

(Beifall bei den LINKEN und des  
Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Ich will es klar sagen: Es gibt demokratiegefährdende – –

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Kollegen Wippel?

**Juliane Nagel, DIE LINKE:** Natürlich.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Bitte.

**Sebastian Wippel, AfD:** Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Nagel, Sie wissen, ich bin immer unheimlich neugierig. Vielleicht können Sie mir kurz erklären, wie Sie das zusammenbringen: auf der einen Seite die linke Ideologie, die für die Grundrechte der Menschen steht, und auf der anderen Seite die Demonst-rationen – an denen ja auch Sie beteiligt waren –, auf denen es heißt: „Innere Sicherheit abschaffen!“, oder: „Innere Sicherheit bekämpfen!“? Wie kommt das Ganze eigentlich zusammen? Welche Grundrechte schützen Sie denn mit solchen Demonstrationen?

**Juliane Nagel, DIE LINKE:** Ich habe über die Orientie-rung an Menschenrechten gesprochen. Menschenrechte sind noch ein bisschen grundsätzlicher und menschenori-entierter als Grundrechte. Ich habe mich auch gar nicht gegen Grundrechte ausgesprochen. Ich habe jetzt viel-leicht Gelegenheit, noch einmal auf das, was heute früh gesagt wurde, Bezug zu nehmen.

Natürlich kann man einen weiteren Unterschied – das wollte ich hier herauslassen, weil man darüber lange trefflich streiten kann –, eine weitere Differenz zwischen rechts und links herausarbeiten: Rechte wollen gemeinhin starke Führer, einen starken Staat. Linke – moderne linke Gruppierungen, auch meine Partei – sind sehr stark basisdemokratisch ausgerichtet

(Lachen bei der CDU)

und üben natürlich existenzielle Kritik an einem starken Staat. So kann ich Ihnen zum Beispiel auch diese De-monstration erklären, die sich legitimerweise gegen eine Innenministerkonferenz gerichtet hat, auf der zum Bei-spiel darüber diskutiert wurde, wieder nach Syrien abzu-schieben.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Es gibt eine weitere Zwischenfrage.

**Karin Wilke, AfD:** Was bringt Sie eigentlich zu der Annahme oder wie kommen Sie zu der Annahme, wir würden einen starken Staat bevorzugen?

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ihr redet doch  
ständig davon! – Kerstin Köditz, DIE LINKE:  
Lesen Sie doch einmal Ihr Programm!)

**Juliane Nagel, DIE LINKE:** Genau. Auch ich empfehle Ihnen, wenigstens die Grundzüge Ihres Programms zu lesen.

**Karin Wilke, AfD:** Darin steht nichts von einem „starken Staat“.

**Juliane Nagel, DIE LINKE:** Ich habe darauf geantwor-tet. – Klar ist – das will ich auch an dieser Stelle sagen –: Es gibt in diesem Freistaat demokratiegefährdende Be-strebungen. Diese präventiv anzugehen – einerseits – und

Ausstiegsmöglichkeiten anzubieten – andererseits – ist eines der Arbeitsfelder des SMGI, und das ist gut so.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Programm „Welt-offenes Sachsen“ in den Bereich des SMGI gewandert ist; denn wir sprechen eben nicht über ein ordnungspolitisches, sondern über ein gesellschaftspolitisches Problem.

Da die AfD-Fraktion in Ihrem Entschließungsantrag von „ausufernden“ Fördermitteln schreibt, muss man sagen: Das WOS ist ein ganz kleiner Bestandteil dessen, was in dieser Gesellschaft passieren muss, was Kita leisten muss, was Schule leisten muss, was Sportvereine leisten müssen, was gemeinnützige Arbeit leisten kann. Das WOS ist wirklich nur ein kleiner Baustein, der höchstens Impulse dafür geben kann, was alle gesellschaftlichen Institutionen leisten müssen.

Aber auch hierzu ein paar kritische Worte: Wir wünschen uns mehr Transparenz. Sie wissen, der WOS-Beirat ist vor vielen Jahren abgeschafft worden. Kürzlich wurde er wieder installiert, aber unter Ausschluss der Opposition – das gefällt uns nicht.

Eines will ich zu diesem Bereich noch hinzufügen und auch als Appell an Sie, Frau Köpping, richten: Sorgen Sie dafür, dass die in Sachsen abgeschaffte Extremismusklausel nicht – wie von Ihrem Koalitionspartner und von der AfD gefordert – wieder eingeführt wird;

(Beifall bei den LINKEN)

für eine demokratische Zivilgesellschaft und für eine demokratische Kultur in diesem Freistaat!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Das durchsichtige Ansinnen der AfD-Fraktion, den Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration im SMS abzuschaffen, weisen wir als LINKE klar und deutlich zurück.

(Beifall der Abg. Kerstin Köditz, DIE LINKE)

Wir sehen den Geschäftsbereich vielmehr als Grundstein für ein eigenständiges Vollministerium. Das wäre ein deutliches Zeichen in diesem Freistaat aufgrund der vielen Problemlagen, die ich ja jetzt auch hier angetippt habe, dass Probleme ernst genommen werden und dass diesen Problemen offensiv die Stirn geboten wird. Vielleicht müssten wir uns dann in Zukunft nicht mit solchen hasserfüllten und realitätsfernen Initiativen auseinandersetzen, wie wir sie gleich noch mit dem Entschließungsantrag hier vor uns liegen haben. Ihnen, Frau Köpping, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünschen wir viel Mut, viel Kraft und auch viel Durchsetzungsvermögen in Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN,  
der SPD und den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Raether-Lordieck das Wort.

**Iris Raether-Lordieck, SPD:** Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Hashtag Me too, also für die nicht englisch sprechenden Abgeordneten – ich auch – machen zurzeit Frauen aus aller Welt ihre ganz persönlichen Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt öffentlich. Wir lesen Berichte von Gewalt, Sexismus und Diskriminierung.

Dieser Hashtag war spontan viral und wurde in kürzester Zeit zu einem echten Massenphänomen. Es gibt Länder, in denen Me too etwas bewirkt hat. Zu einer Veranstaltung in Schweden, bei der Schauspielerinnen Leidensgeschichten vorlasen, war die schwedische Königin anwesend. In Frankreich hatte Präsident Emmanuel Macron Gleichberechtigung zu einem Schwerpunkt seiner Amtszeit erklärt. Die Kanzlerin Angela Merkel jedenfalls hat darauf noch nicht öffentlich reagiert.

Laut einer Studie der Europäischen Kommission meinen 27 % der Deutschen, dass unter bestimmten Bedingungen eine Vergewaltigung okay sei. Wir stecken in einer Phase eines Rollback in tradierten konservativen Gesellschaftsstrukturen fest. Vor diesem Hintergrund bin ich ausgesprochen froh, dass meine SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag zu Beginn dieser Legislaturperiode die Einrichtung eines eigenständigen Geschäftsbereichs für Gleichstellung und Integration zur Bedingung für eine Regierungskoalition gemacht hat. In den vergangenen drei Jahren haben wir eine ausgesprochen ambitionierte Staatsministerin Köpping erlebt, die 18 Publikationen und mehr als 80 eigene Veranstaltungen in ihrem Geschäftsbereich durchführte und darüber hinaus an rund 300 weiteren Veranstaltungen öffentlich wirkte. Alle Achtung! Das kann kein anderer.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Um nicht nur mit dem Taschenrechner zu arbeiten, wie es die AfD-Fraktion offensichtlich tut, sondern wirklich auf Inhalte zu schauen, was in diesem Ministerium passiert ist – Herr Spangenberg, hören Sie einfach mal zu, vielleicht können Sie auch noch etwas lernen –

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE:  
Nee, hoffnungslos!)

– Warten wir es ab.

Am 25. November haben wir den Tag gegen häusliche Gewalt begangen. Unsere Staatsministerin stabilisierte das Hilfesystem zu häuslicher Gewalt im aktuellen Doppelhaushalt mit einer Aufstockung der Mittel auf 2,9 Millionen Euro pro Jahr. Hier haben wir es – Herr Spangenberg, bitte hören Sie zu – mit einem echten Gleichstellungsmerkmal zu tun, denn erstmals haben wir neben Frauenschutzhäusern zwei Männerschutzwohnungen in der Landesförderung. Falls Sie mal Bedarf haben, hier können Sie echte Gleichstellung erleben.

(Detlev Spangenberg, AfD: Ich bin begeistert!)

Erwähnen möchte ich in diesem Kontext auch ein Pilotprojekt in Leipzig. Hierbei handelt es sich um ein Schutzhaus für geflüchtete Frauen und ihre Kinder. Dies wird

mit 130 000 Euro Landesmitteln pro Jahr gefördert. Kaum haben wir in Sachsen wieder eine amtierende Staatsministerin für Gleichstellung, initiiert sie die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Queere-Gruppen, legt durchdachte Antidiskriminierungskonzepte und Aktionspläne vor und stärkt durch stabile Finanzierung und politisches Vorbild Strukturen, die sich für Gleichstellung einsetzen. Petra Köpping kümmert sich um diejenigen, die in Ungerechtigkeiten festhängen. Das sollte eigentlich allen klar sein, unabhängig vom Geschlecht.

Wie dringend notwendig dies ist, belegt der Sachsen-Monitor. Sachsen hat ein Problem mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Kleine Anfrage in der Drucksache 6/11242 – mich wundert, dass sie heute noch nicht zur Sprache kam – bestätigt dies. Ausweislich des beim Landeskriminalamt geführten Sondermeldedienstes über politisch motivierte Kriminalität sind im Themenfeld Hasskriminalität unter dem Thema „Sexuelle Orientierung“ seit 2001 insgesamt 55 Straftaten registriert worden. Eine statistische Auswertung zeigt in den ersten zehn Jahren insgesamt 16 Fälle, für das Jahr 2014 wurden allein fünf Fälle registriert, im Jahr 2015 schnellte dieser Wert noch einmal auf das Dreifache hoch, wohlgermerkt nahezu durchgängig zugeordnet dem Phänomenbereich Rechts. AfD und Pegida tragen im Übrigen ihren Teil dazu bei, dass es Menschen, die nicht einem vermeintlich „normalen“ Bild entsprechen, wieder zunehmend schwerer haben und unfreier leben.

Im November dieses Jahres entschied das Bundesverfassungsgericht über die Einführung eines dritten Geschlechts. Dieses Urteil dürfte bundesweit schätzungsweise 80 000 intersexuelle Menschen betreffen, in Sachsen rein rechnerisch 4 000 Personen. Endlich werden auch diese Menschen gleichgestellt. Gleichstellung kann und muss durch staatliches Handeln gefördert werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und  
vereinzelt bei den LINKEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Frau Kollegin Raether-Lordieck sprach für die SPD-Fraktion und jetzt als Letzte in dieser ersten Runde Frau Kollegin Zais für die Fraktion GRÜNE.

**Petra Zais, GRÜNE:** Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Motivation der AfD-Fraktion für diese Große Anfrage ist glasklar. Sie dient – und das hat Herr Spangenberg, die Speerspitze männlicher Komplexe, sehr gut bewiesen –

(Beifall bei den LINKEN)

ausdrücklich dazu, die Arbeit der Gleichstellungsministerin, ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu diskreditieren, denn das Amt der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration steht im besonderen Maße für all das, was die AfD ablehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN  
und der SPD – Demonstrativer Beifall  
des Abg. Detlev Spangenberg, AfD)

Das ist zum einen die tatsächliche Umsetzung des Grundrechts auf Gleichberechtigung durch die Beseitigung bestehender Nachteile, das ist das aktive Wirken für die Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes für jeden Menschen gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, es ist aber auch eine moderne Gleichstellungspolitik, es ist die Akzeptanz und Anerkennung der Vielfalt der Menschen, der Vielfalt der Lebensentwürfe und es ist auch das Ziel, überalterte und starre Rollenbilder zu überwinden. Dass sich das nicht mit einer Weltanschauung verträgt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Kinder und Haushalt in die Zuständigkeit der Frau gehören, Homosexualität nicht normal ist und Frauen das Recht wieder abgesprochen werden soll, frei über sich und ihren Körper zu entscheiden, überrascht uns nicht.

(André Wendt, AfD: Quatsch!)

Aus dieser rückwärtsgewandten Weltsicht heraus will die AfD auch alles abschaffen, was der beruflichen Förderung von Frauen oder der Anerkennung von Akzeptanz, von Geschlechtervielfalt und Regenbogenfamilien dienen könnte.

(Karin Wilke, AfD, meldet  
sich zu einer Zwischenfrage.)

Damit, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, verkennt sie die Realität, denn es ist ausdrücklich nötig – und das haben meine Vorredner bereits gesagt – nicht weniger, sondern mehr für das Thema Gleichstellung zu tun, –

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Petra Zais, GRÜNE:** – auch in Sachsen.

– Ich habe nicht so viel Zeit, ich möchte nicht aus dem Duktus kommen.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wir würden die Zeit aber anhalten.

**Petra Zais, GRÜNE:** Weiß ich, ich möchte es trotzdem nicht.

Herr Spangenberg hat darauf verwiesen und auch danach gefragt, ob der Ministerin Fälle von Benachteiligungen von Frauen bekannt seien. Er hätte tatsächlich nur in seine Große Anfrage schauen müssen – Kollegin Nagel hat im ersten Redebeitrag darauf verwiesen –: Der Blick auf die Beschäftigtenstruktur im öffentlichen Dienst macht nämlich deutlich, dass dieser sozusagen umso männlicher ist, je höher es in der Behördenhierarchie geht. Trauriger Spitzenreiter ist das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, in dem bei 13 Behördenleitern und Stellvertretern die ersten drei Frauen auf Abteilungsleiternebene auftauchen. Dass der öffentliche Dienst und das Beamtenum insgesamt recht weiblich sind, liegt an

dem sehr hohen Frauenanteil in den unteren Besoldungs- und Entgeltgruppen.

Es geht also nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität, wenn wir über das Thema Verhinderung oder Abbau von Nachteilen und von Benachteiligung von Frauen reden.

Der aktuell noch in Arbeit befindliche Frauenförderbericht wird so gut wie keine Veränderung im Vergleich zu seinem Vorgänger zeigen. Das ist bedauerlich, aber deutliche Veränderungen sind bei diesem Thema wahrscheinlich auch nur in längeren Zeitabschnitten möglich.

Nach wie vor ist Teilzeit weiblich. Beurlaubungen aus familiären Gründen sind ebenso weiblich. Dass es mehr weibliche Bewerberinnen auf Stellenausschreibungen des Freistaates gibt, hilft nichts, wenn diese nicht in angemessenem Maße eingestellt und in ihrem beruflichen Fortkommen aktiv gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch dafür, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine starke Gleichstellungsministerin.

Die Staatsregierung hat noch einige Hausaufgaben zu erledigen – das ist unstrittig –, allen voran ein wirksames Gleichstellungsgesetz vorzulegen. Mit dem Aktionsplan „Vielfalt von Lebensentwürfen“ – hierbei ist unsere Fraktion ähnlicher Auffassung wie die Fraktion DIE LINKE – ist ein erster Schritt hin zu einer modernen Gleichstellungspolitik getan worden. Es braucht jedoch auch hierbei noch eine stärkere Verbindlichkeit.

Auch ohne den durch die Anfrage gebotenen Anlass ist es nach Meinung unserer Fraktion an der Zeit, hier in diesem Haus festzustellen, dass der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping im Bereich Integrations- und Migrationspolitik gelungen ist, was die Regierung in den letzten Jahrzehnten hier in Sachsen vorsätzlich vernachlässigt hat.

Erstmalig wurden im Freistaat Sachsen Strukturen geschaffen, welche die Chancen auf Teilhabe von geflüchteten Menschen im Blick haben und den Lebensalltag von Migrantinnen und Migranten verbessern sollen. Das ist, sehr verehrte Frau Köpping, absolut beachtlich in einem über Jahrzehnte hinweg rechtskonservativ regierten Land wie Sachsen, in dem genau diese Themen bisher keine Rolle gespielt haben.

Beispielhaft nennen möchte ich die Förderprogramme für Flüchtlingssozialarbeit und integrative Maßnahmen. Aber auch das Hinwirken auf einen landesweiten Verband der Migrantinnenselbstorganisation erachtet meine Fraktion als eine wichtige strukturbildende Maßnahme. Sicher klemmt es auch hier noch an der einen oder anderen Stelle.

Wir haben im Juni dieses Jahres zwei Förderrichtlinien überarbeitet. Ich kann hier aus Chemnitz berichten, dass man sich besonders darüber gefreut hat, dass an dieser Überarbeitung auch Vereine und Kommunen beteiligt

gewesen sind. Wir können Sie nur auffordern, diese Arbeit konsequent fortzuführen.

Dass das breite Aufgabenspektrum, welches die Ministerin zu absolvieren hat, und die erkämpfte Finanzausstattung der AfD ein Dorn im Auge sind, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, atmet aus jeder Pore der Großen Anfrage, auch aus jeder Pore des uns vorliegenden Entschließungsantrags; denn Sie, Mitglieder der AfD-Fraktion – manchmal bleibt es mir, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich im Hals stecken –, wollen keine Integration. Sie wollen auch keine Einbürgerung und Sie wollen auch kein modernes Staatsbürgerschaftsrecht.

(Unruhe bei der AfD)

Damit wird auch deutlich, dass sie null Interesse an einem Zuwanderungsgesetz haben; denn dieser Teil Ihres Entschließungsantrags ist ein Deckmantel in Reinkultur.

Ihr heimlicher Bundeschef, der Strippenzieher, wenn es um die Spitzenpositionen in der AfD geht, Herr Höcke, hält die Zuwanderung durch sogenannte Fremde nämlich für eine existenzielle Gefährdung Deutschlands, seiner deutschen Identität und ethnischen Homogenität.

(André Wendt, AfD, tritt an ein Saalmikrofon.)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

**Petra Zais, GRÜNE:** Migranten und Zuwanderer zerstörten seiner Ansicht nach Deutschlands Gesellschaft, seine Demokratie und das Volk.

Um es wirklich etwas grundsätzlicher zu machen, möchte ich hier kurz einfach sagen, was Prof. Hajo Funke gesagt hat und was ich aus tiefster Überzeugung teile:

„Dieses Konzept einer organischen Nation, das Konzept des völkischen Nationalismus, ist das fundamentale Gegenkonzept zum Zustand und Selbstverständnis der hiesigen liberal verfassten Demokratie.“

Gerade deshalb, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir die Stärkung und nicht die Schwächung oder Delegitimierung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Wir brauchen demokratische Kultur. Wir brauchen außerschulische politische und historische Bildung. Wir brauchen das Verständnis für das Funktionieren der Demokratie, für ihre Stärken und die ihr innewohnenden Schwächen und Gefahren. Wir brauchen die Verteidigung liberaler Spielräume; denn daran bemisst sich auch, in welchem freiheitlichen Land wir leben.

Deshalb – das ist mein Abschlusssatz – ist jeder Euro, den wir in diese Projekte stecken, gut angelegtes Geld für Sachsen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN –  
André Wendt, AfD, tritt an ein Saalmikrofon.)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Eine Kurzintervention?

**André Wendt, AfD:** Jawohl, Frau Präsidentin. – Ich muss hier einiges richtigstellen, Frau Zais. Sie haben gesagt, dass wir als AfD keine Einbürgerung wollen. Ich möchte ganz kurz aus dem Entschließungsantrag zitieren, und zwar unter Abschnitt II Punkt 6: „sich auf allen Ebenen für ein Zuwanderungsgesetz einzusetzen, welches die geregelte qualifizierte Zuwanderung ausschließlich dringend benötigter Fachkräfte vorsieht.“

In der Begründung haben wir noch einmal ganz klar aufgeführt – jetzt schaue ich kurz, ob ich es finde; genau –:

(André Wendt, AfD, blättert in seinen Unterlagen. – Lachen bei den LINKEN)

„Eine Einbürgerungskampagne, die auf das Ziel ausgerichtet ist, mehr berufstätige Menschen zu deutschen Staatsangehörigen zu machen, ist abzulehnen. Wenn ein Bedarf an qualifizierten Fachkräften besteht, dann muss dies über ein Einwanderungsgesetz geregelt werden. Hierzu darf das Staatsbürgerschaftsrecht aber nicht aufgeweicht werden. Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte kann nicht über eine Einbürgerungskampagne gesteuert werden. Erst am Ende eines langen Integrationsprozesses der integrationswilligen Fachkräfte kann die Einbürgerung stehen.“

Um es noch einmal festzuhalten: Wir sind nicht gegen eine Einbürgerung von Menschen nicht deutscher Herkunft. Gegenteiliges ist der Fall; wir waren die Ersten, die ein Einwanderungsgesetz gefordert haben. Das haben bekanntermaßen die großen Parteien abgelehnt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Zais, bitte.

**Petra Zais, GRÜNE:** Ich möchte darauf antworten, Herr Wendt. Sie haben mir nicht zugehört. Wenn Sie sich hier hinstellen und sich von den Sätzen, die Björn Höcke gesagt hat, dass er Zuwanderung grundsätzlich ablehnt, nicht distanzieren, dann sind Sie in meinen Augen sozusagen nicht glaubwürdig.

Auch was das Zuwanderungsgesetz und Ihre Rede jetzt zur Einbürgerungskampagne anbelangt, müssen Sie sich dann schon einmal entscheiden: Entweder wollen Sie ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das die Zuwanderung erleichtert, oder Sie wollen es nicht.

Wir hatten hier eine Veranstaltung, bei der hatten wir tatsächlich ausländische Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Unternehmen. Sie haben in der Zeit, in der sie hier in Sachsen sind, mehr für dieses Land getan, als Sie es je tun werden.

Wenn Sie sich nach acht Jahren hier einbürgern lassen oder vielleicht sozusagen noch den letzten Anstoß über solch eine Einbürgerungskampagne benötigen, dann ist das doch gut für unser Land. Sie wollen das nicht.

(André Barth, AfD: Dann haben Sie aber Herrn Wendt nicht zugehört! – Petra Zais, GRÜNE: Nein, Sie hören nicht zu! So ein Käse! Gucken Sie einmal in Ihre eigenen Papiere!)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** So. Frau Dr. Muster, bitte.

(André Barth, AfD: Und Herr Höcke ist kein Strippenzieher in der AfD! –

Valentin Lippmann, GRÜNE:

Den kennen Sie gar nicht! –

Zuruf der Abg. Petra Zais, GRÜNE – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir würden gern fortfahren! Ich kann auch noch ein bisschen warten. Frau Dr. Muster?

(André Barth, AfD: Die Bundestagsfraktion der LINKEN beschäftigt auch fragwürdige Leute! –

Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Haben Sie gerade

„auch“ gesagt? Das ist ja interessant! –

Juliane Nagel, DIE LINKE: Ach erzählen

Sie doch nicht! – Anhaltende Unruhe)

– Frau Dr. Muster, Sie stehen aber auf meiner Liste. – Ich frage jetzt einmal, wer noch sprechen möchte. Herr Barth, möchten Sie noch zur Diskussion sprechen

(Zuruf: Bitte!)

oder vom Platz aus alles machen? – Gut. Wer hätte denn noch Interesse daran, hier vorn zu sprechen? – Das ist nicht der Fall. Dann frage ich die Staatsregierung. – Frau Staatsministerin, bitte sehr.

**Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Mit dieser doch schon sehr unüblichen Großen Anfrage bestand offensichtlich der Anspruch, meinen Geschäftsbereich einmal von vorn bis hinten zu durchleuchten. Das mutet im ersten Moment ambitioniert und ganz besonders investigativ an. Ich weiß nicht, ob schon jemals ein sächsisches Ministerium so umfangreich und im Einzelfall betrachtet wurde.

(Zuruf von der CDU: Doch, vom Rechnungshof!)

Doch bis auf den enormen Arbeitsaufwand, den die Beantwortung verursacht hat und für den meinen Kolleginnen und Kollegen bereits gedankt wurde, kann ich, ehrlich gesagt, ausgesprochen zufrieden sein; denn das, was wir bis zum Zeitpunkt der Beantwortung zusammengetragen haben, spricht für sich. Was Sie vorgelegt bekommen haben, ist das verschriftlichte Resultat einer dreijährigen konsequenten Arbeit in meinem Geschäftsbereich, basierend auf dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU und SPD. Es ist die Summe unserer gemeinsamen Bemühungen, Integration zu ermöglichen, Demokratie zu stärken und Vielfalt und Gleichstellung in allen Lebenslagen zu leben.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Doch noch viel wichtiger als das, was wir seit Einrichtung meines Geschäftsbereichs im Jahre 2014 getan haben, ist doch das, was wir seitdem gelernt haben. Was wissen wir also nach drei Jahren SMGI? Wir wissen, dass Gleichstellung mehr als nur die Gleichstellung von Mann und Frau ist, sondern die Akzeptanz der Vielfalt der Lebensentwürfe und Lebensläufe.

Gleichstellungspolitik ist kein singuläres Frauenthema, wie leider so oft versucht wird darzustellen. Es betrifft Frauen und Männer, Junge und Alte, Homosexuelle und Heterosexuelle und richtet sich selbst an AfD-Männer und die blauen Frauen.

(Heiterkeit bei der SPD – Vereinzelt Beifall)

Ich meine es ernst. Moderne Gleichstellungspolitik sollte auf der Höhe der Zeit sein und muss vom Staat gezielt unterstützt werden. Das tun wir beispielsweise durch die Förderung von Existenzgründerinnen im ländlichen Raum oder durch die Unterstützung sächsischer Jungen- und Männerarbeit. In diesem Zusammenhang darf ich durchaus erwähnen, dass auch einer Ihrer Kollegen bei einem solchen Besuch dabei war und dort die Arbeit ausdrücklich gelobt hat; das einmal so ganz nebenbei.

(Zuruf von den LINKEN: Namen!)

Aber was haben wir noch gelernt? Wir wissen, dass eine gelingende Integration letztendlich den wichtigsten Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit bildet. Deshalb haben wir uns von Anfang an um alle Migrantinnen und Migranten gekümmert – um diejenigen, die seit 30 Jahren im Land leben, diejenigen, die als EU-Staatler gekommen sind und genauso um die Geflüchteten der letzten drei Jahre.

Ein Weiteres: Ja, jede Person, die sich hier aufhält, sollte von uns beraten, bei Bedarf betreut und für den Zeitraum ihres Aufenthaltes als Teil unserer Gesellschaft betrachtet werden.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Wenn wir das nicht tun, sind die gesellschaftlichen und damit auch die finanziellen Kosten – Sie haben in Ihrem Antrag ja sehr viel von Kosten gesprochen –, die wir später zu tragen haben, unkalkulierbar.

Was ist darüber hinaus wichtig in der Integration? Wir fördern und fordern, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Menschen, die zu uns kommen, sollten die richtigen Startchancen erhalten. Ihnen muss aber auch bewusst sein, dass sie diese ergreifen müssen, wenn tatsächlich Integration stattfinden soll. Deshalb fördern wir Sprache, unterstützen die Kommunen und fangen mit unserer Form der Erstorientierung sofort in den Erstaufnahmeeinrichtungen an.

Ich sagen Ihnen allen ebenso deutlich das, was wir noch gelernt haben: Mit unseren Integrationsangeboten nehmen wir keinen Einfluss auf den Aufenthaltsstatus. Wir wollen eher dafür sorgen, dass die Menschen unabhängig davon,

wie lange sie in unserem Land leben dürfen, konfliktfrei, selbstständig und im Wissen um unsere Sprache und Grundwerte zwischen und mit uns leben können.

Dann lassen Sie mich noch schnell ins dritte große Feld meines Geschäftsbereiches schauen. Was haben wir in der Demokratieförderung gelernt? Demokratie gilt es immer wieder neu zu erlernen. Noch besser: Sie sollte erlebt werden. Wir wissen, dass Demokratie von den Menschen in unserem Land als mehr verstanden wird als nur darin, ihre demokratischen Grundrechte wahrzunehmen. Für sie geht es offensichtlich auch um Qualität der Entscheidungen, Fragen von sozialer Sicherheit, von Gerechtigkeit, von Abstiegsängsten und Zukunftshoffnungen. Deswegen fördern wir demokratisches Engagement, unterstützen Träger, die sich für unser Gemeinwesen und für Dialog einsetzen; denn Demokratie lebt von Demokratinnen und Demokraten.

Wir müssen leider miterleben, dass einige Führungspopulisten zwar die Flüchtlinge, Muslime und Europabefürworter für alles verantwortlich machen. Wir wissen jedoch genau, dass nicht wenige tief greifende Enttäuschungen, Verletzungen und Demütigungen schon jahrzehntelang in unserer Bevölkerung verankert sind. Es ist unser aller Aufgabe, die Lebensleistung der Menschen vor allem hier im Osten wieder stärker anzuerkennen. Wir müssen und werden uns in der Aufarbeitung der Nachwendezeit wenden müssen. Demokratie braucht alle; da dürfen und werden wir niemanden zurücklassen.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Zum Abschluss allerdings lassen Sie mich noch eines sagen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei denjenigen bedanken, die das nicht nur alles zusammengetragen haben, sondern die es zuallererst einmal geschaffen haben. Ich weiß, dass wir auch hier in diesem Hohen Haus nicht selten über bürgerfreundliche Verwaltungen, über engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über schnelle und möglichst verständliche Kommunikation sprechen. Ich bin stolz auf mein kleines, feines Haus, auf höchst motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen ich weiß, dass sie viel zu oft an die Leistungsgrenze gehen und dass sie stetig den Anspruch haben, am Puls der Zeit zu sein sowie Probleme zu lösen und nicht nur zu beschreiben. Das ist das, was Sie nicht in der Beantwortung der Großen Anfrage finden; doch das ist das, was mein Haus ausmacht.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Wir werden auch die kommenden Jahre nutzen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land weiter zu stärken. Ich danke Ihnen allen, die dabei fachlich, kollegial und konstruktiv mit uns zusammenarbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Meine Damen und Herren, die Behandlung der Großen Anfrage ist beendet.

Wir kommen jetzt zum Entschließungsantrag der AfD-Fraktion in der Drucksache 6/11530. Ich bitte um Einbringung – Herr Spangenberg.

**Detlev Spangenberg, AfD:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Zais, das Recht auf Gleichberechtigung wird von uns nicht bestritten; aber gleichstellen können Sie keinen Menschen: Jeder Mensch ist individuell. Auch Zwillinge sind nicht gleich, sondern sehen nur gleich aus. Jeder ist eine eigene Person. Sie können nur Gleichberechtigung fordern, aber keine Gleichstellung. Das geht überhaupt nicht.

Außerdem muss ich fragen: Warum beschimpfen Sie die Frauen, die Teilzeitarbeit machen wollen oder sich für Kinderbetreuung entscheiden? Das ist deren Privatangelegenheit. Gewöhnen Sie sich doch einmal Ihre diktatorischen Vorstellungen aus einer anderen Zeit ab, die wir überwunden geglaubt haben. Darüber, meine Damen und Herren, sollten Sie einmal nachdenken.

Ich gehe einmal kurz auf diesen Antrag ein: Der Landtag stellt fest, dass zum Beispiel Frauenförderung zumindest indirekt Männer benachteiligt. Hiermit geht es schon in der Schule los; ich habe darüber schon einmal gesprochen: Die Jungs haben Lernschwächen und Leseschwächen, sind benachteiligt und haben die geringeren Bildungsabschlüsse. Dazu kommt aus Ihrem Ministerium überhaupt nichts, darüber habe ich nichts gehört. Außerdem haben Männer die ganze Dreckarbeit in diesem Land zu leisten und werden aus Gründen der Arbeitsgefährdung im Beruf häufiger frühverrentet usw.; das kennen wir alles. Dazu kommt überhaupt nichts.

Dann sollte der Landtag feststellen, dass Sexualität jedermanns eigene Angelegenheit ist und grundgesetzlich durch das Recht der allgemeinen Handlungsfreiheit, speziell durch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, geschützt wird. Das heißt, keine Indoktrination durch den Staat; Sexualität und Lebensweise sind Privatsache.

Da stellen wir wieder fest, dass die Umsetzung des Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen zu einer verfassungswidrigen Indoktrination von Kindern in den Kindertageseinrichtungen und Schulen führt. Darüber gibt es das sogenannte Winterhoff-Gutachten, festgestellt auch noch einmal vom Bundesverfassungsgericht, das noch einmal feststellt, dass die elterliche Gewalt über die Kinder immer über dem steht, was die Schule will. In diesem Fall verstoßen Sie dagegen: „Das staatliche Erziehungsrecht ist gleichrangig bzw. stehen als Eltern noch darüber.“

Zur Akzeptanz will ich nur eines noch einmal deutlich sagen: Wir akzeptieren das nicht, wir tolerieren das. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied zur Akzeptanz.

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE:  
Nicht einmal das tun Sie!)

– Lassen Sie einmal, Frau Buddeberg; ich komme schon klar. Ich toleriere das, aber akzeptieren muss ich das nicht. Warum denn? Wir tolerieren das, und damit ist die Sache auch ausreichend formuliert.

Der Antrag stellt weiterhin fest, dass die Integration kein gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, den es zu fördern gilt – ihn sollten wir nicht fördern –; vielmehr ist Integration die Anpassung des Integrationswilligen an die örtlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten usw.

(Geert Mackenroth, CDU: Das ist Assimilation!)

Das heißt übersetzt, das ist Bringepflicht von Ausländern, aber nicht, dass wir uns da groß in Stellung bringen müssen. Erst wollen wir einmal, dass von den Leuten etwas kommt, die zu uns kommen wollen, und dann können wir auch etwas tun, aber nicht so herum, wie Sie das wollen.

Dann wollen wir noch einmal Folgendes feststellen: Der Landtag stellt fest, dass unter dem Deckmantel der Demokratieförderung zumeist Organisationen und Projekte –

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Spangenberg, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Detlev Spangenberg, AfD:** – gegen Rechtsextremismus gefördert werden.

(Oh-Rufe von der SPD)

– Ja, es war meine letzte Rede im Landtag. Schade!

(Zuruf von den LINKEN: Juhu!)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD – Petra Zais, GRÜNE:  
Sie haben uns den Abschied leicht gemacht!)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wer möchte jetzt zum Entschließungsantrag sprechen? – Bitte, Frau Kollegin.

**Daniela Kuge, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Als Mitglied der CDU hatte ich, ehrlich gesagt, auch meine Zweifel, ob es eine eigene Ministerin für das Ressort Gleichstellung und Integration braucht. Aber gerade bei dem Teil Integration ist es extrem wichtig, gut und effizient zu arbeiten. Doch das ist das Arbeitsgebiet meines Kollegen Jörg Kiesewetter.

Über das Ressort Gleichstellung wird oft gelacht. Doch es ist wichtig, dass gerade wir als Regierungsparteien Verantwortung für die Gleichberechtigung von Frau und Mann tragen, Diskriminierung bekämpfen, Demokratie fördern, Minderheiten nicht nur tolerieren, sondern auch akzeptieren. Es tut uns allen gut, ab und an einfach einmal über den Tellerrand hinauszublicken.

Der Abbau von Geschlechterstereotypen muss so gefördert werden, dass gleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in Familien stattfinden kann. Wer sich

für Kinder entscheidet und daher auf Karriere verzichtet, darf nicht benachteiligt werden. Das gilt auch für die Personen, die ihre Eltern pflegen. Gerade bei mir im ländlichen Raum ist dies ein wichtiger Grund. Hierbei können auch Anreize für Existenzgründerinnen unterstützend helfen. Weitere beachtenswerte Aufgaben im Gleichstellungsbeirat sind für mich der Fachbereich Männer- und Frauengesundheit. Da liegt der Schwerpunkt tatsächlich in realen Fachthemen.

Ich wünsche uns allen in Bezug auf die Arbeit von Ministerin Köpping einen klaren Verstand und hier und da das richtige Bauchgefühl. Was aber nicht passieren darf, ist, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kunst der Westsächsischen Hochschule Zwickau in den kommenden drei Jahren 780 000 Euro an Fördermitteln streicht. Die WHZ hat das Ziel der Durchsetzung des Gleichstellungsauftrages nicht erfüllt. So sei der Anteil der Frauen bei Professuren und wissenschaftlichem Personal nicht genügend erhöht worden. Dabei liegt unser Frauenanteil mit 24 % schon über dem Bundesdurchschnitt, so die Sprecherin Silke Dinger.

Liebe Kollegen! Sie sehen, es gibt in dem Ressort von Ministerin Köpping noch genug zu tun. Packen wir es an. Daher kann die CDU dem Antrag der AfD nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Und die Linksfraktion. Frau Buddeberg, bitte.

**Sarah Buddeberg, DIE LINKE:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir lehnen den Antrag ab. Inhaltlich hat meine Kollegin Jule Nagel eigentlich alles dazu gesagt. Aber ich möchte noch einmal klarstellen, dass dieser Entschließungsantrag ganz großer Humbug ist. Das hat auch der Klassenclown der AfD hier zum Ausdruck gebracht.

(Zurufe von der AfD –  
Sebastian Wippel, AfD: Das ist respektlos!)

Mir tun jetzt schon die Kolleginnen und Kollegen in Berlin leid.

Sie reden in Ihrem Entschließungsantrag von einer Desinformationskampagne. Das wundert mich nicht; denn damit kennen Sie sich bestens aus. Wenn Sie allerdings nicht mehr in der Lage sind, die Zahlen, die Sie selber abfragen, richtig zusammenzurechnen, würde ich empfehlen, die Batterien im Taschenrechner auszuwechseln. Dass Ihre Vorstellung von Gleichstellungspolitik gewohnt rückwärts gewandt ist, darüber müssen wir nicht weiter reden.

(Karin Wilke, AfD, steht am Mikrofon.)

Aber was mich ärgert, ist, dass Sie wirklich keine Ahnung haben. Das merkt man, wenn man den Antrag liest. Vielleicht liegt das auch daran, dass der Vertreter der AfD, der dem Gleichstellungsbeirat angehört, dort einfach nicht

auftaucht. Nicht, dass ihn dort jemand vermissen würde, das nicht, aber würde er das tun, wüsste er zumindest,

(André Wendt, AfD: Ich war schon zugegen, Frau Buddeberg!)

dass die LAG „Junge Männer“ dort mit am Tisch sitzt, dass wir vor zwei Wochen sehr ausführlich darüber diskutiert haben, wie das jetzige Frauenfördergesetz ein modernes Gleichstellungsgesetz werden kann, das nämlich ausdrücklich Männer in den Blick nimmt. Dann wären Ihre Sorgen vielleicht ein wenig kleiner.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Sarah Buddeberg, DIE LINKE:** Nein. – Die AfD verfährt wieder einmal nach dem Motto: Was interessieren mich Argumente, wenn ich eine Meinung habe? Wir lehnen den Entschließungsantrag aus vollem Herzen ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Eine Kurzintervention?

**André Wendt, AfD:** Genau, auf den Redebeitrag von Frau Buddeberg.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Halt, jetzt muss ich erst einmal schauen.

(Christian Piwarz, CDU: Das ist nicht zulässig! Es ist kein Debattenbeitrag! –

Karin Wilke, AfD: Wir sind erstaunt über den Klassenclown! –

Christian Piwarz, CDU: Leute, das hatten wir doch schon!)

Nein, ist nicht zulässig. Entschuldigung. – Möchte noch jemand zum Entschließungsantrag sprechen? – Bitte.

**Iris Raether-Lordieck, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt noch einmal zum Entschließungsantrag. Die AfD-Fraktion hat keine Antworten. Ihr fehlen Ideen und Mut, sich für ungerecht behandelte Menschen einzusetzen. Etwas anderes kann ich aus dem Entschließungsantrag nicht erkennen. Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag – und das nehme ich jetzt vorweg – natürlich ablehnen.

Ich werde der Zeit wegen nur zu den Punkten sprechen, die sich auf die Gleichstellung beziehen. Das Fazit Ihres Entschließungsantrags ist: Die AfD macht lieber gar nichts und lässt viele Menschen, besonders Frauen, in ungerechten Situationen allein. Sie verweigern sich gänzlich jeglicher Gleichstellungspolitik, würden sie am liebsten komplett abschaffen.

(Zurufe von der AfD)

Das haben Sie gesagt. Dabei begreifen Sie nicht, dass Gleichstellungspolitik allen zugute kommt, zunächst

natürlich Frauen, die nach wie vor in vielen Lebensbereichen benachteiligt werden. Während Männer seit Jahrhunderten auf ihre Seilschaften vertrauen können, müssen sich Frauen diese Netzwerke in vielen Bereichen immer noch aufbauen.

(Karin Wilke, AfD: Das machen sie von ganz allein!)

Ich mache das schon, ja, wunderbar. – Kein Wunder, schließlich durften sich Frauen über Jahrhunderte weder politisch noch gesellschaftlich engagieren und selbstständig einen Beruf ergreifen. Das Wahlrecht für Frauen, das Recht, zu studieren, das Recht, einen Führerschein machen zu können, das Recht, eine Arbeit aufnehmen zu dürfen, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung – all das war nur mit Hilfe der Gleichstellungspolitik und dem unermüdlichen Willen vieler mutiger Frauen möglich – und Sie wollen uns nun allen Ernstes erzählen, dass Gleichstellungspolitik unnötig ist?

In Ihrem Antrag sprechen Sie davon, dass Gleichstellungspolitik natürlich gewachsene Strukturen verändern und damit die Gesellschaft uniformieren will. Nach dieser Auffassung hätten all die von mir erwähnten Rechte, die sich Frauen vergangener Generationen erkämpft haben, ihnen nie zugestanden werden dürfen. Denn in Ihrer Vorstellung ist eine natürlich gewachsene Struktur:

(Sebastian Wippel, AfD: Das ist so abstrus, und das müssen Sie auch noch ablesen!)

Da stehen Männer anscheinend naturgemäß nun einmal über Frauen. Frauen haben sich im Zweifelsfall unterzuordnen. Frau Petry durfte das spüren.

Sie sprechen vom Leistungsprinzip, das durch eine Gleichstellungspolitik ad absurdum geführt würde. Ihrer Meinung nach sind Frauen also selber schuld daran, wenn sie in Vorstandsetagen nicht angemessen vertreten sind. Nach Ihrer Argumentation sind Frauen in Deutschland nicht clever und qualifiziert genug. Ich frage mich, ob Sie diesen Quatsch auch Ihren Töchtern und Enkelinnen erzählen würden.

Gleichstellungspolitik hilft aber nicht nur Frauen, sondern auch Männern, indem sie gerade diese

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte zum Ende kommen.

**Iris Raether-Lordieck, SPD:** von veralteten, – Entschuldigung – bescheuerten Rollenbildern richtiger Männer befreit. Ich danke Petra Köpping für ihren Einsatz und ihre Kraft. Sie hört zu, hilft Menschen, kümmert sich ehrlich und lässt sie nicht allein.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Zais, bitte.

**Petra Zais, GRÜNE:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe einmal zusammengezählt: Allein der Umstand, dass sich neun von 13 Punkten des Feststel-

lungsteils im Entschließungsantrag der AfD mit dem Thema Frauenförderung, Geschlechterquote und sexueller Orientierung befassen, zeigt, wie ausgeprägt und zentral der Abwehrreflex der AfD gegenüber jeglicher Art von Liberalität und Vielfalt tatsächlich ist, gleich, ob kultureller oder gesellschaftlicher Art. Sie, Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der AfD, sind das Gegenteil von allem, was eine moderne Gesellschaft heute ausmacht.

Aber wir leben im 21. Jahrhundert. Wer sich diesen Entschließungsantrag anschaut, sieht, wie wichtig es ist, dass wir dieses Roll back in der Gleichstellungspolitik nicht zulassen dürfen, gleich, mit welcher politischen Ausrichtung wir als Demokraten in diesem Landtag sitzen.

Ja, jetzt können Sie ruhig einmal klatschen; das fände ich ganz in Ordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD)

Den Herren von der AfD kann ich nur raten: Machen Sie sich locker und werfen Sie Ihre Verkrampftheit über Bord. Es tut tatsächlich nicht weh, eine Frau als Chefin zu haben.

(Lachen bei der CDU – Christian Piwarz, CDU: Das haben die hinter sich, Frau Zais!)

– Frau Petry ist als Stichwort gekommen.

Ich fange noch einmal an. Es tut tatsächlich nicht weh, eine Frau als Chefin zu haben. Es tangiert Sie nicht, wenn ihre Gartennachbarin mit einer Frau verheiratet ist, und es ist zum Beispiel spannend, mit indischen Kollegen zu fachsimpeln. Alles nicht schlimm. Ich sage Ihnen: wirklich nicht schlimm. Aber natürlich ist das für Sie kompliziert und schwierig. Das drückt sich in Ihrem Entschließungsantrag aus, den meine Fraktion natürlich und selbstverständlich ablehnen wird.

Für Herrn Spangenberg habe ich noch den guten Rat, wenn er denn in Berlin aufschlägt,

(Zuruf von der CDU: Einschlägt!)

tatsächlich in die Fraktion hineinzutragen, dass die erste große Bundestagsinitiative der AfD das hier angekündigte Zuwanderungsgesetz ist. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Alle Fraktionen haben gesprochen. Ich würde jetzt gern zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der AfD kommen. Wer gibt die Zustimmung? –

(Christian Piwarz, CDU: Alle vier!)

Die Gegenstimmen, bitte? – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen, wenigen Stimmen dafür ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zu

## Tagesordnungspunkt 9

### Erasmus+ für Sachsen verstärkt nutzen

#### Drucksache 6/11381, Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Die Fraktionen können zu dem Antrag Stellung nehmen. Es beginnt die einreichende Fraktion, Herr Abg. Schiemann von der CDU. Danach folgen SPD, DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung, wenn sie es wünscht. Angemeldet ist zusätzlich Frau Kersten. – Herr Schiemann, bitte.

**Marko Schiemann, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 30 Jahre Erasmus-Programm sind 30 Jahre Bildung als Brücke zwischen den freien Nationen Europas. Was 1987 als bescheidenes Austauschprogramm begann, hat sich zu einem bedeutenden Programm für die Jugend Europas entwickelt. Hatten es anfangs 3 000 Studenten genutzt, so werden bis zum Jahr 2020 3 Millionen Menschen unterstützt. Dabei werden besonders junge Menschen in der Zeit ihrer Ausbildung finanziell bei Auslandsaufenthalten unterstützt.

Es besteht zum Beispiel die Möglichkeit, im Ausland zur Schule zu gehen, zu studieren oder eine Aus- oder Fortbildung zu absolvieren. Gleichzeitig gibt es die Möglichkeit, Arbeitserfahrungen in anderen Ländern zu sammeln oder sich in der Freiwilligenarbeit zu engagieren. Dabei wird das Erlernen von Sprachen unterstützt.

Neben den 28 EU-Mitgliedsstaaten nehmen Norwegen, Island, Mazedonien, die Türkei und Liechtenstein an dem Programm teil. Das aktuelle Erasmus-Programm verfügt in seiner Laufzeit von 2014 bis 2020 über Mittel in Höhe von 14,8 Milliarden Euro.

Nunmehr haben wir die Hälfte des aktuellen Programms überschritten, sodass es dringend notwendig ist, die gesammelten Erfahrungen zu bewerten und klare Botschaften nach Berlin, aber auch in Richtung der Europäischen Union zu senden. Ein Ergebnis ist völlig klar: Künftig, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss das Erasmus-Programm wieder geändert werden. Die Zusammenlegung der Förderbereiche Hochschule, Schule, Erwachsenenbildung und Berufsbildung funktioniert in der Praxis nicht. Wohl hat der Bereich der Hochschulen und besonders die Nutzung des Auslandsstudiums eine gute Fördergrundlage. Für den Bereich der Schulen und der weiteren Zielgruppen ist jedoch in den letzten Jahren ein großer Schaden mit der Zusammenlegung eingetreten. Besonders im Schulbereich hat sich durch die veränderten Förderbedingungen mit der Zusammenlegung zu Erasmus+ ein dramatischer Einbruch bei der Nutzung des Programms ergeben.

Hier muss die Notbremse gezogen werden. Wir müssen wieder zurück zur Subsidiarität im Denken. Die EU-

Verwaltung darf nicht zulasten der Jugend Europas ihren Aufwand reduzieren, aber gleichzeitig damit die guten Ziele verfehlen. Das können wir nicht akzeptieren.

Wir wollen, dass Erasmus allen Jugendlichen zugänglich bleibt, in der Schule besonders den Schwächsten in der jeweiligen Klasse. Wir müssen wieder dorthin zurückfinden, wo es im Bereich der Schulen mit den Programmen Comenius, Leonardo und Grundtvig begonnen hat. Wir verschließen uns keinesfalls notwendigen Änderungen. Diese müssen jedoch nutzbar sein. Ziel muss die Verbesserung der Chancen zur Nutzung der europäischen Erasmus-Förderung bleiben. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der Jugendbegegnungen über Grenzen hinweg, dies aber nicht nur für die Eliten, sondern auch und gerade für die Schüler, die eine besondere Unterstützung brauchen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine Stärkung der Schulpartnerschaften. Hier würde ich mir mehr Aktivitäten mit Schulen in der Tschechischen Republik und der Republik Polen wünschen. Dies ist eine Grundlage für die Verständigung zwischen den Völkern Europas. Das fördert gleichsam die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wenn Jugendliche die Sprache, die Kultur und die Besonderheiten der Nachbarländer erfahren, so werden sie auch als Erwachsene mehr für das Verständnis zwischen den Völkern beitragen. Kennenlernen, Austausch und Verständigung führen zu guter Nachbarschaft. Gute Nachbarschaft bleibt ein wichtiges Fundament für den Frieden in Europa.

Wenn Erasmus Erfolg haben soll, muss in den Schulen und in der Berufsausbildung ein Kurswechsel geschehen. Wir fordern deshalb die Vereinfachung der Antragsverfahren, die Erhöhung der Förderquote und die Reduzierung der Eigenmittel für Schulen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen, die Überprüfung der komplexen Abrechnungsverfahren, eine stärkere Förderung von Kleinprojekten, die personelle Stärkung durch Koordinatoren auch für Berufsschulen im Freistaat Sachsen und die Vereinfachung für Projekte mit grenzüberschreitender Schulpartnerschaft zu den Nachbarländern. Die Schulen müssen in der Lage sein, das Erasmus-Programm endlich wieder zu nutzen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich glaube, das ist ganz wichtig, weil wir dort durch diese Zusammenlegung sehr viele Verluste erlitten haben.

Das Erasmus-Programm ist eine wichtige Grundlage, um die Vielfalt Europas zu erleben und kennenzulernen.

Dabei muss Bildung an erster Stelle stehen, so wie es sich Johann Amos Comenius zum Leitwort gemacht hat: „nicht durch Pauken allein, sondern durch Vorbild“. Vorbild – das soll auch für die EU gelten, damit Erasmus für mehr Jugendliche in der Europäischen Union stärker erlebbar wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

### 1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion.

**Holger Mann, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr als 750 000 Menschen in 1 900 Veranstaltungen und Projekten in 44 Ländern – das ist die Bilanz von Erasmus+ im ablaufenden Jahr. Erasmus+, das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, fasst seit 2014 die bis dato bestehenden Programme zusammen, um grenzüberschreitende Bildung in der EU zu fördern. So haben seit der Einführung von Erasmus+ bereits 2 Millionen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund die Gelegenheit ergriffen, im Ausland zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren, sich freiwillig zu engagieren und berufliche, aber auch private Erfahrungen zu sammeln.

Im 30. Jubiläumjahr von Erasmus, das Ende November feierlich begangen wurde, konnte man deshalb auch eine andere positive Bilanz nachlesen: Es haben bisher nicht nur 9 Millionen Menschen am Programm teilgenommen, sondern nach groben Schätzungen gibt es bereits 1 Million Erasmus-Babys, Kinder also, denen der europäische und interkulturelle Austausch quasi in die Wiege gelegt wurde. Man sieht: Europa verbindet in vielerlei Hinsicht.

Zurück zu den intendierten Programmeffekten. In Zeiten der Globalisierung leistet das EU-Bildungsprogramm einen aktiven Beitrag durch die Vermittlung gegenseitigen Respekts, interkulturellen Verständnisses und eines friedlichen Miteinanders in Europa. Ein Aufenthalt im europäischen Ausland fördert Fremdsprachenkenntnisse und Kommunikation, weitet aber auch den Horizont junger und zunehmend auch älterer Menschen. In der Perspektive wird es hoffentlich einen kontinuierlichen Beitrag dazu leisten, weiteres Vertrauen für die Europäische Union und ihre Institutionen zu gewinnen. Mit dem Blick auf die jüngsten Daten des Sachsen-Monitors müssen wir gemeinsam für mehr Vertrauen und Akzeptanz werben. Dazu kann auch ein gut funktionierendes EU-Programm einen Beitrag leisten.

Die Kolleginnen und Kollegen des Europaausschusses werden sich vermutlich an die interessante Anhörung zu diesem Thema erinnern. Diese war für uns Anlass, den eingebrachten Antrag weiterzuentwickeln und heute diese Debatte im Hohen Haus zu führen.

Wir befinden uns gerade auf Bundes- und europäischer Ebene mitten in den Diskussionen zur Fortführung von

Erasmus+ und zur zukünftigen Ausgestaltung. Dazu wollen wir einen Impuls geben.

Kommissionspräsident Juncker fasste es im Juni dieses Jahres wie folgt zusammen: „Jeder Euro, den wir in Erasmus+ investieren, ist eine Investition in die Zukunft – in die Zukunft eines jungen Menschen und in die Zukunft unserer europäischen Idee. Ich kann mir nichts vorstellen, was investitionswürdiger wäre als diese für die Zukunft so wichtige Generation.“

Anfang November folgte auf dem EU-Sozialgipfel deshalb sein Vorstoß, die Anzahl der Menschen, die an diesem Programm teilnehmen, auf etwa 7,5 % zu verdoppeln, was in der neuen Förderperiode fast 30 Milliarden Euro erforderlich machen würde – ein Ziel, das sich die Staats- und Regierungschefs jedoch zu eigen gemacht haben. Sie sprachen sich für ein deutlich gestärktes, inklusives und erweitertes Erasmus+-Programm aus. Die Richtung stimmt also, und in der Folge gab es in den letzten Wochen erste positive Bewegungen. Ministerrat und EU-Parlament haben das Budget für 2018 um 23 Millionen Euro verstärkt. Künftig stehen 2,3 Milliarden Euro im Jahr zur Verfügung.

Die Forderung nach einem umfänglichen Programm und guter Finanzausstattung ist das eine. Das andere – und wohl der weitaus wichtigere Teil des Antrags – ist der Beitrag, den wir im Freistaat Sachsen selbst leisten können. Abseits der Unterstützung auf europapolitischem Parkett können wir also die Bereiche Beratung und Unterstützung hier vor Ort selbst stärken. Ich blicke in erster Linie auf den Kulturbereich; die Probleme wurden bereits von Kollegen Schiemann angesprochen. Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass sowohl in den Schulen als auch bei den Trägern der Weiterbildung mehr Unterstützung sowohl beim Antragsverfahren als auch bei der Abwicklung benötigt wird. Deutlich wurde, dass die bestehenden Koordinatoren eine wichtige Stütze sind, die es zu stärken gilt. Wenn wir wollen, dass mehr Anträge erfolgreich sind, dann sollten wir hier ansetzen.

Die Hochschulen zeigen, dass über Beauftragte und Koordinatoren erfolgreich eine gezielte Beratung sowie Unterstützung im Antragsverfahren erfolgen kann. In Zeiten des Lehrermangels aber sollte diese Aufgabe in den Schulen deshalb nicht unbedingt von Lehrern erledigt werden. Wir brauchen also schulunterstützendes Verwaltungspersonal, und ich hoffe daher persönlich sehr, dass wir auch auf diese Initiative hin im kommenden Doppelhaushalt Aufwüchse vorfinden werden.

Zudem sollten Antrags- und Abrechnungs- sowie Verwaltungsaufwand reduziert werden. Wenn die Projektanbahnung aber an finanziellen Eigenmitteln oder Kofinanzierungsanteilen scheitert, sollten wir auch intensiv prüfen, ob nicht ein kleiner Projekttopf die notwendige Abhilfe schaffen kann, um Austauschmaßnahmen zu initiieren.

Zum Abschluss auch ein kritischer Blick auf den Hochschulbereich. Vieles läuft dort bereits erfolgreich, einiges könnte aber auch hier vereinfacht werden und zur administrativen Erleichterung beitragen. Wichtig ist aber, dass

regelmäßig reflektiert wird, wie die Anerkennungspraxis vonstattengeht und welche Mobilitätsfenster tatsächlich für Studierende bestehen. Auch das ist Teil von Qualitätssicherung in Lehre und Studium in einem europäischen Hochschulraum, über den wir gestern diskutierten.

In jedem Fall sollten die Studiengänge unter die Lupe genommen werden, die mit einem Staatsexamen abschließen. Wir fordern Weltoffenheit und interkulturelle Kompetenzen, nicht zuletzt von angehenden Lehrern, Richtern, Anwälten und Ärzten. Dann sollten wir aber auch Sorge dafür tragen, dass junge Menschen ihre Chance erhalten, sich in Europa umzuschauen und eigene Erfahrungen zu sammeln. Bei diesen Studien- und Prüfungsordnungen hat die Staatsregierung ein Mitspracherecht, also sollten wir die Gestaltungsspielräume gemeinsam mit den Hochschulen nutzen.

Ich könnte sicher weitere Beispiele und Ansätze aus der Anhörung aufzählen, aber diese können Sie alle, meine Damen und Herren, im umfassenden, ausführlichen und detaillierten Antrag nachlesen. Ich bitte deshalb für die SPD-Fraktion um Zustimmung und freue mich jetzt schon auf das Handeln der Staatsregierung sowie deren Bericht. Erasmus+ ist ein Erfolg der europäischen Einigung, den wir gemeinsam ausbauen sollten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Linksfraktion, bitte; Herr Abg. Jalaß.

**René Jalaß, DIE LINKE:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen und AfD! Uns liegt heute der zweite Antrag der Koalitionsfraktionen zum Erasmus-Programm vor, und im aktuellen Antrag konnte man den Ursprungsantrag vollständig wiederfinden. Zu diesem wiederum gab es von der Staatsregierung eine Stellungnahme, und es fand eine Anhörung im Europaausschuss statt.

Nun überraschen Sie uns mit einem zweiten, durchaus ergänzten Antrag. Er greife die wesentlichsten Ergebnisse der Anhörung auf, heißt es in der Antragsbegründung. Eine Stellungnahme der Staatsregierung wartet man jedoch nicht ab. Allein die Fragen im Berichtsteil – wie gesagt, identisch mit dem ersten Antrag – hatte sie ja am 4. März 2016 umfassend beantwortet.

Meine Damen und Herren! Das europäische Bildungsprogramm Erasmus+ ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. Um im Ausland studieren, sich weiterbilden, Berufserfahrung sammeln oder Freiwilligenarbeit leisten zu können, stellt die EU insgesamt 14,7 Milliarden Euro für die gesamte Förderperiode zur Verfügung. Im EU-Haushalt für das Jahr 2018 sind die Mittel für das Mobilitätsprogramm Erasmus+ gestiegen und betragen nun 2,3 Milliarden Euro.

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Horst Hippler, bezeichnete die Erhöhung der Mittel

als erfreulich, mahnte jedoch, dass – Zitat – „für Schulterklopfen keine Zeit“ bleibe. Um ihn noch weiter zu zitieren: „Der Brexit und die Neuausrichtung des EU-Finanzrahmens stehen vor der Tür. Die beiden EU-Leuchtturmprogramme Erasmus+ für den Studierenden-austausch und Horizont 2020 für Forschung und Integration sind weiterhin kleine Posten im Gesamthaushalt der EU. Das wird ihrer Bedeutung für die Zukunft Europas nicht gerecht. Deshalb müssen diese Programme weiter gestärkt werden, auch wenn die Mittel absehbar knapper werden. Die Europäische Kommission weist den Weg, indem sie fordert, die Mittel für diese Bereiche zukünftig erheblich auszuweiten – für Erasmus+ sogar zu verdoppeln. An diesen ambitionierten Zielen müssen sich in Zukunft die deutsche Regierung im Europäischen Rat sowie das Europäische Parlament messen lassen.“

Auch DIE LINKE hat im Bundestag eine Aufwertung des Programms gefordert. In einem Antrag vom Juni 2017 forderte DIE LINKE eine deutliche Aufstockung der Mittel und eine Erleichterung der Antragstellung. Die Fraktion setzte sich zudem dafür ein, dass im Rahmen der jeweiligen nationalen Agenturen nach geeigneten Unterstützungsmöglichkeiten gesucht wird, damit auch die durch die komplizierte Antragstellung bisher benachteiligten Zielgruppen erreicht werden. Auch die Sichtbarkeit der einzelnen Programmteile soll wieder erhöht und die Spezifika der Bildungsbereiche sollen besser beachtet werden.

Um es klar zu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir begrüßen ausdrücklich die Bündelung ehemals einzelner europäischer Programme und in diesem Zusammenhang eine deutliche Aufstockung der Mittel und unterstützen daher auch die Forderung nach Vereinfachung der Antragstellung und Beseitigung von Hürden, vor allem im Schulbereich.

(Beifall bei den LINKEN)

Es ist nämlich ein Problem, dass sich die administrative Ausrichtung des Programms stark am Hochschulbereich orientiert. Es werden inzwischen umfassende Antragsverfahren, EDV-Tools und Durchführungsbestimmungen für alle Einrichtungen verbindlich vorgeschrieben, die eher an den Universitäten als an den Schulen verortet werden. Insoweit sind die Schulen im Nachteil.

Es ist ein Unterschied, ob ich an der Universität beispielsweise ein International Office einsetzen kann, um einen Antrag zu stellen, oder ob dies von einer Schulleitung oder einer Lehrkraft nebenher geleistet werden muss. Auf die Attraktivität eines Programms haben auch die ihm innewohnenden Verfahren Auswirkungen.

Die größten Hürden im Schulbereich bestehen nach wie vor darin, dass Einzelpersonen keine Anträge stellen können und die Vorbereitung und die Anbahnung eines Schüleraustausches nicht explizit gefördert wird. Das wurde auch in der Anhörung deutlich und muss im Fokus aller Bemühungen der Staatsregierung gegenüber dem Bund und der EU stehen; denn wir wollen, dass das

durchaus gute und erfolgreiche Programm besonders in Sachsen seine Wirksamkeit voll entfalten kann.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch einmal einen Blick in die Begründung Ihres Antrags werfen. Sie schreiben: „Sachsen ist seit jeher ein weltoffenes Land.“ Nicht zuletzt – wir hörten es heute schon – straft Sie der Sachsen-Monitor diesbezüglich Lügen.

Erasmus-Beauftragter an der Juristischen Fakultät der Uni Leipzig ist ein gewisser Juraprofessor.

(Zuruf von der SPD: Nicht mehr!)

Dieser hatte sich in privaten Twitter-Äußerungen für ein weißes Europa und gegen die ungehemmte Vermehrung der Afrikaner und Araber ausgesprochen. Das sächsische Wissenschaftsministerium hat daraufhin dienstrechtliche Schritte gegen den Professor geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, auf diesem Weg nicht gegen ihn vorgehen zu können. Das war leider zu erwarten.

Es darf aber nicht länger sein, dass solche Menschen weiterhin als Erasmus-Beauftragte tätig sind; denn das aktuelle Programm steht für den europäischen Zusammenhalt, es steht für Weltoffenheit, und es steht für internationalen Austausch. Derzeit hat der zuständige Fakultätsrat ein Verfahren zur Abberufung des Professors angestrengt. Ich hoffe natürlich, dass es erfolgreich sein wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa erleben, Sprachen erlernen und anwenden, mit Menschen aus anderen Nationen, Kulturen, ja, auch anderen Religionen ohne Berührungängste in einem grenzenlosen Europa zu lernen, zu studieren, zu arbeiten und zu leben – wenn das auch durch Erasmus+ selbstverständlicher wird, dann wird auch Sachsen auf einen guten Weg zu einem wirklich weltoffenen Land sein. Das unterstützen wir und stimmen daher dem Antrag zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Und die AfD-Fraktion, Frau Wilke, bitte.

**Karin Wilke, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag werden wir aufgefordert, die aktuellen Herausforderungen in Europa als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verbreiten. Es folgen die üblichen Lehrformeln von Frieden, Solidarität und Weltoffenheit – Herr Mann erwähnte es schon. Danach geht es um die Stärkung der Europakompetenz, die Erhöhung der Mobilität, um die Verbesserung von interkulturellen Kompetenzen, den Erwerb und die Verbreitung der beruflichen Qualifikation durch das anwendungsorientierte Training fremder Sprachen und um den Abbau fremdenfeindlicher Vorurteile.

All dies soll der Vollendung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes dienen. Ob und wie die Zusammenführung der vormals einzelnen Programmsäulen für Hochschule, Schule, Erwachsenenbildung, beruflicher

Aus- und Weiterbildung und nunmehr auch noch Sport zu dem bürokratischen Monstrum Erasmus+, die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten auf EU-Ebene insgesamt verbessert hat, darüber soll berichtet werden.

Nicht unerwähnt bleibt auch der Mittelaufwuchs, der durch die Zusammenlegung der ursprünglich eigenständigen Programme generiert wurde. Welch eine Verballhornisierung von mühselig erarbeiteten Steuergeldern!

Wie die Anhörung im Europaausschuss des Hohen Hauses ergab, klemmt und hakt das Programm an allen Ecken und Kanten der Praxis. Das liegt aber nicht daran, dass in Sachsen gegen die Islamisierung demonstriert wird, wie die Begründung des Antrags mit stereotypen Behauptungen zu suggerieren versucht, sondern an der bürokratischen Planwirtschaft, die nichts mehr hasst als Eigeninitiative. Vertrauen ist gut, aber Kontrolle verschafft bekanntlich mehr Macht.

Nur darum geht es in einem Programm, das sich missbräuchlich nach einem der größten unabhängigen Geister Europas nennt, einem Mann, der als treuer Katholik eine treibende Kraft des Protestantismus war. Bei Erasmus+ denke ich eigentlich mehr an die Firma „Erasco“, also an einen Eintopf oder an einen Topf, als an die Vielfalt Europas. Europas Jugend soll zu einem politisch korrekt konservierten Eintopf verkocht werden. Da vergeht einem der Appetit – wie jedem, der sich einmal durch den Antragssumpf eines Erasmus-Projektes gequält hat. Der Europagedanke der Jugend war schon mal weiter. Dabei denke ich nicht nur an den guten alten Interrail-Pass.

Dazu zwei Beispiele aus meinem familiären Umfeld: Vor 100 Jahren machte sich ein junger Tuchhersteller aus dem schönen Vogtland auf die beschwerliche Reise nach Paris, um dort die neuesten Stoffqualitäten und Designs zu bewundern und abzuzeichnen. Zurück in seiner Heimat war dann sein Erfolg nicht mehr aufzuhalten. Oder der Großvater aus Ostpreußen, ein Bierbrauer aus Gumbinnen, der an der Bahre Kaiser Wilhelms Ehrenwache gestanden hatte, ging danach auf die Wanderschaft:

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Von Berlin über Hannover nach Brüssel, über Paris nach London, dann nach Wales und hoch bis nach Schottland verdingte er sich als Brauereigeselle bei den größten und bedeutendsten Brauereien Europas. Nach einer kurzen Erholungspause bei der Dresdner Verwandtschaft ging er zurück in seine Heimat und wurde mit einem Ale, gebraut nach englischem Vorbild, erfolgreich und wohlhabend.

Erasmus+ wäre dabei wohl überfordert. Denn es ist nicht das Leitbild einer freien und selbstbestimmten Bildungspolitik. Es ist eine Eintopfkonserve geworden: ideologisch verkocht. Europa ist aber Vielfalt, die gehegt, gepflegt und auch genossen werden muss. Wäre es anders, könnte man gleich zu Hause bleiben.

Also plädiere ich für ein Erasmus-Programm Super+. Weg mit aller Bürokratie, Programmen und Kriterien und her mit einem Fonds, der sozial gestaffelt jedem in der Berufsausbildung steckenden Jugendlichen die Chance

für ein Stipendium an einer Institution seiner Wahl einräumt.

(Zuruf des Abg. Holger Mann, SPD)

Das entspräche mehr den europäischen Verträgen, die bekanntlich keine Zuständigkeiten der EU für den Kultur- und Bildungsbereich einräumen.

Der gemeinsame Markt darf nicht für jedes Feld der Daseinsvorsorge missbraucht werden. Kultur und Bildung sind keine Handelsware, sondern Ausdruck der Identitätspflege. Davon leben wir, ganz besonders im Zeitalter der Globalisierung.

In diesem Sinne sehen wir in dem Antrag keinen Fortschritt, sondern das Gegenteil und lehnen ihn ab.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Dr. Maicher, Fraktion GRÜNE.

**Dr. Claudia Maicher, GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Austauschprogramm Erasmus und jetzt Erasmus+ baut die Europäische Union seit 30 Jahren Brücken zwischen jungen Menschen. Über 7 Millionen Europäerinnen und Europäern wurde durch die verschiedenen Austauschprogramme seitdem ein Auslandsaufenthalt ermöglicht.

Aus eigener Erfahrung – als langjährige Erasmus-Koordinatorin meines Instituts an der Universität Leipzig und als Erasmus-Studentin – kann ich sagen, dass ehemalige Erasmus-Teilnehmerinnen und -teilnehmer noch Jahrzehnte später auf ihre aufregende, inspirierende, aber auch herausfordernde Zeit im europäischen Ausland zurückblicken. Ich wünsche allen Jugendlichen diese Erfahrung.

Mehr als jede Verbraucherschutzverordnung und Energiemarktrichtlinie stärkt Erasmus+ den Zusammenhalt der Menschen und das Interesse aneinander in Europa. Wer Europa einmal im Alltag erleben durfte, kennt seinen Wert. Wer sich kennt, der hilft sich. Erasmus ist deshalb sicherlich eines der nachhaltigsten Mittel, um Europas Skepsis, Nationalismus und einem gesellschaftlichen Klima der Ausgrenzung vorzubeugen.

Das Erasmus-Programm ist unsere Investition in eine friedliche Zukunft des Kontinents. Davon bin ich überzeugt. Ich begrüße daher die Initiative im vorliegenden Antrag, Austausche für junge Menschen aus Sachsen zu stärken. Ich freue mich auch, dass der vorliegende Antrag ein deutliches Ja zum Zusammenhalt in der EU und zum europäischen Gedanken der Solidarität enthält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für eine größtmögliche Wirksamkeit des laufenden Erasmus+-Programms müssen die Rahmenbedingungen sowohl auf europäischer Ebene als auch vor Ort stimmen.

Deshalb sollten wir kritisch hinterfragen, warum etwa die Zahl der Schulpartnerschaften in Sachsen im laufenden Programm gegenüber den Vorgängerprogrammen zurück-

gegangen ist. Die Antwort des Kultusministeriums auf meine Kleine Anfrage hat gezeigt, dass im Jahr 2016 gerade einmal vier sächsische Schulen an einer Erasmus+-Schulpartnerschaft beteiligt waren. Im letzten Jahr des Vorgängerprogramms, 2013, waren es noch 13 Schulpartnerschaften.

Sosehr eine Evaluierung und Bewertung der Programmausgestaltung Sachsens gegenüber der Europäischen Kommission, wie im vorliegenden Antrag gefordert, sinnvoll ist, so sehr müssen wir uns auch fragen, was auf Landesebene besser gemacht werden kann. Die Frage ist: Wie können wir mehr Schulen für das Programm Erasmus+ gewinnen? Natürlich ist es richtig und begrüßenswert, die Antragsverfahren künftig zu vereinfachen. Das Kultusministerium muss aber auch seinen Teil des Auftrags erfüllen, um künftig die Potenziale von Erasmus+ besser zu nutzen. Schulen, an denen eben Lehrermangel herrscht, Kolleginnen und Kollegen, die mit den Lehr- und Selbstverwaltungsaufgaben ausgelastet sind, können es schlicht und einfach nicht mehr leisten, einen Antrag für ein Erasmus+-Projekt zu verfassen – mag das Verfahren dann auch noch so entschlackt sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Viele gute Vorschläge aus der Sachverständigenanhörung im Europaausschuss wurden in den jetzt neu vorgelegten Antrag aufgenommen, zum Beispiel Erasmus+ auch für berufsbildende Schulen im Freistaat besser zugänglich zu machen. Das ist ohne Zweifel sinnvoll und auch überfällig. Schließlich lebt Europa vom Austausch aller jungen Menschen, ob in Ausbildung oder Studium. Damit wirken wir eben auch den Versuchen der Europafeinde entgegen, die einen Keil zwischen denjenigen treiben wollen, die von der europäischen Mobilität profitieren, und denen, die außen vor bleiben.

Ein wichtiger Punkt ist, wie Schulen während der Kontaktabstimmung stärker unterstützt werden können. Dafür gab es in der Sachverständigenanhörung Best-Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern. Ich möchte eines aufgreifen: Nordrhein-Westfalen hat frühzeitig eine eigene Koordinierungsstelle eingerichtet, die den förmlichen Antrag für die Schulen stellt. Sie übernimmt also die administrative Aufgabe und entlastet Schulen damit. Koordinierungsstellen könnten auch Sie, Herr Minister Haubitz, einrichten.

Auch im Hochschulbereich ist der Verwaltungsaufwand enorm gestiegen – das wurde schon gesagt –, und das muss sich ändern, damit es attraktiv bleibt. Zum Beispiel müssten die Stipendien nicht mehr tagegenau, sondern monatsweise bewilligt werden. Sie sollten dann enden, wenn der Prüfungszeitraum endet und nicht administrativ im Vorhinein auf einen Tag festgelegt werden. Das würde der Realität der Studierenden sehr viel näher kommen und es attraktiver machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel des Antrags, möglichst vielen sächsischen Jugendlichen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, begrüße ich sehr. Das Teilhaberversprechen Europas müssen wir in Sachsen

einlösen, um die Begeisterung für das weitere Zusammenwachsen in der EU für jede Generation neu zu entfachen. Meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Dr. Muster, bitte.

**Dr. Kirsten Muster, fraktionslos:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag treffen wir auf einen alten Bekannten, liebe CDU und SPD. Im Februar 2016 hat die Koalition einen Antrag mit dem Titel „Europäisches Bildungsprogramm Erasmus+“ eingebracht. Die wichtigsten Forderungen und große Teile der Begründung des damaligen Antrages sind in den jetzigen Antrag übernommen worden.

Im Europaausschuss fand eine Anhörung zum ursprünglichen Antrag statt. Diese Anhörung haben CDU und SPD aufmerksam verfolgt. Mit den neuen Erkenntnissen haben sie dann den ursprünglichen Antrag ergänzt, mit einem neuen Titel versehen und etwas erweitert heute hier eingebracht. Herr Jalaß hat darauf schon hingewiesen.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ja!)

Nach meiner Auffassung hätte ein Änderungsantrag im Ausschuss auch gereicht. Handwerklich ist diese Vorgehensweise sicherlich keine Sternstunde der Koalition, zumal ihr Koalitionsvertrag ja noch etliche abzuarbeitende Punkte enthält. Ihre To-do-Liste ist nach meiner Kenntnis noch recht lang.

Dieses Vorgehen erscheint mir wie eine Notlösung. Die Koalition braucht einen Antrag fürs Plenum und konnte sich auf kein neues gemeinsames Thema einigen. Ungeachtet der Vorgeschichte wird die blaue Partei den Inhalt der beiden Anträge und auch den neuen Antrag unterstützen. Wir werden daher dem jetzt zur Debatte stehenden Antrag „Erasmus+ für Sachsen verstärkt nutzen“ zustimmen.

Die Anhörung zum ursprünglichen Antrag sowie die Stellungnahme der Staatsregierung haben uns den Mehrwert des EU-Programms Erasmus+ zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend, Sport in Europa für die jungen Teilnehmer an Auslandsaufenthalten verdeutlicht. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist es wichtig, dass junge Menschen die Möglichkeit erhalten, im Ausland Erfahrungen zu sammeln, sich weiterzubilden, ihre Sprachkenntnisse zu erweitern und andere Kulturen vor Ort kennenzulernen. Das Erasmus+-Programm ermöglicht dies durch finanzielle Unterstützung.

Die Sachverständigenanhörung hat gezeigt, wie bedeutend das Bildungsprogramm ist, welche Resonanz es hat, aber auch welche Probleme bei der Umsetzung den Beteiligten entstehen. Der heutige Antrag greift die aufgeworfenen Probleme auf und setzt die Hinweise der Sachverständigen um. Die Koalition stellt damit für eine

Verbesserung der Situation und für eine optimale Nutzung des Förderprogramms die Weichen. Mehr junge und interessierte Menschen sollen von dem Bildungsprogramm bei Auslandsaufenthalten profitieren.

Bisher hat sich das Erasmus+-Programm seit seiner Einführung sehr einseitig auf den Hochschulbereich konzentriert. Leider! Zwar gibt es jetzt nur noch einen Ansprechpartner für alle, jedoch muss noch weiter daran gearbeitet werden, dass das Erasmus+-Programm nicht ausschließlich auf den Hochschulbereich beschränkt wird; denn das Erasmus+-Programm ist doch für alle da. Auch Schulen müssen wieder eingebunden werden. Schülern und Lehrern soll die Teilnahme am Auslandsprogramm weiterhin ermöglicht werden. Wir begrüßen ausdrücklich die Ausweitung des Programmes auf die Förderung der dualen Berufsausbildung und der Weiterbildung im Freistaat Sachsen. Dies ist zeitgemäß und stellt ein weiteres Attraktivitätskriterium für die duale Ausbildung dar.

Allerdings hoffen wir, dass die Staatsregierung ihren Bericht zeitnah vorlegt. Dann können wir hoffentlich die Defizite erkennen und abstellen, um die Nutzung von Erasmus+ für den Freistaat Sachsen weiter zu verbessern und attraktiver zu gestalten.

Die blaue Gruppe wird Ihrem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Dr. Frauke Petry, fraktionslos)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die CDU-Fraktion beginnt wieder; Herr Dr. Meyer.

**Dr. Stephan Meyer, CDU:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei den Kolleginnen und Kollegen Vorrednern bedanken, die größtenteils konstruktive Beiträge geleistet und deutlich gemacht haben, dass das Thema Erasmus+ und letztlich die Förderung von Bildung im europäischen Rahmen für uns alle hier in diesem Hohen Haus eine große Bedeutung hat.

Ich selbst habe positive Erfahrungen mit dem Vorgängerprogramm sammeln können und zehre nach wie vor davon, dass ich vor mittlerweile 13 Jahren ein halbes Jahr in Finnland leben und arbeiten durfte, seinerzeit von „Leonardo“ unterstützt. Ich kann es wirklich nur jedem empfehlen, das zu tun.

Nun bin ich selbst ein Freund davon, wenn man Dinge zusammenfasst und bündelt. Aber wir müssen feststellen, dass die Bündelung dieser Programme unter dem Stichwort Erasmus+ tatsächlich nicht optimal gelaufen ist. In den Redebeiträgen und auch in der Anhörung ist sehr deutlich geworden, dass es gerade für den schulischen Bereich nicht optimal gelaufen ist. Warum wir den Antrag in dieser Zeit gestellt haben, hat den Hintergrund, weil wir wissen, dass gegenwärtig die nächste Programmgeneration auf europäischer Ebene vorbereitet wird. Wir müssen darauf frühzeitig Einfluss nehmen, um es künftig praktikabler zu gestalten, insbesondere für den schulischen Bereich.

Die Zahlen, die jetzt zu verzeichnen sind, lassen uns nachdenklich stimmen: Wenn man weiß, dass wir im Jahr 2014 noch insgesamt 386 Anträge hatten und davon acht aus Sachsen, 2015 noch 14 aus Sachsen und – jetzt der Abbruch – im Jahr 2016 nur noch fünf Anträge aus Sachsen, dann zeigt dies, dass das Programm offensichtlich so kompliziert geworden ist, dass es im schulischen Alltag gar nicht zu handeln ist. Das hängt einerseits damit zusammen, dass sich die Anforderungen an die Antragstellung an denen für die Hochschulen orientieren. Wir alle wissen, dass im schulischen Bereich gar nicht die Möglichkeit besteht, dies im Alltag so umzusetzen. Ein Teil der Registrierung ist nur auf Englisch durchführbar. Es ist teilweise sehr umfangreich – 40, 50 Seiten pro Antrag sind die Regel. Das ist für eine Schule ganz besonders schwierig, zumal sich auch die Anforderungen an die Projektpartnerschaften verschärft haben und wir jetzt multilaterale Anträge brauchen, bei denen mindestens drei Länder dabei sein müssen, sodass die bestehenden Schulpartnerschaften zwischen zwei Schulen beispielsweise nicht mehr ausreichen, um das Programm weiter zu nutzen.

Die Anhörung, die wir durchgeführt haben unter der souveränen Leitung unseres Ausschussvorsitzenden Frank Hirche, hat uns tatsächlich sehr viel neue Erkenntnisse gebracht, die wir in diesen Antrag haben einfließen lassen. Das Programm selbst wird angenommen. Das zeigen auch die Praxis und die Meldungen aus der Praxis; heute haben sich ja die KSS und auch der Schülerrat dazu positiv geäußert, dass sie ebendieses Programm schätzen und gern weiter nutzen wollen. Aber wir haben halt aus der Anhörung auch viele Punkte aufgegriffen, die jetzt in dem Antrag an die Staatsregierung gerichtet werden und zu denen Lösungen kommen sollen, gerade in der jetzigen Programmgestaltung.

Ich möchte kurz auf ein paar Punkte eingehen. Wichtig ist vor allem, dass das Thema Bildung – und da bin ich nicht bei Frau Wilke; natürlich ein föderales Thema ist, und das soll es auch bleiben – sehr wohl auf die europäische Agenda gehört und dort stärker Berücksichtigung finden muss, damit junge Menschen miteinander in Kontakt kommen, sich austauschen, andere Kulturen auf dem europäischen Kontinent kennenlernen. Das halte ich für eine ganz wichtige Aufgabe von Europa, und das ist Europa mit Leben gefüllt. Ich bin nicht der Auffassung, wie es die AfD hier in Bausch und Bogen geredet hat, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Wir müssen es genauso schaffen, dass Studenten im Rahmen ihres Studiums auch das Ausland aufsuchen, und demzufolge muss es dort möglich sein, dass gerade die Sprachkompetenz von Studenten verbessert wird, dass es möglich ist, die Mobilität zu erhöhen und im Ausland Teile des Studiums oder Praktika zu absolvieren. Von daher haben wir hier noch einiges zu tun.

Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich möchte nochmals um Zustimmung werben. Ich habe ja schon vernommen, dass sehr viele Fraktionen diesem Antrag zustimmen möchten.

Ich bedanke mich für diese konstruktive Diskussion und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gibt es weiteren Redebedarf von den Fraktionen? – Bitte, Herr Mann.

**Holger Mann, SPD:** Kollege Meyer stört es, aber ich will wenigstens antworten. Wir reden hier ja nicht nur über das, was wir einbringen, sondern auch über die Beiträge und Kritik der Opposition, das meint Debattieren.

Zur Kritik, die am Antrag geäußert wurde, wollte ich noch Stellung nehmen. Erstens will ich grundsätzlich sagen: Natürlich kann man kritisieren, dass der Antrag schon einmal im Ausschuss war und dann in ähnlicher Form eingebracht wurde. Aber ich würde sagen, es ist ein positives Signal dafür, dass hier das Parlament arbeitet, dass es auch Anregungen von außen – siehe Anhörung – aufnimmt und versucht, seine Programmatik und die der Koalition zu schärfen und Probleme aufzunehmen. Es sollte für uns alle gemeinsam als Parlamentarier von Interesse sein, dass die Arbeit hier so läuft.

Das Zweite, was kritisiert wurde – und das war, wie ich hoffe, nur ein Beispiel von Herrn Jalaß –, war der Umgang mit Herrn Rauscher an der Uni Leipzig. Ich will noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Ein Jura-Professor macht aus einer Universität noch keine nicht weltoffene Universität, im Gegenteil, dort gab es in der Vergangenheit und gibt es jetzt eifrige Debatten, und auch die Staatsregierung hat dienstrechtliche Schritte gegen diesen Professor geprüft. Beim letzten Mal, als er sich entsprechend geäußert hat, hat man ihn als Ausländerbeauftragten abberufen, und im Moment ist das Verfahren dazu da, ihn auch als Erasmus-Beauftragten abzu berufen.

(Zuruf von den LINKEN)

Aber wir leben in einem Rechtsstaat und hier hat jeder das Recht, sich selbst gegenüber Vorwürfen zu verteidigen, und auch, dass geprüft wird, – –

(René Jalaß, DIE LINKE: Wo habe ich das denn angezweifelt oder kritisiert?)

– Sie haben es als Beispiel dafür genommen, dass Weltoffenheit nur ein vorgespiegelter Anspruch des Freistaates sei; deswegen antworte ich Ihnen als Mitglied dieser Koalition. Diesen Anspruch verfolgen wir, und zwar auch durch die Teile dieses Freistaates, in denen wir Verantwortung tragen.

Zu guter Letzt will ich noch einmal deutlich betonen: Ich glaube, dass wir im Erasmus-Programm schon viele Mittel haben, und freue mich über den Aufwuchs. Ich glaube auch, dass das Werben darum auf EU-Ebene wichtig ist.

Noch wichtiger ist, dass wir die Verfahren vor Ort vereinfachen, denn diesbezüglich haben wir noch Aufgaben zu erledigen. Das hilft vor allem den Schulen im Freistaat in

der kommenden Förderperiode, stärker von diesem Programm zu partizipieren.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gibt es weiteren Redebedarf? – Das ist nicht der Fall. Somit frage ich die Staatsregierung: Gibt es jemanden, der sprechen möchte? – Herr Minister, bitte.

**Frank Haubitz, Staatsminister für Kultus:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Erasmus+, das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, wurde 2014 aufgelegt. Es führte die bisherigen eigenständigen Programmsäulen Hochschulbildung, allgemeine Bildung, berufliche Bildung sowie Jugend und Sport in einem integrierten Programm zusammen.

Für den Schulbereich erwies sich dies als Nachteil, da sich der Aufwand zur Antragstellung gegenüber dem Vorgängerprogramm deutlich erhöhte und sich die Schulen nun in direkter Konkurrenz mit den großen Hochschulen bewarben. So sanken ihre Chancen auf eine Förderung und im Ergebnis wurde 2014 kein Antrag einer sächsischen Schule gefördert. Dies habe ich damals als Schulleiter am eigenen Leib spüren müssen.

Schon frühzeitig, insbesondere im KMK-Präsidentenschaftsjahr, hat sich Sachsen für die Antragserleichterung für Schulen eingesetzt. Die Ergebnisse der nationalen Zwischenevaluierung zu Erasmus+ und die Bemühungen auf politischer Ebene haben zur Antragserleichterung für Schulen und zu umfangreichen Mittelaufstockungen im Bereich der Schulpartnerschaften geführt.

Nun kommt es darauf an, die vereinfachte Antragstellung zu kommunizieren; denn es gilt, zukünftig die Mittel abzurufen. Schulen benötigen nun Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung von Erasmus+-Projekten. Zu deren Sicherstellung müssen wir zusätzliche Haushaltsmittel investieren. Für den Doppelhaushalt 2019/2020 werden wir entsprechende Mittel anmelden.

Es ist wichtig, Strukturen zu schaffen, die einerseits Schulleitungen und Lehrkräfte bei der Antragstellung entlasten und sie andererseits bei der Entwicklung von neuen Mobilitätsprojekten für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler unterstützen. Gemeinsam mit dem Landesamt für Schule und Bildung werden wir daher die Etablierung solcher Unterstützungsstrukturen prüfen. Die Handlungsfelder Stärkung von Mobilität, Austausch junger Europäerinnen und Europäer sowie die Förderung von Mehrsprachigkeit sind Aufgaben, denen sich unsere Schulen stellen müssen. Dabei kommt es darauf an, auf der Grundlage des Programmleitfadens Projekte zu entwickeln, die eine nachhaltige Wirkung auf das Lernen entfalten.

Wir haben die Werbung für Erasmus+ bereits verstärkt, um Schulen für eine Antragstellung zu motivieren. Hier-

bei wurden im ersten Schritt den Schulen Unterstützungs- und Beratungsangebote kommuniziert. So fand am 23. August dieses Jahres eine Informationsveranstaltung statt. Diese war für Schulleiterinnen und Schulleiter konzipiert. An ihr nahmen mehr als 70 Schulleiterinnen und Schulleiter teil. Am 8. November wurde in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Austauschdienst der KMK eine Kick-off-Veranstaltung mit Antragsberatung für interessierte sächsische Schulen durchgeführt. Mehr als 30 Schulen machten davon Gebrauch.

Am 2. Februar 2018 wird eine Informationsveranstaltung für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Schulreferenten aus dem beruflichen Bereich stattfinden, um auch die beruflichen Schulzentren für die Durchführung von Erasmus+-Projekten zu gewinnen.

Diese drei genannten Veranstaltungsformate sollen in den kommenden Jahren verstetigt werden.

Darüber hinaus bietet der Pädagogische Austauschdienst eine informative und übersichtlich gestaltete Webseite an, die die wesentlichen Neuerungen bei Erasmus+-Schulpartnerschaften ab der Antragsrunde 2018 bereithält. Auf dieser Webseite finde ich unter anderem eine Präsentation, wie man in fünf Schritten zu einem erfolgreichen Antrag gelangt. Diese ist äußerst hilfreich und ganz einfach über den Link von unserem Bildungsserverschule.sachsen.de aus zu erreichen.

Informationen hierzu hat der Pädagogische Austauschdienst in einer Mailing-Aktion am 21. November an mehr als 10 000 Schulen in ganz Deutschland verschickt, um so für das Programm zu werben und auf die sehr guten Fördermöglichkeiten im kommenden Jahr hinzuweisen.

Auf eine Schwierigkeit bei Erasmus+-Partnerschaften muss ich dennoch hinweisen: Für die Durchführung von Erasmus+-Projekten im schulischen Bereich ist die Beteiligung von Partnern aus mindestens zwei Ländern notwendig, und dies vor dem Hintergrund, dass wir immer wieder Anfragen ausländischer Partner erhalten, ob es denn tatsächlich möglich sei, Programme zum Aufenthalt ausländischer Schüler hier in Sachsen gefahrlos durchzuführen.

Im Interesse eines positiven Sachsenbildes und der Erziehung unserer Schülerinnen und Schüler zu Weltoffenheit und Toleranz gewinnt die Durchführung von Projekten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit immer mehr an Bedeutung. Erasmus+ kann dazu einen gewichtigen Beitrag leisten.

Die KMK und das Bundesministerium für Bildung und Forschung haben kürzlich ein gemeinsames Kernforderungspapier für die Nachfolgegeneration von Erasmus+ erarbeitet. Wesentliche Forderungen dabei sind: Stärkung der Sichtbarkeit und Wirkung der einzelnen Programmbereiche, Erhöhung der Mobilitätszahlen bei einem angemessenen Programmbudget, Reduzierung der Verwaltungslasten, Flexibilisierung der Programmverwaltung für die einzelnen Sektoren und die nationalen Bedürfnisse, Ansprechen bisher unterrepräsentierter Zielgruppen.

Ein Ziel des angekündigten Nachfolgeprogramms muss die Förderung des formalen, nicht-formalen und informellen Lernens als lebenslanges Lernen bleiben. Insofern begrüße ich die Bestrebungen der Zusammenführung aller Erasmus+-Bildungsbereiche zu einem das gesamte Bildungsspektrum abbildenden Programm. Dieses Nachfolgeprogramm ist stärker als bisher zu einem gleichwertigen Programm für alle Zielgruppen fortzuentwickeln und zielgruppengenau zu adressieren. Ein reibungsloser Übergang zwischen der jetzigen und der nachfolgenden Programmgeneration ist von entscheidender Bedeutung, um Planungssicherheit für Interessenten und Zuschussempfänger zu signalisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD  
und vereinzelt bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Ich rufe zum Schlusswort auf. Herr Abg. Schiemann, bitte.

**Marko Schiemann, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich namens der Koalitionsfraktionen ganz herzlich für die Debatte zu diesem Thema. Wir wollen nicht einen Einheitsbrei in Europa. Wer Fremdsprachen erlernt, zeigt gerade dadurch den Respekt vor anderen Sprachen, den Respekt vor kleinen und vor großen Völkern. Das Erlernen einer Fremdsprache ist eine Bereicherung für jeden Menschen. Mit jeder Sprache gewinnt der Mensch eine zusätzliche Seele in seinem Leben. Es muss doch ein Gewinn sein, das zu fördern. Das bringt uns auch Europa näher.

Vieles von dem, was gesagt wurde, trifft zu. Es muss zu einer Vereinfachung der Verwaltungsverfahren kommen. Die komplexen Abrechnungssysteme müssen korrigiert werden. Der Sprache der Beantragungssysteme – Kollege Mann hat darauf hingewiesen – sind nicht alle mächtig. Das Englische muss man auch in unseren Verwaltungsverfahren nicht beherrschen. Die EU ist verpflichtet, die Verfahren in den Amtssprachen anzubieten, die sie ja letztlich tragen. Insofern muss die EU massiv nachsteuern; denn es muss unser Interesse sein, dass dieses Programm auch – und besonders! – von Schülern genutzt werden kann, die nicht der Elite angehören, sondern besonderen Förderungsbedarf haben. Noch mehr Zielgruppen müssen die Chance bekommen, über das Thema Europa den Nachbarn kennen zu lernen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir halten den Ausbau von Schulpartnerschaften für sehr wichtig. Es ist nicht ein Europa-Szenario, sondern wenn Menschen sich auf den Weg begeben, den anderen Menschen, die andere Kultur, die andere Sprache kennen zu lernen, dann ist das ein Gewinn für den Frieden in Europa. Das sollte Grund genug sein, dieses Programm zu stärken.

Wir brauchen auch einen Kurswechsel bei diesem Programm. Ein Übergang allein wird es nicht richten. Wir brauchen massive Verbesserungen, damit dieses Programm nutzbar ist.

Ich freue mich auf Ihre Unterstützung und danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD  
und der Staatsregierung)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Ich stelle nun den Antrag in der Drucksache 6/11381 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen, bitte? – Eine Gegenstimme. Zwei Gegenstimmen.

(Weitere Mitglieder der Fraktion  
der AfD bekunden ihre Ablehnung.)

– Drei Gegenstimmen.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Frau Präsidentin, wenn Sie noch ein  
bisschen warten, werden es noch mehr!)

Wie viele haben wir denn jetzt?

(Sebastian Wippel, AfD: Einige!)

– Gut. Einige.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Die gesamte AfD-Fraktion!)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung.

(Weitere Abgeordnete signalisieren  
Stimmenthaltung.)

Zwei Stimmenthaltungen? – Abstimmen ist gar nicht so einfach, nicht?

(Heiterkeit)

Es gibt trotzdem eine große Mehrheit für den Antrag. Damit ist er beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

**Tagesordnungspunkt 10****„Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben“ –  
Länderinitiative im Bundesrat unterstützen****Drucksache 6/11239, Antrag der Fraktion DIE LINKE,  
mit Stellungnahme der Staatsregierung**

Wir gehen in die erste Runde. Für die Einreicherin, die Fraktion DIE LINKE, spricht als Erste Frau Falken. Danach folgen CDU, SPD, AfD, GRÜNE, Frau Kersten und die Staatsregierung, wenn sie es wünscht.

Frau Falken, bitte.

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir fordern in unserem Antrag die Staatsregierung auf, die Bundesratsinitiative der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen zur Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich zu unterstützen. Sieben Bundesländer – von 16 – wollen den Ausbau der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden im Bildungsbereich.

Es stehen im Bildungsbereich große Herausforderungen vor uns. Wir haben in den letzten Tagen, Wochen und Monaten sehr intensiv hier im Parlament und darüber hinaus über das Thema Lehrermangel diskutiert. Das ist ein großes Thema bei uns im Freistaat Sachsen. Aber wir haben im Freistaat Sachsen noch wesentlich mehr und andere Probleme, die wir lösen müssen, weshalb eine Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen aus unserer Sicht zwingend notwendig ist.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich will einige nur aufzählen und einige kurz benennen. – Es geht um die Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung; denn – wir alle wissen es – auf den Anfang kommt es an. Die frühkindliche Bildung spielt im Freistaat Sachsen noch nicht die Rolle, die sie eigentlich spielen müsste, um gute und vernünftige Grundlagen zu legen.

Wir haben in der letzten Woche vom neuen Ministerpräsidenten gehört – sicherlich nicht nur, weil sein Kind noch in den Kindergarten geht, sondern weil er als Ministerpräsident natürlich das ganze Land im Blick hat –, dass auch er dafür ist, dass es dort eine Verbesserung, eine Steigerung gibt. Allerdings reicht es nicht aus, darüber zu reden, sondern man muss handeln und auch in diesem Bereich Umsetzungen durchführen. Das bietet Ihnen unser heutiger Antrag.

Es geht des Weiteren im Freistaat Sachsen natürlich um das Thema inklusive Bildung, um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf und auch der behinderten Kinder und Jugendlichen. Insoweit stagnieren wir im Freistaat Sachsen vollständig. Von Inklusion kann in Sachsen noch keine Rede sein.

Wir sind immer noch im Status der Integration und bei der derzeitigen Situation sehe ich auch nicht die Möglichkeit, dass wir wirklich zur Inklusion kommen, wenn es nicht zusätzliche Unterstützung gibt. Es geht um räumliche, finanzielle und personelle Ausstattung in allen Bereichen: Kita, Schule, Hochschule, ja, auch in der Weiterbildung. Es geht um Mittel für den Schulhausbau. Es geht um die Mittel für den Kita-Ausbau und natürlich auch für die Sanierung und den Ausbau von Hochschulen. Wir brauchen für die Ausbildung und für die Bezahlung des pädagogischen Personals mehr Mittel und Geld. Darüber haben wir in den letzten Tagen ausführlich diskutiert in unterschiedlichen Varianten. Wir schauen mal, welche Vorschläge uns das Gremium vielleicht Ende Januar machen wird.

Wir brauchen aber auch eine Weiterentwicklung beim Thema Ganztagsangebote zu Ganztagschulen. Da geht es um Quantität, aber vor allen Dingen um Qualität – ich will das jetzt nicht ausbauen –, wir haben im letzten Plenarmonat ausführlich hier im Parlament zum Thema Ganztagsangebote und Ganztagschulen gesprochen. Es geht ganz klar, keine Frage, um den Ausbau der digitalen Bildung, aber nicht nur darum, sondern auch um die Medienkompetenz. Das ist für uns als Fraktion DIE LINKE ein besonderer Schwerpunkt, weil wir dort für die Schülerinnen und Schüler sehr, sehr viel zu tun haben. Allerdings gehört dazu natürlich auch die Grundausstattung mit entsprechender Technik an den Schulen. Wenn man sich für den beruflichen gymnasialen Bereich, Berufsschulzentren mit gymnasialer Ausbildung, streiten muss, ob sie nun diesen Taschenrechner oder jenen nehmen dürfen, weil angeblich laut Kultusministerium der einfache ausreicht und damit auch die Prüfung erfüllt werden kann, ist das eine Ebene, über die wir eigentlich nicht diskutieren müssen, sondern wir müssen es tun, wir müssen dafür handeln.

(Beifall bei den LINKEN)

Das Thema, das ich jetzt anspreche, ist zwingend notwendig, weil es um die Sicherung und den Ausbau der Schulsozialarbeit geht. Darüber haben wir hier im Parlament lange diskutiert. Die Mittel, die wir zurzeit im Haushalt haben, werden nur ausreichen, um die Mittelschulen auszustatten. Das heißt, es ist zwingend notwendig, eigentlich schon zur Mitte des nächsten Schuljahres, hier wesentlich mehr Geld in die Hand zu nehmen, und jedes Beispiel, das wir hier benennen, zeigt, dass dort zusätzlicher Ausbau notwendig ist. Wir halten es für zwingend notwendig, dass die Gewährleistung des Rechts auf Bildung auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche ausgebaut werden muss. Die Integration von Kindern und

Jugendlichen muss wesentlich ausgebaut werden. Es kann nicht sein, dass wir immer noch Jugendliche über 18 Jahre nicht in eine vernünftige Ausbildung bekommen. Bei den Beispielen will ich es belassen, aber es gibt noch wesentlich mehr.

Herr Staatsminister, ich lese die Stellungnahme, die Ihr Haus geschrieben hat, und stelle fest, dass wir gar keine weitere Unterstützung aus Bundesmitteln brauchen, weil wir das allein lösen können. Ich dachte, träume ich jetzt? Sie sollten einmal Ihren Mitarbeitern im Haus erklären, dass jetzt im Freistaat Sachsen ein anderer Wind weht. Oder ist es gar nicht so? Ist es nur durch den neuen Ministerpräsidenten benannt worden?

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Eher ein laues Lüftchen!)

Habe ich das falsch verstanden? Die Stellungnahme zu diesem Antrag zeigt aus meiner Sicht ganz deutlich, dass sie überhaupt noch nicht verstanden haben, worum es hier eigentlich geht. Und, Herr Haubitz, Sie unterschreiben diese Stellungnahme auch noch. Das war für mich sehr, sehr erschreckend.

Ich will nicht verschweigen, dass es aus Bundesmitteln bereits verschiedene Projekte im Freistaat Sachsen gibt. Ich möchte mich auf zwei kurz beschränken, um es nicht zu lang zu machen. Es geht erstens um die BAföG-Reform, die auf Bundesebene mit den Ländern durchgeführt wurde. Allerdings bringt das eine Entlastung für die Länder, die eher ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Wir waren damals sehr froh und haben das unterstützt, dass Frau Eva-Maria Stange als zuständige Ministerin dafür gesorgt hat, dass diese Mittel wenigstens im Bildungsbereich geblieben und nicht irgendwo anders hingekommen sind. Insgesamt ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Aufstockung der Mittel für die Schulhaussanierung von 3,5 Milliarden Euro auf 7 Milliarden Euro bei einem Sanierungstau bundesweit von 34 Milliarden Euro wird hinten und vorn nicht reichen. Hier muss es zwingend zusätzliche Mittel geben. Nach unserer Auffassung werden wir diese ganzen Aufgaben im Bildungsbereich nicht allein mit Landes- und Kommunalmitteln erfüllen können.

Am 22.11.2017 hat es im Bundestag eine Debatte zum Thema „Kooperationsverbot in der Bildung vollständig aufheben“ gegeben, ein Antrag der LINKEN-Bundestagsfraktion. Die Mehrheit der Fraktionen im Bundestag hat sich für diesen Antrag ausgesprochen: die Fraktion DIE LINKE, die Fraktion der SPD, die Fraktion der GRÜNEN und die Fraktion der FDP. Das ist eine Mehrheit. Man sollte die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag derzeit nutzen – noch keine Koalition –, um diesen Antrag umzusetzen. Auch die Bundesratsinitiative, die ich vorhin genannt habe, wurde vorwiegend von SPD- bzw. von den LINKEN regierten Ländern eingebracht. Das heißt, hier gibt es eine große Zustimmung aus den entsprechenden Parteien und Fraktionen. Ich glaube, das ist sehr sinnvoll.

Stimmen Sie bitte heute unserem Antrag zu für eine gute und moderne Bildung in Kita, Schule und Hochschule.

Danke.

(Beifall bei den LINKEN und  
vereinzelt bei den GRÜNEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Es spricht jetzt für die CDU-Fraktion Herr Abg. Bienst.

**Lothar Bienst, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn der Diskussion möchte ich ein paar kurze Gedanken zu meinem Demokratieverständnis äußern. Eine wichtige Legitimationstheorie der Demokratie gründet sich bekanntermaßen auf das Ideal einer Volksherrschaft, die auf der Zustimmung der Mehrheit der Bürger beruhen sollte. Kant stellt dazu fest: „...für den Bereich des Staates und des Rechts zu dem demokratischen Anspruch, dass alle in einem freien Wettbewerb der Überzeugungen auch über die Fragen des Rechts und der Gerechtigkeit mitbestimmen und mitentscheiden sollten.“

Das heißt für diesen Antrag: Ja, wir können und wollen in einer Demokratie über alles inhaltlich reden und dann darüber diskutieren. Man sollte aber auch bei allen Diskussionsinhalten und Ansichten die Mehrheiten akzeptieren. Da fordert der Antragsteller DIE LINKE die Staatsregierung auf, die Bundesratsinitiative der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen – meine Kollegin Frau Falken sagte es gerade – zur Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich in den Fachausschüssen zu unterstützen. Da machen sich sieben Länder auf den Weg. Das sind eben nur 44 % der deutschen Länder,

(Zurufe von den LINKEN: Nein!)

das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben. Da können Sie nachrechnen, es stimmt sogar. Mal abgesehen davon, dass der Kulturausschuss den Entschließungsantrag am 16.10.2017 abgelehnt hat und eine Befassung im Bundesratsplenum noch nicht absehbar ist, das heißt, diese Diskussion heute eigentlich nicht notwendig und zielführend ist, möchte ich trotzdem nachfolgend diesen Antrag inhaltlich beleuchten. Den rechtlichen Aspekt beschreibt in der zweiten Runde mein Kollege Prof. Günther Schneider.

Eingangs möchte ich aus der Bundesinitiative in der Drucksache 621/17 zitieren, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht: „Daher ist es aus Sicht der Ländergemeinschaft erforderlich, mit der Bundesregierung Gespräche aufzunehmen, um die Rahmenbedingungen für eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des Bildungssystems festzulegen.“

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ist doch richtig!)

Ich, nein, wir sagen dazu, das ist eine ganz klare Rosinenpickerei. Der Bund soll Geld geben, aber sich inhaltlich und fachlich nicht einmischen. Ich denke, Sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht, meine lieben Kollegen

der LINKEN. Es tut mir herzlich leid, meine Damen und Herren, mit uns wird dies nicht passieren. Es wird Ihnen auch nicht verborgen geblieben sein: Kooperationsmöglichkeiten – ich werde gleich welche nennen – sind bereits jetzt schon vorhanden.

Zweifelsohne gibt es große bildungspolitische Herausforderungen – meine Kollegin sagte es gerade – wie zum Beispiel die digitale Bildung oder die Schulsozialarbeit. Auch der Zustand und die Ausstattung der Schulen lassen zum Teil zu wünschen übrig.

Genau bei diesem Punkt gibt es bereits Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern, die auch genutzt werden. So wird es mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes Finanzmittel in Höhe von circa 178 Millionen Euro für den Freistaat Sachsen geben, die an Investitionen in die Schulinfrastruktur gebunden werden. Das Land wird natürlich auch Landesmittel dazugeben.

Ein weiteres Beispiel ist der von Frau Bundesministerin Prof. Dr. Wanka vorgeschlagene Digitalpakt Schule, auch wenn dessen finanzielle Umsetzung zugegebenermaßen noch ein wenig hapert.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Hapert!)

Diese zwei Beispiele zeigen, ein Kooperationsverbot im weitesten Sinne, wie es der Antrag suggeriert, gibt es gar nicht. Und weiter – sicher ist Ihnen dies ebenfalls bekannt –: Auf inhaltlicher Ebene wurden entsprechende Vorarbeiten zwischen dem Bund, also dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, und den Ländervertretern, vertreten durch die KMK, bereits erarbeitet und die Eckpunkte einer Bund-Länder-Vereinbarung wurden bereits im Sommer verabschiedet.

Ich möchte aber natürlich ernsthaft über eine Neustrukturierung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern nachdenken. Dabei soll es hauptsächlich um Bildungsqualität gehen. Man braucht nicht zwangsläufig eine Verlagerung der Kompetenzen auf den Bund, sondern man braucht verbindlichere Absprachen zwischen den Ländern, als sie durch die Kultusministerkonferenz momentan eigentlich möglich sind.

Ich möchte daran erinnern, dass es Anfang des Jahres 2013 eine Initiative der Bundesländer Bayern, Niedersachsen und Sachsen für einen neuen Bildungsstaatsvertrag gab. Darin sollten einheitliche und verbindliche Standards für alle Schularten festgelegt werden. Der Staatsvertrag hätte Gesetzeskraft und würde alle Bundesländer verpflichten, dann auch wirklich für Vergleichbarkeit zu sorgen.

Damit würde es beispielsweise viel eher gelingen, dafür zu sorgen, dass Familien bei einem Umzug von einem Bundesland in ein anderes keine Nachteile mehr erleiden, weil die Leistungsansprüche und Qualitätsniveaus so unterschiedlich sind. Dieser Vorschlag wurde von anderen Bundesländern abgelehnt. Warum eigentlich?

Schauen wir uns doch einmal die Leistungsfähigkeit von existierenden Bildungssystemen an. Im Sinne einer Debatte über die Schulqualität könnte ich es als Argument verstehen, wenn man sagt, dass einheitliche, zentralistische Bildungssysteme deutlich bessere Schülerleistungen erbringen als föderalistische Systeme.

Schauen wir uns die Schulsysteme der Welt einmal an, so ist die Mehrheit in der Tat einheitlich organisiert und auch vergleichbar. Es stellt sich die Frage, welche Länder in der Welt noch föderalistische Bildungssysteme haben.

Ich beantworte die Frage gleich selbst: Das sind neben der Schweiz beispielsweise die USA, Kanada oder Australien. Übrigens belegte Kanada bei den naturwissenschaftlichen Kompetenzen bei PISA 2015 Platz 4. Die Schweiz liegt bei den mathematischen Kompetenzen auf Platz 3. Kanada belegt bei der Lesekompetenz sogar Platz 1.

Auch bei anderen internationalen Vergleichstests wie IGLU, der die Lesekompetenz beinhaltet, oder TIMSS zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenz erzielen föderalistische Bildungssysteme gute und sehr gute Ergebnisse. Was ich damit sagen will: Es gibt keinen Beleg dafür, um eine qualitative Überlegenheit einheitlicher Bildungssysteme in der Welt zu beschreiben.

Ziel muss es sein, die Vergleichbarkeit und Verbindlichkeit zwischen den Bundesländern zu erhöhen, um die Qualität zu verbessern. Den Weg dahin habe ich aus meiner Sicht soeben skizziert.

Dass die Zeit für die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich noch nicht reif ist

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Die Zeit ist noch nicht reif!)

und selbst für meine vorgeschlagene Lösung, verbindliche Staatsverträge auf den Weg zu bringen, noch nicht reif ist, möchte ich an zwei praktischen Beispielen belegen. Selbst wenn die Finanzierung vom Bund geklärt wäre, bliebe die Frage, wie hoch wir die inhaltliche Latte legen, welche Qualitätsanforderungen bzw. Qualitätskriterien wir festlegen.

Nun die zwei Beispiele. In meiner Tätigkeit als Lehrervertreter bei der PAL – PAL erstellt die Prüfungsaufgaben und Lehrmittel bei der IHK in Stuttgart – habe ich dort mit Vertretern aus anderen Bundesländern die zentralen deutschlandweiten Prüfungen für den Beruf Elektroniker für Betriebstechnik unter dem Dach der IHK erstellt. Ja, ich habe dort mit je einem Kollegen Lehrer aus NRW, Bayern und Berlin zusammengearbeitet. Wir haben sehr oft über die inhaltliche Umsetzung bzw. Lesart der Lehrpläne diskutiert. Wir konnten uns recht selten einigen. Neben politischen Ansätzen spielten dabei natürlich auch fachliche Argumentationen eine Rolle. Wir waren nur vier. Stellen Sie es sich einmal vor, wenn in einem Gremium von 16 Bundesländern inhaltlich diskutiert und abgestimmt werden soll.

Ein zweites Beispiel – damit komme ich zum Schluss meiner Rede –: Letzten Samstag unterhielt ich mich mit

einem Unternehmer, der bis vor zwei Jahren in Rothenburg tätig war und jetzt in NRW arbeitet. Ich fragte natürlich gleich, wie seine Tochter am neuen Gymnasium klarkomme. Seine Antwort: Sie sei aufgrund der guten Schulbildung in Sachsen an der Klassenspitze. Was sie und ihre Mitschüler nicht verstünden, so sagte er, sei dieses politische Hickhack um G8, G9, G achteinhalb.

Die Meinung der Tochter war, die Schüler würden lieber in acht Jahren das Abitur ablegen, ein soziales Jahr machen oder gleich zum Studium gehen, um nicht, wie es sich die politischen Profilerer im Land wünschen und es das Wunschdenken der Eltern ist, noch ein Jahr länger im Schulsystem zu bleiben. Also auch dort schon keine Einigkeit.

Werden sich 16 Bundesländer einigen können, Bundesländer mit verschiedenen Leistungsansprüchen und Umsetzungsvorstellungen von Bildung, Bundesländer mit verschiedenen politischen Ansätzen? – Ich glaube nicht. Die Zeit dafür ist noch nicht reif. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Friedel, bitte.

**Sabine Friedel, SPD:** Frau Präsidentin, vielen Dank. – Die Antragstellerin sagt, der Freistaat Sachsen möge sich für die Aufhebung des Kooperationsverbots einsetzen. Es gab viele gewichtige Gründe – diese teilt die SPD. Deswegen hat die SPD auch diese Bundesratsinitiative aus vielen Ländern heraus unterstützt.

Wir wissen auf der anderen Seite, dass die Kollegen der CDU es anders sehen.

Es gibt seit mehr als 50 Jahren in allen Bundesländern das erprobte Verfahren: Wenn in einer Koalition der eine dafür ist und der andere dagegen, dann erfolgt in Bundesratsabstimmungen eine Enthaltung. So wird es auch der Freistaat Sachsen handhaben. Daher gibt es keinen Grund mehr, über diesen Antrag abzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Wilke, AfD-Fraktion.

**Karin Wilke, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion wird den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben“ – Länderinitiative im Bundesrat unterstützen“ ablehnen.

Die AfD-Fraktion sieht bei einer Beteiligung des Bundes an einer Finanzierung des Bildungsbereiches die konkrete Gefahr, dass die Länder nicht mehr frei über den Bildungssektor entscheiden und ihn gestalten können.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich der Bund mit seinem Geld in den Bildungsbereich der Länder einkauft

und sich Mitsprache- oder gar Mitbestimmungsrechte sichert, analog dem Sprichwort: Wer bezahlt, der bestimmt auch die Musik.

Die dem Antrag zugrunde liegende Bundesratsinitiative listet pauschal die Probleme im Bildungsbereich auf. Die antragstellenden Länder fordern daher Geld vom Bund. Wieso eigentlich?

Die geschilderten Probleme betreffen alle Bundesländer. Ein Teil der Länder geht die Probleme aktiv an und versucht, sie in eigener Verantwortung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu lösen. Das ist Teil des Föderalismus, Dinge in eigener Verantwortung zu regeln.

Die antragstellenden Länder hingegen reagieren passiv. Sie fordern Geld, zeigen aber nicht, wie sie es einsetzen wollen, um die beschriebenen Probleme zu lösen. Das kommt dem Gießkannenprinzip gleich. Das Geld wird planlos verschüttet und verpufft wirkungslos.

Im Übrigen halten wir fest: Die Länder, die sich an der Initiative beteiligt haben, erhalten zum Teil sehr viele Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Sachsen ist ebenfalls eines der Nehmerländer, doch wir stehen im Bereich der Bildung deutlich besser da als die antragstellenden Länder der Bundesratsinitiative.

Der Bildungsföderalismus trägt hier Früchte. Die Aufgabe der alleinigen Kompetenz der Bundesländer im Bildungsbereich wäre eine Bankrotterklärung und würde zugleich den Erfolg des sächsischen Bildungssystems gefährden; denn die Bundesratsinitiative der antragstellenden Länder folgt ganz offensichtlich dem Wunsch nach einer Gleichmacherei der Bildung in Deutschland.

Das ist aber nicht die Zukunft der Bildung, wie wir sie in Sachsen anstreben. Wir orientieren uns an den besten Angeboten für unsere Kinder und nicht an dem kleinsten gemeinsamen, womöglich noch ideologisch verbrämten Nenner. Das ist Sinn und Zweck der uns verbrieften Kulturhoheit. Sie nützt nicht nur uns Sachsen, sondern langfristig auch den Ländern auf den hinteren Plätzen des Bildungsrankings; denn so wissen sie zumindest, wo sie stehen. Nur wollen diese linksregierten Länder mit ihrem Antrag den Bund in ihre Verantwortungslosigkeit einbeziehen. Das kann und darf nicht passieren. Das ist nicht Sinn des Föderalismus, wie wir ihn verstehen. Daher müssen wir den Antrag ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Abg. Zais.

**Petra Zais, GRÜNE:** Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will es kurz machen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt selbstverständlich den Antrag der Linksfraktion. Auch auf Bundesebene unterstützt unsere Partei die längst fällige Aufhebung des Kooperationsverbots.

Lieber Herr Kollege Bienst, wenn Sie sich wirklich hier hinstellen und behaupten, es gebe dieses Kooperations-

verbot nicht, dann ist das eine blanke Lüge; denn 2006 waren es die CDU und die FDP, die dieses Kooperationsverbot sozusagen aufgenommen hatten, die das geregelt hatten, um Abgrenzung deutlich zu machen. Allerdings haben Sie damals verpasst, auch die finanzielle Verantwortung zu klären; das ist ausgeblieben. Insofern bitten auch wir Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Ein Wort muss ich doch noch zum Kollegen Bienst sagen, der sich hier hinstellt und mit Verweis auf die IGLU-Studie behauptet, wie super die föderalen Systeme in der Bildung seien: Wer die aktuelle IGLU-Studie beim Thema Lesekompetenz richtig liest, dem wird nämlich deutlich, dass die deutschen Grundschul Kinder bei der Lesekompetenz vom oberen Drittel ins untere Mittelfeld abgesackt sind. Das hat etwas mit verpassten Struktur reformen im System Bildung in Deutschland zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – André Barth,  
AfD: Oder vielleicht mit Zuwanderung?)

Ansonsten, verehrte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich den Rest meines Redebeitrags zu Protokoll geben.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** So, wir gehen jetzt in die zweite Runde. – Frau Falken, bitte.

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, eigentlich wollte ich keine zweite Runde eröffnen, aber auf solche Äußerungen wie die Ihrigen, Herr Bienst, muss man schon noch einmal eingehen.

Erstens. Herr Bienst, wir warten nicht, bis alles im Bund beschlossen ist, und kommen dann mit einem Antrag, der genau ein Thema behandelt, das gerade auf Bundesebene diskutiert und noch nicht beschlossen ist; denn wenn wir das machen würden, dann würden wir von Ihnen den Vorwurf bekommen: Sie warten ja ab, bis alles vorbei ist, und dann kommen Sie mit Ihrem Antrag; jetzt ist es sowieso viel zu spät. Das heißt, genau jetzt ist die richtige Zeit, da es darum geht, neue Koalitionen auf Bundesebene zu gestalten, da es darum geht, eine Bundesratsinitiative zu unterstützen, da wir uns im Freistaat Sachsen klar und deutlich positionieren müssen. Dies ist der richtige Zeitpunkt für ein solches Thema.

Zweitens. Herr Bienst, bei aller Freundschaft: Im Grundgesetz im Art. 104 b ist das Kooperationsverbot klar fixiert. Der Bund darf in Ländern für Bereiche, in denen sie selber Gesetzgebungsverfahren haben und Gesetzgeber sind, keine Förderung durchführen. Schauen Sie sich das bitte noch einmal genau an. – Wo ist er denn eigentlich? Ach, er ist nicht mehr da, na gut. – Hier zu behaupten, es gebe so etwas gar nicht, ist schon einmal äußerst problematisch, Meine Kollegin hat es gesagt: Das ist eine glatte Lüge.

Die Argumentation, es wäre jetzt keine Zeit dafür oder die Zeit sei noch nicht reif dafür, trifft nicht zu. Ich bitte Sie: Wir haben 16 Bundesländer, und in 16 Bundesländern haben wir 16 unterschiedliche Schulsysteme. Wir haben 16 unterschiedliche Lehrpläne. Wir haben mehr als 16

unterschiedliche Ausbildungen im Lehramt. Das ist die absolute Katastrophe. Wir haben in 16 Bundesländern unterschiedliche Bezahlungen von Lehrerinnen und Lehrern. Das ist eine Kleinstaaterei, die noch aus dem wievielten Jahrhundert auch immer existiert. Das muss endlich einmal angefasst werden. Wenn man dieses Kooperationsverbot anfasste, hätten wir einen ersten Schritt getan, um hier auch wirklich Veränderungen vorzunehmen.

Wir hören in unseren Diskussionsrunden im Land, mit den Schülern, mit den Lehrern, immer wieder die Frage: Warum müssen alle Bundesländer im Bildungsbereich unterschiedlich sein? Das schaffen wir auch nicht mit irgendwelchen Standards, die in einer Kultusministerkonferenz festgelegt werden. Das werden wir darüber nicht schaffen, sondern wir müssen darangehen, wirklich ernsthafte Änderungen durchzuführen.

(Zuruf von der CDU: Das kennen wir alles schon!)

– Das kennen Sie alles schon? Dann weiß ich ja, dass Sie heute zustimmen. Da brauche ich ja gar nicht weiter zu reden. Das ist ja einmal eine coole Sache.

(Beifall bei den LINKEN)

Dann freue ich mich jetzt auf Ihre Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Ich habe vorhin Frau Kersten vergessen. Das tut mir leid. Das ist noch ein bisschen ungewohnt, wenn das hier nicht mit darunter steht.

**Andrea Kersten, fraktionslos:** Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt werde ich auch noch ausgegrenzt, wahrscheinlich deshalb, weil ich heute einmal das Wort „hetzen“ im Mund führte und auch noch falsch verstanden worden bin.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, um das Kooperationsverbot aufzuheben, bedarf es einer Grundgesetzänderung. Das macht man nicht mal eben so; das will gut durchdacht sein. Beim Kooperationsverbot im Bildungsbereich geht es darüber hinaus auch noch ans Eingemachte; denn Bildung ist eine der wenigen Angelegenheiten, die noch in der Zuständigkeit der Bundesländer liegen.

Warum wird eigentlich gerade jetzt so intensiv über die Aufhebung des Kooperationsverbotes diskutiert? Im September gab es die Entschließung im Bundesrat, im Wahlkampf und den Sondierungsgesprächen zu einer möglichen Jamaikakoalition war das Thema immer präsent, und jetzt behandeln wir es im Landtag. Der Schreck ist offensichtlich groß, dass Deutschland in Bildungstests immer öfter nach hinten wegrutscht. Aktuell bei der IGLU-Studie, aber auch bei internationalen Vergleichen zum Beispiel zu den Bildungsausgaben hinkt Deutschland hinterher.

In Bezug auf den vorliegenden Antrag lohnt aber zunächst ein Blick darauf, woher das Kooperationsverbot kommt. Den Schöpfern des Grundgesetzes ging es mit Blick auf die Erfahrungen im Dritten Reich darum, den Missbrauch des Bildungssystems zu erschweren. Es ging also zuvörderst niemals um Geld. Im Antrag der LINKEN als auch in der darin erwähnten Bundesratsinitiative, der sich Sachsen anschließen soll, geht es aber genau darum: um die Beteiligung des Bundes an den finanziellen Herausforderungen, vor denen das deutsche Bildungssystem steht. Die fachliche Verantwortung zur Erreichung bildungspolitischer Ziele – so zumindest ist es in der Bundesratsinitiative begründet – soll weiterhin den Ländern obliegen.

Wenn es also nur ums Geld geht, muss dafür das Kooperationsverbot gekippt werden? Sowohl beim Bund als auch bei den Ländern sprudeln die Steuereinnahmen. Auch die Steuerschätzungen für die kommenden Jahre lassen diesbezüglich viel Optimismus zu. Somit sind einerseits auf Länderebene Finanzmittel vorhanden; sie müssen nur richtig eingesetzt werden. Andererseits hat auch der Bund Möglichkeiten, den Ländern und nachfolgend den Kommunen mehr Geld für den Ausbau der schulischen Infrastruktur zukommen zu lassen, unter anderem die in der Antwort der Staatsregierung erwähnte Regelung zur Umsatzsteuer. Eine finanzielle Beteiligung des Bundes an Bildungskosten hat es darüber hinaus schon immer gegeben und gibt es auch aktuell. Zu nennen sind hierbei beispielhaft das frühere Förderprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ oder der aktuell vom Bundesbildungsministerium vorgeschlagene „Digitalpakt Schule“.

Ehrlicherweise sollte aber auch klar sein, dass Geld allein die finanziellen Herausforderungen nicht löst. Schauen wir sie uns einmal genauer an. In der Begründung der Bundesratsinitiative werden Themen wie Digitalisierung, Ausbau der Schulsozialarbeit, räumliche, finanzielle und personelle Ausstattung zur Umsetzung von Inklusion oder auch der Fachkräftebedarf für die frühkindliche Bildung genannt. Wer jetzt glaubt, dass mit der Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln diese Probleme behoben seien, der irrt gewaltig.

Für den Breitbandausbau als logische Voraussetzung der Digitalisierung gibt es aktuell ziemlich viele Gelder von Bund und Land, und trotzdem geht es nicht voran, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Hier seien genannt: Bürokratie, Überforderung der Kommunen, Zersplitterung von Verantwortung und andere Dinge.

Wenn Schulsozialarbeit ausgebaut werden soll, brauche ich vor allem ausgebildete Sozialarbeiter. Für inklusive Bildung brauche ich ausgebildete Förderschullehrer. Für mehr Schulen und Kitas brauche ich mehr Lehrer, mehr Erzieher. Die kann man aber nicht kaufen.

Wenn es also um die Aufhebung des Kooperationsverbotes geht, muss in allererster Linie über Inhalte gesprochen werden. Es muss um eine Qualitätsoffensive gehen. Es muss um die Angleichung von Bildungsstandards gehen,

und es muss um die Förderung von Leistungspotenzialen gehen. All das ist nötig, wenn Deutschland nicht den Anschluss an die internationale Bildungsspitze verlieren will. All das ist nötig, wenn die Menschen, die Familien in unserem Land den Forderungen nach Flexibilität und Mobilität gerecht werden sollen.

Hier müssen sich die Länder zunächst einmal einig werden, wohin die Reise gehen soll. Das Kooperationsverbot aufzuheben – –

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Frau Kollegin, die Redezeit ist zu Ende.

**Andrea Kersten, fraktionslos:** Noch zwei Sätze?

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Bitte.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Nein!)

**Andrea Kersten, fraktionslos:** Das Kooperationsverbot aufzuheben kann nur in Verbindung mit einer inhaltlichen Diskussion zur Entwicklung der Bildungsqualität erfolgen.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:  
Das dürfen wir auch nicht!)

Nur den Bund zu verpflichten, die Rechnung zu bezahlen, begründet nicht die Aufhebung des Kooperationsverbotes. Von daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das war Frau Kollegin Kersten. Jetzt könnten wir eine zweite Runde eröffnen. Das Wort wird für die CDU Herr Prof. Schneider ergreifen.

**Prof. Dr. Günther Schneider, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihrem Antrag will die Fraktion DIE LINKE, dass die Bundesregierung mit den Ländern in Gespräche zur Änderung des Grundgesetzes eintritt. Weil es um eine Grundgesetzänderung geht, auf die Sie zielen, ist der Antrag unter Heranziehung der verfassungspolitischen Seite zu bewerten. Das will ich tun und deutlich machen, warum wir den Antrag aus diesem Grund ablehnen.

In der Ausgangslage, meine Damen und Herren, ordnet das Grundgesetz, Frau Falken, kein ausdrückliches Verbot einer Kooperation zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich an. Das Grundgesetz enthält in dem Kontext, den Sie eben nannten – das war der Artikel 104 b Grundgesetz – eine Verteilung von Aufgaben und Lasten im Staatsgefüge zwischen Bund und Ländern. Es gilt der Grundsatz, dass die Kostentragung, also die Finanzlast, der Aufgabenwahrnehmung folgt. Der hier im maßgeblichen Zusammenhang stehende Artikel 104 a Abs. 1 Grundgesetz bestimmt, dass der Bund und die Länder die Aufgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, selbst tragen. Weil die Länder in Kultusangelegenheiten bekanntlich allein zuständig sind – das ist der wahre Grund für Ihren Antrag, das steht dahinter –,

obliegt den Ländern damit nach Artikel 104 Abs. 1 Grundgesetz auch die Kostentragung.

Zu Artikel 104 b noch ein Wort, Frau Falken: Der Bund kann nach dieser Regelung, soweit das Grundgesetz ihm Gesetzgebungsbefugnisse verleiht, den Ländern Finanzhilfen unter den dort näher genannten Voraussetzungen geben. Es geht also nicht um eine Verbotsregelung, wie Sie meinen. Das, meine Damen und Herren, ist die Ausgangslage. Dass die Bundesländer danach für ihre jeweiligen Schulsysteme allein verantwortlich sind, ist gut so.

Vor diesem Hintergrund ist der hauptsächliche Grund für die Ablehnung Ihres Antrags aus unserer Sicht, dass Verhandlungen, die eine andere Verteilung von Aufgaben und Lasten zwischen Bund und Ländern zum Gegenstand haben sollen, vor Kurzem tatsächlich zum Abschluss gekommen sind, und zwar gerade auch für den Schul- und Bildungsbereich.

Im Anschluss an den Bundestag hat der Bundesrat am 02.06.2017, also vor gut einem halben Jahr, ein Paket von insgesamt 13 Grundgesetzänderungen zur Neuordnung des Bund-Länder-Gefüges beschlossen. Die Neuregelung hat den bestehenden Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern abgeschlossen und damit wohl das größte Reformpaket der vergangenen Legislaturperiode zum Abschluss gebracht. Im Vorfeld der Beschlussfassung vom 02.06.2017 ging es neben anderen Maßnahmen bereits auch um eine Neuregelung der Aufgabenverteilung im Bildungsbereich.

Im Ergebnis haben sich alle Beteiligten, und zwar zunächst der Koalitionsausschuss aus CDU/CSU und SPD, dann die Ministerpräsidentenkonferenz mit allen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Kanzlerin – damit also mit der Bundesregierung – und schließlich Bundestag und Bundesrat einvernehmlich auf eine Neuregelung verständigt. Die verfassungsrechtliche Antwort auf diesen Konsens, auf diese Beschlussfassung ist Artikel 104 c Satz 1 Grundgesetz, den Sie auch hätten zitieren sollen, wie ich meine.

Danach kann der Bund den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der finanzschwachen Gemeinden oder Gemeindeverbände im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren. Im Ergebnis dieser vor wenigen Monaten in Kraft getretenen Grundgesetzänderung werden den Ländern und damit auch dem Freistaat Sachsen im Bereich des Schulhausbaus zur Förderung von Investitionen solcher Kommunen insgesamt zusätzlich 3,5 Milliarden Euro aus Bundesmitteln zugutekommen. Sachsen wird hiervon im Umfang von nicht ganz 180 Millionen Euro profitieren. Ich finde, das ist ein großartiger Erfolg, über den man auch einmal positiv reden sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Mit dieser einvernehmlichen Klärung auch der Zusammenarbeit im Bildungssektor war die Debatte über eine weiterreichende Regelung abgeschlossen. Weiterreichen-

de Forderungen im Bildungsbereich, wie die von Ihnen heute hier erhobenen, wurden fallengelassen. Das ist der Sachstand von vor wenigen Monaten.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Es sind sieben Bundesländer, die die Forderung aufmachen, oder?)

Das bestreite ich nicht. Aber ich werde Ihnen, Herr Gebhardt, schon eine Antwort dazu geben. – Wenn nach alledem die Fraktion DIE LINKE mit einigen Bundesländern wenige Monate nach der gerade genannten Neuregelung erneut die Finanzfrage im Bildungsbereich thematisieren will, wären wir alle im Hause damit ausgesprochen schlecht beraten, und zwar aus folgenden beiden Gründen:

Erstens. Die vereinbarte Neuregelung der Bund-Länder-Beziehungen ist einvernehmlich erfolgt und erst wenige Monate her. Es ist schon deshalb nicht nachvollziehbar, die Verteilung von Aufgaben und Lasten wieder auf den Prüfstand zu stellen. Das nenne ich nicht verlässliche Politik. Ich halte das Verhalten eher für unseriös.

Zweitens. Bislang gilt der Grundsatz, dass die Aufgabewahrnehmung auch die Finanztragung bedingt. Dieses Argument wiegt viel schwerer.

Mit dem vorgelegten Antrag wollen Sie nur den Bund bezahlen lassen. Stanislaw Tillich hat als Ministerpräsident hierzu im Bundesrat ausgeführt. Ich zitiere: „Wer die Musik bezahlt, der bestimmt auch, was gespielt wird.“ So ist es. Glauben Sie denn allen Ernstes, Herr Gebhardt, der Bund würde weitere Finanzlasten im Bildungsbereich übernehmen, ohne sich Mitspracherechte einräumen zu lassen? Das beste Beispiel ist doch geradezu Artikel 104 c Grundgesetz, in dem der Bund finanziert und zugleich mitspricht.

Wer im Bildungsbereich andere die Musik bezahlen lassen will, der muss auch in Kauf nehmen, dass der Bund bestimmt, was gespielt wird. Das berücksichtigen Sie mit Ihrem Antrag nicht.

Aus diesen Gründen werden wir den Antrag der Fraktion DIE LINKE ablehnen. Der Antrag ist nicht sinnvoll. Es wäre sinnvoller gewesen, den Antrag zumindest jetzt nicht zu stellen. Im Bundesrat wird es voraussichtlich eine Vertagung dieses Antrags geben. Oder man hätte wenigstens den Abschluss der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene abwarten sollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Marco Böhme,  
DIE LINKE: Es gibt doch Mehrheiten!)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Herr Prof. Schneider für die CDU-Fraktion. Gibt es weiteren Redebedarf aus den Fraktionen heraus? – Den kann ich nicht erkennen. Möchte die Staatsregierung das Wort ergreifen? – Bitte, Herr Staatsminister Haubitz.

**Frank Haubitz, Staatsminister für Kultur:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und

Herren Abgeordneten! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE trägt den Titel: „Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben“. Lassen Sie mich zunächst auf die Begrifflichkeit eingehen. Sucht man im Grundgesetz nach dem Begriff Kooperationsverbot, stellt man fest: Ein derartiges Verbot einer Kooperation im Bildungsbereich findet man explizit nicht formuliert. Der Begriff Kooperationsverbot hat sich in den letzten Jahren in den politischen Sprachgebrauch eingeschlichen und dies ohne wirkliche sachliche Basis. So stellt sich mir die Frage: Kann man etwas abschaffen, was es gar nicht gibt?

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Herr Haubitz!)

Im Grundgesetz sind die wichtigen Zuständigkeiten der verschiedenen Ebenen klar geregelt. Die primäre Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeit der Länder in Bildung und Erziehung ist ein Kernstück dieser Kompetenzen. Die Grundgesetzverankerung der Kulturhoheit folgt historischen Erfahrungen in Deutschland; denn totalitäre oder autoritäre Staaten nutzten in der Vergangenheit zentrale Bildungssysteme, um die Vermittlung ihres Weltbildes zu schärfen. Mit der Föderalismusreform im Jahr 2006 hat der Gesetzgeber Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten geschärft und damit Handlungssicherheit auf den verschiedenen Ebenen geschaffen. Das, was die Antragsteller wollen, geht in die Zeit vor 2006 zurück und würde die damaligen Erkenntnisse ignorieren.

Erinnern Sie sich noch an den PISA-Schock? Die ernüchternden deutschen Ergebnisse bei PISA 2000 stammen aus der Phase der gemischten Zuständigkeit von Bund und Land in den Jahren 1969 bis 2006. Man kann ja nicht gerade behaupten, dass die damalige Mischzuständigkeit das Bildungssystem leistungsfähiger gemacht hätte.

Welche Interessen lassen sich hinter der Initiative vermuten? Wenn man die Begründung liest, fällt auf, dass die Argumente nicht inhaltlicher Art im Sinne der qualitativ besseren Lösung sind. Materielle, finanzielle Erwägungen sind vielmehr handlungsleitend. Es geht um den Bedarf an zusätzlichen Finanzmitteln, die man vom Bund bekommen möchte. Die Initiatoren betonen sehr klar, dass sie die inhaltliche Gestaltungskompetenz voll bei den Ländern lassen wollen und der Bund nur das Geld geben soll.

Aber, meine Damen und Herren, wie wahrscheinlich ist es, dass sich der Bund auf solch ein Gebepaket einlässt? Eine verfassungsrechtliche Neustrukturierung, bei der der Bund nur Geld in Größenordnungen ohne inhaltliche Mitbestimmung geben soll, erscheint mir politisch unrealistisch. Ist nicht vielmehr zu befürchten, dass dann wieder das eintritt, was im Jahr 2006 wesentlicher Anlass für die Entflechtung war? Mit dem sogenannten goldenen Zügel würde die Bundesregierung wieder inhaltlich Einfluss auf den Mitteleinsatz und damit auf die Bildungspolitik in Sachsen nehmen wollen.

Ohne Zweifel stehen Sachsen und alle Länder vor großen Herausforderungen im Bildungsbereich. Als Bereiche mit besonderem Handlungsbedarf nennen die antragstellenden

Länder insbesondere die frühkindliche Bildung, die Schulsozialarbeit, die digitale Bildung sowie den Schulhausbau. Das sind genau die Bereiche, in denen bereits nach der derzeitigen Verfassungslage Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern bestehen, die aktiv genutzt werden, etwa im Bereich der frühkindlichen Bildung sowie der Sozialarbeit, bei der digitalen Bildung, beim Bau und der Sanierung von Bildungseinrichtungen.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für gelingende Zusammenarbeit im Rahmen der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten ist die Bund-Länder-Initiative zur Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler, die im Januar 2018 offiziell starten wird. Diese auf zehn Jahre angelegte Initiative geht maßgeblich auf den KMK-Schwerpunkt „Förderstrategie für leistungsstarke Schüler“ während der sächsischen KMK-Präsidentschaft meiner Vorgängerin zurück.

Zum Themenfeld „Digitale Bildung in der Schule“ wurden in diesem Jahr zum Digitalpaktvorschlag von Bundesbildungsministerin Wanka gemeinsam von Vertretern des BMBF und der Länder unter aktiver Beteiligung Sachsens Eckpunkte formuliert, die eine entsprechende Bund-Länder-Vereinbarung für die neue Bundesregierung vorbereiteten.

Meine Damen und Herren! Wenn es ein Kooperationsverbot gäbe, wäre dies alles nicht möglich. Ein Weg zur Lösung möglicher Finanzierungsprobleme der Länder im Bildungsbereich wäre eine Neujustierung der Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer. Das ist eine Länderforderung, welche schon beim Bildungsgipfel 2008 erhoben wurde.

Aus genannten inhaltlichen und politischen Gründen hat das SMK im Kulturausschuss des Bundesrates den Entschließungsantrag abgelehnt. Da im Rechtsausschuss der Antrag bis zum Widerruf vertagt wurde, ist eine Befassung im Bundesratsplenum derzeit nicht absehbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD  
und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war Staatsminister Haubitz für die Staatsregierung. Jetzt kommen wir zum Schlusswort der einbringenden Fraktion. Bitte, Frau Kollegin Falken.

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe immer wieder den Eindruck – und ich weiß nicht, wie lange der noch anhalten wird –, dass Ihnen die Situation im Freistaat Sachsen im Bildungsbereich immer noch nicht bewusst ist. Diese Situation ist sehr dramatisch!

Alle von uns, die Wahlkreise haben, aber insbesondere sicherlich die bildungspolitischen Sprecher hier im Parlament, haben wöchentlich zwei, drei, vier Gespräche mit Eltern, mit Schülern, mit Schulleitern, mit Bürgermeistern, weil die Angst unglaublich groß ist, dass der Wissensverlust bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat

Sachsen extrem zunehmen wird. Das ist ein großes und schweres Signal.

Sie haben die Wahlergebnisse zur Bundestagswahl gehabt. Einen wesentlichen Anteil an diesen Wahlergebnissen hatte der Zustand des Bildungssystems im Freistaat Sachsen. Wir, Sie müssen handeln. Sie müssen schnell und zügig handeln, sonst bricht uns hier das, was seit vielen Jahren durch die Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat Sachsen aufgebaut worden ist, zusammen.

Ich war gestern Abend noch spät im Erzgebirge. Es ist Wahnsinn, was ich mir da anhöre.

(Christian Piwarz, CDU: Bitte, wann?  
Wir haben bis 22:30 Uhr hier gegessen!)

– Danach bin ich losgefahren, selbstverständlich. Was haben Sie denn gedacht? Das ist gar keine Frage. Ich bin immer bereit, mich für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen.

Ich glaube, es ist Ihnen immer noch nicht bewusst, was hier eigentlich im Freistaat los ist. Ein Herauswinden, ein Darüberhinweggehen oder das Suchen von Krücken, Herr Staatsminister, darf es nicht geben. Was ist das denn für eine Aussage, dass ein Begriff nicht im Grundgesetz stehe? Ich bitte Sie. Natürlich steht dieser Begriff nicht im Grundgesetz. Das ist gar keine Frage.

Schauen Sie einmal in das Schulgesetz oder in Ihre Verwaltungsvorschriften, die Sie zwar nicht gemacht haben, aber für die Sie jetzt zuständig sind, was dort für Begriffe stehen, die man abschaffen oder ergänzen sollte. Da finden Sie bestimmte Sachen gar nicht, die der norma-

le Menschenverstand voraussetzen würde. Das funktioniert nach unserer Auffassung gar nicht.

Wenn ich Herrn Schneider anhöre, dann ist das der klassische Beweis dafür, dass Sie es wieder aussitzen. Sie verschieben es. Sie warten, bis die Koalition da ist. Sie entscheiden nichts. Sie sind nicht handlungsfähig. Aber genau das fordern wir in der Opposition ein: handlungsfähig sein, Entscheidungen treffen und diese umsetzen.

Wir wissen alle, dass wir dafür Geld brauchen. Natürlich will der Bund mitreden.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Die Redezeit ist abgelaufen, Frau Kollegin.

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Ich habe es Ihnen vorhin erklärt: Die Kleinstaaterei muss abgeschafft werden.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Die Redezeit ist abgelaufen.

(Martin Modschiedler, CDU: Jetzt reicht es!)

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Danke.

(Beifall bei den LINKEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 6/11239 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Drucksache 6/11239 nicht beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

## Erklärung zu Protokoll

**Petra Zais, GRÜNE:** Das Kooperationsverbot für Bund und Länder in der Bildung muss aufgehoben werden. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass Bund und Länder nicht zusammenarbeiten dürfen, um gleichwertige Lebensverhältnisse und damit auch gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen. Bund und Länder und Kommunen müssen endlich an einem Strang für gleiche Bildungschancen für alle ziehen.

Aus der Sicht unserer Fraktion gibt es deshalb ein klares Ja zum Antrag der LINKEN, und angesichts des SPD-Satzes vom „in Verfassungsrecht gegossenen Irrtum“ bleibt die Hoffnung, dass die sächsische SPD keine Ablehnung der Bundesratsinitiative durch Sachsen zulässt.

Noch einmal zu den Fakten: Das Jahr 2006 sollte Klarheit in die politischen Verantwortlichkeiten bringen. Wirkliche Klarheit, insbesondere bei der Finanzierung der anstehenden Aufgaben im Bildungsbereich, gab es nicht.

Im Jahr 2017 – Initiative der SPD – wurde die Tür zwar einen Spalt geöffnet, allerdings war die Ergänzung halberzig; denn das Kooperationsverbot in der Bildung bleibt

für alles bestehen, was nicht Neubau oder Sanierung von Schule und Berufsschule betrifft.

In diesem Kontext verabschiedete der Bund im Jahr 2017 ein befristetes und degressiv gestaltetes Sanierungsprogramm in Höhe von 3,5 Milliarden Euro, das in den nächsten Jahren für Investitionen in Schulgebäude und Turnhallen gedacht ist.

Das „Kommunalpanel 2016“ der staatlichen Förderbank KfW beziffert den Sanierungsrückstand für Schulgebäude auf 34 Milliarden Euro. 2015 haben die Kommunen 2,9 Milliarden Euro in Schulgebäude gesteckt, das waren 1,3 Milliarden Euro weniger als 1995. „Machten die baulichen Investitionen damals noch über 45 % der kommunalen Gesamtausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen aus, waren es im Jahr 2015 nur noch 25 %. Dabei zeigen sich große Unterschiede zwischen den Regionen“, resümierten die KfW-Experten. So würden „Bildungserfolge in Deutschland erschwert“.

Nicht nachzuvollziehen sind auch die unlogischen Regeln für die Bund-Länder-Zusammenarbeit, dass der Bund zwar die Nachmittagsbetreuung von Kindergartenkindern mitfinanziert, die von Schulkindern jedoch nicht. Die

Idee, Finanzierungsprobleme im Bildungsbereich dadurch zu beheben, dass der Bund mehr Umsatzsteuerpunkte an die Länder abgibt, löst dieses Dilemma nicht; denn es gibt keine Garantie, dass die Mittel in den Schulen vor Ort wirklich ankommen.

Wir empfehlen allen, die noch unsicher sind und Argumente brauchen, sich die Erklärung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 14. Dezember 2016 anzuschauen. Unter dem Titel: „Bildung ist Zukunft – Kooperationsverbot aufheben, Investitionen in Bildung ermöglichen – Kommunale Bildungskompetenz stärken“ gibt es nicht nur eine Bestandsaufnahme des Bildungsstandortes Deutschland, es werden auch klare Erwartungen an die Politik formuliert.

Digitale Bildung ist eines der Kernthemen, das die Kommunen und Länder ohne die Hilfe des Bundes nicht stemmen können. Die Städte und Gemeinden verstehen darunter digitale Bildung entlang der gesamten Bildungskette. Damit sind sie deutlich weiter als die Koalition in Sachsen.

Neben den Investitionen in digitale Lehr- und Lernmedien sowie in Endgeräte und die Netzinfrastruktur in den Schulgebäuden müssten neben einmaligen Anschaffungskosten auch langfristige Aufwendungen für Betrieb, Wartung, Erneuerung, Updates und Support berücksichtigt werden. Nach Schätzungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes geht es hierbei um jährlich 4 bis 5 Milliarden Euro. Da ist das Digitalpaket des Bundes nicht mehr als ein Anfang.

Wir GRÜNE streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung gemeinsam übernehmen. Wir wollen vergleichbare Schulabschlüsse in ganz Deutschland erreichen. Dafür muss der Bildungsföderalismus entkrustet werden.

Stimmen Sie im Interesse Sachsens dem Antrag der LINKEN zu.

**Präsident Dr. Matthias Röbber:** Meine Damen und Herren, ich rufe auf

## Tagesordnungspunkt 11

### Für ein geburtenfreundliches Sachsen – Wohnortnahe Geburtshilfe sichern

#### Drucksache 6/11423, Neufassung, Antrag der Fraktion AfD

Die Fraktionen können Stellung nehmen. AfD, CDU, DIE LINKE, SPD, GRÜNE – das ist die Reihenfolge, und die einbringende AfD-Fraktion wird jetzt gleich durch Herrn Kollegen Wendt zu Wort kommen.

**André Wendt, AfD:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der AfD-Fraktion bekennen uns zu unserer Heimat.

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN: Ach!)

Uns liegt zudem das Wohlergehen unserer Familien am Herzen, deshalb setzen wir uns für unsere Familien ein, da wir uns dazu verpflichtet fühlen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Wir nicht, oder wie?)

Was Sie, werte CDU, jedoch tun, schadet unserer Heimat und unseren Bürgern.

(Christian Piwarz, CDU: Ach! Sie müssen  
jetzt wieder die Flüchtlinge bringen!)

Ihre Politik sorgt dafür, dass sich unsere Bürger nicht mehr sicher fühlen.

(Christian Piwarz, CDU: Jetzt die Flüchtlinge!)

Ihre Politik sorgt dafür, dass sich sehr viele Sachsen verlassen, ausgenutzt und abgehängt fühlen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Verlassen?)

Verlassen und abgehängt fühlen sich nicht nur unsere sächsischen Bürger in den Städten, sondern insbesondere jene, die im ländlichen Raum leben und hilflos zuschauen müssen, wie ihre Kleinstädte und Dörfer weiter ausgedünnt werden und Stück für Stück an Lebensqualität verlieren.

(Beifall bei der AfD)

Genauso geht es – aus aktuellem Anlass – auch vielen Menschen in Bischofswerda und den umliegenden Ortschaften, die nicht verstehen können, weshalb die Geburtenstation in Bischofswerda geschlossen werden soll. Mit unserem Antrag „Für ein geburtenfreundliches Sachsen – Wohnortnahe Geburtshilfe sichern“ soll den Menschen, insbesondere in den ländlichen Regionen, wieder Hoffnung gegeben werden.

(Christian Piwarz, CDU: Ach!)

Unser Antrag soll verhindern, dass sich unsere Bürger abgehängt fühlen. Unser Antrag soll dafür Sorge tragen, dass Familien und Strukturen gestärkt werden, Mütter schnell und sicher eine Geburtsklinik oder ein Geburtshaus erreichen können und damit insbesondere der ländliche Raum lebenswert bleibt.

(Beifall bei der AfD)

Dazu gehört, dass wir ein starkes Signal aussenden, ein Signal, das begreifbar macht, dass Sachsen ein geburtenfreundliches Land ist

(Unruhe bei der CDU)

und wir alles in unserer Macht Stehende tun, damit auch in Zukunft eine wohnortnahe Geburt sichergestellt werden kann. Um dies zu gewährleisten, haben wir diesen Antrag gestellt. Es kann doch nicht sein, dass trotz wieder steigender Geburtenzahlen Geburtenkliniken schließen müssen, weil Hebammen und Ärzte fehlen. Es ist unsere Aufgabe, alles Mögliche zu tun, um das zu verhindern.

(Christian Piwarz, CDU: Dann lassen Sie sich doch umschulen!)

Wie ich bereits erwähnte, soll die Geburtsklinik in Bischofswerda noch in diesem Jahr geschlossen werden – ich denke, ein fatales Signal, insbesondere für den ländlichen Raum. Gab es im Jahr 1990 in Sachsen noch 80 Kliniken, so sind es derzeit 41, und die Zahl schrumpft auf 40, wenn Bischofswerda geschlossen wird. So wurden beispielsweise in den letzten Jahren die Kliniken in Sebnitz, Oschatz, Radebeul, Reichenbach, Stollberg und Hartmannsdorf geschlossen. Die überwiegenden Gründe waren Hebammen- und Ärztemangel, aber auch wirtschaftliche Gründe spielten in einigen Fällen eine Rolle.

Auch wenn die Zahl der Hebammen in den letzten Jahren zugenommen hat, arbeitet nur noch jede vierte Hebamme aktiv in der Geburtshilfe. Viele übernehmen nur noch die Vor- und Nachsorge oder haben sich komplett zurückgezogen. Grund des Rückzugs sind die steigenden Kosten, vor allem die der Haftpflichtversicherung, vor dem Hintergrund des zu geringen Erlöses. So bekommt eine Beleghebamme für eine Geburt circa 300 Euro. Die Kosten für die Haftpflichtversicherung liegen aber momentan bei 7 500 Euro im Jahr. In drei Jahren werden sie voraussichtlich schon bei 9 100 Euro liegen, wenn wir nicht endlich tragbare Lösungen finden.

Im Jahr 1990 lagen die Prämien übrigens noch bei 413 DM pro Jahr. Dies ist eine Steigerung um das 18-fache in nicht einmal 20 Jahren. Diese Steigerung wird mit der längeren Lebensdauer der Kinder mit Geburtsfehler begründet; aber auch der fehlende Wettbewerb unter den Versicherungen ist ein Grund für die steigenden Kosten der Haftpflichtversicherung. Auch wenn mittlerweile ein Zuschlag für die Berufshaftpflichtversicherung der Hebammen gezahlt und auf Regress seitens der Krankenkassen in bestimmten Fällen verzichtet wird, entfaltet dies keine Wirkung. Diese Maßnahmen waren also nur ein Herumdoktern an einem kranken System und somit auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Versicherungsmarkt ist inzwischen so weit dezimiert, dass es an Wettbewerb fehlt und der Deutsche Hebammenverband zurzeit nur noch mit großen Schwierigkeiten Versicherungsverträge mittels Gruppenhaftpflichtversicherung anbieten kann, da die Prämien ständig steigen. Daher brauchen wir neue Lösungen, wie beispielsweise ein von der Bundesregierung initiiertes Versicherungssystem, das dafür sorgt, dass die Deckungssumme der Versicherungen begrenzt und damit die Versicherungsprämien abgesenkt werden können. Daraus ergibt sich, dass die Erstversicherer die höheren Schadensfälle bei einem

Rückversicherer absichern könnten, und diese Beiträge sollte dann die Bundesrepublik Deutschland übernehmen.

(Beifall bei der AfD)

Aber auch die Krankenhäuser haben große Probleme; denn die Kosten steigen stetig und die Fallpauschalen bleiben nahezu unverändert.

(André Barth, AfD: Genau!)

Dies führt dazu, dass die Gewinnschwelle, ab der es sich lohnt, Geburtshilfe anzubieten, immer weiter steigt. Probleme haben hier vor allem Krankenhäuser in ländlichen Regionen. Des Weiteren müssen wir ergründen, warum die Kaiserschnitttraten in Deutschland bei 31 % liegen, während sie in Finnland bei gerade einmal 16 % angesiedelt sind.

(Franziska Schubert, GRÜNE: Und was hat das jetzt für eine Aussage?)

Als Ursache hierfür könnte die zunehmende Tendenz zur Risikovermeidung bei den werdenden Eltern oder den klinischen Geburtshelfern infrage kommen. Es könnte auch daran liegen, dass der Kaiserschnitt für Kliniken einfacher zu planen ist. Aber auch monetäre Anreize sind nicht auszuschließen, da der Kaiserschnitt höher vergütet wird als die natürliche Geburt.

Wir müssen uns mit all diesen Problemen auseinandersetzen, deshalb haben wir zahlreiche Forderungen aufgestellt,

(Christian Piwarz, CDU: Da redet echt der Blinde von der Farbe! Wenn Sie eine Ahnung von dem hätten, was Sie erzählen! Mist!)

von denen ich einige in meinem Schlusswort nennen werde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Auf Herrn Wendt folgt nun Herr Kollege Wehner, CDU-Fraktion.

**Oliver Wehner, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wendt, ich hätte mir ja etwas mehr Sachlichkeit in dieser Thematik gewünscht;

(André Barth, AfD: Das war ja wohl sachlich ohne Ende!)

denn die innere Sicherheit der Bürger, die Ausnutzung und alles, was sonst noch so in Ihren Ausführungen kam, hat ja nun wenig damit zu tun, wie man sich mit der Sicherung einer wohnortnahen Geburtshilfe vor Ort auseinandersetzt.

(Christian Piwarz, CDU: Sehr richtig!)

Natürlich ist es so, dass man sich in Bischofswerda genau anschauen muss, wie der Sachverhalt ist und dass dort eine Geburtsklinik geschlossen wird. Sicher kann man

auch darüber sprechen, dass es das eine oder andere Mal kommunikativ etwas besser laufen kann; aber eigentlich muss man sich doch fragen: Stehen wir für Qualität oder für Quantität der Versorgung? Grundsätzlich ist es so, dass der Patient das Krankenhaus wählt, das eine sehr hohe Qualität liefert. Das hat etwas damit zu tun, dass dort auch viele Operationen – oder Geburten in diesem Fall – geleistet werden müssen, und mehr Geburten bedeuten natürlich auch mehr Qualität in diesem Bereich; und wenn die Kliniken wenige Geburten haben, dann kommen sie irgendwann an die Qualitätsgrenze.

Es hat auch etwas mit dem Personal zu tun. Wenn Sie für einen Arzt und sechs Hebammen 600 Geburten brauchen, um die Qualität zu sichern und das Personal im ländlichen Raum bereitzustellen, dann kommen Sie auch dort an Grenzen, wenn es zu wenige Geburten gibt. Die Geburtenzahlen kann man ja messen. Also, das Argument, es gebe jetzt mehr Geburten, ist schnell aufgebraucht, wenn es tatsächlich zu wenige sind. Qualität und Quantität muss man immer ins Verhältnis setzen.

In Ihrem Antrag fordern Sie die Erhebung einer Datengrundlage, besonders was die Hebammen betrifft. Bei den Hebammen ist es so, dass wir bereits Haushaltsmittel für die Hebammenstudie eingesetzt haben. Das war damals auch ein fraktionsübergreifender Beschluss. Diese Studie soll dann im April 2018 vorgestellt werden. Danach kann man dann die Versorgungssituation bewerten. Die Hebammenstudie kann eine Grundlage für die Versorgungsplanung sein.

Ferner fordern Sie die wohnortnahe Geburtshilfe. Wenn Sie sich ansehen, dass im Freistaat Sachsen 41 Krankenhäuser Geburtstationen haben und dass der Bürger – in dem Falle die Patientin – keine unzumutbaren Fahrtwege zur Geburtsstation haben soll, dann ist die Versorgung im Land auch gedeckt.

Die CDU-Fraktion setzt sich besonders dafür ein, dass die entsprechenden Fachrichtlinien der Qualitätssicherung vor Ort umgesetzt werden.

Eine Anmerkung will ich grundsätzlich noch zu den Krankenhäusern machen: Das ist die wohnortnahe Krankenhausversorgung, die natürlich wichtig ist, aber die auch mit anderen Mitteln gewährleistet werden muss. Wenn Sie sich heute bei den Krankenhausstrukturen beispielsweise die Telemedizin anschauen, die den Bürger näher an den Arzt rückt, dann ist es besonders wichtig, sich über Alternativen der Versorgung im ländlichen Raum Gedanken zu machen.

(André Wendt, AfD, steht am Mikrophon.)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Oliver Wehner, CDU:** Ich führe erst einmal zu Ende aus. – Ich gehe nämlich noch auf die stationäre und ambulante Geburtshilfe ein, die Ihr Antrag unter Punkt 4 aufgreift. Hierfür ist der Freistaat nicht zuständig. Vertreter der Selbstverwaltung sind hier am Werk.

Wenn Sie sich die Krankenkassen und Hebammenverbände anschauen, stellen Sie fest, dass das die entsprechenden Akteure sind, die Sie hierbei ins Feld führen. Man muss auch sagen, weil Sie die Hebammen angesprochen hatten: Die Hebammen haben kürzlich – das war im September – einen Lohnzuwachs in Höhe von 17 % erhalten. Auch hierbei ist etwas für die Berufsgruppe der Hebammen getan worden.

Zu Punkt 5 Ihres Antrages. Sie gehen noch einmal auf den Sicherstellungszuschlag ein. Wir haben hier wiederum die Abwägung zwischen dem Geld, das man vor Ort für die entsprechenden Ärzte oder Hebammen ausgibt – man kann sich immer darüber streiten, ob man mehr Hebammen und mehr Ärzte einstellt, wenn man sie denn hat – und der Erfahrung. Dabei ist die Frage: Selbst wenn Sie einen Arzt hinstellen und nur wenige Geburten stattfinden, dann hat er halt auch sehr wenig Erfahrungen. Das ist nicht der Anspruch an Qualität, der vom Gemeinsamen Bundesausschuss verfolgt wird.

Herr Wendt, wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Das war Kollege Wehner. Es folgt jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Kollegin Lauterbach.

**Kerstin Lauterbach, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Seit der 3. Wahlperiode sprechen wir über die Vergütung der freiberuflichen Hebammen. Erst mit dem letzten Haushaltsplan setzt das Sozialministerium Akzente mit einer eigenen Haushaltsstelle und einer neuen Form der Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Hebammenverband. Das ist, nachdem wir und auch DIE GRÜNEN über zehn Jahre gekämpft haben, ein absolutes Highlight.

Die AfD-Fraktion springt jetzt auf einen Zug auf, der gerade einmal beginnt, Fahrt aufzunehmen. Sie hat bis jetzt nichts dafür getan.

Schauen wir uns Ihren Antrag einmal an. Sie fordern die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen einzusetzen. Das ist erst einmal nicht falsch. Sie haben einige Ebenen genannt, aber viel zu viele weggelassen, Herr Wendt. Die Erstellung einer tragfähigen Datengrundlage zur Tätigkeit der Hebammen ist nach Auskunft des Ministeriums in Arbeit. Herr Wehner erwähnte es bereits.

Sie sehen an diesem Antrag, Frau Ministerin: Wir brauchen dies dringend, denn in der Begründung beschreibt der Antragsteller einen Hebammenmangel und begründet dann – ich zitiere –: „Gab es 2001 noch 699 Hebammen, waren es 2015 schon 1 175.“ – Zu den Zahlen sage ich mal lieber nichts.

Die Antworten auf unsere Kleinen Anfragen, die Frau Schaper gestellt hat, haben Sie wahrscheinlich nicht gelesen. Sie wollen eine wohnortnahe geburtliche Versorgung, diese vernetzt und sektorenübergreifend. Wir als LINKE definieren wohnortnah bis 20 Kilometer.

(André Wendt, AfD, steht am Mikrophon.)

– Setzen Sie sich wieder hin!

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Kerstin Lauterbach, DIE LINKE:** Nein, gestatte ich nicht.

(Heiterkeit bei den LINKEN)

Herr Wendt, von Ihnen habe ich nicht gehört, was „woh-nortnah“ ist. Sie haben aber noch die Chance, dazu Stellung zu nehmen.

Das ist genau das, was jetzt im Klinikum Bautzen umgesetzt wird. In Bautzen entsteht ein Schwerpunkt für die Betreuung und die Versorgung rund um Schwangerschaft, Geburt und Neugeborenenversorgung für die Region. Für Neu- und Frühgeborene stehen sofort Ärzte zur Verfügung; so auch bei Komplikationen rund um die Geburt.

Es sind übrigens keine 20 Kilometer zwischen Bischofswerda und Bautzen. Sie erwarten, dass Geburtshäuser dort entstehen, wo Krankenhäuser fehlen. Das ist nicht nur ausgewiesener Schwachsinn, Herr Wendt, sondern es ist Fakt, dass ein Geburtshaus nicht die weißen Flecken in einer Krankenhauslandschaft ersetzen kann.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Es wird immer ein Zusatzangebot für Frauen sein, die es wünschen. Sicherlich muss es das geben. Aber es kann kein Ausfallbürge für staatliche Verantwortung sein, geschweige denn für die medizinische Versorgung von Mutter und Kind. Die Frau muss sich frei entscheiden können. Wenn sie in einem Krankenhaus entbinden möchte, erwarten wir, dass sie wohnortnah und sektorenübergreifend betreut wird.

Die Realität sieht aber anders aus. Sie haben eine Schließung vergessen, Herr Wendt: die Schließung des Krankenhauses in Großenhain. Aus Erfahrungen im Landkreis Meißen muss ich Ihnen sagen, dass die Schwangeren entscheiden, wo sie ihr Kind zur Welt bringen.

(André Wendt, AfD: Sind alle aufgeführt!)

Das ist genau dort, wo die Rundumbetreuung funktioniert. Die schwangeren Frauen in Großenhain haben ihre Kinder überwiegend in Meißen und in Dresden zur Welt gebracht. Ich habe das sehr bedauert. Es blieben noch 160 Geburten im Jahr übrig. Die Frauen suchen also die Qualität in der Versorgung.

Das heißt für die Krankenhausplanung, Frau Ministerin: Bei der Geburtshilfe immer mit Kinderärzten und mit Frauenärzten denken und planen. Damit sind wir beim lieben Geld, bei Abrechnungssystemen, bei Abrechnungspauschalen, bei Sicherstellungszuschlägen, bei Rückversicherungssystemen, bei Berufshaftpflichtversicherungen etc.

Haben Sie das jetzt verstanden?

(Frank Kupfer, CDU: Ja, alles gut!)

– Sie sehen nicht so aus, weil die AfD es auch nicht verstanden hat.

(Heiterkeit bei den LINKEN –  
Zuruf von der CDU)

– Sie dürfen ruhig Nein sagen, Herr Kupfer. – Das ist alles von der Bundesebene zu leisten und kratzt in Ihrem Antrag nur an der Oberfläche. Sie erwarten einen Sicherstellungszuschlag in Höhe von 300 Euro. Wofür, Herr Wendt?

(Zuruf des Abg. André Wendt, AfD)

Erst einmal erwarten Sie Geld von der Landesregierung. „Mal sehen, was dann weiter passiert?“, so steht es in Ihrem Antrag.

Wie kommen Sie eigentlich auf die Summe von 300 Euro?

(André Wendt, AfD: In enger Absprache mit den Hebammen, Frau Lauterbach!)

Diese Summe sollte dann grundsätzlich an freiberufliche Hebammen gezahlt werden und eventuell auch noch an Krankenhäuser – großes Fragezeichen. Das wäre dann noch zu definieren.

Wenn es kompliziert wird, dann überlassen Sie es wieder der Regierung. Na ja, Herr Wendt, mit Haushaltplanung haben Sie es ja eh nicht so.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Es reicht bei Ihnen ja nur zu einem albernem Youtube-Video.

(Heiterkeit bei den LINKEN)

Werte Abgeordnete! Sachsen hat endlich erkannt, dass es ohne eine gute Hebammenversorgung nicht geht. Der Sächsische Hebammenverband und das Ministerium sind im Gespräch. Eine Datenerhebung ist in Arbeit. Im Haushaltsplan 2017 stehen 175 000 Euro zur Verfügung. Das ist nicht viel, aber ein Anfang. Was mit dem Geld passiert, dürfen auch die Hebammen mitentscheiden. Das ist gut so.

Aber ehrlich gesagt: Mir dauert das alles viel zu lange. Bei der aktuellen Situation, wie es den Hebammen in den letzten Jahre gegangen ist, ist einfach mehr Tempo und mehr Engagement gefragt.

Herr Wendt, insgesamt ist Ihr Antrag sehr umfangreich, mit zahlreichen Wiederholungen und Widersprüchen, mit einem Durcheinander an ambulanter und stationärer Versorgung, mit einem Durcheinander an Bundes- und Landesebene.

(André Wendt, AfD: Na klar, auf allen Ebenen!)

– Das sind nicht alle Ebenen.

(André Barth, AfD: Was gibt es noch für Ebenen außer allen Ebenen?)

Von einem gemeinsamen Bundesausschuss haben Sie gar nicht gesprochen.

Zusammenfassend möchte ich Ihnen Folgendes mit auf den Weg geben: Die Finanzierung der Kliniken ist unzureichend. Zudem stehen sie in einem harten Wettbewerb zueinander. Eine Folge des ökonomischen Druckes ist ein enormer Personalnotstand, so auch in der Geburtshilfe. Laut Wissenschaftlichem Dienst des Bundestages kümmert sich fast die Hälfte der Hebammen um drei Frauen gleichzeitig während einer Geburt. Das führt nicht nur zur Überlastung der Hebammen, sie arbeiten deshalb zu über 70 % in Teilzeit. Das alles steht nicht in Ihrem Antrag drin, aber das ist notwendig.

Unsere Position lautet: Die Versorgung mit Hebammenleistungen muss wohnortnah erfolgen. 20 Kilometer haben wir da ausgeschrieben. Die Geburten müssen regelhaft eins zu eins betreut werden. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass so die Interventionsrate sinkt. Statt kommerzieller Haftpflichtversicherung muss ein steuerfinanzierter und auf Bundesebene angesiedelter Haftpflichtfonds eingerichtet werden. Die Hebammen sind besser zu vergüten, und zwar ambulant wie stationär.

Frau Ministerin, Sie merken an meiner Wortwahl: Ein Ermessen habe ich hier nicht eingeräumt.

Die CDU auf Bundesebene möchte die Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammenleistung auch im ländlichen Raum absichern, hat aber in den letzten vier Jahren nicht das Geringste dafür getan. Die AfD will eine Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen. Auch das wird nicht helfen.

(André Wendt, AfD: Ihre Lösung ist wohl eine neue Lösung?)

Ihr Antrag bringt uns also keinen Schritt weiter. Im Gegenteil: Er lässt sämtliche Planungen für weiteres Personal, welches man bei schwierigen Geburten nötig hat – wie Ärzte und Schwestern –, völlig außen vor. Das ist wieder einmal nur ein Scheingefecht in Ihrem täglichen Populismus.

Danke schön.

(Beifall bei den LINKEN und des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE – André Wendt, AfD, steht am Mikrofon.)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Jetzt gibt es eine Kurzintervention von Kollegen Wendt.

**André Wendt, AfD:** Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Lauterbach, ich weiß nicht, ob Sie die letzten zwei Jahre, die Sie noch hier im Parlament sind, noch einmal so richtig einen obendrauf hauen wollen, aber das, was Sie geäußert haben, ist unter aller Kanone. Nicht nur, dass es beleidigend war, es zeugt auch davon, dass Sie – Entschuldigung, mit Verlaub gesagt – überhaupt gar keine Ahnung haben.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Das sagt der Richtige!)

Noch etwas: Hätte ich noch mehr Antragspunkte aufgeführt, dann hätten Sie überhaupt gar nichts mehr verstanden. So konnten Sie wenigstens in Grundzügen unserem Antrag folgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Möchten Sie reagieren? – Keine Reaktion. Wir gehen weiter in der Rednerreihe. Für die SPD spricht jetzt Frau Simone Lang. Bitte, Frau Kollegin.

(André Barth, AfD: Das war schon wieder eine Beleidigung! –  
Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:  
Ich kann es auch laut sagen! –  
Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE –  
André Barth, AfD: Am besten am Mikrofon;  
dann steht es auch im Protokoll! –  
Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:  
Selbstverständlich, können wir gern machen!)

**Simone Lang, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als Palliativfachkraft habe ich einige Jahre Menschen am Lebensende begleitet und war gern an ihrer Seite. Wenn Menschen unsicher sind, haben Sie Fragen, freuen sich über psychische und physische Stützen. Viele Betroffene wünschen sich jemanden, der einfach da ist, zuhört und Orientierung gibt. Am Lebensende sind Hospizhelfer etwas Ähnliches wie Hebammen am Beginn des Lebens.

Die Hebammen sind große Stützen für werdende Mütter, Eltern von Neugeborenen und ihren Familien. Die Hebamme, die mich in jener Zeit begleitete, hat mir persönlich viele Fragen beantwortet. Sie half uns, Entscheidungen zu treffen, und gab mir eine Zuwendung in besonderen Situationen der Geburt unserer Kinder.

Am Anfang werden viele Faktoren für eine wohnortnahe Geburtshilfe angesprochen. Ich möchte mich aus Zeitgründen auf die Hebammen konzentrieren. Dass gerade die freiberuflichen Hebammen unter finanziellen Druck geraten sind, dürfte mittlerweile im Bewusstsein der Öffentlichkeit angekommen sein. Die Kosten für beruflich notwendige Versicherungen sind derart explodiert, dass sich immer weniger Frauen diesen Beruf und oft auch ihre Berufung leisten können.

Oft höre ich die Meinung, dann sollen sie doch wieder ins Krankenhaus gehen. Aber Hebammen betreuen frisch gebackene Mütter nicht nur im Krankenhaus, sondern auch im Wochenbett. Sie sind in der ersten Zeit, wenn Eltern mit dem Neugeborenen zu Hause sind, eine starke Stütze für die Familien, vielleicht noch viel mehr für alleinerziehende Mütter oder für übervorsichtige Großeltern.

Wer am Anfang einer Selbstständigkeit schon von untragbar finanziellen Belastungen abgeschreckt wird, gibt meist schnell wieder auf. Das ist der Grund für das sogenannte Hebammensterben. Das jüngste Beispiel aus Bischofswerda ist bekannt geworden. Nein, es sind dort nicht die geringen Geburtenzahlen, welche den Standort in Bautzen zusammengeführt haben. Der wahre Grund ist, dass es an Fachkräften mangelt. Es fehlt ein Arzt oder eine Ärztin, aber es fehlen auch Hebammen.

Da stellt sich mir die Frage: Wie können dort, wo Fachpersonal fehlt, Geburten noch qualitätsgerecht durchgeführt und Mütter ausreichend betreut werden? Das bestehende Versicherungsproblem muss auf Bundesebene dringend gelöst werden. Die aktuellen Zwischenschritte und Übergangslösungen reichen hierfür keinesfalls aus. Aber wir hier im Sächsischen Landtag müssen uns Gedanken darüber machen, was wir tun können.

Wir haben darüber mehrfach gesprochen, fraktionsübergreifend und gemeinsam mit vielen Akteuren, insbesondere mit den Vertreterinnen des Hebammenverbandes. Einiges wurde in den vergangenen Monaten bereits erreicht. So haben wir im Rahmen der Haushaltsplanungen beschlossen, eine Hebammenstudie in Auftrag zu geben. Diese Arbeit wurde und wird vom Hebammenverband begleitet. Dabei konnten die Beteiligten von der Thüringer Studie lernen, zum Beispiel welche Fehler vermieden werden sollten.

Auf Initiative der GRÜNEN und durch Unterstützung der Koalition haben wir 165 000 Euro jährlich für ein Programm für Hebammen aufgelegt. Im Sozialausschuss ist dies mit Ideen unterlegt worden. Um das Programm auch mithilfe der richtigen Hintergründe aufzulegen, brauchen wir jedoch konkrete Daten aus dieser Studie. Diese soll voraussichtlich im zweiten Quartal des kommenden Jahres vorliegen. Damit bekommen wir zum ersten Mal eine belastbare Grundlage für unsere Planungen und Maßnahmen.

Aber Geld steht bereits in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung. Deshalb wurden in Abstimmung mit den Vertreterinnen des Hebammenverbandes kurzfristig umsetzbare Projekte beschlossen. Dazu gehört zum Beispiel eine Koordinierungsstelle, die beim Hebammenverband angesiedelt ist. Die Aufgaben dieser Institution sind folgende: Hebammen und weitere Partner zu vernetzen, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um für mehr Berufsnachwuchs zu werben, für ein besseres Image zu sorgen und die Studie fachlich zu begleiten. Dazu wird die Begleitung beim Hebammenexternat gefördert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind die ersten Schritte, weitere werden wir im kommenden Jahr auf der Basis der Studie angehen.

Im vorliegenden Antrag erkenne ich ein Anliegen, Menschen in einer besonderen Lebenslage nicht alleinzulassen. Der Freistaat muss Möglichkeiten zur Hilfe schaffen und für finanzielle Unterstützung sorgen. Allerdings kommt dieser Antrag etwas spät, denn gerade im Bereich Hebammen sind wir bereits gestartet. Hier steht Sachsen

deutschlandweit als Vorreiter da. Für die weiteren Schritte, denen im Antrag vorgegriffen wird, brauchen wir unbedingt zunächst die Ergebnisse dieser Studie. Darin sind wir uns mit den Vertreterinnen des Hebammenverbandes einig. Solange diese nicht vorliegen, lehnen wir Ihren Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Als letzter Redner in dieser Runde spricht jetzt zu uns für die GRÜNEN Herr Kollege Zschocke.

**Volkmar Zschocke, GRÜNE:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist alles gesagt, nur nicht von jedem. Ich versuche es kurz zu machen. Es ist natürlich richtig und notwendig, sich für den Erhalt von Geburtsstationen in Sachsen einzusetzen. Aber es kommt eben auch auf das Motiv für dieses Engagement an.

(André Barth, AfD: Es geht immer um Motive!)

Wenn wir uns für Geburtshilfe in Sachsen einsetzen, dann geht es uns um die Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen. Das ist bereits gesagt worden. Es geht insbesondere um die Arbeitsbedingungen von angestellten und freiberuflichen Hebammen. Es geht um Qualität in der Geburtshilfe,

(Zuruf der Abg. Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE)

um Gesundheit für Mutter und Kind, um Familien- und Frauenrechte und um das Wunsch- und Wahlrecht des Geburtsortes. Jetzt werden Sie es aber ertragen müssen, dass ich mich gefragt habe, welche Motivation denn hinter Ihrem Antrag stehen könnte,

(André Barth, AfD: Was könnte denn das Motiv sein? –

Karin Wilke, AfD: Jetzt sind wir aber gespannt!)

nachdem Sie eigentlich hätten feststellen müssen, dass es hier eine ganze Reihe parlamentarischer Initiativen gibt, die das alles schon fokussiert haben.

(Beifall bei den LINKEN und der Abg. Franziska Schubert, GRÜNE)

Wir wissen es ja aus Ihrer Programmatik – und Ihre Abg. Beatrice von Storch bringt es auf den Punkt; das möchte ich einfach mal zitieren –: „Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.“

(Zuruf der Abg. Karin Wilke, AfD)

Also kurz zusammengefasst: mehr deutsche Kinder statt Masseneinwanderung. Das schreiben Sie nicht in Ihrem Antrag, nein, aber das meint die AfD. Mehr Kinder von Deutschen als Bollwerk gegen Zuwanderer und dafür braucht es natürlich Geburten- und Babyprämien; die Förderung der normalen deutschen Familie – also normal,

Sie meinen natürlich nicht Patchworkfamilien oder Regenbogenfamilien oder Migrantenfamilien –, und dafür braucht es natürlich eine gute Geburtshilfe.

(André Barth, AfD: Was Sie alles in den Antrag hineininterpretieren!)

– Ja, ich rede über die Motive.

Jetzt will ich zu Ihrem Antragstext sprechen. In Ihrem Antragstext werden alle möglichen Probleme, die es in der Geburtshilfe gibt, in einen Topf geworfen und kräftig verrührt.

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Volkmar Zschocke, GRÜNE:** Ja.

**André Wendt, AfD:** Herr Zschocke, eine Frage: Möchten Sie lieber Masseneinwanderungen als deutsche Kinder? Also möchten Sie lieber – –

(Empörte Zurufe von der CDU und den LINKEN)

Sie haben ja das Thema aufgegriffen, obwohl es nicht im Antrag steht, aber ich möchte Sie fragen: Möchten Sie lieber mehr Masseneinwanderungen oder lieber mehr Kinder, die von Deutschstämmigen geboren werden?

**Volkmar Zschocke, GRÜNE:** Herr Wendt, ich möchte, dass wir hier uns angewöhnen über Menschen zu reden, weil Menschen, die nach Deutschland kommen, genauso viel wert sind

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, den LINKEN, der SPD und der Staatsregierung)

wie Menschen, die hier in Deutschland geboren werden.

(André Wendt, AfD: Absolut, das sage ich auch!)

Zu Ihrem Antragstext. In diesem werden jetzt alle möglichen Probleme in einen Topf geworfen und kräftig verrührt. Die Forderungen sind zum Teil sehr unklar formuliert und auch unklar adressiert. Viele laufen schon deshalb ins Leere, weil sie auf der Landesebene gar nicht umsetzbar sind. Sie bieten keine funktionierenden Lösungen für das vielschichtige Problem an.

Das kann ich so überzeugt sagen, weil ich mir das angeschaut habe. Ich habe mir die komplizierten Zusammenhänge angeschaut und mich mit dem Problem auf Landesebene beschäftigt und mit dem, was man auf der Bundesebene klären muss. Wie wenig Mühe Sie sich machen, wird bereits im ersten Satz deutlich: Die Staatsregierung möge sich auf allen politischen Ebenen irgendwie für wohnortnahe Geburtshilfe einsetzen. Sie ignorieren, was auf welcher Ebene tatsächlich geregelt werden kann, und Sie missachten dabei zum Beispiel die Selbstverwaltung der Kassen. In deren Abrechnungspauschalen kann die Politik nicht einfach so eingreifen. Diese werden zwischen den Kassen und dem Hebammenverband verhandelt.

Obendrein ignorieren Sie all das, was in diesem Landtag bereits beschlossen wurde. Es gibt eine ganze Reihe von Initiativen. Die haben Sie zum Teil zur Kenntnis genommen, zum großen Teil aber nicht. Es gibt das Landesprogramm, das eine erste auf Landesebene mögliche Unterstützung für Hebammen anbietet. Die Studie ist in Arbeit. Die Vorredner haben darauf hingewiesen.

Glauben Sie denn wirklich ernsthaft, der Landtag könne ein geburtenfreundliches Sachsen einfach so beschließen, dekoriert mit Prämien in der Geburtshilfe? Glauben Sie ernsthaft, dass der Landtag Sicherstellungszuschläge festlegen kann, die dann von den Krankenkassen übernommen werden? Das ist doch völlig weltfremd. Sie haben das System doch überhaupt nicht verstanden!

Deswegen sage ich, es geht Ihnen auch nicht darum. Sie brauchen diesen Antrag und unsere Ablehnung für Ihre postfaktischen Inszenierungen in den sozialen Netzwerken.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD –  
André Barth, AfD: Woher Sie das alles wissen, ist unglaublich!)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Der Redner war jetzt am Ende. Möchten Sie eine Kurzintervention machen?

**Karin Wilke, AfD:** Ich weiß nicht – haben wir noch eine?

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Eine haben Sie noch.

**Karin Wilke, AfD:** Eigentlich hatte ich mich nicht auf eine Kurzintervention vorbereitet. Ich wollte Herrn Zschocke fragen, aber nun machen wir es als Kurzintervention.

Die Politik ist doch dafür da, Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn es hier darum geht, dass eine Geburtsklinik – eine zu viel – geschlossen werden soll, dann kann man sich doch über diese Rahmenbedingungen in der Politik untereinander auseinandersetzen, oder nicht?

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das haben wir doch gerade gemacht!)

– Aber mit Vorwürfen an die AfD, die sehr merkwürdig waren und nicht akzeptabel.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Wer bestimmt denn, was merkwürdig ist?)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Möchten Sie reagieren, Herr Zschocke?

**Volkmar Zschocke, GRÜNE:** Ich habe hier keine Vorwürfe an die AfD erhoben. Ich habe aus Ihrem Grundsatzzprogramm zitiert. Ich habe Frau von Storch zitiert. Ich habe gefragt: Was könnte das Motiv hinter diesem Antrag sein, wenn der Landtag sich mit diesem Thema intensiv bereits beschäftigt, einiges in Auftrag gibt, sich die Themen auch angeschaut hat? Dann fragt man sich doch:

Was motiviert jetzt die AfD, diesen Antrag zu bringen? Auf diese Frage habe ich eine Antwort zu finden versucht, und die finde ich in Ihren programmatischen Äußerungen, in Ihren Publikationen im Internet und auch in den Äußerungen Ihrer Abgeordneten auf Bundesebene und in den anderen Landesparlamenten.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und  
der Abg. Hanka Kliese, SPD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Wir sind jetzt am Ende der Rednerreihe angekommen – später kommt noch das Schlusswort der einbringenden Fraktion. Gibt es aus den Fraktionen noch Redebedarf? – Das kann ich nicht erkennen. Somit hat die Staatsregierung jetzt das Wort, Frau Staatsministerin Klepsch.

**Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ein geburtenfreundliches Sachsen – ich glaube, das ist ein Thema, das uns allen am Herzen liegt. Den Herausforderungen in der Hebammenversorgung, speziell auch im ländlichen Raum, stellen wir uns, und zwar nicht erst seit heute.

Ich möchte daher an dieser Stelle Danke an all die Abgeordneten des Hohen Hauses sagen, die sich in den letzten Monaten mit großer Sachlichkeit dieser Thematik gemeinsam mit uns stellen. Ein großes Dankeschön an die Abgeordneten, die das kontinuierlich mit großer Sachlichkeit tun – entgegen dem, was ich jetzt hier mit dem Antrag erlebt habe.

Lassen Sie mich noch einmal auf vier Themenkomplexe näher zu sprechen kommen.

Erstens. Wir haben das IGES-Institut beauftragt, eine Hebammenstudie zu erarbeiten, die eine belastbare Datengrundlage schafft, auf der wir aufbauen können. Es wird der Iststand der Versorgung der Hebammenleistungen erfasst und mit dem Bedarf abgeglichen. Die Erfahrungen, die in Thüringen gemacht worden sind – auch Fehler, die gemacht worden sind –, werden hier im Vorfeld bereits berücksichtigt, um diese Fehler nicht in die Studie einfließen zu lassen.

Die Studie wird eng abgestimmt mit meinem Haus, mit dem Sächsischen Hebammenverband und mit der Koordinierungsstelle, die wir finanzieren, die Sie im Haushalt beschlossen haben, die am Hebammenverband angedockt ist. Die Ergebnisse sollen im II. Quartal 2018 vorliegen und wir werden sie im Rahmen des runden Tisches vorstellen. Das ist eine wesentliche und wichtige Grundlage, um daraus wieder verbessernde Maßnahmen herausarbeiten und umsetzen zu können.

Zweitens. Die Ausgestaltung der Abrechnungsmöglichkeiten der ambulanten und stationären Geburtshilfe obliegt ganz klar den Partnern der Selbstverwaltung auf Bundesebene. Wir als Sächsische Staatsregierung stehen zu dem Prinzip der Selbstverwaltung und werden alle

Initiativen unterstützen, die die Selbstverwaltung in der Wahrnehmung ihrer Kompetenz bei der Umsetzung ihrer Aufgabe stärkt. Auch das ist ein ganz klares Bekenntnis.

Drittens. Besonders zu betonen sind die Neuregelungen beim Sicherstellungszuschlag. Ja, auch das ist aus unserer Sicht ein echter, guter Fortschritt, dass künftig der gesetzlich vorgesehene Ausgleich der Kosten der Haftpflichtversicherung an die individuellen Haftpflichtkosten jeder einzelnen Hebamme gebunden sein wird. Auch das sehen die Hebammenverbände genauso. Bei Hebammen mit geringen Geburtenzahlen wird aus einem wirtschaftlichen Defizit herausgeholfen und damit zu einer flächendeckenden Sicherung der Versorgung mit Hebammenleistungen beigetragen.

Ein vierter Schwerpunkt. Zum Schutz unserer größtmöglichen Sicherheit für Mütter und für Neugeborene wurde in der Geburtshilfe für Anforderungen an die personelle und strukturelle Ausgestaltung der Krankenhäuser in der letzten Zeit ebenfalls eine deutliche Präzisierung vorgenommen. Das wurde durch den gemeinsamen Bundesausschuss, der auf Bundesebene andockt, vorgenommen und erledigt. Sie wissen, dass dieser gemeinsame Bundesausschuss auch für Regelungen der Qualitätssicherung in der Krankenhausversorgung verantwortlich ist – also eine ganz klare Regelung auf Bundesebene.

Dass dieses Spannungsfeld zwischen den sehr hohen Ansprüchen an Versorgungsqualität und Patientensicherheit auf der einen Seite und der Gewinnung ausreichenden Personals auf der anderen Seite immer auszuloten ist – ich denke, das allein spricht schon für sich.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass wir uns gegenwärtig in der Phase unserer Krankenhausplanung befinden. Es ist erfreulich, dass zahlreiche Anträge für Ausbildungsplätze bei Hebammen gestellt worden sind. Unter dem Strich werden mehr Ausbildungsplätze stehen. Wir werden diese Anträge natürlich positiv begleiten und entsprechend entscheiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Freistaat Sachsen wurde durch eine kluge und mit Augenmaß betriebene Krankenhausplanung in den vergangenen Jahren eine sehr gute, abgestufte Krankenhauslandschaft geschaffen. Bereits die Entscheidungen im Vorfeld hatten immer auch den ländlichen Raum in den Blick genommen. Dazu gehört es, dass in allen Teilen unseres Freistaates Sachsen eine ausreichende Anzahl an Krankenhäusern mit geburtshilflichen Stationen vorhanden ist. Und es gehört dazu, dass die kommunalen Entscheidungsträger verantwortungsvoll diese Entscheidung mit abwägen und auch sonst verantwortlich handeln.

Ganz zum Schluss möchte ich noch einmal auf das angesprochene Thema „Schließung der Geburtsklinik Bischofswerda“ zu sprechen kommen. In dem Antrag wird die Frage aufgeworfen, ob das Sozialministerium in die Entscheidung der Oberlausitz-Kliniken eingebunden war und wann die Information in meinem Haus eingegangen ist. Bei uns ist sie ebenfalls erst seit kurzer Zeit bekannt. Und nein, es ist nicht so, wie es in dem Antrag

behauptet wird: Die Staatsregierung wurde nicht seit Förderung des Teilersatzneubaus am Standort Bautzen über die Schließung am Standort Bischofswerda informiert. Eine Information lag bei uns nicht vor.

Im Gegenteil, die Berechnung der förderfähigen Flächen am Standort Bautzen erfolgte unter Zugrundelegung der dortigen Geburtenzahlen. Die Baufreigabe durch das Sozialministerium erfolgte übrigens bereits im Januar 2011, also vor fast sieben Jahren.

Auch weitere drohende Schließungen sind uns nicht bekannt. Zurzeit gibt es im Freistaat Sachsen an 41 Standorten Entbindungskliniken. Stationäre Geburtshilfe ist damit flächendeckend verfügbar, wenn auch nicht an jedem Krankenhausstandort direkt.

Gleichwohl – das soll meine Schlussbemerkung sein – werden wir immer prüfen, ob die Versorgungssituation in der Region sichergestellt ist. Unser oberstes Ziel ist schlicht und einfach die flächendeckende Krankenhausversorgung. Dabei werden wir die Geburtshilfe immer im Blick haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Nach Frau Staatsministerin Klepsch besteht jetzt die Möglichkeit – sie wird ergriffen – eines Grußwortes für die einbringende Fraktion. Bitte, Herr Kollege Wendt.

(Dirk Panter, SPD: Eines  
Schlusswortes, nicht eines Grußwortes!)

– Oh! Entschuldigung! Ich habe mich versprochen. Eines Schlusswortes natürlich!

(Heiterkeit)

Entschuldigung!

**André Wendt, AfD:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch einmal ganz kurz und grundsätzlich zum Mitschreiben: In unserem Antrag geht es um alle Kinder. Da machen wir keinen Unterschied. Das haben Sie – insbesondere Sie, Herr Zschocke – in unseren Antrag hineininterpretiert. Das war ein bisschen zu viel des Guten.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Da waren Sie wohl geschockt?)

Wir haben hier wichtige Themen angesprochen, die wir weiterhin im Fokus haben sollten.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf die wichtigsten Forderungen, die wir in unserem umfangreichen Antrag verankert haben, eingehen.

Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen für die Sicherung einer wohnortnahen Geburtshilfe einzusetzen, um weiteren Schließungen von geburtshilfli-

chen Abteilungen in Krankenhäusern, vor allem in ländlichen Regionen, entgegenzuwirken.

(Christian Piwarz, CDU: Das Schlusswort sollte sich auf die vorhergehende Debatte beziehen! Sie wollen doch jetzt noch etwas von uns, Herr Kollege!)

Hierzu müssen bei der Fortschreibung des Krankenhausplans wohnortnahe Kapazitäten geplant werden. Dort, wo Krankenhäuser keine Geburtshilfe leisten können, sind alternative Entbindungsmöglichkeiten aufzubauen. Hierzu ist es notwendig – wie bei allen anderen Gesundheitsleistungen auch –, endlich eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung durchzuführen und die Angebote auskömmlich zu finanzieren.

Wir brauchen zudem ein gestaffeltes Vergütungssystem, da Geburtsverläufe schlecht planbar und daher nur schwer pauschal abzubilden sind.

Zudem soll ein Sicherstellungszuschlag in Höhe von 300 Euro pro Geburt für die Tätigkeit freiberuflicher Hebammen sichergestellt werden. Auch für die Krankenhäuser soll dies – in abschmelzender Form – zur Verfügung gestellt werden.

Wie schon erwähnt, soll ein Rückversicherungssystem für die Haftpflichtprämien dazu führen, dass wieder mehr Versicherer die Hebammenhaftpflichtversicherung anbieten. So kann Wettbewerb, der vollständig zum Erliegen gekommen ist, wieder gefördert werden. Das kann auch dazu beitragen, dass die Versicherungsprämien sinken.

Wir stehen in der Pflicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unsere Familien und unsere Hebammen benötigen Sicherheit.

Da uns der Antrag und das Thema zu wichtig sind, um hier im Plenum einfach abgebugelt zu werden, beantragen wir eine Überweisung in den Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration, um eine Anhörung durchführen zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Wer seine Zustimmung dafür geben möchte, dass der in der Drucksache 6/11423 vorliegende Antrag in den Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration bei wenigen Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen worden.

Dieser Tagesordnungspunkt ist geschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

## Tagesordnungspunkt 12

### Meisterbonus weiterentwickeln – Meistergründungsprämie einführen

#### Drucksache 6/10017, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge: GRÜNE, CDU, DIE LINKE, SPD, AfD, Staatsregierung, wenn gewünscht.

Herr Kollege Dr. Lippold bringt jetzt den Antrag für seine Fraktion GRÜNE ein.

**Dr. Gerd Lippold, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der existierende Meisterbonus ist neben dem Aufstiegs-BAföG ein Qualifizierungsförderinstrument im Handwerk, mit dem, beginnend mit den Meistern des Jahres 2016, Absolventen nach erfolgreichem Abschluss der Meisterprüfung einen Bonus von 1 000 Euro erhalten. Zuwendungsempfänger sind die Kammern, die die Auszahlung dann auf Antrag durchführen.

Für die drei jahrgangsbesten Meister aus dem Kammerbezirk besteht seit 2010 die Möglichkeit, ein Meisterdarlehen zu bekommen. Aufgrund des stark begrenzten Empfängerkreises hat dieses Instrument – das ja keine Stärkung der Eigenkapitalbasis darstellt – keine Breitenwirkung erreicht. Man muss es zudem auf den Seiten der SAB wirklich mit der Lupe suchen.

Das Instrument „Meisterbonus“ hingegen wird gern und gut angenommen. Sicherlich gönnt jeder hier im Hohen Haus den Meistern die 1 000 Euro, wenn sie nach anstrengender, meist berufsbegleitender Weiterbildung den Meisterabschluss geschafft haben.

Naturgemäß hat ein solches Instrument draußen kaum Kritiker. Geschenktes Geld nimmt man gern, und man diskutiert nicht über die Lenkungswirkung. Doch Förderinstrumente dienen immer einem Förderzweck. Was könnte das hier sein? Wenn das Ziel sein soll, mehr Handwerker zu einem Meisterabschluss zu bringen, so darf man schon einmal fragen: Starten die Handwerker in die anstrengende und teure Weiterbildung – sie kostet nämlich durchschnittlich 10 000 Euro aus eigener Tasche –, weil am Ende ein Zuschuss zur Meisterfeier in Höhe von 1 000 Euro lockt? – Wohl kaum.

Ich behaupte, dass tatsächlich nicht der Abschluss allein und der dafür ausgereichte Bonus das lockende Ziel darstellt, sondern die danach bestehende neue Perspektive für das Berufs- und Geschäftsleben. Genau dort, nach dem Abschluss, fängt die eigentliche Herausforderung für viele erst an.

Dann steht nämlich zum Beispiel eine Gründung oder Betriebsübernahme an. Die Meisterausbildung aber war teuer, die Ersparnisse sind geschumpft und zur völlig falschen Zeit steht man dann ausgerechnet beim Eigenkapital schwach da, das bei einer üblichen Finanzierung

einen vielfachen Hebel darstellt und damit den unternehmerischen Start nach der Ausbildung überhaupt erst möglich macht.

Wir können es uns in Sachsen aber nicht leisten, dass Gründungswillige und Betriebsübernahmewillige nicht übernehmen können, sondern das unterlassen müssen. Wir brauchen mehr Meister und wir brauchen mehr Betriebe, also brauchen wir ein Instrument, das beides anreizt und fördert.

Laut dem Zentralverband des Deutschen Handwerks suchen bis zum Jahr 2020 mehr als 180 000 Handwerksbetriebe in Deutschland einen Nachfolger. Die Alterung erhöht Jahr für Jahr die Zahl der Unternehmen, die zur Übergabe anstehen. Die jüngeren Generationen sind aber zu dünn besetzt, weshalb die Nachfolger fehlen.

Seit dem Jahr 2013 geht der Anteil der Handwerksbetriebe auch in Sachsen stetig zurück. Nach Angaben des Sächsischen Handwerkstages gab es zum Jahresende 2016 640 Unternehmen weniger als noch zu Beginn des Jahres.

Trotz guter Auftragslage im Handwerk verschärft sich das Problem weiter; denn jeder vierte Inhaber eines Handwerksbetriebs in Deutschland braucht einen Nachfolger. Nach den Fachkräften und Auszubildenden fehlt es im Handwerk nun auch an Unternehmern, die einen Betrieb übernehmen wollen. Die Gründungsbereitschaft hat mit der Neuregelung des Gründungszuschusses deutlich abgenommen.

Die Bundesagentur für Arbeit hatte sich im Jahr 2012 aus der Existenzgründerförderung immer stärker zurückgezogen und eine problematische Förderlücke hinterlassen. Diese Förderlücke kann mittels einer Meistergründungsprämie geschlossen werden.

Das ist ein Förderinstrument, das nicht einfach pauschal einen Abschluss belohnt, egal was man damit anfängt und wohin man anschließend damit geht, nein, eine Meistergründungsprämie fördert das Machen, dass unternehmerische Tätigwerden, und zwar nicht irgendwo: Eine sächsische Meistergründungsprämie fördert das Machen, das unternehmerische Handeln genau hier, bei uns in Sachsen.

Die Meistergründungsprämie wird überall dort, wo es ein solches Instrument schon gibt – das ist in Brandenburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern der Fall –, von allen Seiten gelobt. Sie wurde als das erfolgreichste und kostengünstigste Existenzgründungsprogramm aller Zeiten bezeichnet.

In Nordrhein-Westfalen beispielsweise, wo es eine Gründungsprämie von 7 500 Euro gibt, wurden bisher rund

15 000 Neugründungen oder Übernahmen unterstützt und damit weit mehr als 70 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

Der Schritt in die Selbstständigkeit wurde beschleunigt, Investitionen wurden gefördert, die Kreditwürdigkeit wurde erhöht, und schnellere Gründer stellen schneller zusätzliches Personal ein und beginnen eher damit, Lehrlinge auszubilden. Außerdem liegt die Marktaustrittsrate bei geförderten Handwerksbetrieben besonders niedrig. Das besagen die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen.

Sogar in Sachsen gibt es schon erste Initiativen. So hat die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig eine solche Meistergründungsprämie bereits selbst eingeführt. Die Förderhöhe ist dort auf 2 500 Euro begrenzt. Trotzdem gehört sie zu den am häufigsten in Anspruch genommenen Maßnahmen im Zeitraum von 2013 bis 2015.

Die Einführung einer Meistergründungsprämie in Sachsen erscheint uns als eine punktgenau auf einen Problembereich fokussierte Maßnahme, die bei vergleichsweise geringem Mitteleinsatz Erfolge mit Hebelwirkung erwarten lässt.

Es gibt weitere wichtige Gründe für eine Meistergründungsprämie. Warum wollen wir und warum sollte man eine Gründungsprämie im Handwerk klar am Meisterabschluss festmachen? – Aus zwei Gründen: der erste ist die Fördermitteleffizienz.

Meistergeführte Betriebe haben meist auch eine längere Lebensdauer. Nach der Aufhebung der Meisterpflicht in einigen Gewerken im Jahr 2004 hat es einen Trend zu Neugründungen gegeben, die häufig scheiterten. Der häufigste Grund dafür war die unzureichende Qualifikation der Gründer.

Der zweite Grund: Durch diese Kopplung stärken wir das Bekenntnis zur Meisterpflicht, und zwar mit einer Förderrichtlinie, die wir mit Fördermitteleffizienz und Qualitätssicherung begründbar hier in Sachsen einfach machen können, ohne uns dabei in irgendwelche Grundsatzdebatten mit der EU zu begeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Summe von 7 000 Euro, die wir in unserem Antrag vorschlagen, liegt etwa im Mittel der Fördersummen in vergleichbaren Meistergründungsprogrammen anderer Bundesländer. Es gibt welche, die zahlen weniger, und es gibt welche, die zahlen mehr. Einen Überbietungswettbewerb halten wir aber nicht für sinnvoll. Sachsen sollte künftig besser mit anderen Standortvorteilen um Ansiedlungen werben, anstatt gegen Standortnachteile anfordern zu wollen.

Wie beim bisherigen Meisterbonus wollen wir eine unbürokratische Umsetzung dadurch gewährleisten, dass die notwendige Einschätzung und Bewertung der Förderwürdigkeit und der vorliegenden Voraussetzungen den Kammern sozusagen in Selbstverwaltung überlassen wird.

Dort sitzen die Fachleute und dort sind die Meister mit Leumund bekannt.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, damit das wichtige Förderinstrument einer Meistergründungsprämie auch in Sachsen auf den Weg gebracht wird. Das Thema muss nämlich ein Stück vorangekommen sein, um dann in den nächsten Haushaltsverhandlungen wirklich in Gang gebracht zu werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Der Antrag ist eingebracht worden. Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Pohle.

**Ronald Pohle, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs sagen, dass es mich als Handwerkspolitiker und als selbstständiger Handwerker immer freut, wenn wir in diesem Haus über Maßnahmen diskutieren, mit denen wir diesem so wichtigen Wirtschaftszweig helfen wollen, umso mehr, wenn es Maßnahmen sind, die auch helfen können. Das gilt auch dann, wenn es von unerwarteter Seite kommt, wie dieses Mal mit dem Antrag „Meisterbonus weiterentwickeln – Meistergründungsprämie einführen“ von der Fraktion DIE GRÜNEN.

Das in Punkt 1 ausgeführte Anliegen, Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern Betriebsgründungen und Betriebsübernahmen zu erleichtern, findet unsere vollste Unterstützung. Dass uns dies ein Anliegen ist, haben wir in den verschiedenen Debatten zur Bedeutung des Handwerks im Allgemeinen und des Meisterbriefes im Besonderen zum Ausdruck gebracht. Mit der Einführung des Meisterbonus im vergangenen Jahr gelang uns ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Betrachten wir Punkt 2 Ihres Antrags, stellen sich mir jedoch schon die ersten Fragen. Die wichtigste und grundsätzliche liegt schon im Antragstitel begründet: Meisterbonus und eine eventuell einzuführende Meistergründungsprämie sind meiner Auffassung nach zwei grundsätzlich verschiedene Anreizinstrumente.

Der Meisterbonus will nicht mehr und nicht weniger als die Qualifizierungsbereitschaft unserer Handwerksgesellen fördern und anerkennen. Immerhin investieren sie unendlich viel Zeit und im Unterschied zu unserem akademischen Nachwuchs auch erhebliche finanzielle Mittel, um sich das Fundament für eine mögliche wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erarbeiten. Ein Betrag von einem Drittel E 13 ist für dieses Engagement ein eher symbolischer Beitrag.

Über eine Aufstockung nachzudenken, ist angebracht. Der CDU-Kreisverband Leipzig hat erst am letzten Wochenende einen erfolgreichen Antrag dazu beim Landespartei-tag der CDU eingebracht, der zur Überweisung an die Landtagsfraktion geführt hat.

Vorstellbar wäre, den Bonus zu erhöhen oder ihn entsprechend der beim Abschluss des Meistertitels erreichten Leistung variabel zu gestalten und damit ein Qualitäts- und Motivationskriterium einzuführen. Wir sind dazu mit den Kammern im Gespräch.

Genau hierbei liegt der Hase im Pfeffer. Sie sind es offenbar nicht. Unser oberstes Anliegen sollte es sein, diesen Meisterbonus frei von bürokratischen Hürden zu lassen, siehe auch Ihre Begründung. Wenn Sie wollen, dann kann ich darauf auch noch einmal eingehen.

So verlockend ein Betrag von einhalb mal E 13 zunächst klingen mag, wie kommen Sie eigentlich auf diesen Betrag? Eine Erklärung wäre in der Antragsbegründung zumindest hilfreich gewesen. Es sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass genau dieser unbürokratische Ansatz verloren geht.

Das führen Sie dann in Punkt 4 selbst aus: Für den Zuschuss soll nach zwei Jahren ein Verwendungsnachweis vorgelegt werden. Das ist bei Investitionen auch nachvollziehbar, auch wenn es sich um für notwendige Investitionen vergleichsweise geringe 7 000 Euro handelt.

Wer aber soll die Nachweise prüfen, auch die Handwerkskammern oder von ihnen autorisierte Partner, wie Sie in Punkt 3 hinsichtlich der Beantragung ausführen? Haben Sie die Kammern dazu einmal befragt? Natürlich nicht. Wir haben das getan. Die Kammern haben dafür überhaupt keine Kapazitäten. Sie könnten das vielleicht schaffen, aber von welchem Geld sollte das geschehen? Wie sollen autorisierte Partner bezahlt werden? Diese Antworten bleiben Sie uns im Antrag wieder einmal schuldig. Ein Dialog mit den Handwerkskammern hätte Sie vielleicht darüber nachdenken lassen.

Der Antrag in dieser Form ist maximal eines: Er kann die Basis dafür sein, ansatzweise nachzudenken, ob eine Gründungs- und Übernahmepremie ein Instrument sein kann, die von Ihnen beschriebenen tatsächlichen Probleme unserer Betriebe zu lindern – eigentlich am Ende des Tages wohl eher für alle, die nach dem Handwerker rufen –, aber erstens unabhängig vom Meisterbonus, zweitens in Abstimmung mit den zahlreichen schon bestehenden Förderprogrammen und drittens in enger Abstimmung mit den Handwerkskammern.

Das SMWA bereitet eine Struktur- und Potenzialanalyse „Das Handwerk in Sachsen“ vor. Wir warten interessiert auf die Studienergebnisse. Sie werden uns mit Sicherheit sinnvolle Anhaltspunkte geben, wo und wie wir zielgerichtet Bestand und Entwicklung unserer Handwerksbetriebe unterstützen können.

Ihr Antrag ist wieder einmal zu kurz gesprungen und hemdsärmelig. Er ist aber auch sinnbildlich für Ihr gesamtes wirtschaftspolitisches Denken, das sich am besten mit Zuckerbrot und Knute umschreiben lässt, wobei das Zuckerbrot in der Regel recht klein und die Knute umso größer ist. Es ist so durchsichtig, einen Köder auszuwerfen, um dann die Beute abzuflocken und zu knebeln; denn so sieht Ihr Weltbild aus.

So sinnvoll materielle Anreize sein mögen, viel mehr als unter mangelnden finanziellen Mitteln leiden Handwerksbetriebe unter überbordender Bürokratie und Reglementierung. Ich möchte da nur an die Vergabegesetze erinnern, die in den grün regierten und mitregierten Ländern längst zur Vergabeverhinderungsgesetzen mutiert sind. In dem früher von Ihnen angeführten Nordrhein-Westfalen ist ein solches ja unlängst zur Erleichterung des dortigen Handwerks endlich außer Kraft gesetzt worden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn Sie das Handwerk beglücken wollen, versuchen Sie vorher mit ihm zu reden. Mitunter braucht der Patient keine süßen Pillen, wenn er nach Luft zum Atmen ringt und der Heilpraktiker sie ihm gutmeinend noch in den Hals drücken will, ohne mit ihm zu reden, was ihm eigentlich fehlt. Wir haben dazu eine andere Einstellung und werden Ihren Antrag deshalb verständlicherweise ablehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Als Nächste spricht für die Fraktion DIE LINKE Frau Kollegin Neuhaus-Wartenberg.

**Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Handwerksbetriebe sind nicht nur ein Wirtschaftsfaktor und wichtig für Beschäftigung und Ausbildung; sie sind auch ein Faktor zur Sicherung von sozialer Infrastruktur und damit von Lebensqualität, und dies vor allem in den heute schon häufig angesprochenen ländlichen Regionen. Es macht eben etwas mit einer kleinen Stadt oder einem Dorf, ob es dort die Bäckerei noch gibt oder nicht. Leider verschwinden nicht nur immer mehr Bäckereien, sondern auch andere Handwerksbetriebe. So hat deren Zahl seit 2013 um 2 700 abgenommen. Die Zahl der Meisterprüfungen ging von 999 im Jahr 2013 auf 808 im Jahr 2016 zurück. Gleich noch zwei Zahlen: Laut einer Umfrage des Landesverbandes der Freien Berufe Sachsen e.V. zusammen mit den sächsischen Industrie- und Handelskammern und den sächsischen Handwerkskammern, vorgestellt am 8. Juni 2017, haben 72 % aller Betriebe noch keine Nachfolgeregelung getroffen; 20 % planen die Schließung.

Es gibt also genügend Handlungsbedarf, das Führen von Handwerksbetrieben attraktiver zu machen. Wir haben dazu schon einige Vorschläge gemacht, zum Beispiel den, die Lebensrisiken der Selbstständigen und gerade der Solo-Selbstständigen, dadurch zu vermindern, dass deren Krankenkassenbeiträge nach realistischem Einkommen und nicht nach fiktiven Mindestbemessungsgrundlagen berechnet werden. Aber natürlich ist jeder weitere Vorstoß zu begrüßen, der auf den Erhalt oder die Gründung von handwerklichen Unternehmen abzielt, zum Beispiel, indem die Förderinstrumente ausgebaut werden. Das scheint notwendig, da die vorhandenen ja offensichtlich nicht ausreichen.

In diese Richtung geht also der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Meistergründungsprämie kann tatsächlich ein solches Förderinstrument sein. Andere Bundesländer haben das bereits vorgemacht, das ist richtig. Der Antrag meint also etwas Richtiges, ist aber etwas ausbaufähig. So zeigt er an keiner Stelle, wie Sie nun tatsächlich auf diese 7 000 Euro gekommen sind. Sie haben gerade gesagt, ja, das ist irgendwie so ein Mittelmaß. Das ist uns etwas zu dünn. Wenn Sie, liebe Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an die Regelungen in Berlin anlehnen wollen – dort sind es tatsächlich diese 7 000 Euro –, dann müssten Sie doch auch sagen, warum Sie nicht auch eine Arbeitsplatzförderung fordern; denn in Berlin gibt es noch 5 000 Euro dazu.

In Ihrer Begründung des Antrags führen Sie das Beispiel Nordrhein-Westfalen an; das ist richtig. Dort sind es 7 500 Euro. In Sachsen-Anhalt sind es seit Juli 2017 10 000 Euro; auch das haben Sie gesagt. Ich frage noch einmal: Wie kommen Sie denn nun genau auf die 7 000 Euro? Es gibt auch keine Begründung, warum die Gründungsprämie mit dem Meisterbonus verrechnet werden soll. Wir halten eine solche Regelung für unnötig.

Nun gehe ich gleich noch kurz auf den Änderungsantrag der AfD ein, damit wir das nachher nicht noch miteinander debattieren müssen, ein paar Worte zu dem uns vorliegenden Änderungsantrag der AfD. Auch hier ist die Höhe der Fördersumme von irgendwoher gefunden.

(Zuruf von der AfD: Falsch!)

Offenbar wurde die Förderrichtlinie von Brandenburg gelesen.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Dort steht das mit den 8 700 Euro Basisförderung und 3 300 Euro für Arbeitsplatzförderung. Wenn die Fördersumme aber vor allem davon abhängt, wo man sie abgeschrieben hat, dann ist der Änderungsantrag schlicht überflüssig und schon deshalb abzulehnen.

(Beifall bei den LINKEN)

Überflüssig ist er auch im Bezug auf die Überschrift des Antrags. Wenn eine Ausbildungsprämie durch eine Gründungsprämie ergänzt wird, bedeutet das auch eine Weiterentwicklung. Die Perspektive auf eine Ausbildungsprämie verbessert sich durch die Aussicht auf eine Gründungsprämie. Insofern ist hier das Herumreiten auf dem Unterschied von Ausbildungs- und Gründungsprämie schlichtweg Spiegelfechterei.

Keine Spiegelfechterei ist – das darf meiner Meinung nach in der letzten Sitzung des Jahres und so kurz vor Weihnachten schon einmal gesagt werden; da schauen Sie bitte auf den Punkt II.1 des Änderungsantrages – Folgendes: Wenn die Staatsregierung wem etwas zahlen soll, dann stehen die zu Bezahlenden im dritten Fall. Die Gralshüterinnen und Gralshüter der deutschen Leitkultur können offenbar keinen Dativ, und sie wollen nicht gendern, denn neben Handwerkern gibt es, wenngleich

weitaus weniger, eben doch viele Handwerkerinnen. Sie werden bei der AfD nicht genannt, und wer nicht genannt ist, ist nicht gemeint. Das offenbart ein Menschenbild, das rückwärtsgerichtet, schöneredet konservativ, aber eigentlich stockreaktionär ist. Auch deshalb lehnen wir den Änderungsantrag ab.

(Beifall bei den LINKEN)

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist unserer Meinung nach etwas lax gestellt. Wir halten ihn jedoch für sinnvoll, weil er die Staatsregierung auffordert, in einer wichtigen Sache, nämlich bei der Förderung des Handwerks, in die Puschen zu kommen. Deshalb werden wir ihm zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Bitte, Herr Dr. Lippold, eine Kurzintervention.

**Dr. Gerd Lippold, GRÜNE:** Eine Kurzintervention als Reaktion. – Liebe Frau Kollegin, wenn wir keine Zahl genannt hätten, dann wäre natürlich kritisiert worden, dass wir keine Zahl genannt haben. Wenn man eine konkrete Summe nennt, dann ist sie immer entweder zu hoch oder zu niedrig. Aber so ist das nun einmal. Es war uns auch völlig klar, dass dies natürlich der wohlfeilste Kritikpunkt hier sein würde. Wir haben uns hier an dieser Stelle einfach aus dem Fenster gelehnt und haben eine Summe genannt. Wir wollen das Ding einfach als Vorschlag, als Instrument in Gang bringen. Das war der Anlass.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Es erfolgt keine Reaktion. – Ich bitte Sie, Herr Kollege Vieweg, ergreifen Sie das Wort für die SPD-Fraktion.

**Jörg Vieweg, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ja, in der Tat, Sachsen ist ein Land der Handwerkerinnen und Handwerker. Ich kann mich an meine Gesellenzeit erinnern. Mir hat der Eingliederungszuschuss von 6 000 Mark geholfen, mein erstes Unternehmen zu gründen, und er hat mir auch geholfen, nicht nur das Unternehmen zu gründen, sondern auch im Folgeschritt einen Mitarbeiter einzustellen und selbst zu beschäftigen.

Wir wissen, es gibt hier im Hohen Haus einen großen Konsens, was die Verbesserung der Bedingungen für unsere Handwerkerinnen und Handwerker anbelangt. Zu diesem Konsens gehört aber auch Redlichkeit. Darum ist es für mich – an diesem Punkt bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Kollege Lippold, um Verständnis – eine Frage der politischen Redlichkeit, dass wir nicht unterjährig mit einem Schnellschuss in der laufenden Haushaltsperiode und vor einer neuen Haushaltsperiode einfach so Prämien verteilen. Sie können das fordern; das ist Ihr gutes Recht. Ein Koalitionsabgeordneter, für den politisches Handwerk

und politische Redlichkeit im Vordergrund stehen, muss natürlich auch sagen, wovon das bezahlt werden soll.

(Zuruf von den LINKEN: Aus Steuereinnahmen!)

Aus diesem Grund gehört es für mich zum politischen Handwerk und zur Redlichkeit, Ihnen heute zu sagen: Wir wollen und wir werden nicht unterjährig in der Haushaltsperiode einfach so Prämien verteilen. Sie suggerieren mit Ihrem Antrag –

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Daran erinnere ich Sie in den nächsten Wochen, wenn Sie wieder Haushaltsanträge stellen!)

Sie können sich gern zu Wort melden, sehr geehrter Herr Kollege. – Nun hat Ihr Antrag ein Stück weit suggeriert, wir würden in Sachsen das Handwerk nicht gut genug unterstützen. Deshalb möchte ich Ihnen sagen, wie wir das Handwerk im Freistaat fördern.

Wir fördern von Anfang an mit Gründungsberatung. Wir unterstützen bei Gründungsberatung. Dabei geht es um das erste Rüstzeug. Im Jahr 2015 haben – Herr Kollege Lippold, Sie haben die Zahlen zitiert – 200 Betriebe von dieser Gründungsberatung Gebrauch gemacht. Wir fördern mit Kleinkrediten ohne Sicherheit, die wichtig sind, um die ersten Betriebsmittel anzuschaffen. Von diesem Förderprogramm haben – das sind auch die Zahlen von 2015 – 120 Handwerksbetriebe Gebrauch gemacht, 3 Millionen Euro Fördersumme.

Wir haben die gesamte einzelbetriebliche Förderung für das Handwerk geöffnet. Wir fördern mit Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, und – auch das haben Sie ein Stück weit weggelassen – wir haben die Sächsische Beteiligungsgesellschaft für das Handwerk geöffnet. Wir unterstützen hier mit Eigenkapitalzuschüssen.

Sie sehen also, wir tun eine ganze Menge für das Handwerk. Es ist – das ist ein Punkt, auf den ich besonders eingehen will – nicht nur eine Frage der Finanzen. Wir haben im Moment eine konjunkturelle Hochphase, und viele Handwerkerinnen und Handwerker, die aus der Meisterausbildung kommen, überlegen sich, wo ihre berufliche Perspektive ist. Es ist Realität, dass sich viele bei einem Berufskollegen anstellen lassen und eher den Weg in die Selbstständigkeit scheuen, einerseits weil es gerade für einen beruflichen Neuanfänger schwierig ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, und auf der anderen Seite, weil viele die Sicherheit einer abhängigen Beschäftigung beim Berufskollegen dem Risiko vorziehen, selbstständig unterwegs zu sein.

Aus meiner Sicht ist das der Hauptgrund, warum wir im Moment eine Stagnation bei den Handwerksbetrieben haben. Was wir aber nicht haben, sind weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und weniger Handwerkerinnen und Handwerker in Sachsen. Ganz im Gegenteil.

Also, sehr geehrter Kollege Lippold, wir haben einen gemeinsamen Anspruch, die Bedingungen für das Handwerk im Freistaat zu verbessern. Lassen Sie uns daran

festhalten. Wir haben das Jahr 2018, um noch einmal intensiv über die Bedingungen im Handwerk zu sprechen. Schnellschüsse helfen uns nicht, auch wenn jetzt Weihnachten ist. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Herr Kollege Beger, am Ende der Rederunde sprechen Sie für die AfD-Fraktion. Wollen Sie auch den Änderungsantrag gleich mit begründen? Oder kommen Sie noch einmal? – Bitte.

**Mario Beger, AfD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die dem Antrag zugrunde liegende Idee einer Meistergründungsprämie ist gut. Das heißt aber längst noch nicht, dass es auch der Antrag ist. Deshalb der von uns eingebrachte Änderungsantrag – dazu aber später mehr.

Liebe GRÜNE, der Problemaufriss, den Sie in der Begründung Ihres Antrages skizzieren, ist richtig. Die Handwerksnovelle 2004 war und ist in vielen Bereichen misslungen. Das begann bei der undurchdachten Abschaffung der Meisterpflicht für viele Gewerke und setzt sich in der mangelhaften politischen Anerkennung des Handwerks fort. Folgerichtig sind weniger Handwerker bereit, einen Betrieb zu übernehmen oder das Risiko einer Neugründung zu wagen. Sinkende Betriebszahlen sind das Resultat.

Daneben gibt es viele weitere Baustellen: Soloselbstständigkeit und Altersarmut, um nur zwei Schlagworte zu nennen. Eines dieser Problemfelder haben wir in unserem Entschließungsantrag vom 20. Juni dieses Jahres zur Großen Anfrage "Aktueller Erkenntnisstand zu den Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004" herausgearbeitet. Dass Sie unsere Vorarbeit nutzen, um das Handwerksthema um einen weiteren Schwerpunkt zu ergänzen, spricht einerseits für Sie, andererseits aber auch für unsere gute Vorarbeit. Schade, dass es damals von den heutigen Antragstellern nur wenig, um nicht zu sagen gar keine Empathie für unsere Handwerker gab. Aber die anderen Fraktionen verhielten sich auch nicht besser.

Bitte lesen Sie noch einmal das entsprechende Plenarprotokoll zur 57. Plenarsitzung und Ihre abenteuerlichen Stellungnahmen dazu. Dann wissen Sie, was ich meine. – Dies nur zum Punkt Glaubwürdigkeit. Wir sind glaubwürdig. Deshalb diskutieren wir mit Ihnen in der Sache, nicht aber über das Erscheinen auf Handwerksfeiern oder ähnliche sachfremde Dinge. Wie gesagt, am Problemaufriss lässt sich nichts deuteln. Wir müssen dem Handwerk wieder die Anerkennung zukommen lassen, die es verdient.

Rund 300 000 Beschäftigte und circa 57 000 Betriebe erwarten endlich ein positives Signal. Die Einführung einer Meistergründungsprämie wäre ein solches Signal. Der Teufel steckt aber wie immer im Detail. Das beginnt bereits beim Grundverständnis von Meisterbonus und Meistergründungsprämie. Für uns ist der Meisterbonus

nicht mehr als eine Kostendeckungspauschale für die Meisterausbildung. Seine Erhöhung ist dringend notwendig. Wir wollen einen echten Bonus, der politische Anerkennung verleiht und nicht nur die Ausbildungskosten deckt. Deshalb die entsprechenden Anträge von uns in den letzten beiden Doppelhaushalten zum Meisterbonus.

Für Herrn Lippold ist der Meisterbonus ein Geschenk zur Finanzierung der Meisterfeier. Das geht zwar in eine etwas andere Richtung, kommt aber unserer Absicht zumindest dann recht nahe, dass 1 000 Euro Meisterbonus zu wenig sind. Umso überraschender ist es dann, dass die Antragstellerin im Punkt 2 ihres Antrages sogar noch eine Anrechnung dieser 1 000 Euro auf die Meistergründungsprämie fordert. Das ist nun komplett widersprüchlich.

Einerseits sagt Herr Lippold, selbst mit 1 000 Euro kann man keinen Betrieb gründen, sondern eher eine Meisterfeier finanzieren. Für die Betriebsgründung ist der Meisterbonus im Übrigen auch gar nicht vorgesehen. Andererseits aus der Erwägung, dass der Meisterbonus und die Meisterprämie grundsätzlich sachverschieden sind – Der Meisterbonus wird für den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung, nämlich der Meisterausbildung bezahlt. Die Meistergründungsprämie dient zur Gründung einer wirtschaftlichen Existenz. Beide Ereignisse sind derart verschieden, dass sich ein Berufsleben im Alternativverhältnis sowohl auf die Meisterausbildung als auch auf die Betriebsgründung aufbauen lässt. Da lehnen wir eine Anrechnung grundsätzlich ab.

Der Antrag ist jedoch nicht nur im Punkt 2, sondern auch noch in anderen Punkten stark verbesserungsbedürftig. Dazu dann aber mehr bei der Einbringung unseres Änderungsantrages.

Eines möchte ich noch kurz nachschieben: Der Meisterbonus, der Technikerbonus, wie wir ihn fordern, und auch die Meistergründungsprämie sind große Chancen, um unsere Wirtschaft strukturell besser aufzustellen. Solche Debatten wie die um Siemens mit einer staatlichen Konzernförderung von über 1,5 Milliarden Euro – von solchen Summen können Handwerksbetriebe nur träumen – bleiben uns dann erspart.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Das war der Kollege Beger. Wir sind am Ende der Rederunde angekommen. Gibt es jetzt noch Gesprächsbedarf aus den Fraktionen? – Das kann ich nicht feststellen. Damit hat die Staatsregierung das Wort, und es wird ergriffen von Staatsminister Dulig.

**Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich Kollegen Pohle anschließen, dass es erst einmal gut ist, dass wir über das Thema Meister und über das Thema Handwerk reden, weil das typisch für Sachsen und für die sächsische Wirtschaftsstruktur ist. Wir haben schon häufig in diesem

Haus über Meisterzwang, Meister-BAföG, Meisterbonus gesprochen und auch über die konkreten Leistungen, die wir dem Handwerk entgegenbringen, um ihm Wertschätzung zu zollen.

Deshalb ist es sinnvoll und gut, dass wir uns über vielfältige weitergehende Instrumente unterhalten, um dem Handwerk zu helfen und ihm gerade hier in Sachsen einen guten Boden zu bereiten. Deshalb stehe ich auch Ihrem Anliegen grundsätzlich offen gegenüber.

Nur – da bin ich auch bei den Vorrednern, auch bei dem, was Herr Vieweg gesagt hat – muss man uns erst einmal überzeugen, warum genau jetzt eine Lücke entsteht, die mit dieser Leistung oder mit diesem Ansatz geschlossen wird. Die sehe ich noch nicht. Wenn die da ist, muss man tatsächlich darüber nachdenken, ob das Instrument das geeignete ist.

Wir müssen uns doch Folgendes anschauen: Mit dem Meisterbonus schaffen wir zumindest symbolisch einen Ausgleich oder einen Anteil an einem Ausgleich für eine Qualifikation, die Geld kostet – bis zu 10 000 Euro für die Meisterausbildung –, während man für eine akademische Ausbildung nichts bezahlt. Das heißt, dieser symbolische Anreiz, die symbolische Anerkennung will zumindest diese Lücke anerkennen und dementsprechend hier mit einem Bonus eine Anerkennung geben.

Wenn es jetzt um die Frage der Neugründungen geht, dann haben wir die Situation, dass wir tatsächlich einen deutlichen Rückgang bei den Handwerksbetrieben haben. Seit 2012 verzeichnen wir einen Rückgang im zulassungspflichtigen Handwerk von 1 315 Betrieben, das sind 3,45% weniger als vor fünf Jahren. Auf der anderen Seite haben wir nach wie vor aber eine höhere Handwerkerdichte in Sachsen, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, nämlich 14,6 Betriebe auf 1 000 Einwohner gegenüber 12,5 im Bundesdurchschnitt.

Hier lohnt es sich durchaus, noch einmal den historischen Zusammenhang herzustellen. Wir haben aktuell eine höhere Handwerksdichte, weil in den Neunzigerjahren viele Betriebe die jungen Leute entlassen haben, weil die jung waren und sich noch selbstständig machen oder ihren Weg gehen konnten. Die Älteren hat man in Vorruhestandsregelungen geschickt, sodass wir jetzt das Ergebnis haben, dass viele Betriebe mit einer ähnlichen Alterskohorte wie ihre Chefs gerade kurz vor der Rente stehen. Viele junge Leute haben sich selbstständig gemacht. Das hat zu dieser Zeit zu einer größeren Anzahl von Gründungen von Handwerksunternehmen geführt.

Jetzt ist die Frage, inwieweit wir in einem bestimmten Anpassungsprozess sind, den wir nicht künstlich durch Prämien umkehren können. Das ist die zweite Seite der Medaille. Hier muss man die Frage stellen: Entsteht eine Lücke, die man mit einem solchen Instrument, wie Sie es vorgeschlagen haben, schließen kann?

Sie haben das Beispiel Leipzig genannt. Entsprechend Ihrer Argumentation müssten wir in Leipzig eine überproportionale Anzahl von Handwerksgründungen haben.

Die haben wir nicht. Die Motivation, sich selbstständig zu machen, besteht nicht in einem finanziellen Anreiz. Dazu tragen vielfältige Gründe bei.

Aus diesem Grund stehen wir Ihrem Antrag erst einmal mit großem Vorbehalt gegenüber. Es ist schlichtweg nicht überzeugend, dass dieses Instrument – außer der symbolischen Wertschätzung, die uns auf der anderen Seite sofort die Debatte bringen wird, warum wir das für andere Bereiche nicht machen – diese Lücke schließt.

Man kann über solche Instrumente reden, wenn sie tatsächlich effektiv sind. Wir werden uns genau anschauen, wie das in anderen Bundesländern funktioniert, in denen es eine solche Prämie gibt. Aber man muss schon den Nachweis bringen, ob dieses Instrument tatsächlich geeignet ist, eine Lücke zu schließen, die anders nicht zu schließen ist.

Allen Gründern, egal ob im Handwerk oder in anderen Bereichen, steht ein breites Beratungs- und Förderangebot des Freistaates Sachsen zur Verfügung. Dort entsteht keine Lücke. Man muss auch hier erklären, warum gerade bei den Handwerksbetrieben eine Lücke entstehen sollte, die nicht anders zu schließen oder im Vergleich zu anderen Branchen einmalig ist.

Sie sehen, dass es nicht um eine pauschale Ablehnung des Instrumentes geht. Wir sind aber schlichtweg noch nicht überzeugt, dass tatsächlich damit effektiv eine Lücke geschlossen werden kann, die nicht durch andere Instrumente geschlossen werden kann oder vielleicht gar nicht besteht.

Wir danken natürlich für die Initiative und den Anreiz. Aber wir sind bei der Unterstützung des sächsischen Handwerks im Freistaat gut unterwegs, nicht nur mit Wertschätzung und Symbolik, sondern auch mit konkreten Instrumenten wie dem Meisterbonus. Man kann gern darüber diskutieren – ich bin gespannt auf die Haushaltsverhandlungen –, diesen Ansatz weiter auszubauen. Von daher hoffe ich auf weitere Unterstützung für das sächsische Handwerk, weil wir weitere Gründungen brauchen. Betriebsübernahmen sind das entscheidende Thema, das wir gerade haben.

Wir bitten um Ablehnung des Antrages, weil er an dieser Stelle nicht effektiv ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU  
und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Als Nächstes hat die einbringende Fraktion die Möglichkeit eines Schlusswortes. Bitte, Herr Dr. Lippold.

**Dr. Gerd Lippold, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geschätzter Kollege Pohle, ich kann Sie beruhigen. Grüne Wirtschaftspolitiker in diesem Haus reden nicht nur über die Wirtschaft, sondern auch mit der Wirtschaft. Ich bin mit diesem Thema zweimal beim Hauptgeschäftsführer der Hand-

werkskammer in Dresden gewesen. Dem hat vor einem knappen Jahr der Textentwurf zum ersten Mal vorgelegen. Er hat im Übrigen ganz ähnliche Bedenken wie Sie gehabt, nämlich die Integration der beiden Förderinstrumente, also die Frage, wie der Bonus dabei integriert wird.

Wir sehen das dennoch anders. Das ist unser Recht als Fraktion und politische Partei. Wir sehen, dass es durchaus zwei Instrumente mit einem sehr ähnlichen Förderziel sind, nämlich Meisterabschlüsse und deren positive wirtschaftliche Effekte zu fördern. Wir fokussieren uns dabei mit unserem Instrument auf das Hauptmotiv, die bessere wirtschaftliche Perspektive nach dem Abschluss. Deshalb glauben wir, dass es sinnvoll ist, beide Instrumente zu vereinen, diese also zu integrieren. Im Übrigen wäre eine Nichtanrechnung eine Benachteiligung derer, die den Bonus nicht bekommen haben. Das ist ein weiterer Grund.

Dass man jede konkret benannte Summe kritisieren kann, habe ich schon gesagt. Wir haben uns dennoch aus dem Fenster gelehnt und eine benannt. Uns geht es darum, über diesen konkreten Vorschlag hinaus unseren Antrag ganz klar als Anregung an die Staatsregierung und die Koalition hier im Landtag zu sehen, ein solches Instrument überhaupt ins Auge zu fassen. Die konkrete Summe und die Ausgestaltung des Instrumentes kann man dann festlegen. Wir wollen darüber gern im nächsten Doppelhaushalt reden.

Ich habe viel Zustimmung zu den Intentionen unseres Antrages gehört, auch Kritik an einzelnen Punkten und Ergänzungsvorschläge. Natürlich kann man alles immer noch besser machen. Aber um am Ende anzukommen, muss man erst einmal loslaufen. Lassen Sie uns loslaufen. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Lassen Sie uns damit einen Prozess anstoßen, um rechtzeitig anzukommen. Rechtzeitig bedeutet für uns, der Staatsregierung möglichst ausreichend Zeit zu geben, das Thema Meistergründungsprämie so gründlich zu durchdenken, dass die Grundzüge bis zum nächsten Haushaltsprozess Konturen angenommen haben. Dann können wir hier dafür gemeinsam ein Budget beschließen und dieses wichtige Programm ab 2019 wirklich in Gang setzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das war das Schlusswort der einbringenden Fraktion.

Nun haben wir in der Drucksache 6/11509 einen Änderungsantrag der AfD-Fraktion vorliegen. Der soll jetzt – das hat Herr Beger angekündigt – begründet werden.

**Mario Beger, AfD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle haben unseren Änderungsantrag vorliegen. Meine Kritik an der Antragsüberschrift sowie zu Punkt 2 haben Sie bereits in der Rede zum Hauptantrag zur Kenntnis genommen. Auf Wiederholungen hierzu möchte ich daher gern verzichten.

Im Punkt 1 schlagen wir zwei Änderungen vor, zunächst die Förderung einer Meisterprämie bei Betriebsbeteiligungen ab 30 %, alsdann die grundsätzliche Erhöhung der Meistergründungsprämie auf 8 700 Euro. Gleich vorweg: Es geht hier nicht um das Prinzip „Wer bietet mehr?“. Die Änderungen fußen auf folgenden Erwägungen:

Wir stehen gerade bei den Betriebsgründungen in Konkurrenz mit unseren Nachbarbundesländern und weniger mit Nordrhein-Westfalen. Deshalb wird vorgeschlagen, Punkt 1 an die Meistergründungsprämie des Landes Brandenburg anzupassen. Von einer Erhöhung darüber hinaus haben wir abgesehen, um einen Förderwettkampf über Steuergelder zu vermeiden.

Aufgrund der bereits genannten Bedenken zum ursprünglichen Punkt 2 haben wir diesen ersetzt. Uns ist es wichtiger, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu honorieren, als den Meistern ihren Ausbildungskostenzuschuss wieder zu entziehen.

Schließlich wurde Punkt 5 angefügt; denn auch der beste Antrag macht wenig Sinn, wenn kein klarer Zeithorizont für seine Umsetzung vorgesehen ist. Aus diesen Gründen bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Wird von den anderen Fraktionen noch das Wort zu diesem Änderungsantrag gewünscht? – Das kann ich nicht feststellen. Damit stelle ich nun den in der Drucksache – – Doch? Sie wollen noch einmal etwas sagen? – Gut, wunderbar! Zuerst Herr Dr. Lippold, GRÜNE; er stand zuerst am Mikrofon, danach kommt Kollege Vieweg für die SPD-Fraktion zum Zuge. Bitte zuerst Herr Dr. Lippold.

**Dr. Gerd Lippold, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme Stellung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion. Einfach eine andere Zahl zu benennen, und das ist dann genauso sinnvoll oder nicht sinnvoll wie die Zahl, die wir genannt haben? Wir wollen keinen Überbietungswettbewerb, das habe ich bereits gesagt. Im Übrigen halte ich das auch für völlig unwirksam; denn dadurch, dass es woanders 1 700 Euro mehr gibt, gründet niemand in Brandenburg statt hier, wenn er in Sachsen einen übernahmefähigen Betrieb oder

seinen Lebensmittelpunkt hat. Das macht sicher keinen großen Unterschied.

Zu Punkt 2, die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze noch anzurechnen: Darüber kann man prinzipiell nachdenken, allerdings hat das auch in anderen Programmen nachweislich nicht vernünftig funktioniert, und es drohen natürlich bei der kurzen Frist von zwölf Monaten auch Mitnahmeeffekte, dass jemand zum Beispiel auftrags- bzw. projektbezogen befristet oder in Teilzeit angestellt wird. Dann nimmt man das Geld noch mit, und dann war es das auch wieder.

Das überzeugt uns nicht, deshalb können wir Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Als Nächster bitte Herr Kollege Vieweg.

**Jörg Vieweg, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Es bleibt natürlich auch vonseiten der Koalition bei der gleichen Argumentation, die schon zur Ablehnung des Antrags der GRÜNEN geführt hat. Für uns ist dieser Ansatz einerseits ungenau, und er folgt andererseits auch nicht dem Ziel, das wir festgelegt haben: Unser Ziel ist die weitere Stärkung des Meisterbonus. Insoweit wirft er noch mehr Fragen auf, zum Beispiel auch die Frage: Er gilt ja nur für Meister, aber was gilt für jene, die nicht zulassungspflichtig sind?

Auch hier kommen wir nicht zu einer Regelungsverbesserung, sondern der Änderungsantrag der AfD macht die Lage noch unübersichtlicher. Insoweit bleibt es bei unserer Argumentation: Wir lehnen ab.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Vielen Dank. Ich stelle nun den in der Drucksache 6/11509 vorliegenden Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich stelle nun die Drucksache 6/10017 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einige Stimmenthaltungen, damit ist die Drucksache 6/10017 nicht beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf

## Tagesordnungspunkt 13

### Fragestunde

#### Drucksache 6/11454

Alle Fragen sind schriftlich beantwortet worden.

## Schriftliche Beantwortung der Fragen

**Katja Meier, GRÜNE:** Suchtberatung in sächsischen Justizvollzugsanstalten (Frage Nr. 1)

Erstens. In welchen sächsischen Justizvollzugsanstalten (inklusive JSA Regis-Breitungen) wurden/werden Verträge mit externen Dritten über die Durchführung einer Suchtberatung in Haft aktuell gekündigt, verändert oder neu ausgeschrieben? Bitte nach jeweiliger JVA aufschlüsseln und aktuellen Stand darlegen.

Zweitens. Inwiefern ist ab 01.01.2018 die Suchtberatung in den sächsischen Justizvollzugsanstalten und der JSA Regis-Breitungen sichergestellt? Bitte einzeln aufschlüsseln.

**Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz:** In allen sächsischen Justizvollzugsanstalten ist eine externe Suchtberatung eingerichtet. Die externe Suchtberatung wird durch Mitarbeiter staatlich anerkannter Suchtberatungs- und Behandlungsstellen durchgeführt. Die Kostentragung erfolgt aus Haushaltsmitteln des Einzelplans 06.

Grundlage ist ein Versorgungsvertrag, der zwischen der Justizvollzugsanstalt und dem Träger einer Suchtberatungsstelle geschlossen wird. Der Vertrag wird für die Dauer von einem Jahr geschlossen. Die Laufzeit verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, sofern er nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende der vereinbarten Laufzeit gekündigt wird.

Aktuell wurden in fünf Justizvollzugsanstalten die Versorgungsverträge zur externen Suchtberatung gekündigt:

### 1. Bautzen

Die JVA Bautzen hat den Versorgungsvertrag mit dem Berufsbildungszentrum Bautzen zum 31. Dezember 2017 gekündigt. Ab 1. Januar 2018 wird die externe Suchtberatung durch die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bautzen durchgeführt werden. Ein entsprechender Versorgungsvertrag wurde bereits geschlossen.

### 2. JVA Chemnitz

Die Diakonie Stadtmission Chemnitz e. V. hat den Versorgungsvertrag mit der JVA Chemnitz zum 31. Dezember 2017 gekündigt. Es erfolgte bereits eine Neuausschreibung, die Ausschreibungsfrist endet am 13. Dezember 2017, die Bindefrist läuft am 21. Dezember 2017 ab.

### 3. JVA Leipzig

Das Diakonische Werk Innere Mission Leipzig e. V. hat den Versorgungsvertrag mit der JVA Leipzig zum 31. Dezember 2017 gekündigt. Die Fortführung der Suchtberatung wird ab Januar 2018 voraussichtlich erneut durch das Diakonische Werk Innere Mission Leipzig e. V. erfolgen. Gegenwärtig wird der Abschluss des neuen Versorgungsvertrags geprüft.

### 4. JVA Waldheim

Die Versorgungsverträge für die JVA Waldheim wurden vom Suchtzentrum Leipzig gGmbH gekündigt. Der

Versorgungsvertrag für eine Stelle mit 1,0 AKA zum 31. Dezember 2017 und die Stelle im Umfang von 0,7 AKA wurde zum 28. Februar 2018 gekündigt. Es erfolgte bereits eine Neuausschreibung.

### 5. JVA Zeithain

Das Diakonische Werk Riesa-Großenhain e. V. hat den Versorgungsvertrag mit der JVA Zeithain zum 31. Dezember 2017 gekündigt. Die Fortführung der Suchtberatung wird ab Januar 2018 erneut durch das Diakonische Werk Riesa-Großenhain e. V. erfolgen. Der Abschluss eines neuen Versorgungsvertrages wird gegenwärtig vorbereitet.

In allen anderen Justizvollzugsanstalten und der JSA Regis-Breitungen laufen die bestehenden Versorgungsverträge über den 31. Dezember 2017 hinaus vertragsgemäß weiter. Träger der externen Suchtberatung in der JVA Dresden, im Umfang von 1,75 AKA, ist die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bautzen e. V.

Die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bautzen führt zudem die Suchtberatung in der JVA Görlitz im Umfang von 1,0 AKA durch. In der JSA Regis-Breitungen ist das Suchtzentrum Leipzig mit der Suchtberatung im Umfang von 3,0 AKA betraut.

In der JVA Torgau ist das Evangelische Diakoniewerk Oschatz-Torgau mit der externen Suchtberatung im Umfang von 1,5 AKA betraut. In der JVA Zwickau führt das Diakonische Kompetenzzentrum für Suchtfragen gGmbH in Plauen die Suchtberatung im Umfang von 0,6 AKA durch.

**Volkmar Zschocke, GRÜNE:** Aktuelle Medienberichte über gemeinsame ganztägige Kontrollen von Tiertransporten an der Autobahn A 4 durch Verkehrspolizei und Veterinärämter (Frage Nr. 2)

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche personellen, inhaltlichen oder technischen Gründe hindern eine zeitliche und räumliche Erweiterung derartiger Kontrollen auf weitere Abschnitte der A 4 in Westsachsen sowie auf andere Autobahnen in Sachsen?

2. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, die kommunalen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter zu unterstützen bzw. in die Pflicht zu nehmen, damit diese sich an derartigen gemeinsamen Kontrollen beteiligen?

**Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz:** Zuerst möchte ich den Veterinärämtern von Mittelsachsen und Dresden und der Verkehrspolizei von Chemnitz und Dresden danken, dass sie die Kontrollen an der Autobahn A 4 intensiviert haben.

Die Verkehrspolizei von Chemnitz hat zusammen mit dem Landkreis Mittelsachsen den Anfang gemacht und die Zusammenarbeit intensiviert. Es wurden Schulungen

von der Polizei organisiert, an denen die Veterinärämter beteiligt wurden. Daraufhin erfolgten intensive Kontrollen an der A 4 im Raum Chemnitz.

Über das Vorgehen bei einer Transportkontrolle hat das Veterinäramt Mittelsachsen bei der Dienstberatung in der Landesdirektion am 13. September 2017 einen Vortrag vor allen Veterinärämtern in Sachsen gehalten. In Sachsen sind also alle Veterinärämter dazu geschult worden.

Dieses Wissen konnte bei der am 20. September 2017 an der A 4 durchgeführten Kontrolle gleich eingesetzt werden.

Im November hat die Polizei Dresden nun eine weitere Schulung mit Referenten von der Polizei in Brandenburg, Tierärzten und einem Fachtierarzt einer Animal Welfare Organisation organisiert. An dieser Schulung waren auch die Veterinärämter von Dresden, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Bautzen und Chemnitz beteiligt. Am zweiten Tag der Schulung wurde eine Intensivkontrolle an der A 4 und A 17 durchgeführt. Mit vier Teams mit Kollegen von der Polizei und der Veterinärämter wurden acht Tiertransportfahrzeuge angehalten und kontrolliert.

Bei dieser Kontrolle wurden Verstöße insbesondere bei der Wasserversorgung von Schweinen und bezüglich der Dokumentation der Desinfektion von leeren Fahrzeugen festgestellt. Die Mängel bei der Wasserversorgung wurden vor Ort behoben, sodass die Schweine mit ausreichender Tränkung weitertransportiert werden konnten.

Auf Ihre zweite Frage kann ich antworten, dass wir auf das Innenministerium zugehen werden, um diese Zusammenarbeit der Veterinärämter und Polizeibehörden zu unterstützen. In der letzten Woche kam eine Anfrage von der Verkehrspolizei in Chemnitz, ob wir das Tiertransporthandbuch an das SMI weitergeben können. Das Tiertransporthandbuch enthält die Kontrollanweisungen mit Checklisten für die Veterinärämter. Dieses Kompendium stellen wir der Verkehrspolizei gerne zur Verfügung.

Hintergrund der Anfrage der Verkehrspolizei war, dass im Februar 2018 die Studenten an der Hochschule der Sächsischen Polizei im Fach „Verkehrsrecht/Verkehrsstrafrecht“ über die Anforderungen an Tiertransportkontrollen unterrichtet werden sollen.

Wir werden der Bitte der Verkehrspolizei, unsere Informationen zu Schulungszwecken zur Verfügung zu stellen, natürlich gerne folgen.

Sie sehen, sowohl die Polizei als auch wir im Veterinärbereich arbeiten an dem Thema. Uns ist es wichtig, dass in Sachsen im laufenden Verkehr die Tiertransporte intensiver kontrolliert werden und so die Verstöße aufgedeckt und geahndet werden und Tierleid verhindert wird.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Tagesordnung der 65. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags abgearbeitet. Es steht

nun die Zeit der Ruhe und inneren Einkehr vor der Tür. Es geht – einige eilen schon nach draußen – auf Weihnachten zu. Wir haben besonders gestern und auch heute wieder einen regelrechten Endspurt hingelegt. Wir hatten gestern sieben zweite Beratungen von Gesetzen von insgesamt 26 in diesem ganzen Jahr, und wir sind gezeichnet

(Heiterkeit –

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Ja!)

von dieser Anstrengung. Uns steht eigentlich der Sinn nach Weihnachten. Heute Morgen ist mir ein Paulus-Wort ganz tief ins Herz gedrungen, und zwar hat er in den Briefen an die Thessalonicher geschrieben: „Prüfet alles und bewahret das Gute“. Ich meine, wir versuchen das, und es ist eigentlich eine gute Beschreibung unserer parlamentarischen Arbeit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das macht auch dieses Hohe Haus zum Zentralort der Demokratie in Sachsen. Es ist ein offenes Haus, und wenn ich an unseren 3. Oktober denke, so hatten wir sehr viel Zuspruch im Rahmen des Dresdner Stadtfestes. So sollten wir fortfahren. Gerade wenn im nächsten Jahr unsere Arbeit politisch im Zeichen der Haushaltsverhandlungen stehen wird, kann ich nur mit Paulus wiederholen: „Prüfet alles und bewahret das Gute“. In den letzten Beratungen sind große Hoffnungen entstanden. Uns steht, denke ich, viel Arbeit bevor.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen, den Abgeordneten des Sächsischen Landtags, für die politische Arbeit, und ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Wahlkreisen und den Fraktionen sowie in den Verwaltungen – nicht nur des Landtags, sondern auch des gesamten Freistaates. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen heiteren Jahreswechsel. Ich wünsche ganz besonders unserem Kollegen und Vizepräsidenten Horst Wehner alles Gute. Möge er bald wieder von hier aus, wo ich jetzt sitze, die Sitzungen dieses Hohen Hauses leiten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vielen Dank, und kommen Sie gut nach Hause!

(Beifall bei allen Fraktionen – Die Abgeordneten erheben sich bereits von ihren Plätzen.)

Lassen Sie mich aber – so schnell kommen Sie hier nicht heraus – noch zwei Dinge sagen: Der Neujahrsempfang ist bereits am 3. Januar, und das nächste Plenum findet am 31. Januar des nächsten Jahres um 10 Uhr statt. Die Einladungen gehen Ihnen zu. Jetzt endgültig: Alles Gute!

(Schluss der Sitzung: 19:58 Uhr)

